

Familienbericht Stadt Hilden 2010

Lebenslage und Zufriedenheit von Familien



Familienbericht Stadt Hilden 2010

Lebenslage und Zufriedenheit von Familien

in Kooperation mit der Stadt Hilden

Faktor Familie GmbH – Lokale Familienforschung und Familienpolitik

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (wissenschaftlicher Direktor)

Dipl.-Soz.Wiss. Stefanie Klein

stud. Soz.Wiss. Benjamin Melzer

Dipl. Soz. Annett Schultz

Kontaktadresse:

Faktor Familie GmbH

Lokale Familienforschung und Familienpolitik

Im Lottental 38

44801 Bochum

Telefon: 0234/32 28727

Telefax: 0234/32 14969

info@faktor-familie.de

www.faktor-familie.de

Sitz in Bochum, AG Bochum, HRB 11345

Geschäftsführung: Annett Schultz

Juni 2010

Vorwort	7
1 Örtliche Familienpolitik und Familienberichterstattung	9
1.1 Örtliche Familienpolitik	10
1.1.1 Familien sind wichtige Leistungsträger örtlicher Entwicklungen	10
1.1.2 Kommunale Familienpolitik: Pflicht oder Kür?	11
1.2 Warum kommunale Familienberichterstattung?	13
2 Konzept und Methode	15
2.1 Die Projektfamilie »Kommunale Familienberichterstattung«	17
2.2 Themen und Module der kommunalen Familienberichterstattung	18
2.3 Datenbasis des Familienberichtes	18
2.3.1 Daten der Kommunalstatistik	19
2.3.2 Schriftliche Familienbefragung	19
2.4 Grundlegende Definitionen	21
3 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose	25
3.1 Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Hilden von 1975 bis 2025	27
3.2 Die Entwicklung der Altersstruktur und des Anteils Nichtdeutscher in Hilden	29
4 Kleinräumige Bevölkerungs und Familienstrukturen in der Stadt Hilden	39
4.1 Soziodemografische und sozioökonomische Basisdaten	41
4.1.1 Bevölkerungs- und Familienstruktur in Hilden und in den Hildener Stadtteilen	42
4.1.2 Sozioökonomischer Status der Familien in den Hildener Stadtteilen	52
4.2 Die Stadtteile im Überblick	55
5 Die wirtschaftliche Lage von Familien in Hilden	57
5.1 Einkommenssituation der Familien	58
5.2 Einkommensarmut und Hintergründe der Armut von Familien	60
5.3 Einkommenszusammensetzung und »working poor«-Familien in Hilden	62
5.4 Reicht das Geld zum Leben?	65
5.4.1 Ausgabenstrukturen der Familien	65
5.4.2 Kredit und Schuldenbelastungen	67
5.4.3 Wege, um das Einkommen zu schonen oder aufzubessern	67
5.4.4 Subjektive Einschätzung der finanziellen Situation und Armutsempfinden	68
5.5 Lebenslagen von armen, armutsnahen und nicht armen Familien	70
6 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	73
6.1 Erwerbseinbindung und Erwerbswünsche von Eltern in Hilden	74
6.1.1 Erwerbseinbindung von Paaren und Alleinerziehenden	74
6.1.2 Müttererwerbstätigkeit	76
6.1.3 Erwerbswunsch von Müttern und Gründe für eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit	78
6.2 Institutionelle Kinderbetreuung in Hilden	79
6.2.1 Betreuung an Grundschulen	82
6.3 Aus Sicht der Familien: Wie lassen sich Familie und Beruf vereinbaren?	84
6.3.1 Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf	86

7	Alltagsbewältigung von Familien in Hilden	89
7.1	Arbeitsteilung im Haushalt und Betreuungs- sowie Versorgungsleistungen zu Hause	90
7.1.1	Arbeitsteilung im Haushalt	91
7.1.2	Verantwortung für Pflegebedürftige	92
7.1.3	Häusliche Kinderbetreuung	92
7.2	Unterstützung bei der Alltagsbewältigung durch private Netzwerke	94
7.3	Alltagsprobleme und Inanspruchnahme von privater und institutioneller Hilfe	96
7.3.1	Welche Probleme gab es schon einmal?	96
7.3.2	Hilfe bei Problemen durch private Netzwerke und Fachkräfte	98
7.4	Institutionelle Unterstützungsangebote für Familien, Kinder und Jugendliche	99
7.5	Einschätzung des Angebots und der Hilfe	100
8	Lebensräume von Familien in Hilden	103
8.1	So wohnen Familien in Hilden	104
8.1.1	Größe der Wohnung und Eigentumsstatus	104
8.1.2	Miethöhe und Mietbelastung	107
8.1.3	Zufriedenheit mit der Wohnung	108
8.2	Das Wohnumfeld von Familien	109
8.2.1	Ist das Wohnumfeld kindgerecht und »alltagstauglich«?	109
8.2.2	Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld	112
8.3	Wohndauern und Umzugsabsichten von Familien in Hilden	113
8.3.1	Wohndauer in Stadt, Stadtteil und Wohnung	113
8.3.2	Umzugspläne	113
8.3.3	Umzugsgründe und Umzugsziele	115
9	Lebenssituation von Kindern in der Stadt Hilden	117
9.1	Bildung und Familiensituation	118
9.1.1	Bildungsabschlüsse und Übergangsquoten von deutschen und nichtdeutschen Schüler/innen in Hilden	118
9.1.2	Alltagssprachen von Familien mit Migrationshintergrund	120
9.1.3	Bildungsbeteiligung und Familiensituation	122
9.2	Freizeitaktivitäten von und mit Kindern und Jugendlichen	123
9.3	Subjektive Bewertungen der Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt Hilden	129
10	Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung der Familienpolitik in Hilden	131
10.1	Lebenssituation der Familien und familienrelevante Rahmenbedingungen des Familienlebens in Hilden – eine Zusammenfassung	132
10.1.1	Hilden im interkommunalen Vergleich	132
10.1.2	Ausgewählte Ergebnisse des Familienberichts Hilden	135
10.1.3	Subjektive Bewertung der Rahmenbedingungen des Alltagslebens für Familien in Hilden	140
10.2	Familienförderung in Hilden als örtliche Familienpolitik gestalten	143
10.2.1	Örtliche Familienpolitik in Hilden	143
10.2.2	Kriterien einer nachhaltigen örtlichen Familienpolitik	146
10.2.3	Ein kommunales Management für Familien mit strategischen familienpolitischen Zielen für die Stadt Hilden entwickeln	147
10.2.4	Empfehlungen für Handlungsfelder in Hilden	149
11	Literatur	153
12	Anhang	157

Sehr geehrte Damen und Herren,

Familien stehen zu Recht im Mittelpunkt des öffentlichen und politischen Interesses. Der Grund hierfür ist ihre wichtige Bedeutung in Bezug auf demographische Fragestellungen wie der Alterstruktur in der Gemeinde und dem Geburtenrückgang. In diesem Zusammenhang muss es das Ziel sein, mit einer attraktiven Familienpolitik eine ausgeglichene Alterstruktur in der Kommune zu erhalten. Eine zukunftsorientierte Familienpolitik und nur begrenzt zur Verfügung stehende finanzielle Ressourcen setzen jedoch eine genaue Kenntnis der tatsächlichen Lebenssituation der Familien voraus, um gezielt Maßnahmen zu planen und diese effektiv einsetzen zu können.

Hierbei geht es konkret um die Fragen, fühlen sich Familien wohl in Hilden, welche Bedürfnisse haben sie, welche Angebote wünschen sie sich oder welche Unterstützung brauchen sie. Nur mit den Antworten hierauf können die Stärken und Schwächen der städtischen Familienpolitik herausgearbeitet werden, um passgenau und gezielt bedarfsgerechte Angebote zu unterbreiten.

Der jetzt vorliegende Familienbericht Stadt Hilden 2010 gibt eine fundierte fachliche Grundlage für diese Fragestellungen. Mit Hilfe einer repräsentativen Umfrage bei 2.500 Hildener Familien beschreibt er die Lebenssituation der Familien vor Ort und dokumentiert eine konkrete Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen. Darüber hinaus analysiert er den weiteren Bedarf. Aufgeführte Handlungsempfehlungen auf Basis des Ergebnisses bieten Politik und Verwaltung zudem eine wichtige Entscheidungshilfe für zukünftige Planungen. Mit dem Bericht liegt nun auch eine Ist-Analyse vor, an der zukünftige Entwicklungen mess- und ablesbar sind.

Ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich bei unserem erfahrenen und kompetenten Kooperationspartner Faktor Familie GmbH – Lokale Familienforschung und Familienpolitik –, Herrn Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier, Frau Dipl. Soz. Annett Schultz, Frau Dipl.-Soz.Wiss. Stefanie Klein und Herrn stud. Soz.Wiss. Benjamin Melzer für ihre engagierte Arbeit. Außerdem danke ich Herrn Beig. Reinhard Gatzke, der die Umsetzung dieses Familienberichtes angeregt, vorbereitet und dafür die notwendigen personellen Ressourcen in seinem Dezernat zur Verfügung gestellt hat, sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Expertenrunden.

Darüber hinaus bedanke ich mich sehr herzlich bei allen Familien, die sich die Zeit genommen haben, den umfangreichen Fragenbogen auszufüllen und an der Befragung teilgenommen haben. Sie haben damit zu dem repräsentativen Ergebnis beigetragen und diesen Familienbericht erst möglich gemacht.

Ich bin sicher, dass es mit Hilfe des »Familienberichtes Stadt Hilden 2010 - Lebenslage und Zufriedenheit von Familien« gelingt, die Stadt Hilden als Ort für Familien und damit als Ort für alle Generationen zu erhalten und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Mit freundlichen Grüßen



Horst Thiele
Bürgermeister



Reinhard Gatzke
Beigeordneter



Noosha Aubel
Leiterin des Amtes für Jugend,
Schule und Sport

F **amilien** sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie vollbringen eine Vielzahl von Leistungen, von denen alle Bürger profitieren. Anspruchsvolle

A **ufgabe** von Stadt, Wirtschaft, Institutionen und allen anderen kompetenten Partnern muss es sein, Familien zu unterstützen und etwaige Barrieren abzubauen. Familien sind dabei auch als aktive

M **itgestalter** in unserer Stadt gefragt. Denn nur gemeinsam mit den Experten für Familien, also Ihnen, den Familien selbst, können wir den unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden. Der vorliegende Familienbericht ist ein Baustein und zeigt u.a. auf, welche

I **nvestitionen** in und für Familien in Hilden richtig und wichtig sind; welche Handlungsfelder noch bearbeitet werden sollten und in welchen Bereichen Hilden sich bereits auf einem sehr guten Weg befindet. Das

L **ebensgefühl** Familie ist jedoch individuell von Familie zu Familie verschieden. Alle Familien, d.h. alle Kinder, Jugendlichen, Eltern und Großeltern haben neben vielen Ähnlichkeiten auch unterschiedliche Bedürfnisse, auf die es einzugehen gilt. Der Support der

I **nstitution** Familie soll nicht nur Schlagwort sein, sondern gelebte Realität. Die Schaffung und Erhaltung einer familiengerechten Kommune, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, ist dabei Anspruch und Herausforderung zugleich.

HILDEN **gagement** ist daher nicht nur von städtischer Seite gefragt. Es ist Ihre Stadt! Sprechen Sie uns an, bringen Sie sich ein, engagieren Sie sich bei der Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Familienbericht.

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen, Ideen und Ihre Mitarbeit.

1 Örtliche Familienpolitik und Familienberichterstattung

Über alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen hinweg nimmt Familienpolitik in den gesellschaftspolitischen Debatten in Deutschland derzeit einen hohen Stellenwert ein. Dabei wird der örtlichen Ebene (ganz anders als in der Vergangenheit) mittlerweile eine große Bedeutung beigemessen. Kommunale bzw. örtliche Familienpolitik wurde insbesondere vor dem Hintergrund der Folgen des demografischen Wandels für Städte und Gemeinden wichtig, denn der demografische und familiäre Wandel sowie die damit verbundenen Veränderungen in den Bevölkerungs-, Familien- und Altersstrukturen haben die Stadt- und Kommunalentwicklung der letzten Jahrzehnte nachhaltig beeinflusst. Kommunale Familienpolitik als Querschnittsaufgabe hat dadurch eine starke Aufwertung erfahren und viele Kommunen haben es sich zur Aufgabe gemacht, eine neue, moderne Familienpolitik für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit zu etablieren.

1.1 Örtliche Familienpolitik

In öffentlichen Diskussionen werden auf allen Politikebenen kommunale Bemühungen für Kinder- und Familienfreundlichkeit häufig als »weiche Standortfaktoren« für mehr Lebensqualität in der Region und als Voraussetzung für den Zuzug und den Verbleib qualifizierter Arbeitskräfte verstanden. Daher sind neben der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch Bemühungen um mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit im Wohnumfeld zu einem der wichtigsten Handlungsfelder örtlicher Familienpolitik geworden (vgl. u.a. BBSR 2009: 14). Noch vor einem Jahrzehnt hätten sich die meisten Bürgermeister/innen in Deutschland nicht als »Familienpolitiker« verstanden. Erst in dem Maße, in dem der demografische Wandel auf die kommunalpolitische Agenda gelangt ist, hat eine allmähliche Neuorientierung stattgefunden. In Kommunen werden Familien heute zunehmend als Leistungserbringer und unersetzliche Ressource kommunaler Entwicklungen wahrgenommen.

1.1.1 Familien sind wichtige Leistungsträger örtlicher Entwicklungen

In den letzten Jahrzehnten wurden Familien in der öffentlichen Berichterstattung und Diskussion nicht selten ausschließlich als Hilfeempfänger wahrgenommen. Dabei wurde in der Regel vergessen, dass Familien auch Leistungen erbringen – und zwar nicht nur für sich selbst bzw. ihre Mitglieder, sondern auch für die Kommune und die (Stadt-)Gesellschaft. Erst sinkende Geburtenzahlen und schrumpfende Städte und Gemeinden haben dafür gesorgt, dass die Leistungen der Familien – und damit ist nicht nur die »Produktion« von qualifizierten Arbeitskräften für die (örtliche) Wirtschaft gemeint – auch auf örtlicher Ebene eine größere Aufmerksamkeit erhalten.

Zu den wichtigsten von Familien erbrachten Leistungen gehören – so fasst der Familienforscher Max Wingen (1997: 40) zusammen – die »Sicherung der Generationenfolge durch Weitergabe des Lebens« (generative Funktion), das »Auf- und Erziehen der Kinder« (Sozialisationsfunktion), die »Sorge um die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Ernährung, Wohnung und Kleidung und sonstiger Grundversorgung« (hauswirtschaftliche Funktion), »Basisleistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit« (Regenerationsfunktion), »Leistungen des Ausgleichs gegenüber vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsformen« (Ausgleichsfunktion) und »Wirkungen zur Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen« (Solidaritätssicherungsfunktion). Mit der Erfüllung dieser Leistungen tragen Familien zur Bildung, zum Erhalt und zur Pflege des Humanvermögens (eine Art Elementarausstattung des gesellschaftlichen »Personals« mit sozialen Motiven und Kompetenzen) bei und gewinnen daraus ihre besondere Bedeutung für die Gesellschaft (vgl. BMFSFJ 2001: 103).

Ebenso wie die Familien unter gesamtgesellschaftlichen Bedingungen Leistungen für die Gesellschaft insgesamt erbringen, erbringen sie auch Leistungen für die jeweilige Stadtgesellschaft, in der sie leben, wobei sie durch die jeweiligen Strukturen und Rahmenbedingungen in den Kommunen dabei mehr oder minder unterstützt oder behindert werden. Aus kommunalpolitischer Sicht ist die Entwicklung einer Stadt oder Gemeinde dann erfolgreich, wenn zu gleicher Zeit die ansässige Wirtschaft wächst, die öffentliche Infrastruktur und der Städtebau modernen Anforderungen genügen, die Bürgerinnen und Bürger gut ausgebildet, leistungsfähig und gemeinschaftsorientiert sind, die demografische Entwicklung und die sozialen Strukturen ausgewogen sind und die demokratisch verfasste kommunale Selbstverwaltung funktioniert, sowie die kommunalen Finanzen ausgeglichen sind (vgl. Feith o. A.: 3).

Dieses Zielsystem kann aber nur erreicht werden, wenn alle Teilziele gleichzeitig verfolgt und aufeinander abgestimmt werden und keines der Teilziele Vorrang erhält. Daraus folgt, dass ausgewogene Sozialstrukturen für die kommunale Entwicklung genauso wichtig sind wie eine konkurrenzfähige Wirtschaftsstruktur. Die örtlichen Familienstrukturen sind in diesem Zusammenhang eine wesentliche Komponente der Sozialstrukturen vor Ort und beeinflussen ihre Entwicklungstrends maßgeblich. Sozialisationsleistungen der Familien und der Erhalt des Humanvermögens bedeuten auch, dass den nachwachsenden Generationen in Familien die Fähigkeiten für ein solidarisches Leben in Gemeinschaft vermittelt werden. Familien bilden »als soziale Netzwerke zusammen mit Nachbarschaften, Freundschaften, Initiativen und Vereinsstrukturen das Grund-

gerüst für Hilfe, Geselligkeit und Teilhabe« in den Städten und Gemeinden. »Dies wirkt sich positiv aus auf die Hausgemeinschaft und Nachbarschaft, in örtlichen Vereinen, am Arbeitsplatz, in der Schule usw.« (vgl. IES 1996: 22). Zudem entlasten Familien auf örtlicher Ebene das Gemeinwesen von erheblichen finanziellen Belastungen, z.B. bei der Pflege kranker oder älterer Menschen. Nicht zuletzt sind Familien in den Städten und Gemeinden wichtige wirtschaftliche Akteure: »Sie bilden Vermögen, treffen Konsumententscheidungen, gehen z. T. große wirtschaftliche Risiken ein und tragen erheblich zum Steueraufkommen bei« (ebd.). Familien sind damit, genau wie leistungsfähige Betriebe und öffentliche Infrastrukturen, »Motoren« kommunaler und örtlicher Entwicklungen (ebd.: 27). Um diese Leistungen erbringen zu können, benötigen Familien jedoch angemessene Rahmenbedingungen vor Ort.

Die Leistungen, die Familien für »die Gesellschaft« bzw. das örtliche Gemeinwesen erzielen, erbringen sie aber in erster Linie für die einzelnen Familienmitglieder und für sich selbst. Niemand bekommt Kinder für die Rentenversicherung oder um das Schrumpfen der Städte aufzuhalten. »Leistungen der Familie« sind nach wie vor der Grund, warum Menschen Partnerschaften eingehen, Kinder bekommen und sich ihren Angehörigen gegenüber liebevoll und solidarisch verhalten. Leistungen der Familie für »die Gesellschaft« entstehen demnach nicht direkt, sondern sozusagen als »Nebeneffekt« des familialen Zusammenlebens. In den letzten Jahrzehnten hat sich aber die Art und Weise, wie diese Leistungen in den Familien erbracht werden, nachhaltig verändert, denn die Anforderungen und Erwartungen der Familienmitglieder an das familiäre Zusammenleben haben sich gewandelt (vgl. Strohmeier/Schultz 2005). Das betrifft besonders die Veränderung im Geschlechterverhältnis und die daraus erwachsenen Anforderungen an eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zwar haben Familien grundsätzlich »ein Interesse am Standort, an dem sie leben und in den sie eingebunden sind, an dem sie arbeiten, wirtschaften und Eigentum bilden« (Feith o.A.: 8), dennoch werden die Leistungen der Familien für das örtliche Gemeinwesen auch in Zukunft nur »Nebeneffekt« familialen Lebens bleiben. Die Zielsetzungen örtlicher Entwicklungen sollten daher das veränderte Familienleben und die geänderten Bedingungen, unter denen Familien heute leben, bewusst berücksichtigen. Dabei kommt der örtlichen Politik eine wichtige Rolle zu, denn nur auf der örtlichen Ebene können die alltäglichen »Rücksichtslosigkeiten« abgebaut werden, die die Leistungsfähigkeit der Familien beeinträchtigen können. Möglicherweise sind Instrumente einer auf die Verbesserung der Lebenslage der Familien abzielenden kommunalen Familienpolitik auch die »bevölkerungspolitisch« wirksamsten, weil

zwischen Angebot, Nachfrage und »Wirkung« die kürzesten Wirkungsketten liegen (vgl. Neubauer/Strohmeier 1998: 13). Mit der Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien in den Städten und Gemeinden werden diese nicht nur für bereits ansässige Familien attraktiver, sondern auch für prospektive Eltern. Denn die äußeren Bedingungen, die Familienleben heute für prospektive Eltern riskant und hinderlich machen, sind vor allem solche auf der örtlichen Ebene. Familien leben und erleben Familie vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden. Hier fallen auch die Entscheidungen für oder gegen Familie und genau hier muss Familienfreundlichkeit konkret gestaltet werden.

1.1.2 Kommunale Familienpolitik: Pflicht oder Kür?

Wichtige Rahmenbedingungen kommunaler Familienpolitik sind rechtlich festgelegt. In der Unterscheidung zu örtlicher Familienpolitik sprechen wir bei kommunaler Familienpolitik direkt von familienpolitischen Aktivitäten der Kommune bzw. der kommunalen Verwaltung. Mit dem Attribut »örtlich« wollen wir dagegen in Abgrenzung dazu ausdrücken, dass nicht allein die politische Gemeinde zuständig ist, sondern dass örtliche Familienpolitik auch andere Akteure der Ortsgesellschaft, zum Beispiel Unternehmen, Kirchen, Vereine und Verbände, betrifft (vgl. Schultz/Strohmeier/Wunderlich 2009b). Auf Erfordernisse und Herausforderungen einer örtlichen Familienpolitik gehen wir noch einmal am Ende dieses Familienberichtes in Kapitel 10 zu den Handlungsempfehlungen für die örtliche Familienpolitik in Hilden ein.

Der gesetzliche Rahmen für kommunale Familienpolitik ist durch rechtliche Regelungen auf Bundes- und Landesebene relativ eng gesteckt. Allgemein wird bei den Aufgaben der kommunalen Sozial- und Familienpolitik zwischen Aufgaben im übertragenen und im eigenen Wirkungsbereich der Kommunen unterschieden (Übersicht 1.1).

Der Bereich der Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich besteht aus Auftragsangelegenheiten, zu denen die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind und bei denen die Bundesebene ein unbeschränktes Weisungsrecht hinsichtlich der Durchführung besitzt (hier hat die Bundesebene die Rechts- und Fachaufsicht). Zudem gibt es Pflichtaufgaben, zu deren Wahrnehmung die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind und auf deren Durchführung der Staat in einem gesetzlich vorgesehenen Rahmen Einfluss nehmen kann (hier besitzt der Staat ein Sonderaufsichtsrecht).

Die Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich der Kommunen werden differenziert in pflichtige und freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten. Bei beiden Wirkungsbereichen hat der Staat nur die Rechtsaufsicht. Im Gegensatz zu den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, zu denen die Kommune gesetzlich verpflichtet ist, deren konkrete Durchführung aber in ihrem

Ermessen liegt, handelt es sich bei den freien Selbstverwaltungsaufgaben um Aufgaben, bei denen nicht nur die Art der Durchführung im Ermessen der Kommune liegt, sondern auch die Frage, ob sie überhaupt durchgeführt werden (vgl. Naßmacher/Naßmacher 2007).

Übersicht 1.1: Aufgaben der Kommunen mit Familienbezug

Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich		Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich	
Auftragsangelegenheiten	Pflichtaufgaben	Pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten	Freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten
• Elterngeldstelle	• Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter	• Kinderbetreuungsangebote	• Förderung familien-gerechten Wohnens
• Bauaufsicht	• Aufgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	• Jugendarbeit	• familiengerechte Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur
• Melderecht	• kommunale Leistungen nach dem SGB II	• Hilfe zur Erziehung	• Kommunale Familienberichterstattung
• etc.	• etc.	• Beratungsangebote	• etc.
		• etc.	

Eigene Zusammenstellung

Der Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik liegt in der Ausführung von Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungsbereich (Kinder und Jugendhilfe, Grundsicherung, kommunale Leistungen nach dem SGB II etc.) und in der Bereitstellung Familien unterstützender sowie Familien ergänzender Angebote im Rahmen der pflichtigen Selbstverwaltungsangelegenheiten, welche vornehmlich Betreuungs- und Beratungsangebote (Kinderbetreuungsplätze, Erziehungsberatung) sind. Darüber hinaus besteht aber die Möglichkeit, aus eigenem Antrieb Maßnahmen zu ergreifen und nach eigenem Ermessen zu gestalten. Streng genommen kann erst mit der Wahrnehmung dieser freiwilligen Leistungen von aktiv gestaltender kommunaler Familienpolitik gesprochen werden. Für «Familienfragen» sind auf der kommunalen Ebene aber leicht drei oder vier Ratsausschüsse und mehrere Ämter zuständig. Deshalb gilt es, Transparenz im

Hinblick auf die unterschiedlichen Akteure, ihre Aktivitäten und Strategien sowie über erwünschte und unerwünschte Effekte herzustellen (vgl. Schultz/Strohmeier/Wunderlich 2009b). Ob Familien ihre Stadt als familienfreundlich wahrnehmen, hängt letztlich nicht von einzelnen Aktivitäten der Kommune oder anderer relevanter Akteure ab, sondern wird dadurch beeinflusst, ob und wie die einzelnen Teilleistungen der unterschiedlichen Dezernate und Ämter miteinander verknüpft werden. Hier greifen Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich sowie pflichtige (und ggf. freiwillige) Selbstverwaltungsangelegenheiten eng ineinander. Erst die Verknüpfung der in den einzelnen Verwaltungsdienststellen (und von privaten Akteuren) isoliert erbrachten Teilleistungen ergibt das für die Familien relevante «Produkt» Familienfreundlichkeit (vgl. Naßmacher/Naßmacher 2007).

1.2 Warum kommunale Familienberichterstattung?

Der »demografische Wandel«, Geburtenrückgang, Alterung und strukturelle Veränderungen des Familiensektors einschließlich der kulturellen Wandlungen sozialer Milieus haben in den Städten und in ihrem Umland sehr unterschiedliche Verläufe genommen. So gibt es beispielsweise in den Städten im Ballungskern und in den Gemeinden am Ballungsrand heute verschiedene Bevölkerungs- und Familienstrukturen und Familienwelten mit unterschiedlichen familienpolitischen Bedarfen und Problemlagen (vgl. Schultz/Strohmeier/Wunderlich 2009a). Dabei sind in den meisten deutschen Ballungsräumen bzw. für große Städte und ihre Umlandgemeinden in den letzten Jahrzehnten vergleichbare Entwicklungen zu beobachten: Die Bevölkerung innerhalb der Stadtgrenzen schrumpfte, gleichzeitig sind die Städte über ihre Grenzen hinaus ins Umland gewachsen. Diese Suburbanisierung führte dazu, dass insbesondere Mittelschichtfamilien auf der Suche nach einem »grünen« Wohnumfeld die Ballungsräume verlassen haben und sich am Ballungsrand ansiedelten. Die suburbanen Randlagen der Großstädte sowie die Umlandgemeinden sind bevorzugtes Wohngebiet der bürgerlichen deutschen Mittelschicht geworden (vgl. ebd.). Von diesen Entwicklungen haben in der Vergangenheit auch die Städte im Kreis Mettmann durch ihre Lage inmitten großstädtischer Ballungsräume profitiert. So konnte der Kreis bis zum Beginn der 2000er Jahre im landesweiten Vergleich durch Wanderungsgewinne noch überdurchschnittliche Bevölkerungszuwächse verzeichnen, obwohl bereits seit Jahrzehnten die Zahl der Sterbefälle die der Geburten übersteigt. Im Unterschied zu anderen Kreisen Nordrhein-Westfalens zeigte sich für die meisten Städte des Kreises Mettmann, darunter Hilden, aber in den letzten Jahren trotz Zuwanderung kein überdurchschnittlicher Geburtenüberschuss (vgl. Kreis Mettmann 2006: 7ff.). Die Städte des Kreises Mettmann sind daher im Gegensatz zu vielen andern kreisangehörigen Städten in Nordrhein-Westfalen durch vergleichsweise niedrige Familienanteile und ein vergleichsweise hohes Durchschnittsalter gekennzeichnet (vgl. www.wegweiser-kommune.de).

Unterschiedliche demografische Rahmenbedingungen, Familienentwicklungen und Familienmilieus erfordern unterschiedliche Ziele und Schwerpunkte der örtlichen Familienpolitik, da diese sich an den Lebenslagen und Bedarfen der Familien orientieren muss, die sie vor Ort erreichen will. Die Kenntnis darüber, welche Familien mit welchen Bedarfen in der Stadt und in welchen Stadtteilen leben, ist daher eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung einer passgenauen örtlichen Familienpolitik, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien anstrebt. Die Akteure vor Ort in den Städten wissen aber oftmals wenig über ihre »Zielgruppe«: Welche Familien leben vor

Ort? Welche Veränderungen bezüglich der Lebenslage und der Familienstrukturen lassen sich in den letzten Jahren beobachten? Welche Alltagsprobleme und Alltagsbedürfnisse haben die Familien(-mitglieder)? Wo sehen Familien(-mitglieder) Defizite? Wie kann die Alltagsorganisation durch familienpolitische Angebote unterstützt werden? Eine Lösung des Informationsproblems bietet kommunale Familienberichterstattung als dauerhaftes Diagnoseinstrument, das zugleich eine Evaluation familienpolitischen Handelns und (weil öffentlich!) die Legitimation politischer Entscheidungen erleichtert (vgl. Wunderlich 2007). Der folgende Familienbericht soll hierzu für die Stadt Hilden eine Ist-Analyse der Lebenslage und Zufriedenheit von Familien mit Kindern unter 18 Jahren und damit eine Voraussetzung für eine flexible und familienfreundliche Kommunalpolitik in der Stadt liefern.

Voraussetzung für effektives politisches Handeln für Familien auf kommunaler Ebene ist die systematische und umfassende Information über die Lebensformen und Lebenslagen von Familien und Kindern sowie deren subjektive Bewertung durch Familien. Erst vor diesem Hintergrund ist die Identifikation von Handlungs- und Gestaltungsbedarfen möglich. Gefragt ist also ein Berichtsformat mit kleinräumigen, handlungsrelevanten sowie aktuellen und möglichst aktualisierbaren Informationen, die

- intrakommunale Disparitäten der Lebensverhältnisse erfassen und damit präzise, ortsteilsspezifische Problembeschreibungen ermöglichen,
- die Entwicklung entsprechend teilraumspezifischer, »orts-naher« Handlungs- und Lösungsansätze erleichtern und schließlich,
- eine Wirkungskontrolle von Handlungen und Maßnahmen ermöglichen (vgl. ZEFIR 2003: 11ff).

2.1 Die Projektfamilie

»Kommunale Familienberichterstattung«

Der vorliegende Familienbericht der Stadt Hilden basiert auf einem Berichtssystem, welches in einem vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen von 2001 bis 2006 geförderten Modellprojekt »Kommunales Management für Familien« entwickelt wurde. An dem Modellprojekt waren die Städte Herten, Gelsenkirchen und Oberhausen sowie der Kreis Unna beteiligt. Seit Ende 2006 können sich interessierte Kommunen an dem Projekt beteiligen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Familienberichtes Hilden beteiligten sich bereits 14 Städte und 3 Kreise (vgl. Karte 2.1).

Weitere Informationen zum Projekt und den einzelnen Projektbestandteilen finden Sie im Internet unter www.faktor-familie.de.

Das entstandene einheitliche Berichtssystem bietet wesentliche Vorteile für eine kommunale Familienberichterstattung: Es erfasst kleinräumig handlungsrelevante Informationen zu den Lebensbedingungen und der Lebenslage von Familien in Kommunen mittels amtlicher und prozessproduzierter Verwaltungsdaten (vgl. Kapitel 2.3.1) und einer zusätzlichen schriftlichen Befragung von Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt (vgl. Kapitel 2.3.2). Durch die integrierte Familienbefragung ermöglicht das Berichtssystem auch die Darstellung der subjektiven Bewertung der Lebensbedingun-

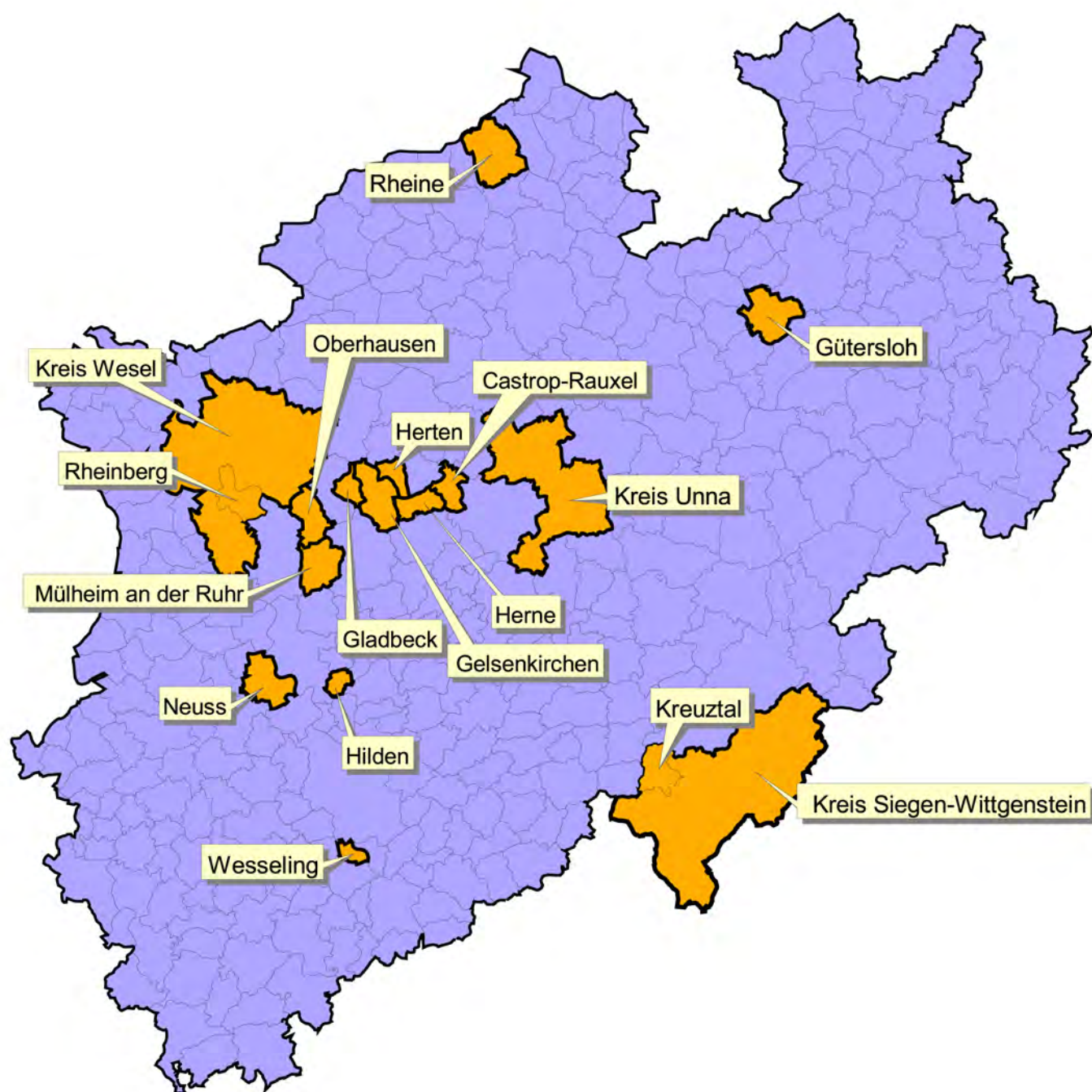
gen durch Familien selbst. Kleinräumigkeit, inter- und intrakommunale Vergleichbarkeit und Aktualisierbarkeit der Indikatoren waren wesentliche Kriterien für die Auswahl der Indikatoren für das Berichtsformat. Das einheitliche System kommunaler Familienberichterstattung ermöglicht durch die Vereinheitlichung der Indikatoren und den standardisierten einheitlichen Fragebogen einen Vergleich zwischen den Städten und Kreisen der Projektfamilie.¹ Das System ist darüber hinaus auf die Etablierung einer dauerhaften Familienberichterstattung ausgelegt.

Zudem wurden ausgewählte Indikatoren der bundes- und landesweit etablierten Sozial- und Armutsberichterstattung integriert, die einen Vergleich wesentlicher Indikatoren mit der Bundes- und Landesebene gestatten. Außerdem ist das Instrument in der Praxis bereits mehrfach erfolgreich erprobt.

Ein weiterer Vorteil der Projektfamilie ist der Informationsaustausch und die Diskussion zwischen den Kooperationskommunen über den Prozess der Berichterstellung, beispielsweise über Datenbeschaffung und -aufbereitung, die Vermittlung von Ergebnissen vor Ort und das Ableiten von Handlungsschwerpunkten. Das Berichtssystem fördert insofern Vernetzungen und Kooperationen zwischen den Kommunen der Projektfamilie.

1 Neben wissenschaftlichen Veröffentlichungen in Fachzeitschriften (vgl. u.a. Strohmeier/Wunderlich/Lersch 2009: Kindheiten in Stadt(teil) und Familie) sind auch vertiefende Analysen für einzelne Projektkommunen möglich (vgl. Klein/Schultz/Wunderlich 2009: Familienpolitik im Kreis Siegen-Wittgenstein – Konzeptionelle Elemente und Handlungsschwerpunkte einer nachhaltigen örtlichen Politik).

Karte 2.1: Kommunen der Projektfamilie »Kommunale Familienberichterstattung«



2.2 Themen und Module der kommunalen Familienberichterstattung

Der vorliegende Familienbericht ermöglicht eine breite, ressortübergreifende und kleinräumige Beschreibung der Lebenslage von Familien in Hilden. Die inhaltliche Grundlage des Familienberichtes bilden zwei Basismodule, die soziodemografische und sozioökonomische Daten beinhalten. Darüber hinaus unterscheiden wir vier thematische Zusatzmodule, die die Themenfelder »Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf«, »Vereinbarkeit von Familie und Beruf«, »Lebensräume von Familien« und »Kinder in der Familie« abdecken.

Die Grundüberlegung dieser modularen Konzeption ist, dass die Kooperationspartner bei einer Fortschreibung der Berichterstattung in Zukunft die Option haben, nicht (immer) umfassende (und damit arbeits- und kostenintensive) Familienberichte erstellen zu müssen, sondern »lediglich« bestimmte Module auswählen können. Dies ermöglicht eine flexible und »passgenaue« Reaktion auf die (Informations-)Bedürfnisse vor Ort. Die Vereinheitlichung wichtiger Indikatoren und die Integration standardisierter Analysebausteine ermöglichen darüber hinaus den interkommunalen Vergleich mit den Ergebnissen der Familienberichterstattung in anderen Projektkommunen, den wir im Familienbericht Hilden an den entsprechenden Stellen vornehmen werden.

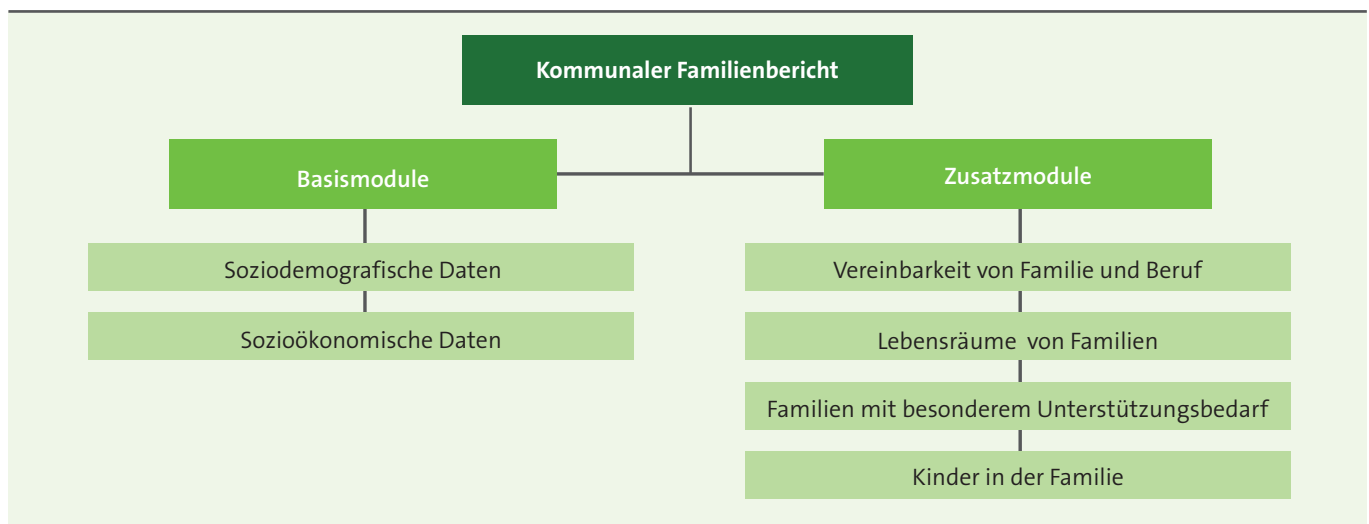
Zu den Ergebnissen der Familienbefragung sind ergänzend zu den im Familienbericht dokumentierten Analysen weitere detaillierte Auswertungen in einem Kommentierten Tabellenband zusammengefasst worden, auf die an einigen Stellen im Familienbericht verwiesen wird.

In den bisherigen Familienberichten haben wir den Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf (also Alleinerziehenden, kinderreichen Familien und Familien mit Migrationshintergrund) ein eigenständiges Kapitel gewidmet. Wir gehen für diese Familien davon aus, dass sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag zu bewältigen haben, was die Befragungsergebnisse aus den Projektkommunen auch bestätigen. Darüber hinaus haben Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund in sämtlichen Projektkommunen durchschnittlich niedrigere Einkommen und verfügen häufiger nur über eine geringe schulische und berufliche Qualifikationen als die Familien insgesamt. Diese Zusammenhänge sind auch für die Stadt Hilden festzustellen. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Familienbefragung, dass es sich in Hilden bei diesen drei Familienformen um weitaus heterogenere Gruppen als in der Mehrzahl der Projektkommunen handelt. Aus diesem Grund haben wir die Kapitelstruktur im vorliegenden Familienbericht etwas abgeändert und fokussieren in Kapitel 7 weniger auf diese drei Familienformen, sondern auf verschiedene Aspekte der Alltagsbewältigung von Familien insgesamt. Nichtsdestotrotz werden sowohl in diesem als auch in den übrigen Kapiteln Ergebnisse zu den Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf präsentiert.

2.3 Datenbasis des Familienberichtes

Wie auch in den übrigen Projektkommunen basieren die vorliegenden Analysen zur Lebenslage und zur Zufriedenheit von Familien in Hilden auf familienrelevanten Daten der Kommunalstatistik (vgl. Kapitel 2.3.1) und einer schriftlichen Befragung von Hildener Familien, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt leben (vgl. Kapitel 2.3.2).

Übersicht 2.1: Themen und Module der kommunalen Familienberichterstattung



Darüber hinaus wurden in Hilden erstmals zwei Expertenrunden mit insgesamt 13 Mitarbeiter/innen verschiedener Verwaltungsämter geführt. Neben dem Sozialdezernenten und drei Amtsleiter/innen (Amt für Jugend, Schule und Sport, Amt für Soziales und Integration sowie Amt für Planung und Vermessung) nahmen neun weitere Sachgebietsleiter/innen und Mitarbeiter/innen aus dem Amt für Jugend, Schule und Sport (Jugendhilfeplanung, Bildungscoordination, Jugendförderung, Soziale Dienste, Kindertagesstätten- und Schulverwaltung, Sportbüro) an den Expertenrunden teil.² Ihr Expertenwissen zur Situation der Familien und zur örtlichen Familienpolitik in Hilden diente als (zusätzliche) Informationsgrundlage für ein Kapitel mit strategischen Handlungsempfehlungen, das am Ende des Familienberichts Hilden steht. Die dort aufgeführten Handlungsempfehlungen sollen – vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Familienberichtes – dazu beitragen, Möglichkeiten und Wege für die weitere familienpolitische Orientierung und die Gestaltung der Familienpolitik in Hilden aufzuzeigen sowie Schwerpunktsetzungen der familienpolitischen Diskussion zu unterstützen, um darauf aufbauend die Lebensbedingungen für Familien in der Stadt zu verbessern.

2.3.1 Daten der Kommunalstatistik

Eine Datenbasis des vorliegenden Familienberichtes sind die quantitativen Daten der amtlichen bzw. prozessproduzierten Kommunalstatistik. »Prozessproduzierte« Daten sind Daten, die im Verwaltungsvollzug entstehen und sozusagen für Verwaltungszwecke erhoben werden. Dazu zählen die verschiedensten Arten der Kommunalstatistik, z.B. die Einwohner-, Sozialhilfe- und Jugendhilfestatistik, aber auch Daten der Schulstatistik oder der Bundesagentur für Arbeit. Die für Hilden erhobenen und verwendeten Daten lassen sich den folgenden Themenbereichen zuordnen:

- Bevölkerung/Demografie
- Kinderbetreuung
- Intervention und Beratung sowie
- Bildung

2.3.2 Schriftliche Familienbefragung

In Ergänzung zu den erhobenen Verwaltungsdaten wurde zu ausgewählten familienpolitisch relevanten Themenbereichen eine schriftliche Familienbefragung von Haushalten mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren durchgeführt. Als Stichprobe wurden aus dem Einwohnermelderegister 2.500 Adressen von Familien mit mindestens einem im Haushalt lebenden Kind unter 18 Jahren nach dem statistischen Zufallsprinzip ausgewählt. Die zufällige Auswahl der Adressen sichert die Repräsentativität der Befragung, die Hildener Ergebnisse stellen somit (wie in allen anderen Kommunen der Projektfamilie) die

Lebenssituation der Familien mit mindestens einem im Haushalt lebenden minderjährigen Kind repräsentativ dar.

Gegenstand der Befragungen waren vor allem Aspekte der sozialen und ökonomischen Lebenssituation sowie der Zufriedenheit von Familien, die mit den Daten der Kommunalstatistik nicht oder nur sehr unzureichend abgebildet werden können. Für Hilden liefert die Familienbefragung darüber hinaus Verteilungsinformationen zu kleinräumigen Familienstrukturen. Der Fragebogen umfasst auf 22 Seiten insgesamt 76 Einzelfragen zur Lage von Familien, die von jeweils einem Elternteil beantwortet werden sollten und sich – analog zu den oben genannten Modulen – zu folgenden Themenbereichen gruppieren lassen:

- »Standarddemografie«
- Wirtschaftliche Lage von Familien in der Stadt Hilden
- Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Lebensräume von Familien
- Kinder in der Familie

Die Organisation der Familienbefragung erfolgte nach einem in den anderen Kommunen der Projektfamilie bereits mehrfach erfolgreich durchgeführten Ablaufschema. Um die Bevölkerung über die Befragung zu informieren und um ihre Mitarbeit zu bitten, wurde unmittelbar vor dem Versand der Fragebögen eine Pressekonferenz durchgeführt und die örtliche Presse informiert. Zur Erhöhung des Fragebogenrücklaufs wurde darüber hinaus nach Ablauf einer ersten Rücksendefrist ein Erinnerungsschreiben an die gesamte Stichprobe geschickt, in dem die Familien – sofern noch nicht geschehen – nochmals um Beteiligung an der Befragung gebeten wurden. Im Anschreiben wurde zusätzlich jeweils ein Ansprechpartner mit Telefonnummer vor Ort und bei der Faktor Familie GmbH in Bochum angegeben, an die sich die Familien bei Rückfragen wenden konnten. Diese »Telefonhotline« fand erwartungsgemäß regen Anklang. Gegenstand der Anrufe waren insbesondere Fragen zur Anonymität der Daten und zur Veröffentlichung der Ergebnisse. Fragebögen, Anschreiben und Rückumschläge wurden im Mai 2009 versandt; die erste Rücklaufrfrist endete am 05. Juni 2009, die zweite Rücksendefrist nach dem Erinnerungsschreiben am 30. Juni 2009.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Familien mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer teilwei-

² Die Ergebnisse der Expertendiskussionen sind in die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Stadt Hilden eingeflossen, die Gegenstand des Kapitels 10 sind. Eine Liste der Teilnehmer/innen der Expertenrunden findet sich im Anhang.

se geringeren Sprachkenntnisse in schriftlichen Befragungen deutlich schwerer erreicht werden können. Um diesen Familien die Teilnahme an der Befragung zu erleichtern, wurde auf Anregung des Integrationsrates der Stadt Hilden dem Erinnerungsschreiben zusätzlich ein kurzes Informationsschreiben in deutscher, russischer, arabischer sowie türkischer Sprache beigelegt. In diesem wurden die Familien noch einmal um ihre Beteiligung an der Befragung gebeten und auf ein besonderes Angebot der Stadt aufmerksam gemacht: An zwei Nachmittagen und einem Vormittag im Juni konnten sich die Familien an drei muttersprachliche Mitarbeiter/innen der Verwaltung wenden, die ihnen Hilfestellung bei Rückfragen bzw. Unklarheiten anboten. Dieses Angebot wurde von etwa 15 Familien in Anspruch genommen.³

Tabelle 2.1 gibt einen Überblick über die Eckwerte der Stichprobenzusammensetzung. Insgesamt konnte ein sehr hoher Rücklauf von 45 Prozent erzielt werden. Das sind 1.118 der angeschriebenen 2.500 Familien. Dabei wurden 71 Prozent der Fragebögen von Müttern ausgefüllt, die sich offenbar für familiäre Themen stärker verantwortlich fühlen als Väter bzw. dies tatsächlich sind.

³ Diese 15 Familien entsprechen knapp sechs Prozent der 257 Familien mit Migrationshintergrund, die an der Familienbefragung teilgenommen haben.

Tabelle 2.1: Zusammensetzung der Stichprobe

Familien in der Befragung		
versendete Fragebögen		2.500
Rücklauf (absolut)		1.118
Rücklauf (in Prozent)		45
	Anteil der Familien in der Befragung	Anteil der Kinder unter 18 Jahren in der Kommunalstatistik
	Angaben in Prozent	
Hilden-Süd	30	29
Hilden-West	5	5
Hilden-Nord	30	35
Hilden-Mitte	20	19
Hilden-Ost	15	12
Anteil der Familien in der Befragung		
Mutter Bezugsperson	71	
mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit	13	
mindestens ein Elternteil Migrationshintergrund	23	
Alleinerziehende	17	
Kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder unter 18 Jahren)	9	

Anmerkung: Die Bezugsperson ist der Elternteil, welcher den Fragebogen ausgefüllt hat.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 und Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik

Für kleinräumige Analysen beziehen wir uns auf die Ebene der fünf Hildener Stadtteile, wobei das Gebiet Hilden-Stadtwald dem Stadtteil Hilden-Ost zugeordnet wurde. Mit dem Fragebogen wurde eine Karte versandt, damit Familien ihren Wohnort besser bestimmen konnten. Hinweise für die kleinräumige Qualität der Stichprobe bieten Vergleiche mit den Eckwerten der Kommunalstatistik. Wie der Abgleich mit den Daten der Kommunalstatistik zeigt, entspricht der Rücklauf der Familienbefragung insgesamt gut der Verteilung der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in den Stadtteilen der Stadt.

Unter den befragten Familien hat in 13 Prozent der Familien mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit und in 23 Prozent der Familien hat mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund.⁴ Der Anteil der Alleinerziehenden liegt mit 17 Prozent relativ hoch, der Anteil der kinderreichen Familien (mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren) da-gegen lediglich bei neun Prozent der Familien. Da es sich um eine statistisch repräsentative Stichprobe handelt, kann mit diesen Angaben die Familienstruktur der Stadt Hilden insgesamt abgebildet werden.

Bei der Bewertung der Analyseergebnisse der Familienbefragung sind die Fallzahlen (Anzahl der befragten Familien) für Detailauswertungen zu beachten.⁵ In der empirischen Sozialforschung wird bei Fallzahlen über 30 von hinreichend validen Ergebnissen für Verteilungen ausgegangen. Diesem Grundsatz folgend präsentieren wir ausschließlich Analyseergebnisse für Gruppen über 30 Fälle. Sind einzelne Ergebnisse wegen zu geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen, werden diese Tabellenzellen mit (-) gekennzeichnet. Eine 0 hingegen steht tatsächlich für den Wert Null.

2.4 Grundlegende Definitionen

Familie, Migrationshintergrund, Äquivalenzeinkommen, Bildungs- und Erwerbsstatus etc. sind Begriffe, die in den weiteren Kapiteln häufiger vorkommen. Um diese nicht jedes Mal ausführlich erklären zu müssen und damit den Lesefluss zu behindern, wird im Folgenden erläutert, was wir darunter verstehen. Die folgenden Definitionen liegen auch den Analysen und Darstellungen in den Familienberichten der Projektfamilie zugrunde, so dass die interkommunale Vergleichbarkeit gesichert ist.

Familie

Der vorliegende Familienbericht für die Stadt Hilden betrachtet das familiäre Leben in einem gemeinsamen Haushalt und beschränkt sich auf die Analyse der gemeinsamen Haushaltsführung von Eltern und minderjährigen Kindern. Es muss aber angemerkt werden, dass diese Sichtweise »nur« Familien im

engeren Sinne im Blick hat. Die Familienforschung spricht daher von »Kernfamilien«, da sich die Betrachtung auf die Betreuungs- und Erziehungsphase von Kindern beschränkt. Im Grunde ist dies aber nur eine Lebensphase des gesamten Familienlebens. Denn Familie konstituiert sich zwar mit der Geburt oder der Adoption von Kindern, besteht aber lebenslang (Familie im weiteren Sinne), auch wenn die Kinder das Haus verlassen und erwachsen werden (vgl. Strohmeier/Schultz 2005: 49ff.). Die enge Definition von Familie für diesen Familienbericht ergab sich zum einen aus den inhaltlichen Fragestellungen und war zum anderen notwendig, um die Befragung durchzuführen und eine valide Stichprobe zu ziehen.

Paare

Paare sind sowohl Ehepaare als auch nichteheliche Lebensgemeinschaften, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben.

Alleinerziehende

Alleinerziehende definieren wir als Elternteile, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben und allein für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder sorgen und verantwortlich sind.

Kinderreiche Familien

Kinderreiche Familien sind Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, unabhängig davon, ob sie mit einem oder zwei Elternteilen zusammenleben.

Migrationshintergrund

Als Familien mit Migrationshintergrund können wir auf Basis der Familienbefragung eine breitere Gruppe von Familien betrachten als dies mit Daten der öffentlichen Statistik möglich ist. Nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil werden berücksichtigt, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund. Das heißt, mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Dadurch werden z.B. russlanddeutsche Familien ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst.

4 Neben Familien, in denen mindestens ein Elternteil keine deutsche Staatsangehörigkeit hat, zählen zu den Familien mit Migrationshintergrund auch Familien, in denen mindestens ein Elternteil neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit hat oder mindestens ein Elternteil außerhalb Deutschlands geboren ist (vgl. Kapitel 2.4).

5 Grundsätzlich muss man berücksichtigen, dass Stichprobenergebnisse nicht den gleichen Genauigkeitsgrad wie Totalerhebungen oder amtliche Statistiken erreichen können.

Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf

Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund betrachten wir als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf. Wir gehen für diese Familien davon aus, dass sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag zu bewältigen haben. Bei Alleinerziehenden ist dies z.B. die Tatsache, dass sie alleine für Kinder verantwortlich sind und bei der Familien- und Erziehungsarbeit nicht auf Unterstützung durch einen Partner oder eine Partnerin bauen können. Für kinderreiche Familien ergeben sich bereits durch die größere Zahl der Kinder ein höherer Organisationsaufwand und vielfältige Anforderungen durch Kinder unterschiedlichen Alters, sowohl hinsichtlich der Erziehungsarbeit als auch hinsichtlich der Hausarbeit, die zumeist zeitgleich zu lösen sind. Migrantenfamilien hingegen haben sich mit den zum Teil anderen kulturellen Anforderungen der Aufnahmegesellschaft, mit Sprach- oder Integrationsproblemen auseinanderzusetzen. Aber auch Belastungen und Einschränkungen, die sich durch ein niedrigeres Haushaltseinkommen und eine damit verbundene höhere Armutsbetroffenheit von Alleinerziehenden, Kinderreichen und Familien mit Migrationshintergrund (im Vergleich zu den Familien insgesamt) ergeben können, begründen den besonderen Unterstützungsbedarf dieser Familien.

Äquivalenzeinkommen und Armutsgrenzen auf Basis bedarfsgewichteter Einkommensdaten

Man kann die Einkommen von Haushalten und Familien unterschiedlicher Größe und Zusammensetzungen nicht direkt miteinander vergleichen und nicht an einem für alle Haushalte einheitlichen Einkommensbetrag als Armutsschwelle messen. Für einen Ein-Personen-Haushalt sind 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen etwas anderes als für einen Acht-Personen-Haushalt. Um diese beiden Haushalte hinsichtlich ihres Einkommens vergleichen zu können, muss man die Haushaltsgröße berücksichtigen. Die einfachste Möglichkeit wäre, das Haushaltseinkommen durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder zu teilen. Dabei entstehen Pro-Kopf-Einkommen. Der hier genannte Ein-Personen-Haushalt mit 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen hätte danach auch ein »tatsächliches« Pro-Kopf-Einkommen von 2.000 Euro, der Acht-Personen-Haushalt lediglich von 250 Euro.

Nun kann man aber davon ausgehen, dass größere Haushalte durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen realisieren können, die kleineren Haushalten nicht möglich sind. Darüber hinaus haben Kinder noch einen geringeren Unterhaltsbedarf als Erwachsene. Konkret heißt das: Der Haushalt mit acht Familienmitgliedern benötigt nicht eine achtmal so große Wohnung wie der Ein-Personen-Haushalt und er benötigt

nicht acht Autos. Auch Stromkosten für das Fernsehgerät, das Radio, die Beleuchtung steigen nicht auf das Achtfache der Kosten des Ein-Personen-Haushaltes usw. Das heißt also, der Bedarf an Einkommen in größeren Familien steigt zwar mit der Zahl der Familienmitglieder, aber keinesfalls proportional. Dies würden wir aber voraussetzen, wenn wir eine Armutsgrenze auf Basis von tatsächlichen Pro-Kopf-Einkommen betrachten würden. Deshalb werden in der Armutsforschung so genannte bedarfs- bzw. äquivalenzgewichtete Pro-Kopf-Einkommen betrachtet, die zum einen die unterschiedlichen Haushaltsgrößen vergleichbar machen und gleichzeitig die Einsparungen in größeren Familien berücksichtigen. Hierfür wird eine theoretische »bedarfsgewichtete Familiengröße« ermittelt, die bei größeren Haushalten immer unter der tatsächlichen Größe des Haushaltes liegt und durch diese theoretische Haushaltsgröße wird dann das tatsächliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen geteilt. Diese bedarfsgewichteten Einkommen werden als »Äquivalenzeinkommen« bezeichnet. Wir greifen auf die alte OECD-Skala zurück, die auch in der Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen Anwendung findet.

Nach der alten OECD-Skala wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Gewicht 1 zugewiesen. Jede weitere Person im Haushalt im Alter von 14 Jahren und älter erhält das Gewicht 0,7; jüngere Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,5 zugewiesen. Somit ergibt sich für einen Ein-Personen-Haushalt ein Gewicht von 1. Um das gleiche Wohlstandsniveau wie ein Single zu haben, benötigt also eine Paar ohne Kinder ein Haushaltseinkommen, welches 1,7 mal so hoch ist ($1+0,7$); für ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren wird ein 2,7 ($1+0,7+0,5+0,5$) mal so großes Haushaltseinkommen benötigt, um den gleichen Lebensstandard zu erhalten.

Einkommensarmut von Familien definieren wir in Abhängigkeit vom aktuellen Durchschnittseinkommen. Analog zur Sozialberichterstattung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. MAGS 2009) legen wir das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen, welches über den Mikrozensus erhoben wird, zugrunde und errechnen das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen). Als arm gelten Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens in Nordrhein-Westfalen beträgt.

2007 lag das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen in Nordrhein-Westfalen bei 1.274 Euro. Als einkommensarm gelten demnach Haushalte, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 637 Euro beträgt. Die Familienmitglieder einer Familie mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 14 Jahren gelten

Tabelle 2.2: Äquivalenzeinkommen und Einkommensarmut

Haushaltstyp	Faktor der Bedarfsgewichtung nach alter OECD-Skala	50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens	Die Haushaltsmitglieder gelten als einkommensarm, wenn das Haushaltseinkommen niedriger ist als...
Ein-Personen-Haushalt	1	x 637 € =	637 €
Paare ohne Kinder	1.7	x 637 € =	1.083 €
Paare			
mit einem Kind unter 14 Jahren	2.2	x 637 € =	1.401 €
mit einem Kind unter 14 Jahren und einem Kind von 14 Jahren und älter	2.9	x 637 € =	1.847 €
Alleinerziehende			
mit einem Kind unter 14 Jahren	1.5	x 637 € =	956 €
mit einem Kind im Alter von 14 Jahren und älter	1.7	x 637 € =	1.083 €

Datenquelle: MAGS 2009, eigene Zusammenstellung

als einkommensarm, wenn das Haushaltseinkommen niedriger ist als 1.401 Euro. Ein Alleinerziehendenhaushalt mit einem unter 14-jährigen Kind wird als einkommensarm bezeichnet, wenn das Einkommen weniger als 956 Euro beträgt (vgl. Tabelle 2.2).

In den Familienberichten anderer Projektkommunen der Jahre 2007 und 2008 haben wir Familien mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von unter 615 Euro als arm, mit einem Äquivalenzeinkommen zwischen 615 bis unter 750 Euro als armutsnah definiert. Diese Werte bezogen sich auf den Sozi-

albericht NRW des Jahres 2007, der allerdings auf Daten des Jahres 2005 beruht (vgl. MAGS 2007). Der vorliegende Familienbericht Hilden bezieht sich auf die (zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes) aktuellsten Armutsgrenzen des MAGS (für das Jahr 2007). Da Armutsquoten relative Maßzahlen darstellen, die den relativen Abstand der unteren Einkommensgruppen zum Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung messen sollen, war eine Anpassung an die aktuelle Einkommensentwicklung in Nordrhein-Westfalen notwendig. Erst dadurch sind Armutsquoten über einen längeren Zeitraum vergleichbar.

Tabelle 2.3: Schulabschluss und Ausbildungsniveau

Bildungsgruppe	Schulabschluss	Ausbildungsniveau
Niedrige Qualifikation	• kein Abschluss	• Lehre/ (noch) kein Abschluss/ keine Angabe
	• Volks-/ Hauptschulabschluss	
	• Realschule/POS (DDR-Schulabschluss)	• (noch) kein Abschluss/ keine Angabe
Mittlere Qualifikation	• Volks-/ Hauptschulabschluss	• Fach-, Meister,- oder Technikerschule
	• Realschule/POS (DDR-Schulabschluss)	• Lehre/ anderer Abschluss
Höhere Qualifikation	• Keine Angabe/ anderer Abschluss	• Lehre/ Fach-, Meister- oder Technikerschule
	• Realschule/POS (DDR-Schulabschluss)	• Fach-, Meister,- oder Technikerschule
	• (Fach-) Hochschulreife	• Lehre/ Fach-, Meister- oder Technikerschule/ noch in Ausbildung
Höchste Qualifikation		• Fachhochschule- oder Hochschulabschluss
Nicht berücksichtigt	• (Fach-) Hochschulreife	Keine Lehre/ Anlernzeit mit Zeugnis/ keine Angabe

Bildungsstatus der Eltern

Für den Bildungsstatus von Mutter und Vater wurde ein Indikator gebildet, der eine Kombination aus höchstem Schulabschluss und Ausbildungsniveau darstellt. Die vier Bildungsgruppen reichen von »niedriger Qualifikation«, über »mittlere« und »höhere« bis zur »höchsten Qualifikation«. So zählt z.B. ein Vater, der einen Hauptschulabschluss besitzt und eine Lehre abgeschlossen hat zur »niedrigsten Qualifikation«. Hat er neben dem Hauptschulabschluss auch eine Ausbildung an einer Fach-, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Bildungsakademie abgeschlossen, wird er in die Kategorie »mittlere Qualifikation« eingeordnet. Zur »höchsten Qualifikation« gehören nur die Personen, die entweder einen Fachhochschul- oder einen Hochschulabschluss besitzen. Der Bildungsstatus des Familienhaushalts ergibt sich aus dem höchsten Abschluss der Elternteile. Wenn wir also der Mutter die »höchste Qualifikation« zuordnen und dem Vater die »höhere Qualifikation«, zählt der Haushalt insgesamt zur »höchsten Qualifikation«.

Erwerbsstatus der Eltern

Erwerbstätig ist, wer einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgeht, sich im Wehr- oder Zivildienst oder einer beruflichen Ausbildung befindet. Geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose, Schüler/ Schülerinnen, Studenten/Studentinnen, Rentner/Rentnerinnen und Väter und Mütter in Mutterschafts-, Erziehungsurlaub und Elternzeit zählen somit zu den Nichterwerbstätigen. Vollzeit erwerbstätig sind Personen, die Vollzeit erwerbstätig, Wehr- oder Zivildienst oder berufliche Ausbildung angegeben haben. Ist eine Zuordnung über die oben genannten Kriterien nicht möglich, wird zusätzlich die Wochenarbeitszeit berücksichtigt: Eltern, die über 30 Stunden wöchentlich arbeiten, gelten als voll erwerbstätig.

3 Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose

Im folgenden Kapitel wird die Bevölkerungsentwicklung in Hilden von 1975 bis 2008 dargestellt und mit einer Bevölkerungsprognose bis 2025 ein Blick in die Zukunft gewagt. Dabei wird die Leitfrage des Kapitels sein, inwiefern die Prozesse, die in der öffentlichen Diskussion unter dem Begriff des »demografischen Wandels« zusammengefasst werden, auch für die Stadt Hilden zu beobachten sind. Um hier für die Stadt Hilden konkrete Aussagen treffen zu können, reichen landes- oder gar bundesweite Mittelwerte allerdings nicht aus, sondern es muss die Bevölkerungsentwicklung konkret vor Ort in den Blick genommen werden (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005: 7). Zu den zu untersuchenden Prozessen gehören die Veränderung in der absoluten Anzahl der Bevölkerung sowie in der Alterszusammensetzung und außerdem die Entwicklung des Anteils der nichtdeutschen Bevölkerung.

Die Hauptmerkmale des demografischen Wandels werden oft mit *»Wir werden weniger, wir werden älter, wir werden bunter«* zusammengefasst (vgl. Kutzner 2009: 19ff). Doch gilt dies auch für die Stadt Hilden und in welchem Umfang ist Hilden von den demografischen Herausforderungen, die mit den erwähnten Prozessen verbunden sind, betroffen?

Bevölkerungsprognosen – Niemand von uns kann in die Zukunft sehen

Wissenschaftliche Aussagen über die Zukunft sind (lediglich) Annahmen über die Folgen der Fortdauer vergangener Entwicklungen über den gegenwärtigen Zeitpunkt hinaus. Wissenschaftliche Bevölkerungsprognosen sind also nichts anderes als »in die Zukunft gerechnete Annahmen« bzw. numerisch exakte »Wenn-dann-Vermutungen«. Prognosen sollten daher grundsätzlich kritisch betrachtet werden! Der entscheidende Teil einer Prognose ist immer der »Wenn«-Teil. Die prognostizierten Daten – in diesem Falle die zukünftige Bevölkerungsentwicklung – können sich tatsächlich drastisch von der faktischen Entwicklung unterscheiden, falls sich der »Wenn«-Teil (in diesem Zusammenhang die Geburtenentwicklung⁶ und die Wanderungsannahmen) nur geringfügig anders entwickelt als angenommen.

Warum Prognosen?

Wenn Prognosen Zukunftsentwürfe in Verlängerung der Vergangenheit sind, was ist dann ihr Zweck? Sie sollen zur Bewertung der so entworfenen Zukunft und zum politischen Handeln auffordern. Wollen wir die erwartbare Entwicklung? Können wir die Bedingungen, unter denen sie eintreten (die »Wenn-Komponente«), ändern? Können wir Rahmenbedingungen ändern? Wenn ja, welche und wie ist das möglich? Kann man prognostizierte Entwicklungen nicht mehr beeinflussen, so hat man immer noch die Möglichkeit, sich auf sie einzustellen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Für den vorliegenden Familienbericht Hilden greifen wir auf eine Bevölkerungsprognose für die Jahre 2009 bis 2025 der Planersocietät Dortmund zurück, die im Auftrag der Stadt erstellt wurde.⁷ Folgende Parameter liegen dieser Bevölkerungsprognose zugrunde:

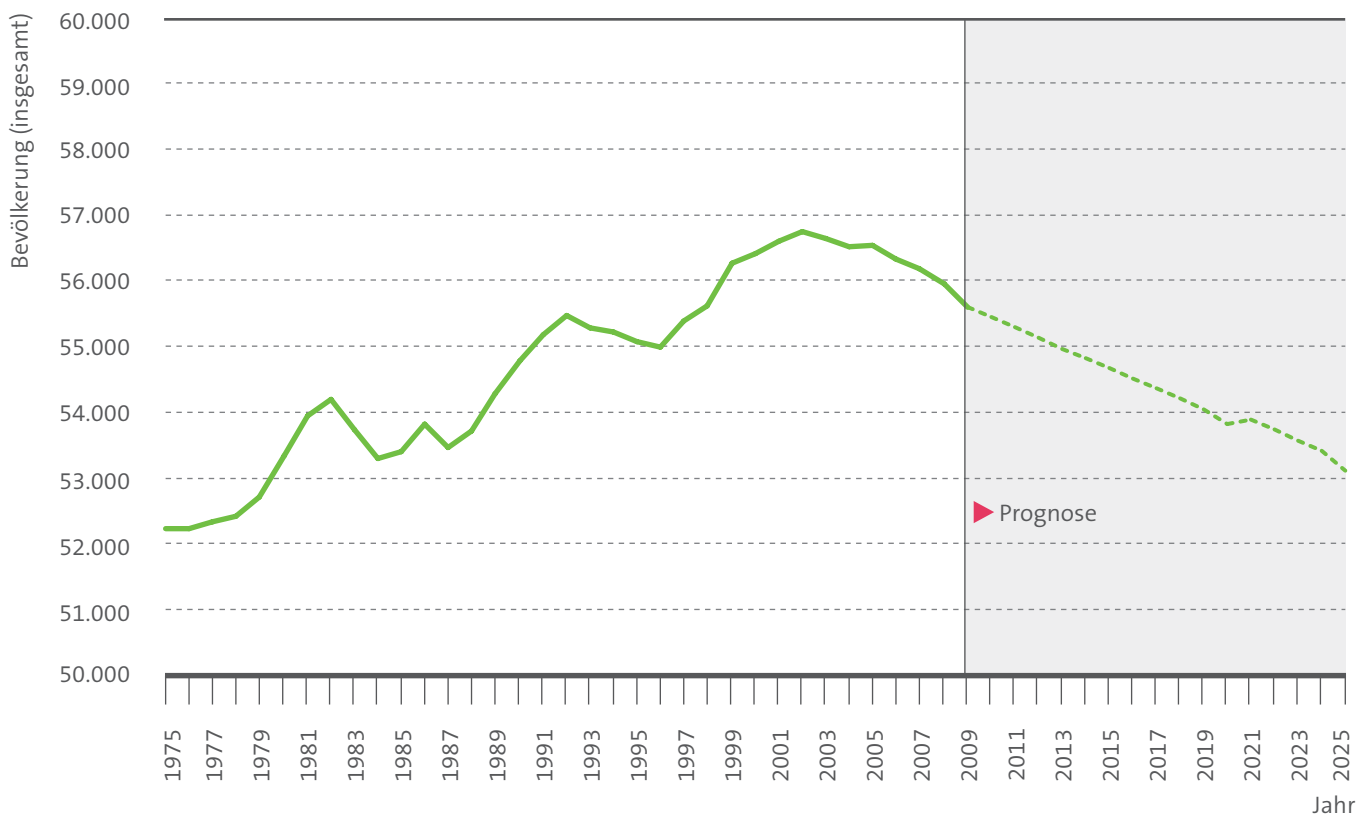
- Als Basiszeitraum wird auf Daten der Bevölkerungsfortschreibung des IT.NRW zurückgegriffen. Der Ausgangsbestand entspricht dem Altersaufbau der Bevölkerung nach Geschlecht zum 31.12.2008.
- Bei den Geburten und Sterbefällen (der natürlichen Bevölkerungsentwicklung) wird der Durchschnittswert der letzten fünf Jahre gebildet und fortgeschrieben.
- Bei den Wanderungsbewegungen (den Zu- und Fortzügen) wird ebenfalls der Durchschnittswert der letzten fünf Jahre gebildet und fortgeschrieben.

Die im Folgenden dargestellte Prognose beruht dadurch auf der Fortschreibung des Trends der letzten Jahre. Alternative Szenarien, die Inhalt des Stadtentwicklungskonzepts sind, werden hier nicht beschrieben.

6 Im Gegensatz zur Geburtenentwicklung ist die Sterblichkeit relativ einfach und verlässlich prognostizierbar.

7 Die Bevölkerungsprognose sowie ein für die Stadt erstelltes Stadtentwicklungskonzept sind im Internet unter www.stadtplanung-hilden.de abrufbar.

Abbildung 3.1: Bevölkerungsentwicklung und -prognose Stadt Hilden 1975 bis 2025



Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und Planersocietät Dortmund

3.1 Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Hilden von 1975 bis 2025

Am 31.12.2008 leben in der Stadt Hilden insgesamt 55.961 Einwohner.^{8,9} Die Bevölkerung ist seit 1975 gewachsen, jedoch nicht kontinuierlich und erreichte im Jahr 2002 den höchsten Stand von 56.753 Einwohnern (vgl. Abbildung 3.1). Das entspricht für die betrachteten 27 Jahre einem Zuwachs von etwa neun Prozent. In den darauf folgenden Jahren ist die Bevölkerungszahl in Hilden aber wieder zurückgegangen, was sich laut Prognose der Planersocietät Dortmund auch bis zum Jahr 2025 (auf dann etwa 53.000 Einwohner) so fortsetzen wird. Für den Zeitraum von heute (2008) bis 2025 entspricht das einem Rückgang von vier Prozent.

In einem nächsten Schritt soll zur besseren Einordnung der Entwicklung in Hilden eine Gegenüberstellung der Entwicklungsdaten der Stadt Hilden mit denen des Kreises Mettmann und des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen. Wie Abbildung 3.2 zeigt, fand in der Stadt Hilden, genauso wie im Kreis Mettmann,

in den Jahren 1975 bis 2008 eine im Vergleich zum Land Nordrhein-Westfalen überdurchschnittliche Entwicklung der Bevölkerungszahlen statt. Im Laufe des Prognosezeitraums werden sich die Bevölkerungsentwicklung in Hilden, dem Kreis Mettmann und dem Land Nordrhein-Westfalen jedoch einander angleichen, so dass im Jahr 2025 sowohl für Hilden, als auch für den Kreis Mettmann und das Land Nordrhein-Westfalen von einem Bevölkerungsstand ausgegangen wird, der zwei Prozent über dem Basisjahr 1975 liegt.

8 Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes (Daten der Bevölkerungsfortschreibung des IT.NRW).

9 Für die Darstellung der Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2008 greifen wir auf Daten der Bevölkerungsfortschreibung des IT.NRW zurück. Diese weichen zum Teil leicht von den Angaben zur Bevölkerungsstruktur in Kapitel 4 ab, da dort Daten der Einwohnermeldestatistik der Stadt Hilden verwendet werden.

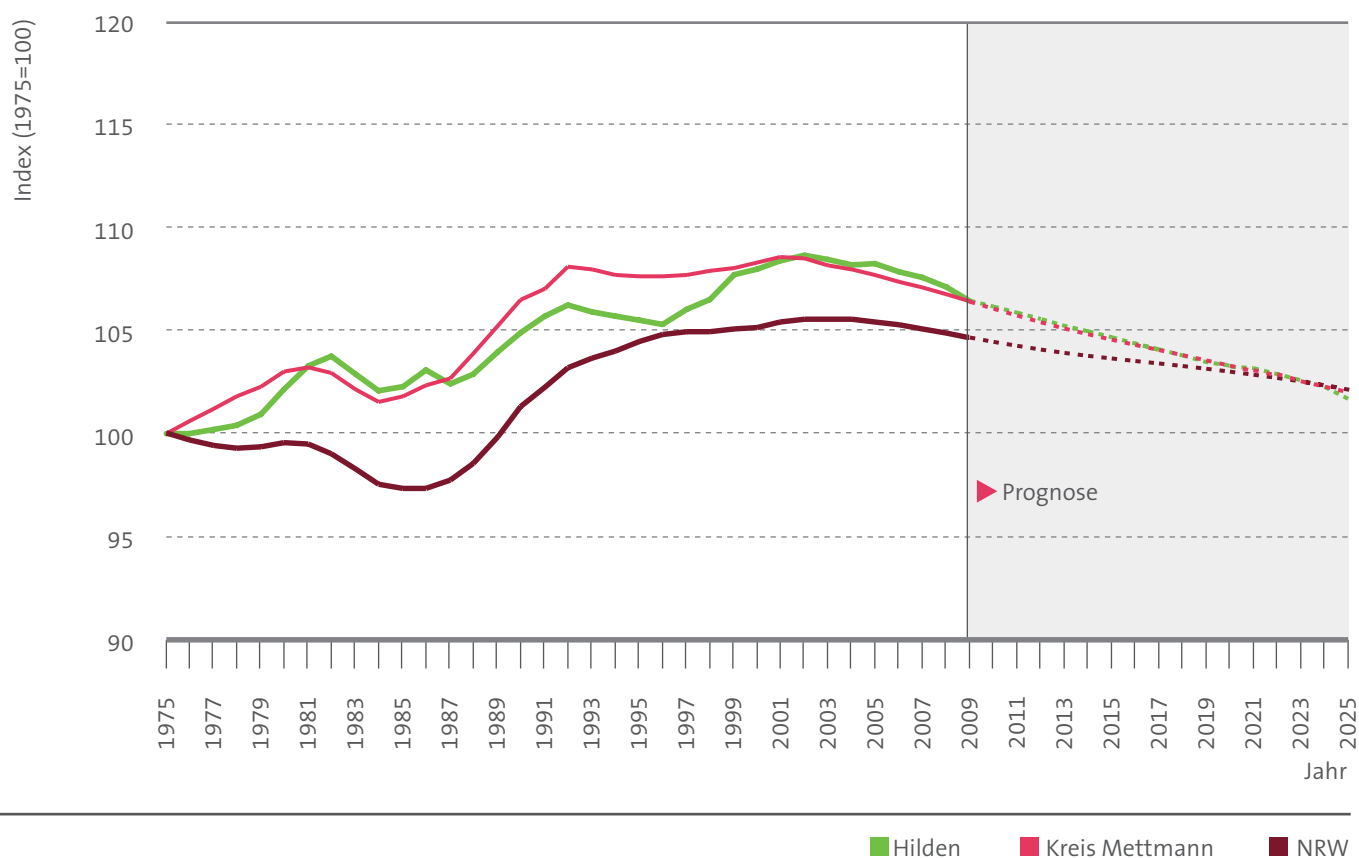
Beeinflusst wird die Bevölkerungsentwicklung von zwei Faktoren: Dem Wanderungssaldo (also der Differenz zwischen der Zahl der Zuzüge und Fortzüge in einer Kommune) und dem Saldo aus Geburten und Sterbefällen. In Abbildung 3.3 sind die Salden dieser Wanderungsbewegung und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung sowie die Bevölkerungsentwicklung insgesamt für die Stadt Hilden (von 1980 bis 2008) dargestellt.¹⁰

Für die Jahre von 1980 bis etwa Mitte der 90er Jahre ist zu sehen, dass die Veränderung in der Bevölkerungszahl fast ausschließlich vom Wanderungssaldo bestimmt wurde. In den Jahren 1980 bis 1982 wird das Gesamtwachstum der Hildener Bevölkerung von einem positiven Wanderungssaldo getragen. In den Jahren 1983 und 1984 führt ein stark negativer Wanderungssaldo zu Bevölkerungsrückgängen, so dass die absolute Bevölkerungszahl des Jahres 1982 erst wieder etwa im Jahr 1989 erreicht wird (vgl. Abbildung 3.1). Das Bevölkerungswachstum in Hilden von 1985 bis 1992 ist wieder ausschließ-

lich durch die positiven Wanderungssalden zu erklären. In den Jahren 1993 bis 1996 entwickelt sich die Bevölkerungszahl in Hilden rückläufig. Im Jahr 1995 ist erstmals der (negative) Saldo aus Geburten- und Sterbefällen maßgeblich verantwortlich für diese rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Von 1997 bis 2002 sind wieder starke Wanderungsüberschüsse für eine positive Bevölkerungsentwicklung in Hilden verantwortlich. Ab dem Jahr 2003 erhöht sich der negative Saldo aus Geburten- und Sterbefällen stetig und kann (mit einer Ausnahme im Jahr 2005) nicht von den Wanderungssalden ausgeglichen werden, so dass die Bevölkerungsentwicklung in Hilden insgesamt ab 2003 rückläufig ist.

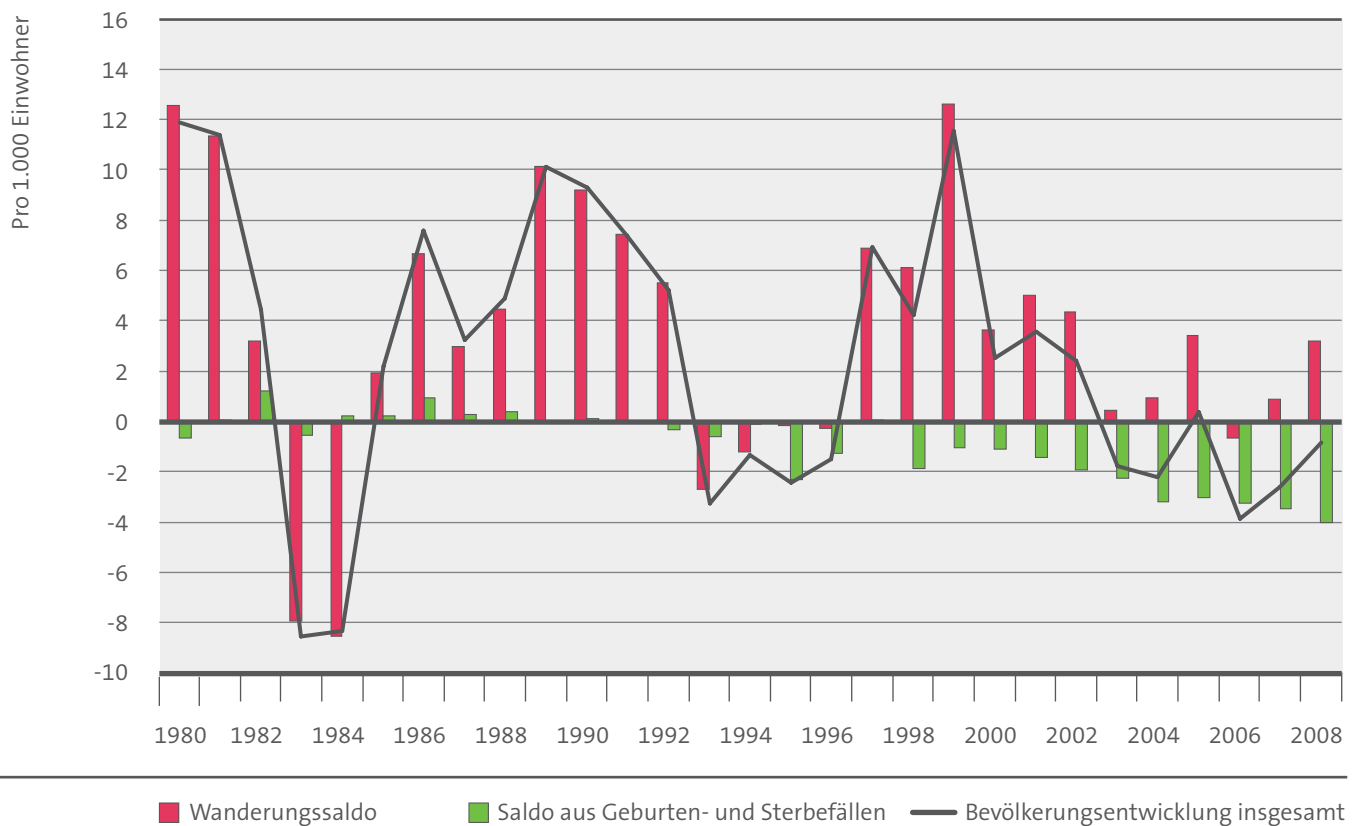
¹⁰ Während in Abbildung 3.1 die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Hilden in absoluten Zahlen dargestellt wurde, sind hier in Abbildung 3.3 die Werte pro 1.000 Einwohner berechnet.

Abbildung 3.2: Bevölkerungsentwicklung und -prognose Stadt Hilden, Kreis Mettmann und NRW 1975 bis 2025



Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und Planersocietät Dortmund

Abbildung 3.3: Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung und Bevölkerungsentwicklung insgesamt in der Stadt Hilden von 1980 bis 2008¹¹



Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

Zusammenfassend festzuhalten ist, dass die Bevölkerung in Hilden bereits seit dem Jahr 2002 weniger wird und auch nach der Trend-Prognose der Planersocietät Dortmund bis 2025 weiter sinken wird. Seit 2001 ist die sinkende Bevölkerungszahl auf den stetig wachsenden negativen Saldo aus Geburten und Sterbefällen in Kombination mit einem relativ niedrigen bzw. ausgeglichenen Wanderungssaldo zurückzuführen.

3.2 Die Entwicklung der Altersstruktur und des Anteils Nichtdeutscher in Hilden

In der aktuellen öffentlichen Diskussion um die Bevölkerungsentwicklung wird nicht nur über die absolute Anzahl, sondern auch über die Altersstruktur der Bevölkerung gesprochen. Denn neben der rein quantitativen Veränderung wird sich die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten vor allem in ihrem Altersaufbau stark verändern. Diese Entwicklung ist (unterschiedlich stark) in allen modernen Gesellschaften zu beobachten (vgl. Kutzner 2009: 18). Die Gründe dafür sind die niedrigen Geburtenzahlen und die steigende Lebenserwartung (vgl. ebd.: 22).

Sehr anschaulich wird der demografische Wandel, wenn man sich grafische Darstellungen zum Wandel des Altersaufbaus der Bevölkerung betrachtet. Abbildungen, die die Bevölkerungsstruktur zu Beginn des 20. Jahrhunderts darstellen, können im Regelfall noch als Bevölkerungspyramide (mit stark besetzten jüngeren Alterskohorten und deutlich schwächer besetzten älteren Alterskohorten) bezeichnet werden. Die Form dieser Abbildungen hat sich gewandelt. Heute muss für Deutschland (und im Regelfall auch für kleinere Gebietseinheiten innerhalb Deutschlands) vielmehr von einem Bevölkerungsbaum (mit schwach besetzten jüngeren Alterskohorten, stärker besetzte mittlere Alterskohorten und wieder etwas schwächer besetzten älteren Alterskohorten) gesprochen werden.

11 Die Angaben zu Wanderungsbewegungen und Geburten- und Sterbefällen lagen beim IT.NRW für die Stadt Hilden nur für den Zeitraum 1980 bis 2008 vor, somit kann an dieser Stelle nur die Entwicklung für diesen Zeitraum und nicht schon ab 1975 beschrieben werden.

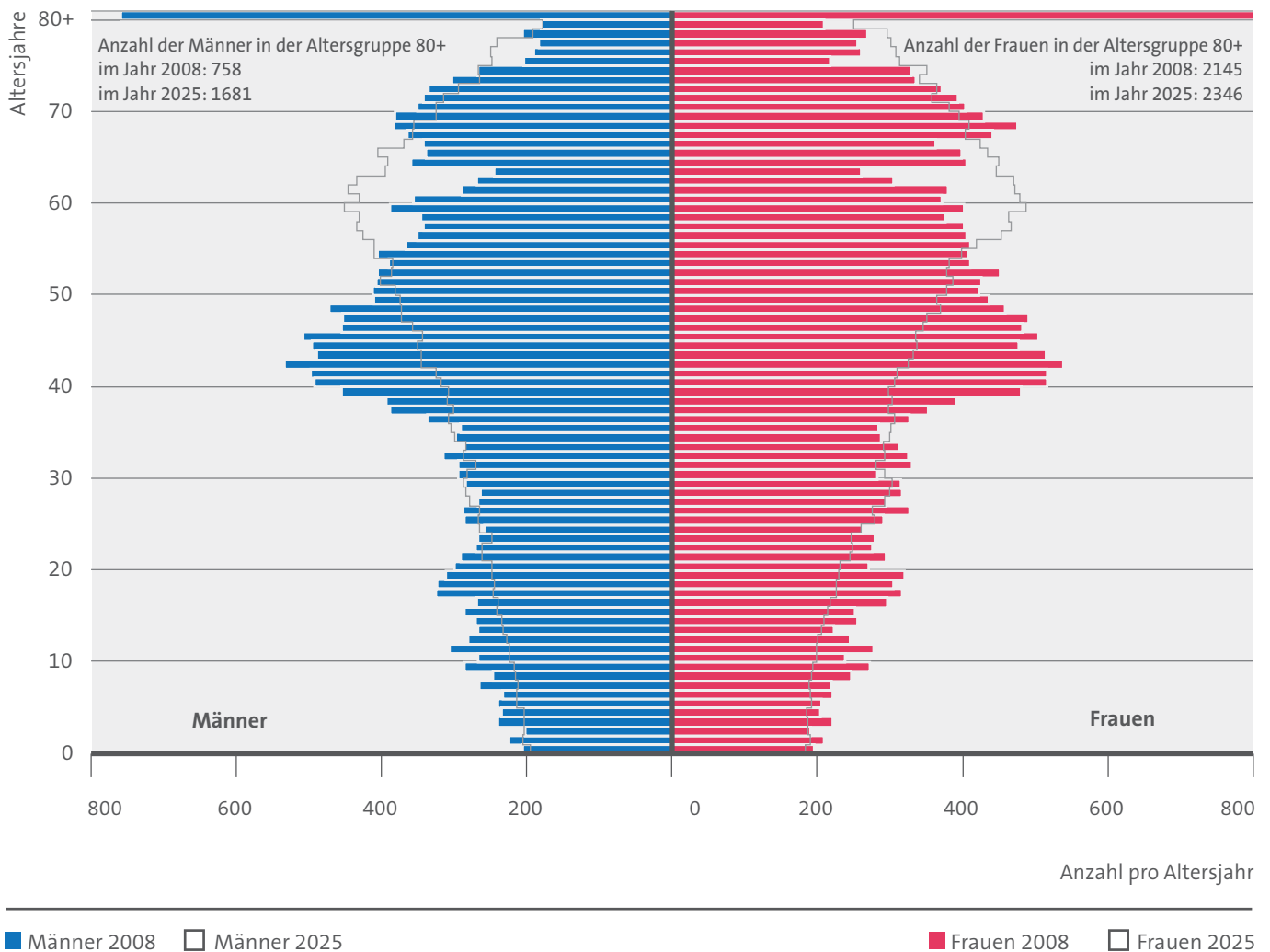
In der Abbildung 3.4 ist ein solcher Bevölkerungsbaum, der die Alterstruktur in der Stadt Hilden darstellt, zu sehen. Auf den ersten Blick zu erkennen ist die starke Besetzung der Alterskohorte der Ende 30- bis Mitte 50-Jährigen im Jahr 2008.¹² Im Jahr 2025 wird diese stark besetzte Alterskohorte in der Abbildung sozusagen »nach oben gewandert sein«. Dadurch werden nicht mehr die Ende 30- bis Mitte 50-Jährigen (also die heutigen Eltern von minderjährigen Kindern) die am stärksten vertretene Altersgruppe sein, sondern eben diese Jahrgänge werden die dann zahlenmäßig am stärksten besetzte Altersklasse (der dann Ende 50- bis Mitte 70-Jährigen) stellen. Gleichzeitig sinken laut Prognose die Bevölkerungszahlen bei den Kindern und Jugendlichen aufgrund der anhaltend schwachen bzw. noch

weiter zurückgehenden Geburtenzahlen. Die Altersverteilung nähert sich der sogenannten Urnenform an, bei der die Bevölkerungsgröße der verschiedenen Altersgruppen mit höherem Alter zunimmt, bevor sie erst bei den höchsten Altersjahrgängen wieder stark abnimmt.

12 Bei dieser Altersgruppe, die auch bundesweit stark besetzt ist (vgl. Kaufmann 1997: 69), handelt es sich um die starken Geburtenjahrgänge der 1960er Jahre.

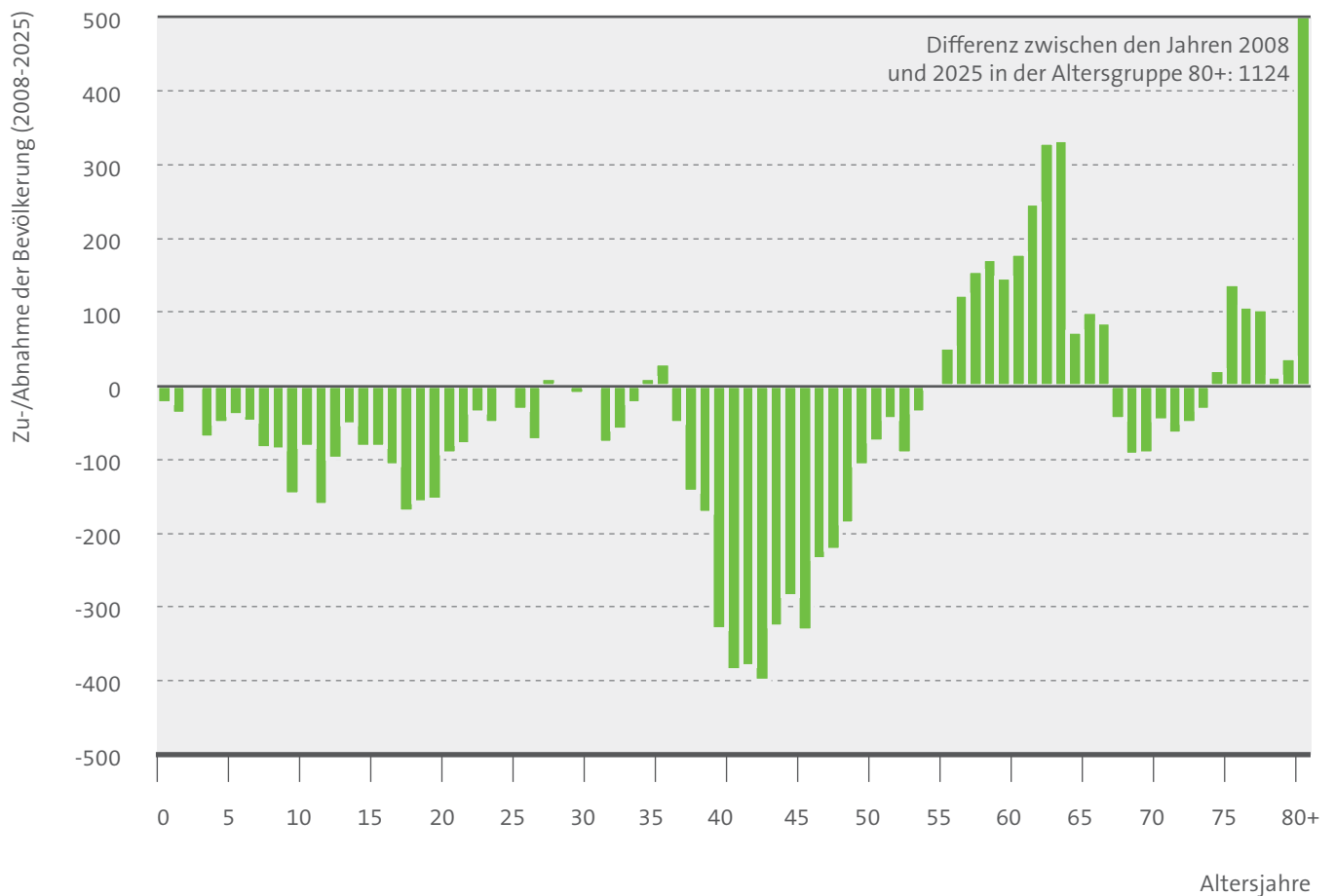
13 In den der Abbildung 3.4 zugrunde liegenden Bevölkerungsdaten wurden die Altersjahre über 80 zur Gruppe 80+ zusammengefasst. Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung haben wir die Skala »Anzahl pro Altersjahr« nicht an diese zahlenmäßig außerordentlich stark besetzte Gruppe angepasst. Die Gruppenstärke der über 80-jährigen Männer und Frauen in den Jahren 2008 und 2025 ist der Textergänzung in der Abbildung zu entnehmen.

Abbildung 3.4: Bevölkerung in der Stadt Hilden 2008 und 2025¹³



Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und Planersocietät Dortmund

Abbildung 3.5: Zu-/Abnahme der Bevölkerung nach Altersjahren: 2008 und 2025 im Vergleich



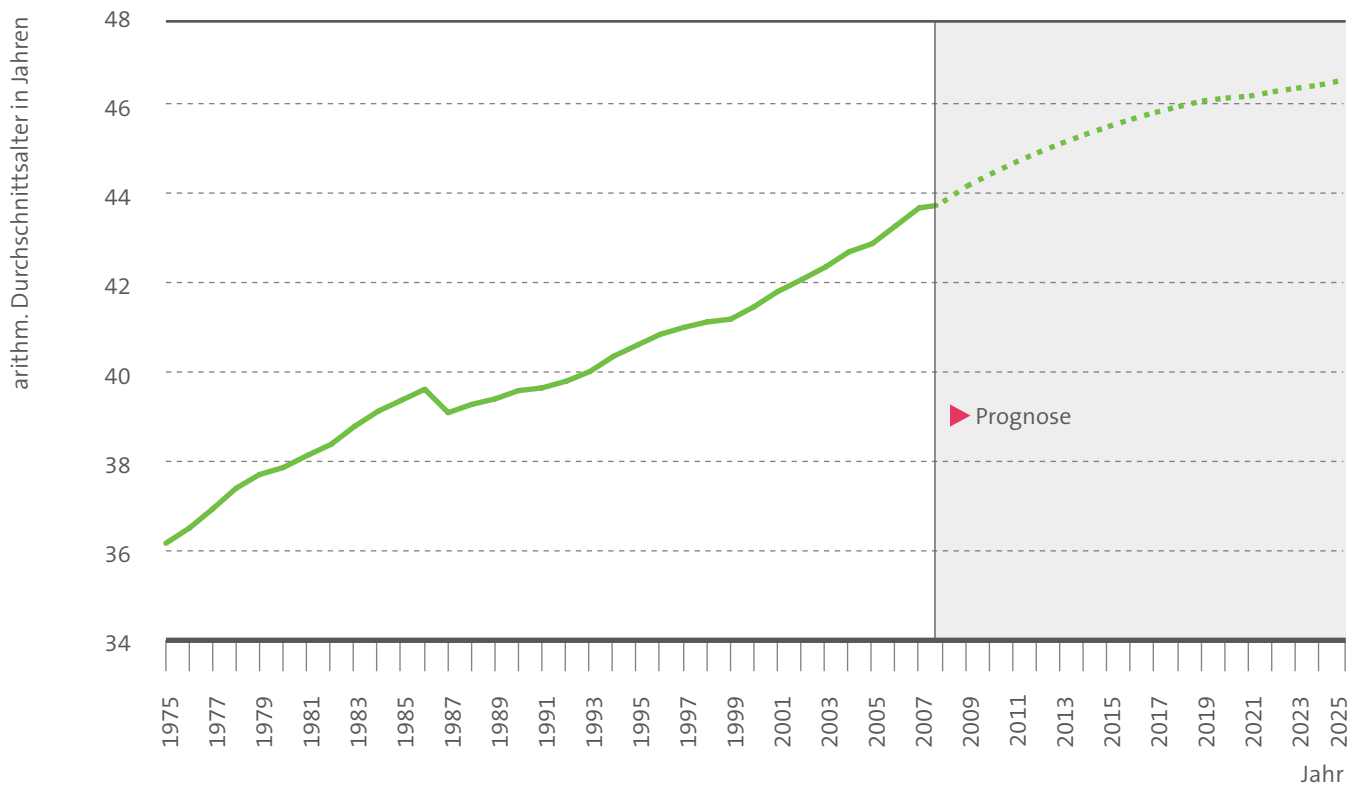
Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und Planersocietät Dortmund

Die Unterschiede in den Alterstrukturen der Jahre 2008 und 2025 sind in Abbildung 3.5 zusammengefasst. Hier werden für jedes Altersjahr die absoluten Zahlen für 2008 den für das Jahr 2025 prognostizierten Werten direkt gegenübergestellt. Dadurch ist erkennbar, wie groß die Bevölkerungsveränderung in den jeweiligen Altersjahren laut der Prognose der Planersocietät Dortmund sein wird. Positive Werte, also eine zahlenmäßig stärkere Besetzung als im Jahr 2008 sind im Jahr 2025 für die Altersjahre von 55 bis 66 Jahren und für die Altersjahre ab 74 Jahren zu erkennen. Besonders stark wird die Gruppe der Hochbetagten (also die der über 80-Jährigen) anwachsen.

Die Altersstruktur der Bevölkerung kann mit dem Durchschnittsalter zusammenfassend betrachtet werden (vgl. Abbildung 3.6). Seit 1975 ist die Hildener Bevölkerung (wie auch die Be-

völkerung in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt) im Durchschnitt beständig gealtert: Während das Durchschnittsalter in Hilden 1975 noch bei 36,2 Jahren lag, beträgt es im Jahr 2008 bereits 43,8 Jahre und wird sich laut Prognose bis 2025 auf 46,6 Jahre erhöhen. In Nordrhein-Westfalen liegt das Durchschnittsalter im Jahr 2008 bei 42,3 Jahren, für das Jahr 2025 wird ein Durchschnittsalter von 46,0 Jahren prognostiziert (eigene Berechnungen mit Daten des IT.NRW). Allerdings sollte dieser Indikator nicht überbewertet werden, da er nur wenig über die ihm zugrunde liegende Altersverteilung in der Bevölkerung aussagt.

Abbildung 3.6: Entwicklung und Prognose des Durchschnittsalters in der Stadt Hilden 1975 bis 2025



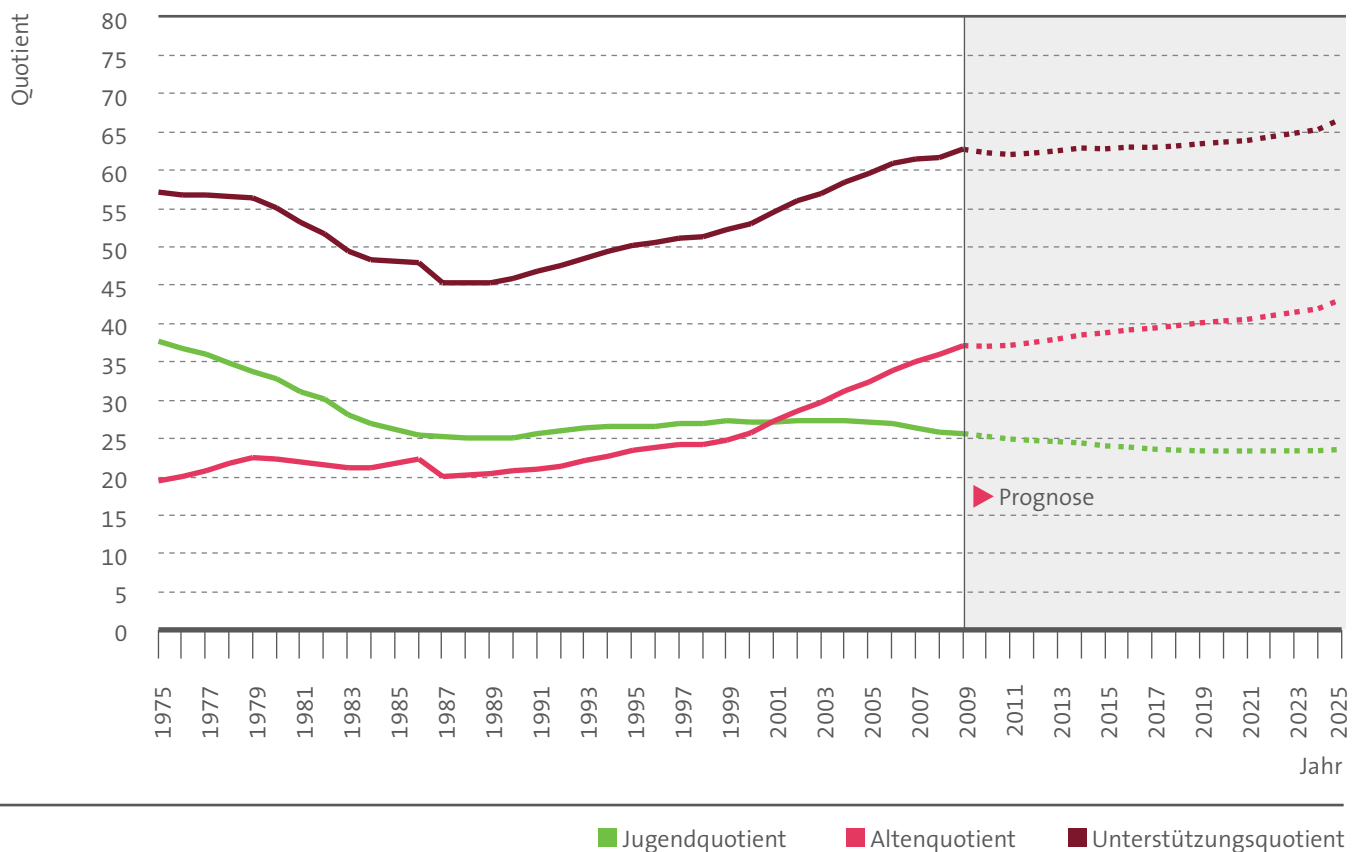
Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und Planersocietät Dortmund

Die Alterstruktur der Bevölkerung ist nicht nur im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge zu betrachten, wie beispielsweise im Zusammenhang mit den Herausforderungen, die sich durch die Alterung der Bevölkerung für die Sozialversicherungssysteme ergeben (vgl. Kaufmann 1997: 69). Es gilt außerdem, die lokalen Herausforderungen der Alterung und der Veränderungen der Altersverteilung ins Auge zu fassen. Für die lokale Ebene ist dabei nicht die Arithmetik von Beitragszahlern und Leistungsempfängern entscheidend, sondern die Stärke der einzelnen Altersgruppen bzw. ihr Verhältnis zueinander in konkreten Stadt- und Gemeindegebieten vor Ort. Denn hier können, insbesondere durch die Alterung und die Ausdünnung verwandtschaftlicher und familialer Unterstützung, Probleme hinsichtlich informeller Solidarpotenziale und neue infrastrukturelle Erfordernisse entstehen. Allerdings weist die Soziologin Maja Maier auch darauf hin, dass diese Gefahren nicht überschätzt werden sollten, da es zunehmend zu »Netzwerkbildung innerhalb einer Generation« (Maier 2008: 232) kommen könne, wie dies zum Beispiel heute schon bei kinderlosen Paaren zunehmend beobachtet werden kann.

Von der Betrachtung der einzelnen Altersjahrgänge wechseln wir deshalb zur Perspektive der Altersquotienten, um diese lokalen Herausforderungen besser erkennen zu können (vgl. Abbildung 3.7). Hierzu betrachten wir die Entwicklung des Jugend-, des Alten- und des Unterstützungsquotienten seit 1975 und deren prognostizierte weitere Entwicklung bis 2025.

- Der **Jugendquotient** gibt dabei die Anzahl der (zumeist wirtschaftlich und sozial abhängigen) Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren auf 100 Erwachsene im Alter von 18 bis unter 65 Jahren an. Häufig wird dieser Quotient als Indikator für die Familienprägung der entsprechenden Kommunen bzw. Gebietseinheiten verwendet.
- Der **Altenquotient** setzt die Gruppe der über 64-Jährigen nach dem gleichen Verfahren ins Verhältnis zu den 18- bis unter 65-Jährigen und zeigt somit das Ausmaß der demografischen Alterung an. Auch hier gehen wir davon aus, dass die Älteren und Alten mehr oder weniger stark auf Unterstützungsleistungen im Alltag, wie z.B. Hilfe in bestimmten Lebensbereichen oder Pflege, durch die »mittlere Generation« angewiesen sind.

Abbildung 3.7: Entwicklung und Prognose verschiedener Altersquotienten in der Stadt Hilden 1975 bis 2025



Datenbasis: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und Planersocietät Dortmund

- Der **Unterstützungsquotient** schließlich addiert den Jugend- und den Altenquotienten, setzt also beide von der mittleren Altersgruppe »abhängigen« Bevölkerungsgruppen – die Kinder und Jugendlichen sowie die Älteren und Alten – in Beziehung zu den 18- bis unter 65-Jährigen. Dieser Quotient kann als Maß der Belastung der »mittleren Generation« verstanden werden. Hohe Unterstützungsquotienten deuten auf besondere Belastungen der informellen Solidarpotentiale in Familien und Nachbarschaften hin. Hier kann besonderer sozial- und familienpolitischer Handlungsbedarf bestehen.

Im Jahr 1975 lag der Jugendquotient in der Stadt Hilden bei 37,7 und damit deutlich über dem Altenquotienten. Im Jahr 1975 kamen auf 100 18- bis unter 65-Jährige Hildener Bürger etwa 38 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In den folgenden Jahren sank der Jugendquotient bis auf 25,0 im Jahr 1988, stieg im Laufe der 90er Jahre wieder leicht an (bis auf 27,2 im Jahr 1999) und sank bis heute (2008) wieder auf 25,8. Zusammenfassend also eine relativ konstante Entwicklung des Ju-

gendquotienten in den vergangenen 20 Jahren. Laut Prognose der Planersocietät Dortmund wird der Jugendquotient weiter leicht absinken auf einen Wert von etwa 23,6 im Jahr 2025.

Der Altenquotient lag im Jahr 1975 bei 19,5 und pendelte bis Mitte der 90er Jahre um einen Wert von etwa 22, um dann kontinuierlich bis heute (2008) auf einen Wert von 35,9 anzusteigen. Erstmals höher als der Jugendquotient lag der Altenquotient im Jahr 2001. Bis zum Jahr 2025 wird der Altenquotient laut Prognose weiter ansteigen, auf dann 43,2.

Der Unterstützungsquotient lag im Jahr 1975 bei 57,2. Auf 100 Personen der mittleren Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren kamen also etwa 57 »abhängige Personen«. Da in den folgenden Jahren bis Mitte der 90er Jahre der Altenquotient nahezu konstant geblieben ist und sich der Jugendquotient verringert hat, hat sich auch der Unterstützungsquotient verringert. Der niedrigste Wert lag Ende der 80er Jahre bei 45,4 »Abhängigen« auf 100 Personen der mittleren Generation. Mit dem ab Mitte der 90er Jahre steigenden Altenquotienten stieg auch der Un-

terstützungsquotient wieder an, erreichte im Jahr 2008 einen Wert von 61,8 und lag somit schon zu diesem Zeitpunkt über dem Wert von 1975. Prognostiziert wird ein Ansteigen auf einen Wert von 66,8 im Jahr 2025.

Interessant ist es auch, sich die Zusammensetzung des Unterstützungsquotienten (also das »Zusammenspiel« von Jugend- und Altenquotienten) anzuschauen. Heute (2008) ist diese vollkommen anders als im Jahr 1975 und (laut Prognose) im Jahr 2025. War 1975 das Verhältnis von Jugendquotient und Altenquotient eines von etwa 65/35 (zur Erklärung: der Unterstützungsquotient setzte sich zu 65 Prozent aus dem Jugendquotienten und zu 35 Prozent aus dem Altenquotienten zusammen), so lag es im Jahr 2001 bei 50/50 (Schnittpunkt des Jugend- und Altenquotienten in Abbildung 3.7). Im Jahr 2008 lag es bereits bei 41/59 »zugunsten« des Altenquotienten und es wird sich, wenn wir der Prognose folgen, bis 2025 zu einem Verhältnis von 35/65 entwickeln – und sich somit in 50 Jahren exakt umkehren.

Im Folgenden soll die Frage beantwortet werden, wie sich für (soziale) Institutionen relevante Altersgruppen *innerhalb* der drei bisher betrachteten Altersgruppen (unter 18-Jährige, 18- bis unter 65-Jährige und 65-Jährige und Ältere) in Zukunft entwickeln werden, um Informationen zu potenziellen Bedarfsentwicklungen für soziale Institutionen und Infrastruktureinrichtungen zu erhalten. Um abschätzen zu können, wie sich die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entwickeln und um gegebenenfalls entsprechende Infrastrukturangebote anzupassen (vgl. dazu beispielsweise Kapitel 6.2 zur institutionellen Kinderbetreuung), verwenden wir keine Anteilswerte (wie bei den Aussagen über informelle Solidarpotenziale), sondern betrachten die Entwicklung anhand absoluter Zahlen. Wir setzen dazu den Wert für das Jahr 2008 gleich 100 und führen diesen Index entsprechend der Bevölkerungsprognose für die Jahre bis 2025 fort. Innerhalb der Gruppe der Kinder und Jugendlichen haben wir nach Säuglingen (unter einem Jahr), nicht schulpflichtigen Kindern (unter sechs Jahren), Kindern im Kindergartenalter (drei bis unter sechs Jahren), Kindern im Grundschulalter (sechs bis unter zehn Jahren), schulpflichti-

Abbildung 3.8: Prognose für verschiedene Altersgruppen der unter 18-Jährigen in der Stadt Hilden 2008 bis 2025

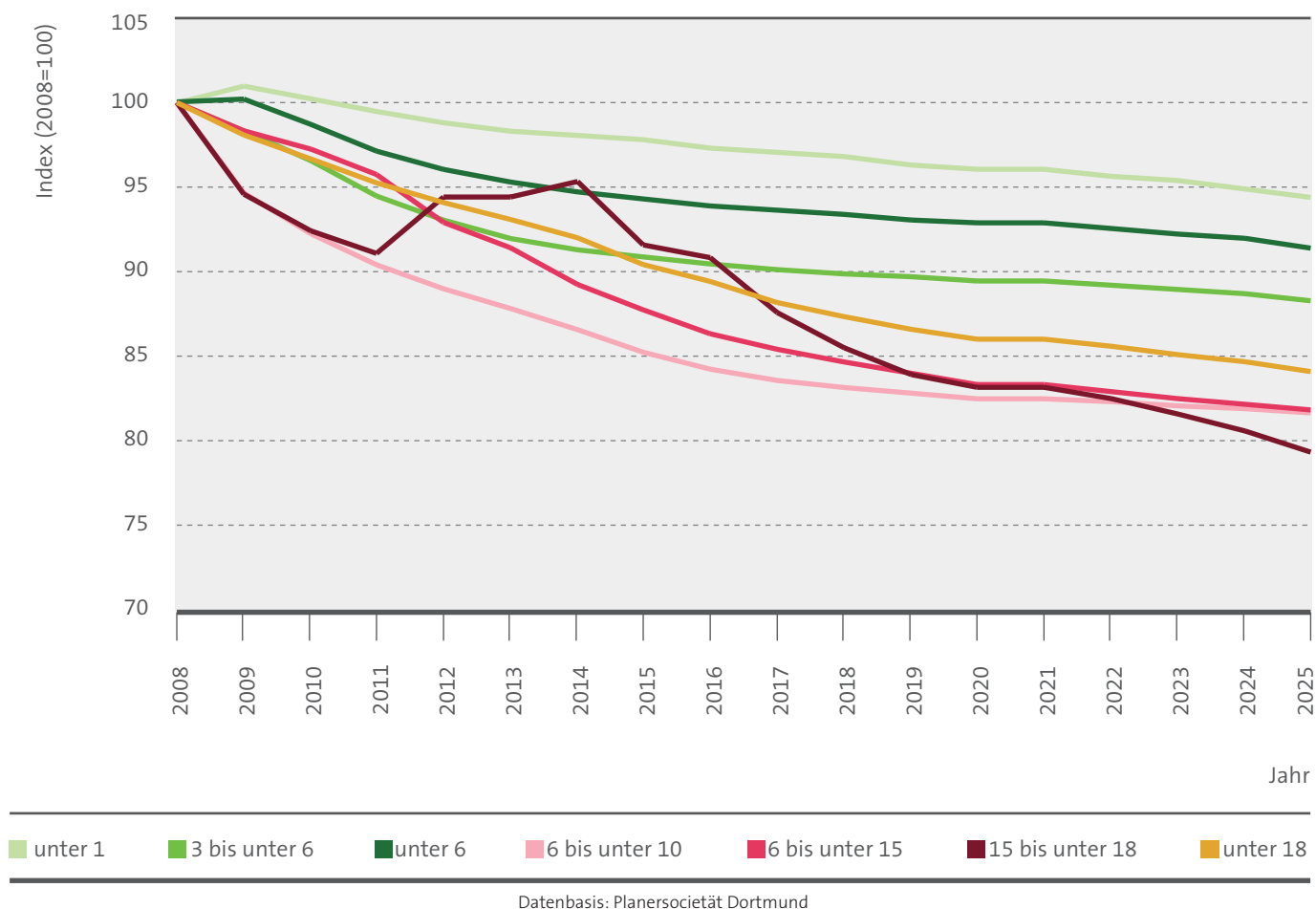
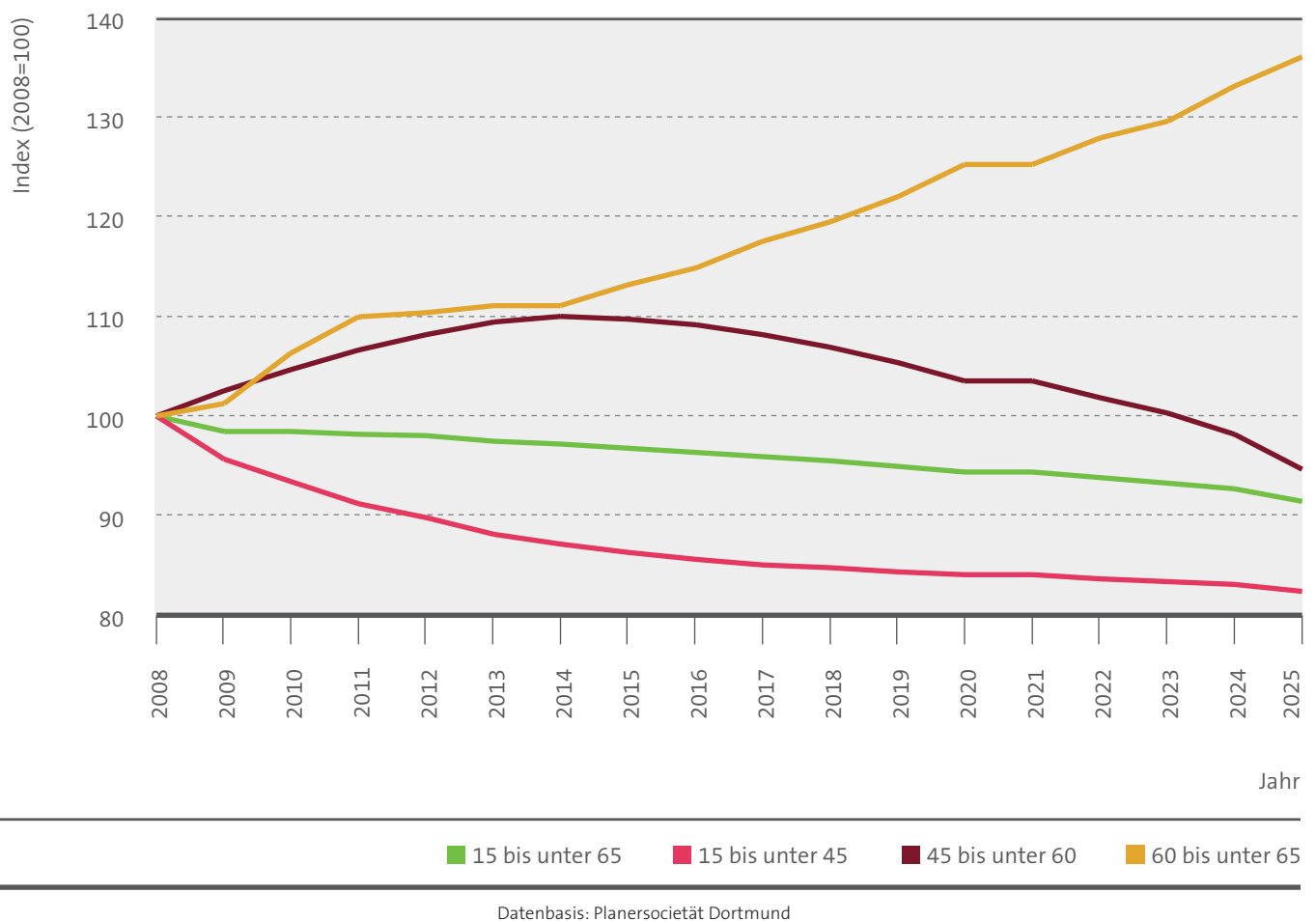


Abbildung 3.9: Prognose für verschiedene Altersgruppen der 15- bis unter 65-Jährigen in der Stadt Hilden 2008 bis 2025

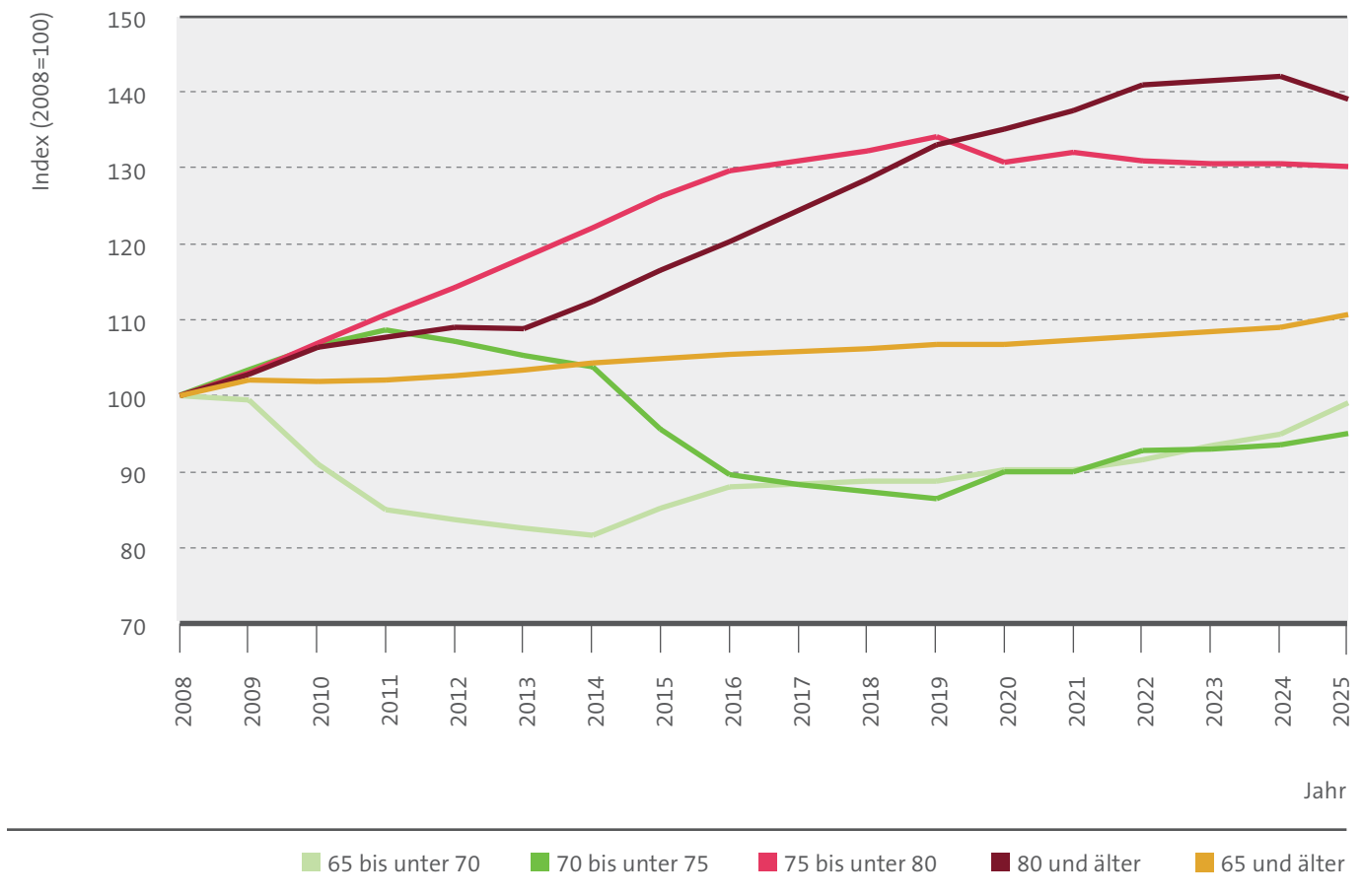


gen Kindern insgesamt (sechs bis unter 15 Jahren) sowie Schulpflichtigen und Lehrlingen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren genauer differenziert (vgl. Abbildung 3.8).

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Entwicklung bei allen sechs betrachteten Altersgruppen im Jahr 2025 auf einem Niveau endet, welches unter dem heutigen liegt. Für fünf der betrachteten Gruppen wird eine sehr ähnliche Entwicklung prognostiziert und sie werden über den gesamten Prognosezeitraum fast kontinuierlich kleiner. Einzig die Gruppe der 15- bis unter 18-Jährigen (also die Kinder der Babyboomergeneration der späten 60er Jahre) wird in den Jahren 2011 bis 2020 nochmals ansteigen, jedoch ohne das Niveau von 2008 zu erreichen. Insgesamt wird die Altersgruppe der unter 18-Jährigen bis zum Jahr 2025 um etwa 16 Prozent abnehmen, was ziemlich genau der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen laut Prognose des IT.NRW entspricht (eigene Berechnungen mit Daten des IT.NRW).

In der Gruppe der Erwerbsfähigen wird vor allem die Gruppe der Älteren von 60 bis unter 65 Jahren bis 2025 stark anwachsen (vgl. Abbildung 3.9). Kontinuierlich und am stärksten schrumpfen wird dagegen die Gruppe der 15- bis unter 45-Jährigen. Diese Gruppe wird laut Prognose der Planersocietät Dortmund im Jahr 2025 fast 20 Prozent schwächer besetzt sein als heute (2008). Die Gruppe der 45- bis unter 60-Jährigen wird in den nächsten Jahren durch die bereits angesprochene, stark besetzte Altersgruppe der heute etwa 40- bis 50-Jährigen zunächst noch wachsen. Ab 2016 wird aber auch diese Gruppe schrumpfen. Betrachten wir die Gruppe der Erwerbsfähigen insgesamt (15- bis unter 65-Jährige), sehen wir, dass diese um etwa zehn Prozent bis 2025 abnehmen wird.

Abbildung 3.10: Prognose für verschiedene Altersgruppen der 65-Jährigen und Älteren in der Stadt Hilden 2008 bis 2025



Datenbasis: Planersocietät Dortmund

Demgegenüber wird die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren in der Stadt Hilden bis 2025 kontinuierlich um insgesamt gut zehn Prozent zunehmen, wobei sich die verschiedenen Altersgruppen sehr unterschiedlich entwickeln werden (vgl. Abbildung 3.10).¹⁴ Besonders stark wird dabei die Gruppe der Hochbetagten (im Alter von 80 Jahren und älter) wachsen. Die Größe dieser Altersgruppe wird sich laut Prognose der Planersocietät Dortmund im betrachteten Zeitraum um beinahe 40 Prozent erhöhen. Laut Schätzungen wird in ganz Deutschland bis 2050 jede/r Achte zu der Gruppe der Hochbetagten zählen (vgl. Kutzner 2009: 21). Die Gruppe der 65- bis unter 70-Jährigen liegt über den gesamten Prognosezeitraum hinweg unter dem Wert von heute (2008). Sie wird diesen aber im Jahr 2025 wieder erreicht haben. Die 70- bis unter 75-Jährigen werden nach einem Anstieg in den ersten Jahren noch bis 2014 über dem Wert von heute (2008) liegen, ab dem Jahr 2015 bis zum Jahr 2025 werden sie dann unter dem Indexwert liegen, diesen aber bis zum Jahr 2025 wieder fast erreicht haben. Das heißt, diese beiden Gruppen werden im Jahr 2025 auf dem Niveau von heute (2008) liegen. Die Gruppe der 75- bis unter 80-Jährigen wird

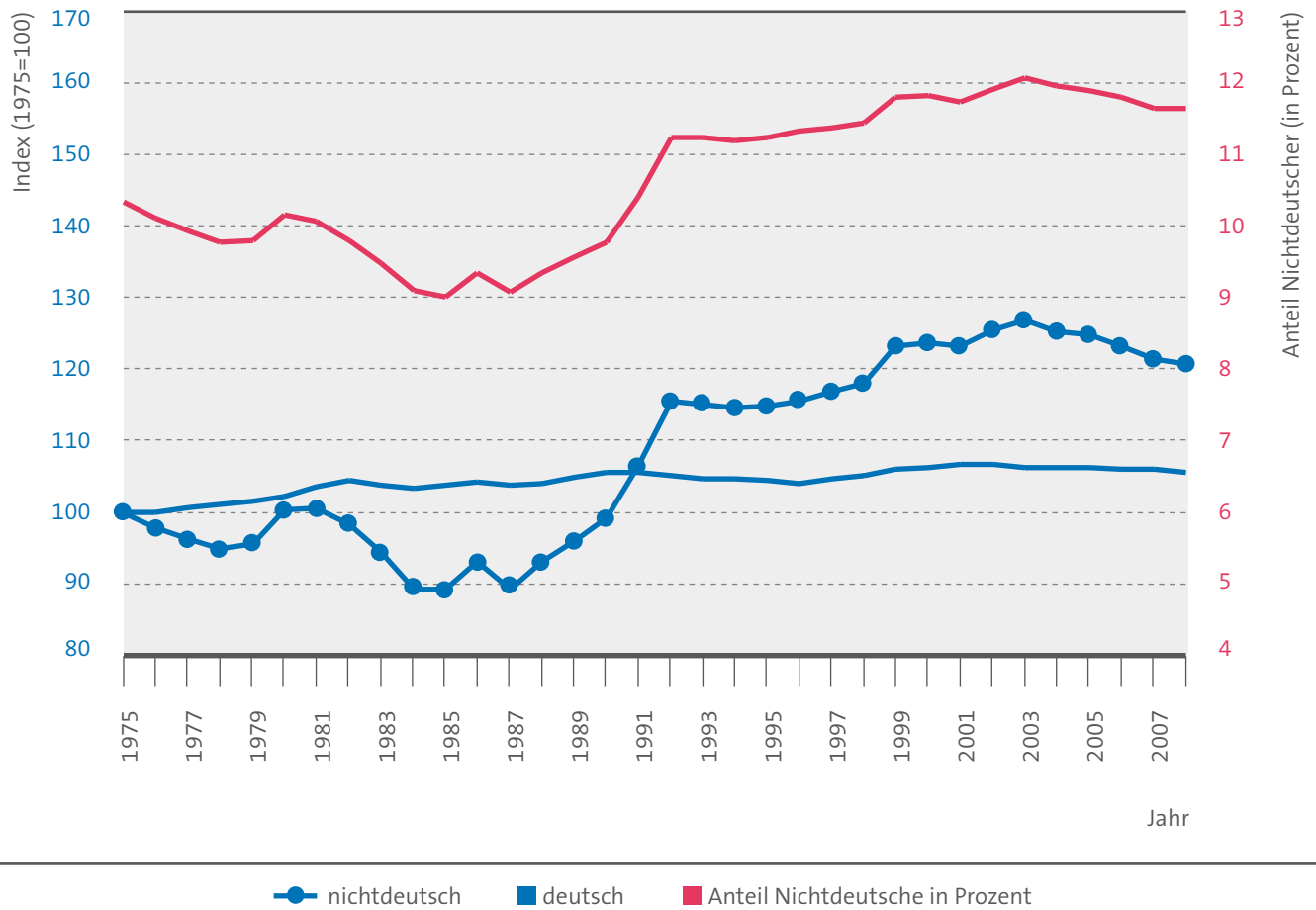
ähnlich stark wachsen wie auch die Gruppe der Hochbetagten und im Jahr 2025 etwa 30 Prozent über dem Wert von heute (2008) liegen.

Bisher haben wir uns in diesem Kapitel mit der quantitativen Entwicklung und der Altersstruktur der Bevölkerung beschäftigt. Abschließend soll jetzt noch die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft differenziert werden. Hierzu unterscheiden wir Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft. In der Stadt Hilden leben zum Stichtag 31.12.2008 insgesamt 6.512 Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.¹⁵ Dies entspricht einem Anteil von etwa zwölf Prozent an der Gesamtbevölkerung (vgl. rechte Skala in Abbildung 3.11). Die-

¹⁴ Im Vergleich dazu wird die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren im Kreis Mettmann um 16,3 Prozent zunehmen und im Land Nordrhein-Westfalen um 15,9 Prozent.

¹⁵ Für diese Angaben greifen wir auf Daten zur Bevölkerungsfortschreibung des IT.NRW zurück. Diese weichen zum Teil leicht von den Angaben in Kapitel 4 ab, da dort auch Daten der Einwohnermeldestatistik genutzt wurden, die uns von der Stadt Hilden zur Verfügung gestellt wurden.

Abbildung 3.11: Entwicklung der Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit in der Stadt Hilden 1975 bis 2008



Datenbasis: Daten von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)

ser Anteil liegt damit fast zwei Prozentpunkte über dem Anteil von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Jahr 1975. Damals lebten 5.392 Nichtdeutsche in der Stadt Hilden. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen lag der Anteil der Nichtdeutschen 1975 bei etwa sieben Prozent und hat sich bis heute (2008) auf knapp elf Prozent erhöht. Im Kreis Mettmann lag der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung bei neun Prozent im Jahr 1975 und hat sich auf fast zwölf Prozent Mitte der 90er Jahre erhöht. Heute (2008) liegt er bei etwas unter zehn Prozent.

Betrachten wir Abbildung 3.11, so können wir anhand der blauen, »gepunkteten« Linie und der Skala auf der linken Seite ablesen, dass die nichtdeutsche Bevölkerung von 1975 bis heute (2008) um etwa 20 Prozent gewachsen ist, wohingegen die deutsche Bevölkerung (blaue Linie) nur um sechs Prozent gewachsen ist. Da die deutsche Bevölkerung kaum gewachsen ist, verläuft die Entwicklung des Anteils Nichtdeutscher an der

Hildener Gesamtbevölkerung (rote Linie) etwa parallel zu der Entwicklung der nichtdeutschen Bevölkerung bezogen auf das Indexjahr 1975.

»Wir werden weniger. Wir werden älter. Wir werden bunter.« Diese, den demografischen Wandel in Deutschland beschreibende Formel haben wir als Ausgangspunkt dieses Kapitels gewählt. Wie wir am Beispiel der Stadt Hilden sehen konnten, gilt diese Aussage nicht uneingeschränkt für alle Kommunen in Deutschland.

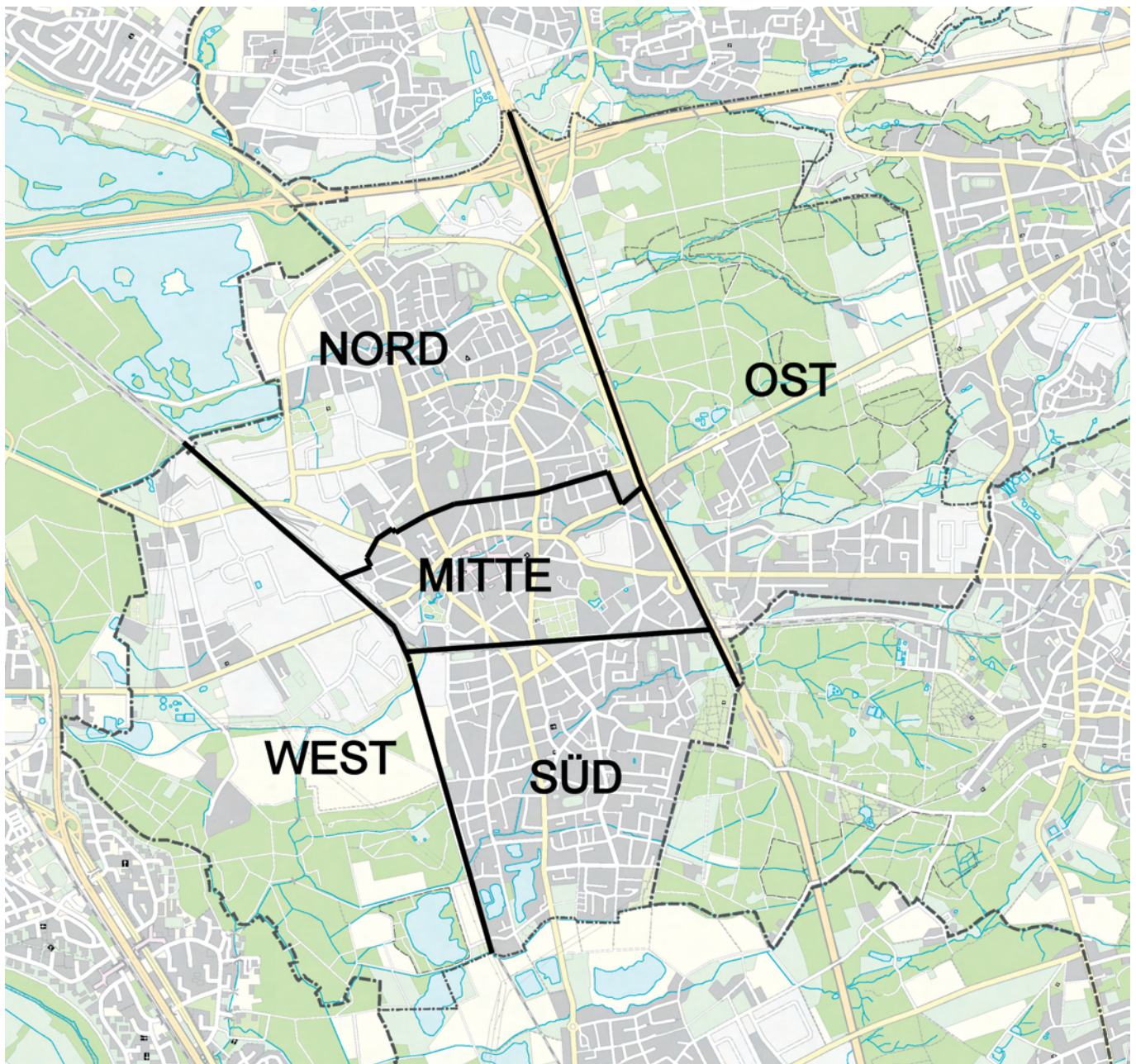
Bezüglich der Aussage *»wir werden weniger«*, ist festzuhalten, dass sich in Hilden bis heute (2008) eine im Vergleich zum Land und beispielsweise den Städten des Ruhrgebiets deutlich positive Bevölkerungsentwicklung vollzogen hat. Jedoch ist seit dem Jahr 2003 ein Rückgang der Bevölkerungszahlen zu beobachten und folgen wir der Prognose bis zum Jahr 2025, wird auch noch mit einem weiteren Rückgang zu rechnen sein, der jedoch nicht unterdurchschnittlich im Vergleich zum Beispiel zum Land Nordrhein-Westfalen sein wird. Betrachtet man nur das steigende Durchschnittsalter in der Stadt Hilden, so muss der Aussage *»wir werden älter«* voll zugestimmt werden. Zu beachten sind aber, dass es hier Unterschiede gibt, wenn man den Fokus auf einzelne Altersgruppen legt. Hinter der Feststellung es mit einer alternden Stadtgesellschaft zu tun zu haben, sich also durchaus vollkommen unterschiedliche Prozesse verbergen (vgl. Abbildung 3.8 bis 3.10). Die Aussage *»wir werden bunter«*, trifft für die Stadt Hilden zumindest seit Anfang der 90er Jahre zu. Im Jahr 1991 ist der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtbevölkerung erstmals höher als im Basisjahr 1975 (10,4 gegenüber 10,3 Prozent). Von 1991 bis 2008 steigt der Anteil der Nichtdeutschen dann noch einmal auf knapp zwölf Prozent an.

4 Kleinräumige Bevölkerungs- und Familienstrukturen in der Stadt Hilden

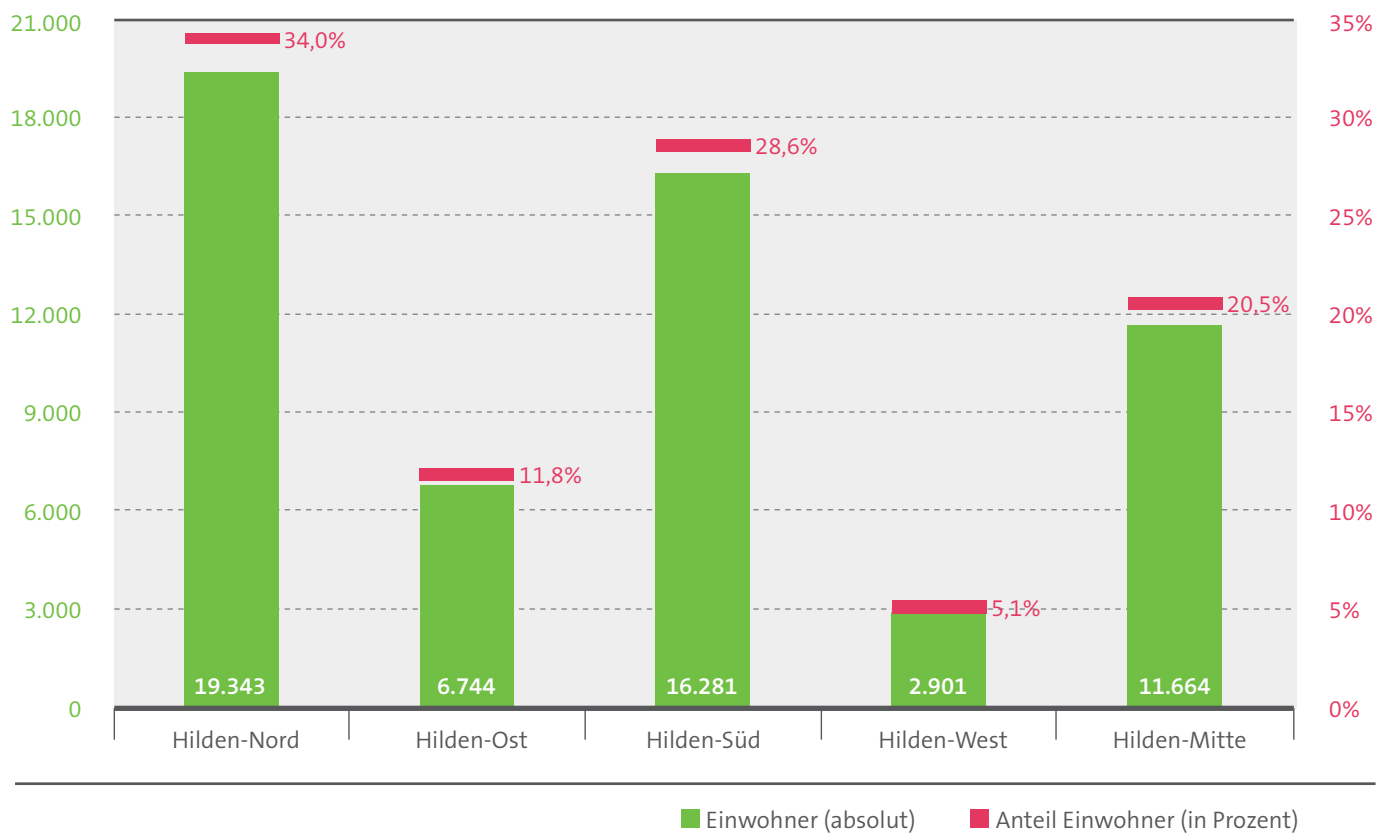
Im vorhergehenden Kapitel wurde die Bevölkerungsentwicklung für das gesamte Stadtgebiet skizziert und der weitere Verlauf bis 2025 prognostiziert. Im folgenden Kapitel werden die aktuellen Bevölkerungs- und Familienstrukturen für das Bezugsjahr 2008 bzw. 2009 ausführlicher und darüber hinaus auch kleinräumig dargestellt. Eine kleinräumige Betrachtung ist sinnvoll, da es auch innerhalb einer Stadt nirgendwo so ist wie im Durchschnitt. Beispielsweise gibt es innerhalb jeder Stadt Gebiete,

in denen viele alte oder viele junge Menschen leben und auch Nichtdeutsche sind nicht überall gleich stark vertreten. Dies gilt auch für die Stadt Hilden. Um diese Unterschiede und die damit verbundenen unterschiedlichen Herausforderungen an die örtliche Familienpolitik zu identifizieren, beziehen wir uns im Folgenden auf die Ebene der fünf Hildener Stadtteile (vgl. Karte 4.1). Der Stadtteil Hilden-Ost schließt dabei das nur sehr dünn besiedelte Stadtgebiet Stadtwald ein.

Karte 4.1: Kleinräumige Gliederung der Stadt Hilden



© Geobasisdaten Kreis Mettmann

Abbildung 4.1: Einwohner in den Hildener Stadtteilen 2008 (absolut und in Prozent an der Stadtbevölkerung insgesamt)

Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

Gemessen an der absoluten Bevölkerungszahl sind die fünf Hildener Stadtteile sehr unterschiedlich groß (vgl. Abbildung 4.1).¹⁶ Die meisten Hildener, 19.343 Einwohner, leben im Stadtteil Hilden-Nord, das sind mit 34 Prozent etwa ein Drittel aller 56.933 Einwohner der Stadt. Ein ebenfalls recht großer Stadtteil ist mit 16.281 Einwohnern (das sind knapp 29 Prozent aller Hildener Einwohner) der Stadtteil Hilden-Süd. Im Stadtteil Hilden-Mitte lebt mit 11.664 Einwohnern ein Fünftel der Hildener Bevölkerung. Vergleichsweise wenige Hildener leben in den Stadtteilen Hilden-Ost (6.744 Einwohner) und insbesondere Hilden-West (2.901 Einwohner). Diese unterschiedliche Bevölkerungszahl muss bei der Interpretation der folgenden kleinräumigen Betrachtungen berücksichtigt werden.

4.1 Soziodemografische und sozioökonomische Basisdaten

Wie viele Hildener Bürgerinnen und Bürger gibt es? Wie alt sind sie? Welchen Familienstand haben die Hildener Bürger und gibt es Unterschiede zwischen den Stadtteilen? Wie viele der Hildener Einwohner haben keinen deutschen Pass oder sind so genannte Doppelstaatler? Diese und andere damit zusammenhängende Fragen werden in Kapitel 4.1.1 beantwortet. In Kapitel 4.1.2 werden anhand der Daten der Familienbefragung Aussagen zum sozioökonomischen Status der Familien in der Stadt Hilden und den fünf Stadtteilen getroffen.

¹⁶ Für die Angaben zur Bevölkerungsstruktur greifen wir auf Daten aus dem Einwohnermelderegister zurück, die uns von der Stadt Hilden zur Verfügung gestellt wurden. Diese weichen zum Teil leicht von den Angaben in Kapitel 3 ab, da dort auch Daten zur Bevölkerungsfortschreibung des IT.NRW genutzt wurden.

Tabelle 4.1: Bevölkerungsstruktur der Stadt Hilden nach sozial-institutioneller Altersgliederung (Lebensabschnitte) am 31.12.2008

Bevölkerungsgruppe	im Alter von ... Jahren	Gesamtstadt		davon			
				männlich		weiblich	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Kinder und Jugendliche	unter 18	8.889	15,6	4.616	17,0	4.273	14,4
Kleinkinder	unter 3	1.235	2,2	626	2,3	609	2,0
darunter	unter 1	401	0,7	189	0,7	212	0,7
darunter	1 bis unter 3	834	1,5	437	1,6	397	1,3
Kindergartenalter	3 bis unter 6	1.333	2,3	694	2,6	639	2,1
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	2.568	4,5	1.320	4,9	1.248	4,2
Grundschulalter	6 bis unter 10	1.973	3,5	1.029	3,8	944	3,2
Schulpflichtige	6 bis unter 15	4.594	8,1	2.418	8,9	2.176	7,3
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	1.727	3,0	878	3,2	849	2,9
Volljährige	18 und mehr	48.044	84,4	22.557	83,0	25.487	85,6
Junge Erwachsene	18 bis unter 21	1.836	3,2	932	3,4	904	3,0
Erwerbsfähige	15 bis unter 65	37.177	65,3	18.180	66,9	18.997	63,8
im Rentenalter	65 und mehr	12.594	22,1	5.255	19,3	7.339	24,7
Hochbetagte	80 und mehr	3.007	5,3	903	3,3	2.104	7,1
Einwohner insgesamt		56.933	100,0	27.173	100,0	29.760	100,0

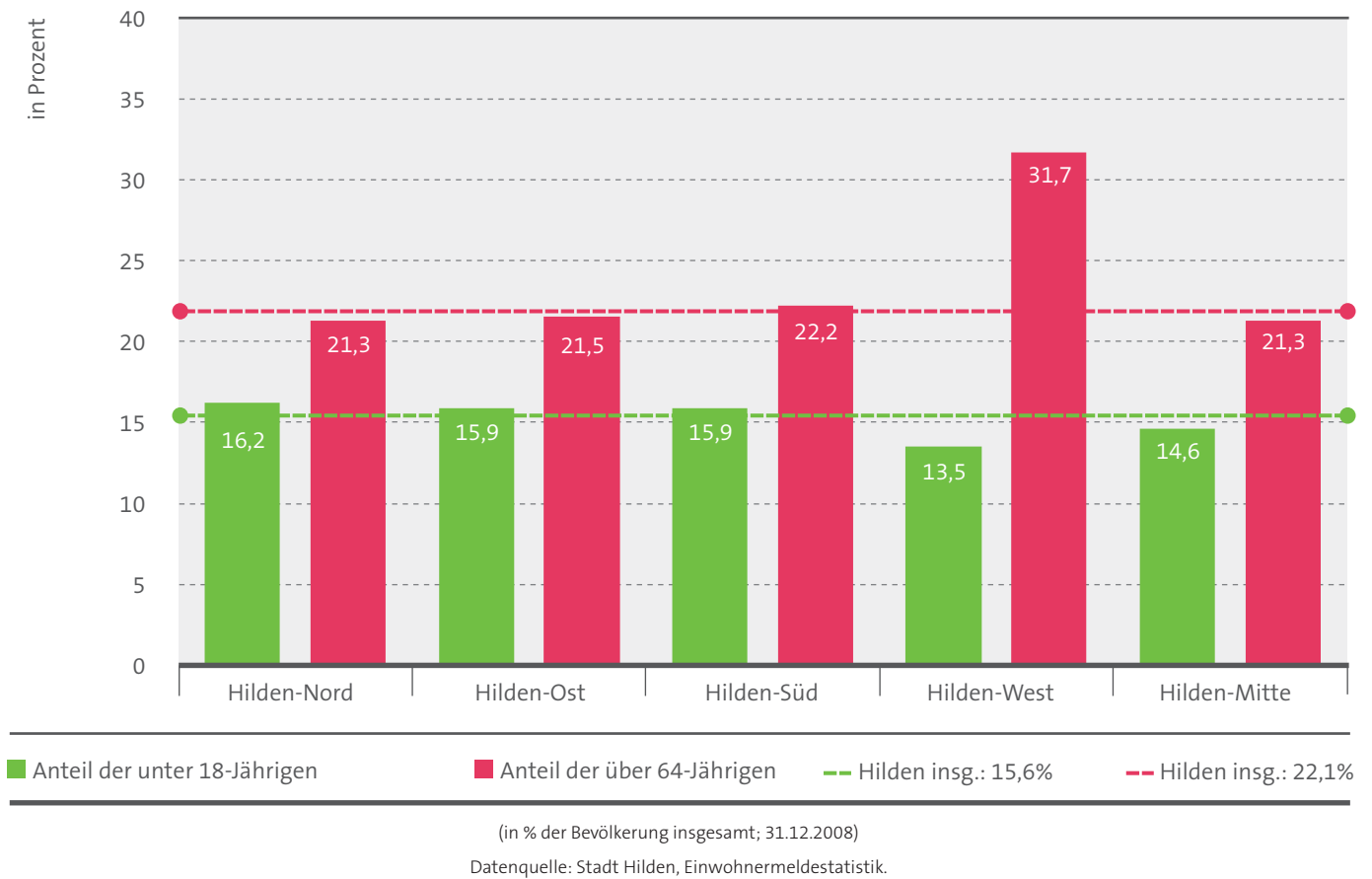
Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

4.1.1 Bevölkerungs- und Familienstruktur in Hilden und in den Hildener Stadtteilen

Nach Angaben der Einwohnermeldestatistik leben zum 31.12.2008 in Hilden insgesamt 56.933 Einwohner.¹⁷ Davon sind knapp 16 Prozent jünger als 18 Jahre. Nicht ganz zwei Drittel der Hildener sind im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ist mindestens 65 Jahre alt. Fünf Prozent sind sogar 80 oder mehr Jahre alt (vgl. Tabelle 4.1).

¹⁷ Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes (Daten der Einwohnermeldestatistik).

Abbildung 4.2: Anteile der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren und über 64 Jahren in den Stadtteilen an der Gesamtbevölkerung Hildens 2008



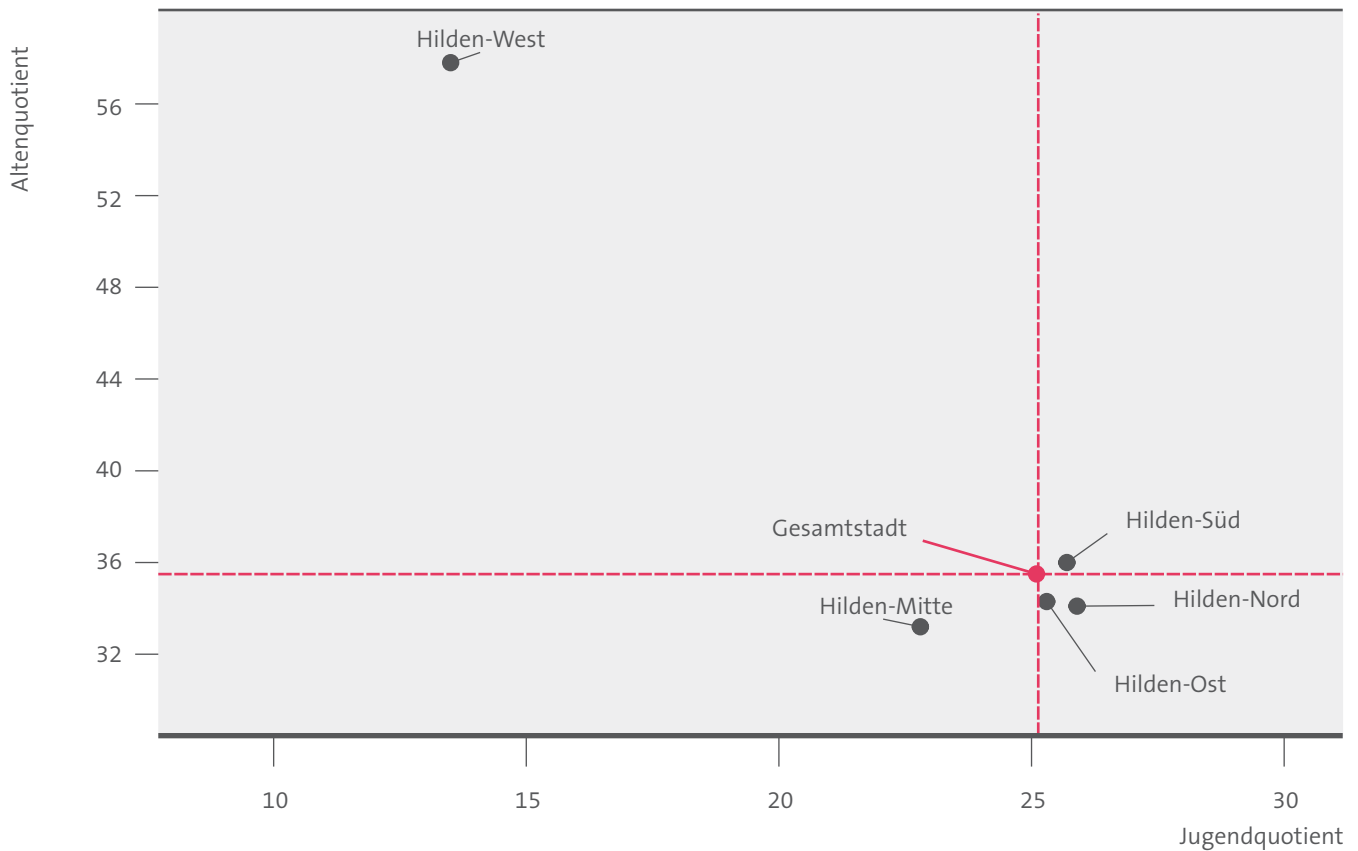
Betrachtet man die Altersstruktur im Vergleich der Geschlechter, fällt insbesondere der höhere Anteil der älteren weiblichen Bevölkerung in der Altersgruppe über 65 Jahren auf. In Hilden ist jede vierte Einwohnerin älter als 65 Jahre. Auch der Anteil der Hochbetagten (80 Jahre und älter) ist in Hilden unter den Bewohnerinnen mit sieben Prozent etwa doppelt so hoch wie unter der männlichen Bevölkerung. Entsprechend niedriger sind die Anteile der Erwerbsfähigen und der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren unter der weiblichen Bevölkerung der Stadt Hilden.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unterscheidet sich in den Stadtteilen in Hilden vergleichsweise wenig (vgl. Abbildung 4.2). Während in den Stadtteilen Hilden-Nord, Hilden-Ost und Hilden-Süd der Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren jeweils etwa 16 Prozent beträgt, liegt er in den Stadtteilen Hilden-Mitte mit 14,6 Prozent und Hilden-West mit 13,5 Prozent leicht unter dem stadtweiten Durchschnitt von 15,6 Prozent. Ähnlich gering ist die Varianz zwischen den Stadtteilen beim Anteil der über 64-Jährigen. So liegen die Werte zwischen 21,3 Prozent in Hilden-Nord und Hilden-Mitte und etwa 22 Prozent

in den Stadtteilen Hilden-Ost und Hilden-Süd. Eine Sonderstellung nimmt hier der kleinste Stadtteil Hilden-West ein: In diesem Stadtteil sind relativ betrachtet 31,7 Prozent, also fast ein Drittel der Bevölkerung, 65 Jahre und älter. Da in diesem Stadtteil aber lediglich fünf Prozent der Einwohner der Gesamtstadt leben, betrifft diese Aussage absolut gesehen »nur« etwas mehr als 900 Personen.

In vielen Städten sind Gebiete mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen zugleich Gebiete mit einem vergleichsweise niedrigen Anteil an Personen im Rentenalter. Dieser Zusammenhang ist auf der Ebene der Stadtteile für Hilden nur ansatzweise nachweisbar, da die Unterschiede zwischen den Stadtteilen im Vergleich zu anderen Städten eher gering ausfallen. Insgesamt sind die Stadtteile Hilden-Süd und Hilden-West (unabhängig von ihrer Größe) im Hinblick auf das Alter der Wohnbevölkerung als im Durchschnitt etwas »ältere« Stadtteile zu bezeichnen. Ausgesprochen »junge«, überdurchschnittlich durch Kinder und Jugendliche gekennzeichnete Stadtteile lassen sich hingegen nicht ausmachen.

Abbildung 4.3: Jugend- und Altenquotienten in den Hildener Stadtteilen 2008



(unter 18-Jährige in % der 18 - u. 65-Jährigen bzw. 65-Jährige und Ältere in % der 18 - u. 65-Jährigen)

Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

Jugend- und Altenquotienten in den Stadtteilen

Das Verhältnis der Jungen bzw. Älteren soll im Folgenden noch einmal näher betrachtet werden. Diesmal betrachten wir das Verhältnis zur potenziell erwerbsfähigen Bevölkerung in der Gesamtstadt und auf der Ebene der Stadtteile.¹⁸

Für die Stadt Hilden ergibt sich auf Basis der Daten der Einwohnermeldestatistik im Jahr 2008 für die Stadt insgesamt ein Altenquotient von 36, d.h. auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren kommen 36 Einwohner im Rentenalter von 65 Jahren und älter (vgl. Abbildung 4.3). Insgesamt ist die Stadt Hilden damit eine Stadt mit einem recht hohen Altenquotienten.¹⁹ Der Jugendquotient beträgt im Jahr 2008 25 Einwohner unter 18 Jahren je 100 Erwerbsfähige im Alter von 18 bis unter 65-Jährige. Er fällt damit im Kommunalvergleich vergleichsweise niedrig aus.

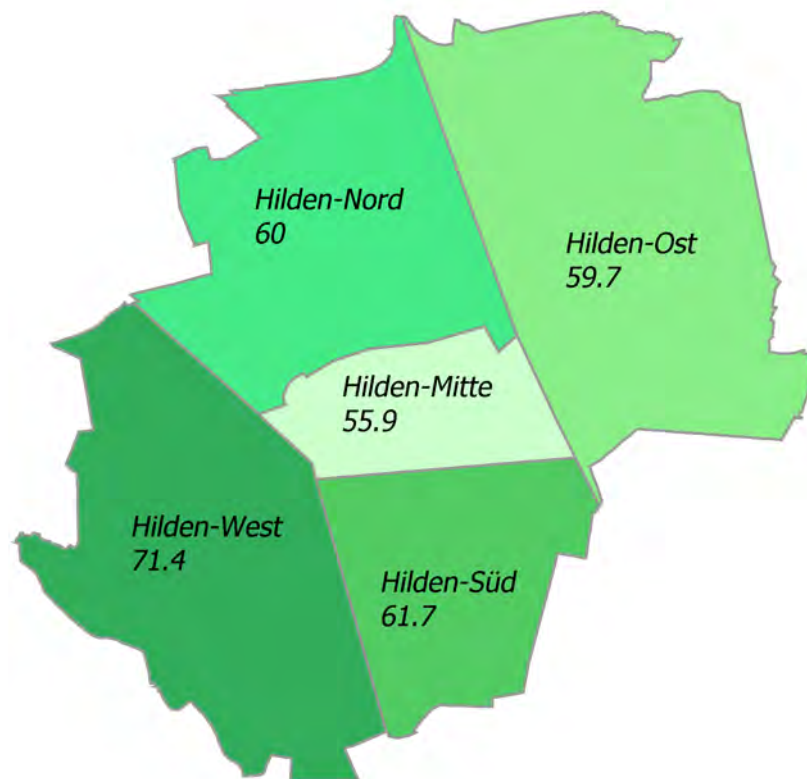
Im Vergleich der Hildener Stadtteile kommen die bereits im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Altersstrukturen zum Tragen. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen fallen eher

geringer aus und die besondere, durch eine durchschnittlich ältere Bevölkerung geprägte Altersstruktur des Stadtteils Hilden-West wird noch einmal besonders deutlich. Der Jugendquotient hingegen fällt für Hilden-West ausgesprochen niedrig aus. Gleichzeitig sind aber auch für den Stadtteil Hilden-Mitte ein unterdurchschnittlicher Alten- und ein unterdurchschnittlicher Jugendquotient zu erkennen. In diesem Stadtteil leben demnach anteilig besonders viele Einwohner im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und unter 65 Jahren.

18 Eine detaillierte Beschreibung des Jugend-, Alten- sowie Unterstützungsquotienten findet sich in Kapitel 3.1.

19 Für die Berechnung des Alten- und Jugendquotienten werden in Veröffentlichungen unterschiedliche Altersbezüge zugrunde gelegt. So bestimmen der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung (www.wegweiser-kommune.de) und der Generationenatlas NRW (www.generationenatlas.nrw.de) den Altenquotienten neuerdings als Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen und den Jugendquotienten als Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen. Legt man diese Altersbezüge zugrunde, ergeben sich für die Stadt Hilden nach Angaben des Wegweisers Kommune ein Altenquotient von 37,3 (im Vergleich des nordrhein-westfälischen Durchschnittswertes von 33,7) sowie ein Jugendquotient von 30,6 Prozent (NRW 33,6).

Karte 4.2: Unterstützungsquotient 2008



© Geobasisdaten Kreis Mettmann

(unter 18-Jährige und 65-Jährige und Ältere in % der 18- bis unter 65-Jährigen)

Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

Addieren wir den Jugend- und den Altenquotienten, so erhalten wir den Unterstützungsquotienten, also die Gruppe der wirtschaftlich von der mittleren Generation »abhängigen« Bevölkerung (vgl. auch Kapitel 3.1). Für die Stadt Hilden insgesamt gilt, dass 100 Einwohnern im Alter von 18 bis unter 65 Jahren 61 Einwohner gegenüber stehen, die entweder jünger als 18 Jahre oder älter als 64 Jahre sind. In Hilden-West sind es im Schnitt 10 Personen mehr, nämlich 71 Einwohner dieser beiden Altersgruppen, die rechnerisch von 100 Einwohnern der mittleren Altersgruppe »unterstützt« werden (vgl. Karte 4.2). Auch für den Stadtteil Hilden-Süd ergibt sich aufgrund der über dem Stadtdurchschnitt liegenden Alten- und Jugendquotienten ein leicht überdurchschnittlicher Unterstützungsquotient von 62. Unterdurchschnittlich fällt der Unterstützungsquotient für den Stadtteil Hilden-Mitte aus. Hier stehen 100 Einwohnern im erwerbsfähigen Alter »nur« 56 Einwohner gegenüber, die jünger als 18 Jahre oder älter als 64 Jahre sind.

Jugend- und Altenquotient und deren Zusammenfassung, der Unterstützungsquotient sind nicht nur mit Blick auf das deutsche Sozialversicherungsmodell gesamtgesellschaftlich von

Bedeutung (hier beschreibt der Unterstützungsquotient das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern), sondern sie sind auch für die kommunale Ebene wichtig. Im Hinblick auf informelle Solidarpotentiale hat sich kommunale Sozial- und Familienpolitik in der Vergangenheit vor allem hinsichtlich dessen, was sie *nicht* tut, in weiten Teilen auf die Leistungsfähigkeit der traditionellen Familie und das Funktionieren von nicht-familialen Formen der Selbsthilfe sowie des freiwilligen sozialen Engagements verlassen. Durch hohe bzw. steigende Unterstützungsquotienten insbesondere auf kleinräumiger Ebene werden diese Formen von Selbst- und Gemeinschaftshilfe jedoch zunehmend (über-)belastet, besonders in Stadtteilen bzw. Sozialräumen mit hohen Anteilen älterer Bevölkerung. Die Aufgabe kommunaler Sozial- und Familienpolitik muss es daher sein, einerseits vorhandene Familiensolidarität zu unterstützen und andererseits nicht-familiale Formen der Selbsthilfe und des freiwilligen sozialen Engagements zu initiieren bzw. zu ermöglichen und zu unterstützen (vgl. hierzu auch Strohmeier/Kersting 2000). Für Hilden gilt dies insbesondere für den Stadtteil Hilden-West, auch wenn es sich hier um einen sehr kleinen Stadtteil handelt.

Wie viele Einwohner in Hilden haben keinen deutschen Pass, wie viele sind Doppelstaatler und wo wohnen sie?

Bei der Interpretation der folgenden Daten zur Staatsbürgerschaft der Einwohner in Hilden ist zu beachten, dass es seit dem 1. Januar 2000 in Deutschland ein geändertes Staatsbürgerschaftsrecht gibt. Neu daran ist nicht nur die verkürzte Einbürgerungsfrist für Erwachsene, sondern auch, dass der Ort der Geburt die Staatsangehörigkeit begründet (und nicht wie in der Vergangenheit das Abstammungsprinzip). In Deutschland geborene Kinder von Ausländern bekommen (wenn sich ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt seit mindestens acht Jahren dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland aufhält und seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzt) einen Doppelpass, sie sind demnach Doppelstaatler. Bis zum 23. Lebensjahr müssen sie sich dann für einen Pass entscheiden. Diese Gesetzesänderung führt dazu, dass statistisch gesehen der Anteil der Nichtdeutschen von Jahr

zu Jahr sinkt, obwohl der tatsächliche Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ansteigt. Diese Änderung betrifft insbesondere die jüngeren Altersgruppen. Zur Gruppe der Doppelstaatler gehören aber auch Einwohner der Stadt Hilden aller Altersgruppen, die neben der deutschen Staatsbürgerschaft eine weitere Staatsbürgerschaft, z.B. die eines anderen EU-Landes besitzen. Wenn man auf Basis der Einwohnermeldestatistik Aussagen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund treffen möchte, muss man sich demnach sowohl auf die Gruppe der nichtdeutschen Bevölkerung als auch auf die Gruppe der Doppelstaatler beziehen.²⁰

²⁰ Die hier beschriebene Bevölkerungsgruppe ist nicht direkt vergleichbar mit der Gruppe der Familien mit Migrationshintergrund, wie wir sie auf Basis der Familienbefragung betrachten. Aus den Daten der Einwohnermeldestatistik lässt sich nicht erkennen, ob Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit außerhalb Deutschlands geboren sind und dadurch zur Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund gezählt werden müssten.

Tabelle 4.2: Bevölkerungsstruktur der Stadt Hilden nach sozial-institutioneller Altersgliederung (Lebensabschnitte) am 31.12.2008 nach Staatsangehörigkeit

Bevölkerungsgruppe	im Alter von ... Jahren	Doppelstaatler und Nichtdeutsche		davon			
		absolut	in %	Doppelstaatler		Nichtdeutsche	
				absolut	in %	absolut	in %
Kinder und Jugendliche	unter 18	1.931	20,6	1.257	34,1	674	11,9
Kleinkinder	unter 3	463	4,9	421	11,4	42	0,7
darunter	unter 1	155	1,7	142	3,8	13	0,2
darunter	1 bis unter 3	308	3,3	279	7,6	29	0,5
Kindergartenalter	3 bis unter 6	293	3,1	233	6,3	60	1,1
noch nicht Schulpflichtige	unter 6	756	8,1	654	17,7	102	1,8
Grundschulalter	6 bis unter 10	373	4,0	244	6,6	129	2,3
Schulpflichtige	6 bis unter 15	871	9,3	457	12,4	414	7,3
Schulpflichtige und Lehrlinge	15 bis unter 18	304	3,2	146	4,0	158	2,8
Volljährige	18 und mehr	7.442	79,4	2.433	65,9	5.009	88,1
Junge Erwachsene	18 bis unter 21	389	4,2	173	4,7	216	3,8
Erwerbsfähige	15 bis unter 65	6.882	73,4	2.306	62,5	4.576	80,5
darunter	15 bis unter 25	1.228	13,1	584	15,8	644	11,3
darunter	25 bis unter 55	4.612	49,2	1.445	39,2	3.167	55,7
darunter	55 bis unter 65	1.042	11,1	277	7,5	765	13,5
im Rentenalter	65 und mehr	864	9,2	273	7,4	591	10,4
Hochbetagte	80 und mehr	101	1,1	49	1,3	52	0,9
Einwohner insgesamt		9.373	100,0	3.690	100,0	5.683	100,0

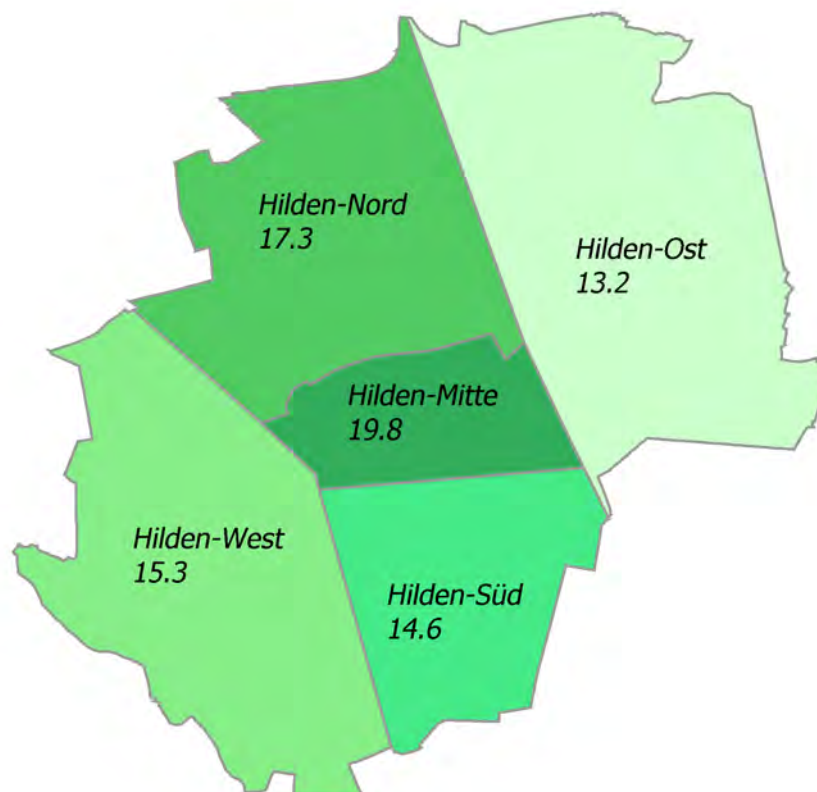
Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

Zum 31.12.2008 leben insgesamt 5.683 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und 3.690 Doppelstaatler in Hilden (vgl. Tabelle 4.2). Das entspricht insgesamt einem Anteil von gerundeten 17 Prozent der Bevölkerung in Hilden, darunter sechs Prozent Doppelstaatler und zehn Prozent Nichtdeutsche. Aufgrund der oben beschriebenen gesetzlichen Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 fallen in den unteren Altersgruppen die Anteile der Doppelstaatler sehr viel höher aus als die Anteile der Nichtdeutschen, da der Großteil der Kinder mit nichtdeutschen Eltern in Deutschland geboren wurde. Für unsere Interpretationen beziehen wir uns daher im Folgenden auf die Altersstruktur beider Gruppen gemeinsam.

Im Unterschied zur Hildener Bevölkerung insgesamt (vgl. Tabelle 4.1) lässt sich in der Bevölkerungsgruppe der Doppelstaatler und Nichtdeutschen ein deutlich höherer Anteil an Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren erkennen. Hier ist ein Fünftel (20,6 Prozent) der Bevölkerung unter 18 Jahren. Für die Bevölkerung in Hilden insgesamt liegt dieser Anteil lediglich bei 15,6

Prozent. Auf der anderen Seite ist der Anteil der älteren Menschen über 64 Jahren bei den Doppelstaatlern und Nichtdeutschen mit neun Prozent sehr viel geringer als unter der Bevölkerung der Stadt Hilden insgesamt, unter der diese Gruppe 22,1 Prozent ausmacht. Nur einer von 100 der Gruppe der Doppelstaatler und Nichtdeutschen ist 80 oder mehr Jahre alt. Unter der Hildener Bevölkerung insgesamt gehört jeder 20. zu dieser Gruppe der Hochbetagten. Die Gruppe der Erwerbsfähigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ist unter den Doppelstaatlern und nichtdeutschen Einwohnern Hildens dementsprechend anteilig deutlich größer als bei den Hildenern insgesamt. Während bei den Doppelstaatlern und Nichtdeutschen 73 Prozent zur Gruppe der Erwerbsfähigen gehören, trifft dies unter der Bevölkerung der Stadt Hilden insgesamt lediglich auf 65 Prozent zu. Die Bevölkerung mit doppelter Staatsangehörigkeit oder ohne deutschen Pass ist damit im Durchschnitt deutlich jünger als die ansässige Bevölkerung insgesamt. Insbesondere der hohe Altenquotient der Hildener Bevölkerung »rekrutiert« sich somit vorwiegend aus der Bevölkerung mit deutschem Pass.

Karte 4.3: Anteil der Doppelstaatler und Nichtdeutschen nach Stadtteilen 2008

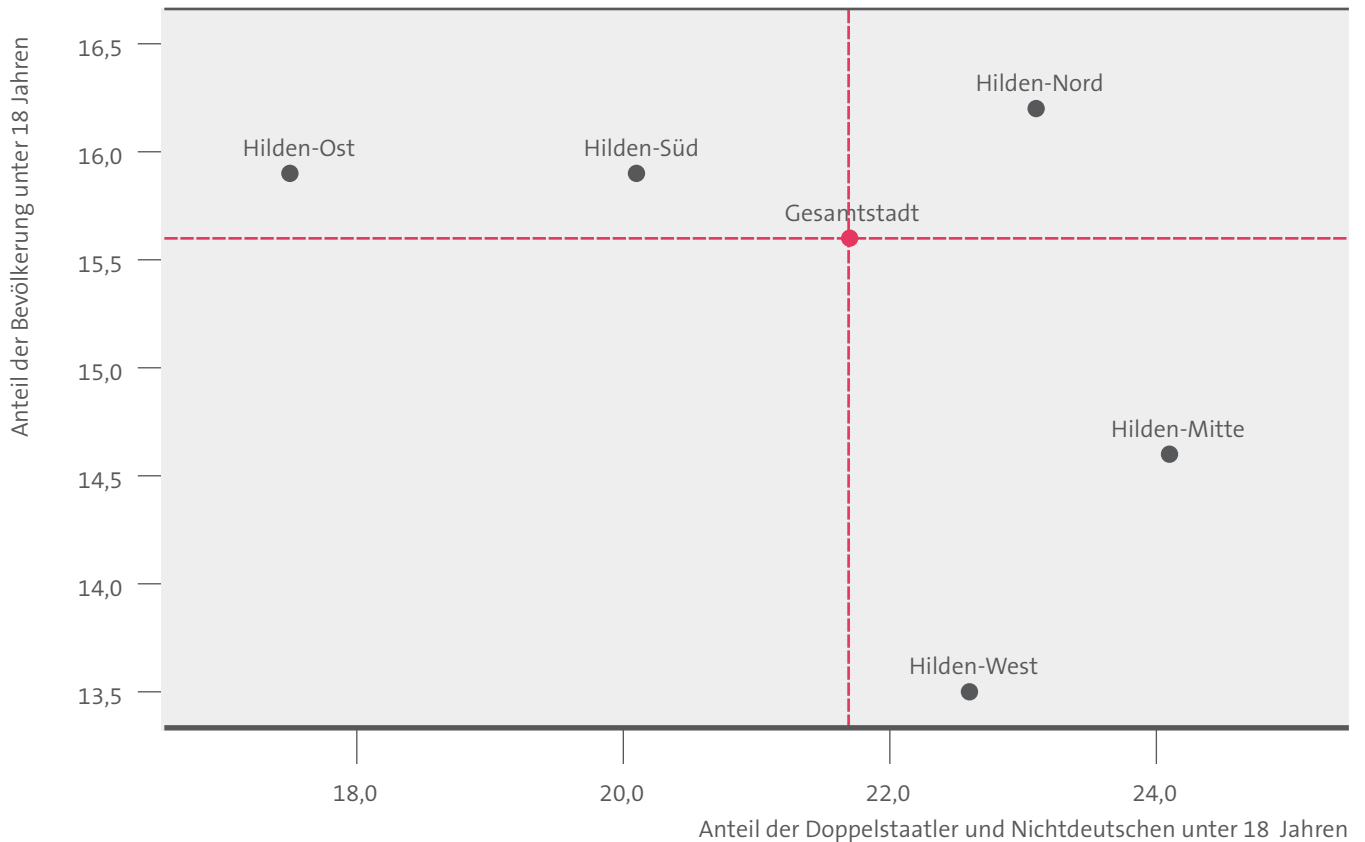


© Geobasisdaten Kreis Mettmann

(in % der Bevölkerung insgesamt)

Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

Abbildung 4.5: Bevölkerung unter 18 Jahren und nach Staatsangehörigkeit 2008



(in % der Bevölkerung insgesamt bzw. in % der Bevölkerung im Alter von unter 18 Jahren, Stichtag 31.12.2008)

Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

Die Anteile der Gruppe der Doppelstaatler und Nichtdeutschen unterscheiden sich zwischen den Hildener Stadtteilen relativ deutlich (vgl. Karte 4.3). Während im Stadtteil Hilden-Mitte jeder fünfte Bewohner der Gruppe der Doppelstaatler und Nichtdeutschen angehört, sind es im Stadtteil Hilden-Ost nur 13 Prozent der Bevölkerung. Auch der Stadtteil Hilden-Nord ist mit einem Anteil von 17 Prozent noch vergleichsweise stark durch diese Bevölkerungsgruppe geprägt.

Setzen wir die Anteile der Kinder und Jugendlichen insgesamt in Beziehung zu den Anteilen der Doppelstaatler und Nichtdeutschen unter den Kindern und Jugendlichen insgesamt, so wird deutlich, dass es in den beiden Stadtteilen Hilden-Ost und Hilden-Süd zwar vergleichsweise viele Kindern und Jugendliche, aber unter ihnen nur geringe Anteile an Doppelstaatlern und Nichtdeutschen gibt (vgl. Abbildung 4.5). Im Stadtteil Hil-

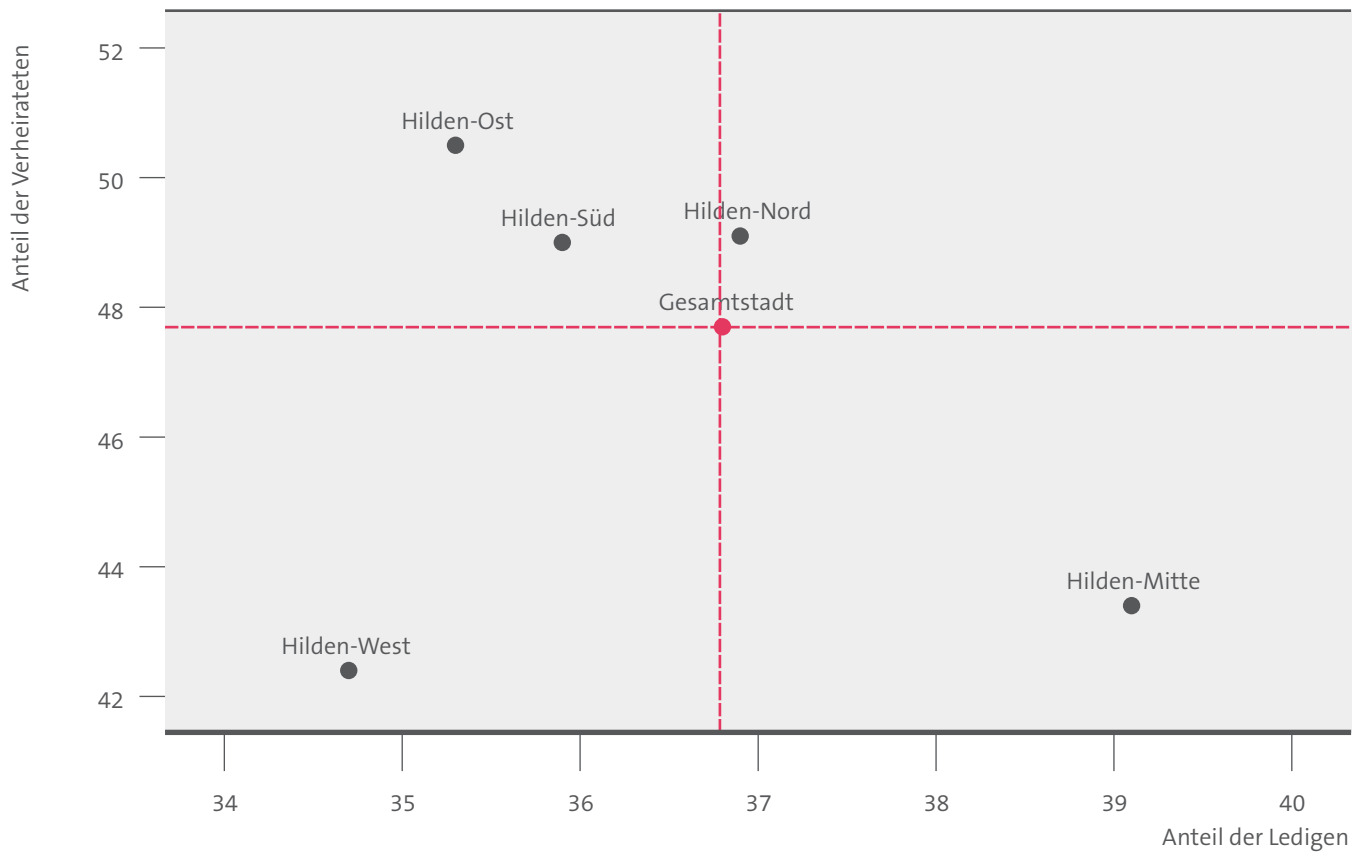
den-Nord ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen sowohl insgesamt, als auch der Anteil der Doppelstaatler und Nichtdeutschen unter ihnen, hoch. In den Stadtteilen Hilden-West und Hilden-Mitte sind die Anteile der Kinder und Jugendlichen unterdurchschnittlich und unter ihnen sind zudem anteilig weniger Kinder und Jugendliche aus der Gruppe der Doppelstaatlern und Nichtdeutschen zu finden.

Damit sind die Stadtteile in Hilden trotz weitgehend vergleichbarer Anteile an Kindern und Jugendlichen sehr unterschiedlich hinsichtlich deren Staatsangehörigkeit geprägt. Insbesondere der Stadtteil Hilden-Nord fällt auf: Dort geht der höchste Anteil von unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Stadtgebiet mit einem überdurchschnittlichen Anteil Doppelstaatlern und Nichtdeutscher unter 18 Jahren einher.

Familien in Hilden und den Hildener Stadtteilen

Einen ersten Hinweis auf die Familienstrukturen in Hilden und den Hildener Stadtteilen anhand amtlicher Daten der Einwohnermeldestatistik gibt der Familienstand der Bevölkerung. In Abbildung 4.6 sind der Anteil der Verheirateten und der Ledigen an der Bevölkerung des jeweiligen Stadtteils dargestellt (auf die Darstellung der Verwitweten und Geschiedenen wurde in der Abbildung verzichtet). Den höchsten Anteil an Verheirateten unter der Bevölkerung gibt es im Stadtteil Hilden-Ost, wo die Hälfte der Bevölkerung verheiratet ist. Auch in den Stadtteilen Hilden-Nord und Hilden-Süd liegt der Verheiratetenanteil bei knapp der Hälfte der Bevölkerung. Im Stadtteil Hilden-West erreicht der Verheiratetenanteil hingegen nur 42 Prozent, was aber durch das höhere Durchschnittsalter der Bevölkerung – und damit verbunden einem hohen Anteil von 15 Prozent an verwitweten Einwohnerinnen und Einwohnern – begründet ist. In Hilden-Mitte geht demgegenüber ein vergleichsweise niedriger Anteil an Verheirateten mit dem höchsten Anteil an Ledigen unter der Bevölkerung einher.

Abbildung 4.6: Anteil der Verheirateten und Ledigen an der Bevölkerung in den Hildener Stadtteilen 2008



(in % der Bevölkerung insgesamt)

Datenquelle: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008.

In welchen Familienformen leben die Hildener und wo wohnen diese?

Der Familienstand sagt aber noch nichts darüber aus, ob die Einwohnerinnen und Einwohner in den Hildener Stadtteilen mit Kindern unter 18 Jahren, also in Familien im engeren Sinne, zusammenleben. Daher sollen auf Basis der Daten der Familienbefragung die unterschiedlichen Familienformen der Hildener Bevölkerung mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt nun etwas genauer in den Blick genommen werden. Zudem betrachten wir, wie viele Kinder in den Familien leben und wo diese wohnen.

Da für die Stadt Hilden leider keine belastbaren Verwaltungsdaten zu Haushalts- und Familienstrukturen vorliegen, soll anhand der Ergebnisse der Familienbefragung etwas über die räumliche Verteilung der hier interessierenden Familien in den Stadtteilen der Stadt gesagt werden (vgl. Abbildung 4.7). Unsere Definitionen der betrachteten Familienformen wurden bereits in Kapitel 2 dargestellt, sie sollen aber hier noch einmal aufgegriffen werden:

- **Alleinerziehende** definieren wir als Elternteile, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt zusammenleben und allein für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder sorgen und verantwortlich sind.
- **Kinderreiche Familien** sind Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt, unabhängig davon, ob sie mit einem oder zwei Elternteilen zusammenleben.

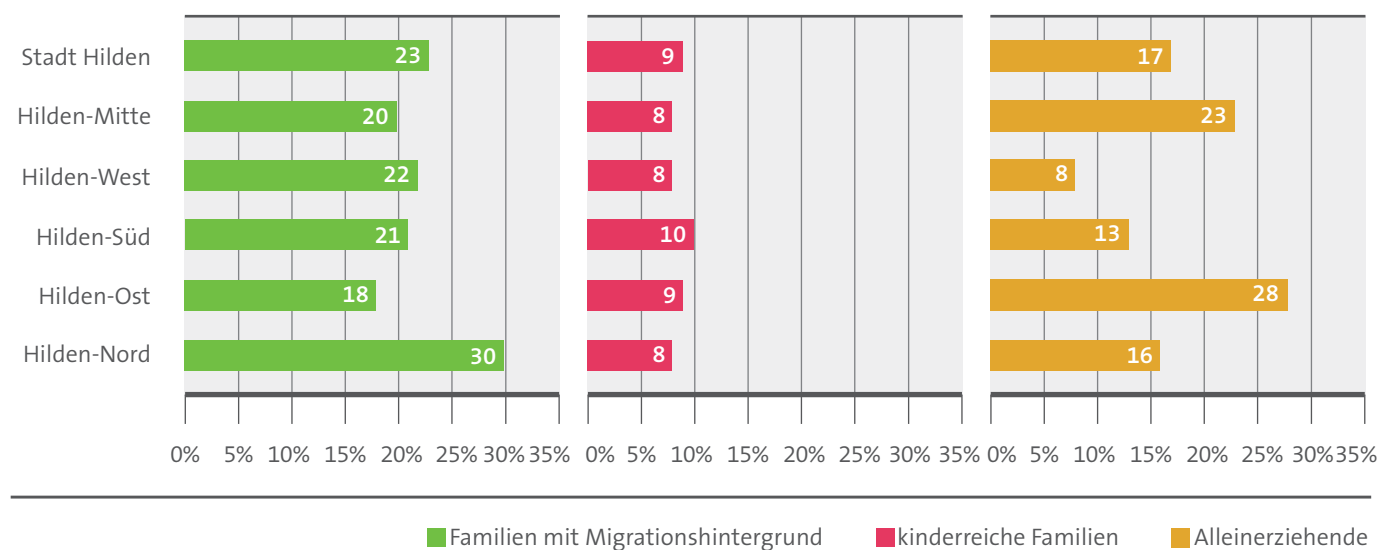
- Als **Familien mit Migrationshintergrund** betrachten wir nicht nur Familien mit mindestens einem nichtdeutschen Elternteil, sondern darüber hinaus auch Familien mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund; d.h. mindestens ein Elternteil hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, neben der deutschen eine zweite Staatsangehörigkeit oder aber mindestens ein Elternteil ist außerhalb Deutschlands geboren. Dadurch werden z.B. russlanddeutsche Familien ebenfalls als Migrantenfamilien erfasst.

Bei der Interpretation der nachfolgenden Aussagen ist besonders zu beachten, dass die hier verwendete Definition »Familien mit Migrationshintergrund« sowohl nichtdeutsche Eltern und Eltern mit doppelter Staatsangehörigkeit einschließt, zusätzlich aber auch Familien mit mindestens einem außerhalb Deutschlands geborenen Elternteil betrachtet.

Diese breitere Betrachtung von Familien mit Migrationshintergrund ist auch für Hilden von Bedeutung. In der Gruppe der Migrantenfamilien besitzen in zwei von fünf Familien beide Elternteile die deutsche Staatsangehörigkeit, nur in einer von fünf Migrantenfamilien haben beide Elternteile eine andere Staatsangehörigkeit. Im Vergleich mit den übrigen Kommunen der Projektfamilie liegt in Hilden damit der Anteil deutscher Familien unter den Migrantenfamilien etwa im Durchschnitt, während der Anteil nichtdeutscher Familien unter dem Durchschnitt der Projektkommunen liegt.²¹

²¹ Noch niedrigere Anteile nichtdeutscher Familien unter den Migrantenfamilien werden vor allem im Kreis Wesel und der Stadt Rheinberg, aber auch in Rheine, dem Kreis Unna und in Gütersloh erreicht. In den Ruhrgebietsstädten sind die Anteile dagegen zum Teil deutlich höher.

Abbildung 4.7: Familienformen in Hilden nach Stadtteilen



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Nach dieser weiter gefassten Definition haben in Hilden 23 Prozent der Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt einen Migrationshintergrund, neun Prozent sind kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern. Recht hoch ist unter den Hildener Familien der Anteil Alleinerziehender: In 17 Prozent der Hildener Familien ist ein Elternteil alleine für die Pflege und Erziehung des Kindes bzw. der Kinder verantwortlich. Verglichen mit den übrigen Projektkommunen sind damit der Anteil der Migrantenfamilien durchschnittlich und der Anteil der kinderreichen Familien in Hilden sehr niedrig, während der Anteil der Alleinerziehenden hoch ausfällt.

Innerhalb der Stadt sind zwischen den Stadtteilen zum Teil deutliche Unterschiede bei den Anteilen der einzelnen Familienformen festzustellen, wobei die Unterschiede bei den Alleinerziehenden am deutlichsten sind: Der mit Abstand höchste Anteil wird im Stadtteil Hilden-Ost (28 Prozent) erreicht. Auch im Stadtteil Hilden-Mitte sind fast ein Viertel (23 Prozent) der Familien alleinerziehend. Deutlich seltener leben Alleinerziehende demgegenüber in Hilden-West (acht Prozent). Auch Hilden-Süd und Hilden-Nord liegen mit 13 Prozent und 16 Prozent noch unter dem stadtweiten Durchschnitt. Bezüglich des Anteils der Familien mit Migrationshintergrund fällt der Stadtteil Hilden-Nord auf, wo mit 30 Prozent deutlich mehr Familienhaushalte mit Migrationshintergrund leben als in den anderen Hildener Stadtteilen. In den Stadtteilen Hilden-West, Hilden-Süd und Hilden-Mitte liegen die Anteile der Familien mit Migrationshintergrund nahe dem stadtweiten Durchschnitt. Die anteilig wenigsten Familien mit Migrationshintergrund wohnen im Stadtteil Hilden-Ost. Deutlich weniger variieren die Anteile der kinderreichen Familien zwischen den Stadtteilen. Diese liegen mit acht bis zehn Prozent in allen Stadtteilen vergleichsweise nahe am stadtweiten Durchschnitt. Der höchste Anteil kinderreicher Familien wird mit zehn Prozent in Hilden-Süd erreicht.

Betrachtet man die Familien nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren etwas genauer, ist mit 55 Prozent mehr als jede zweite Familie in Hilden eine Ein-Kind-Familie (vgl. Tabelle 4.3). Diese Familienform dominiert in allen Stadtteilen, wobei im Stadtteil Hilden-West noch einmal deutlich häufiger etwas kleinere Familien mit »nur« einem Kind wohnen. Drei von fünf Familien sind hier Ein-Kind-Familien. In Hilden-Süd hingegen ist der Anteil dieser Familien mit 52 Prozent stadtweit am niedrigsten. In 36 Prozent der Familien leben zwei Kinder unter 18 Jahren. Diese Familiengröße findet sich am häufigsten in den Stadtteilen Hilden-Süd und Hilden-Mitte (38 Prozent). In sieben Prozent der Familien in Hilden leben drei und lediglich in zwei Prozent der Familien leben vier und mehr Kinder.²²

22 Die leichten Abweichungen zu den Angaben in Abbildung 4.7 entstehen durch Rundungsdifferenzen.

Tabelle 4.3: Familien nach Anzahl der Kinder unter 18 Jahren 2009

	Anzahl der Kinder unter 18 im Haushalt, insg.			
	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder
	Angaben in Prozent			
Hilden-Nord	56	35	7	2
Hilden-Ost	56	34	9	1
Hilden-Süd	52	38	8	2
Hilden-West	61	31	4	4
Hilden-Mitte	53	38	6	2
Stadt Hilden	55	36	7	2

(in % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren)

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

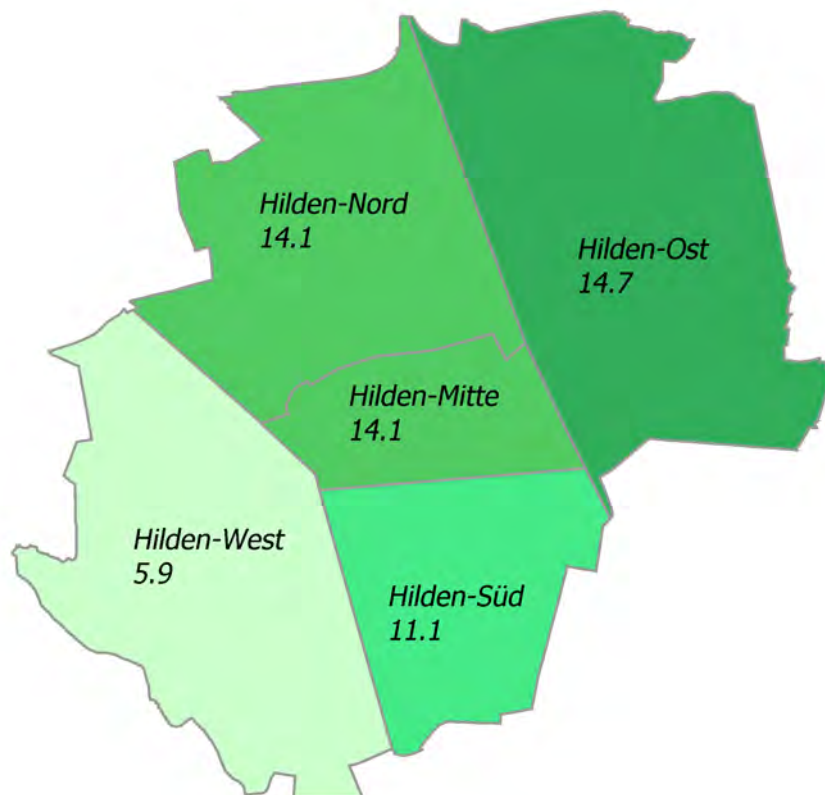
4.1.2 Sozioökonomischer Status der Familien in den Hildener Stadtteilen

Leider liegen der Stadt Hilden keine prozessproduzierten Daten der Verwaltungsstatistik vor, die eine kleinräumige Beschreibung des sozioökonomischen Status der Stadtteile ermöglichen. Deshalb wird auch für dieses Kapitel auf Daten der Familienbefragung zurückgegriffen. Da die wirtschaftliche Lage von Familien in Kapitel 5 auf Basis der Ergebnisse der Familienbefragung noch ausführlicher beschrieben wird, beschränken wir uns in diesem Kapitel auf zwei ausgewählte Indikatoren: Wir werden auf Basis der Angaben zum Bezug von Transferzahlungen zum Lebensunterhalt in den Familien und zum Bildungsstatus der Eltern (also der schulischen und beruflichen Qualifikation) Aussagen zum sozioökonomischen Status der Familien und damit auch der Stadtteile, in denen die Familien leben, machen. Da sich die folgenden Aussagen lediglich auf Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren in den jeweiligen Stadtteilen beziehen, können aber keine Aussagen zum sozioökono-

nomischen Status der Gesamtbevölkerung in den Stadtteilen getroffen werden.

Im Fragebogen wurden die Eltern zum Bezug von öffentlichen Transferzahlungen gefragt, aus welchen Quellen sich die monatlichen Haushaltseinkommen der Familien zusammensetzen. Für die nachfolgende Karte haben wir für die Stadt Hilden insgesamt und für die fünf Stadtteile die Anteile der Familien ermittelt, zu deren Haushaltseinkommen mindestens eine der folgenden Einkommensarten gehören: Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II (einschließlich Sozialgeld), Wohngeld oder Zuschüsse zur monatlichen Miete, Unterhaltsvorschussleistungen, Sozialhilfe, Kinderzuschlag. All diese Zahlungen sind ein Hinweis darauf, dass sich die Eltern aktuell in einer wirtschaftlichen Situation befinden, die es ihnen nicht ermöglicht, den Lebensunterhalt der Familie ohne sozialstaatliche Unterstützung

Karte 4.4: Anteile der Familien mit Einkommen aus sozialstaatlichen Transferzahlungen 2009



© Geobasisdaten Kreis Mettmann

(in % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren)

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009.

zu bewältigen. Dieser Indikator gibt damit einen Hinweis auf die Transferabhängigkeit der Familien in der Stadt Hilden und in den einzelnen Stadtteilen. Unberücksichtigt bleibt, dass einige Familien Transferzahlungen aus unterschiedlichen Quellen beziehen.

Der Anteil der Familien mit Kindern unter 18 Jahren, die angeben, öffentliche Transferzahlungen zu beziehen, erreicht in der Stadt Hilden insgesamt einen Wert von 12,9 Prozent. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen fallen nicht besonders deutlich aus. Dennoch zeigt sich der geringste Anteil dieser Familien im Stadtteil Hilden-West. Hier sind nur sechs Prozent der Familien auf sozialstaatliche Transferzahlungen zur Sicherung bzw. Ergänzung des Lebensunterhalts angewiesen. Auch im Stadtteil Hilden-Süd erhalten anteilig weniger Familien sozialstaatliche Unterstützungsleistungen als im Durchschnitt der Stadt. Über dem stadtweiten Durchschnitt hingegen liegen die Anteile dieser Familien in Hilden-Ost, Hilden-Mitte und Hilden-Nord. In Kapitel 5 wird dargestellt, dass in den Stadtteilen Hilden-Nord und Hilden-Ost auch der Anteil der armen und armutsnahen Familien leicht über dem Stadtdurchschnitt liegt, was die etwas schlechtere wirtschaftliche Situation der Familien in diesen Stadtteilen bestätigt.

Ein weiterer Indikator, der etwas über den soziökonomischen Status der Familien in den Stadtteilen aussagen kann, ist das durchschnittliche Bildungsniveau der Eltern²³ in den jeweiligen Stadtteilen (vgl. Tabelle 4.4). Auch hier betreffen die Aussagen nicht die gesamte Bevölkerung der Stadtteile, sondern lediglich die in den Stadtteilen wohnenden Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren. Insgesamt sind Eltern in der Stadt Hilden in der Mehrzahl gut ausgebildet. Es dominieren die höheren und höchsten Qualifikationen. Lediglich ein Drittel der Eltern verfügt über eine mittlere oder niedrige Qualifikation. Auch hier fallen zwischen den Stadtteilen keine gravierenden Disparitäten ins Auge. Der Bildungsstatus der Eltern zeigt vielmehr in allen Stadtteilen eine recht ähnliche Verteilung. Im Durchschnitt etwas höher qualifiziert (höhere und höchste Qualifikationen) sind Eltern in Hilden-Mitte und Hilden-Süd. Dieser Unterschied fällt aber nicht sehr deutlich aus. Die Unterschiede hinsichtlich der Anteile an Familien mit niedriger Qualifikation zwischen den Stadtteilen sind marginal.

23 Die genaue Definition des Bildungsstatus der Familien wird in Kapitel 2 erklärt. Für Elternpaare wird der jeweils höhere Bildungsstatus berücksichtigt.

Tabelle 4.4: Familien nach Bildungsstatus der Eltern 2009

	Bildungsstatus der Eltern			
	niedrige Qualifikation	mittlere Qualifikation	höhere Qualifikation	höchste Qualifikation
	Angaben in Prozent			
Hilden-Nord	12	21	33	35
Hilden-Ost	12	24	27	36
Hilden-Süd	10	22	31	37
Hilden-West	10	26	29	35
Hilden-Mitte	12	17	33	38
Stadt Hilden	12	21	31	36

(in % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren)

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse lassen sich auf der Ebene der Stadtteile für Hilden keine Tendenzen der Armutssegregation oder größerer sozioökonomischer Disparitäten für Familien erkennen. Zwischen den Stadtteilen sind die innerstädtischen sozialräumlichen Unterschiede im Vergleich mit anderen Städten eher gering.

4.2 Die Stadtteile im Überblick

Die einzelnen Ergebnisse aus Kapitel 4.1 und 4.2 werden im folgenden Abschnitt noch einmal zusammengefasst und auf einen Blick dargestellt. Abbildung 4.8 weist für jeden Indikator (Anteil der unter 18-Jährigen, Anteil der über 64-Jährigen etc.) den Wert für Hilden insgesamt (rote Markierung) und zusätzlich den entsprechenden Wert für die fünf Stadtteile aus. Diese Darstellung ermöglicht es nicht nur, den Wert für die Stadt oder den Stadtteil abzulesen, sondern sie zeigt darüber hinaus die Varianz, also die »Spannweite«, zwischen den einzelnen Stadtteilen auf. Je weiter die Markierungen für die Stadtteile mit dem höchsten und dem niedrigsten Wert auseinander liegen, umso größer ist die Varianz bezüglich des Indikators und umso größer sind die innerstädtischen Unterschiede.

Die zwei in der Abbildung links abgetragenen Indikatoren beschreiben die Altersstruktur in den Stadtteilen. Hier lassen sich zwischen den Stadtteilen besonders geringe Unterschiede verzeichnen. Lediglich der hohe Anteil über 64-Jähriger im Stadtteil Hilden-West stellt eine Ausnahme dar. Die einzelnen Stadtteile haben also eine recht ausgeglichene Altersstruktur, auch wenn für die Stadt insgesamt ein vergleichsweise hoher Altersquotient sowie ein niedriger Jugendquotient und damit eine Tendenz zur Überalterung zu erkennen ist.

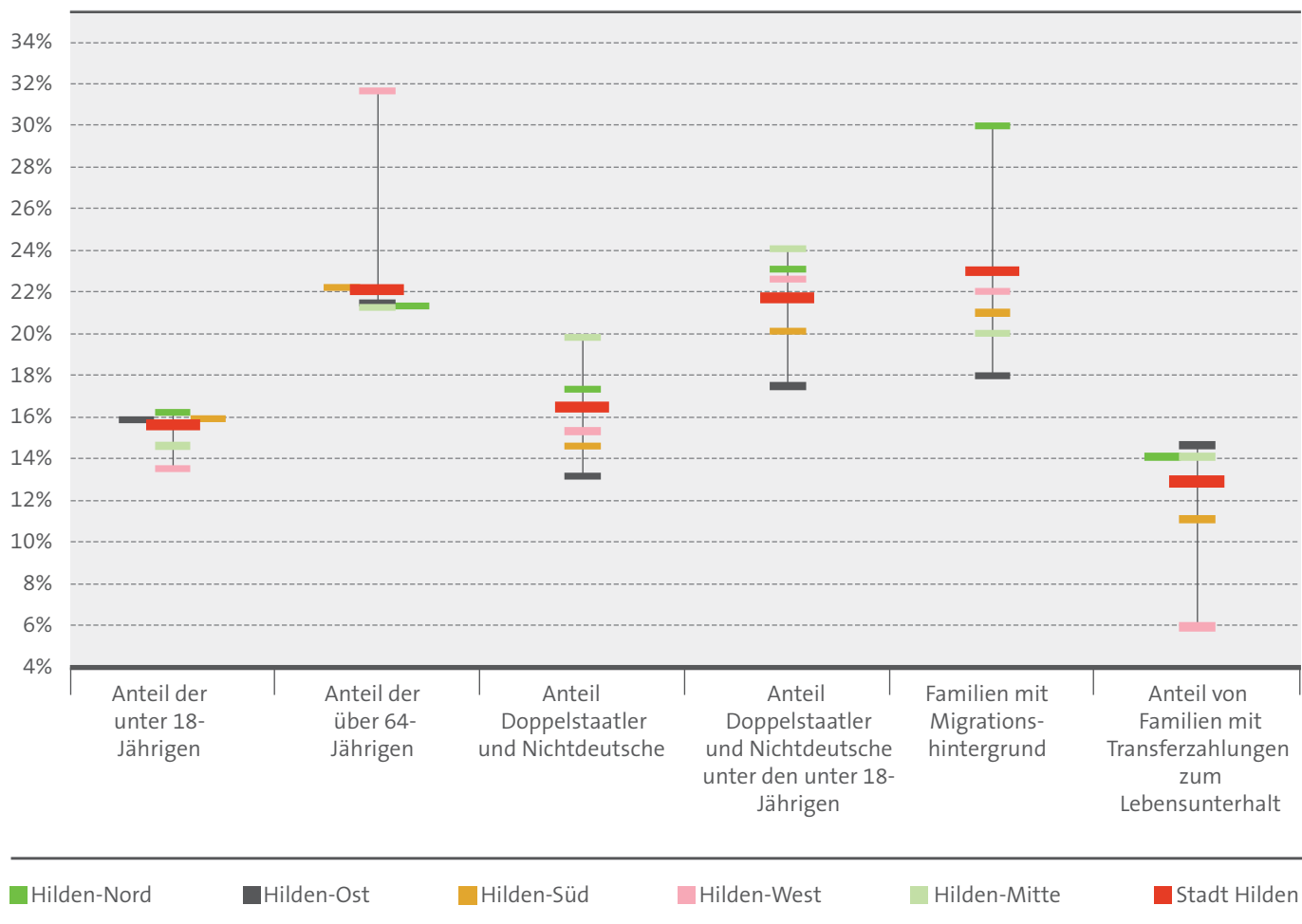
Die drei folgenden Indikatoren geben Auskunft über die Struktur hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Bevölkerung in den Stadtteilen. Die Werte für die einzelnen Stadtteile streuen hier etwas stärker als bei den Anteilen der Altersgruppen. Der Anteil der Doppelstaatler und Nichtdeutschen insgesamt liegt in Hilden stadtweit bei 16,5 Prozent. Überdurchschnittlich ist der Anteil der Doppelstaatler und Nichtdeutschen in den Stadtteilen Hilden-Mitte (19,8 Prozent) und Hilden-Nord (17,3 Prozent).

Demgegenüber ist der Anteil von Einwohnern ohne deutschen Pass oder mit doppelter Staatsangehörigkeit in Hilden-Ost mit 13,2 Prozent kleiner. Die Doppelstaatler und Nichtdeutschen unter 18 Jahren haben in ihrer Altersgruppe im Schnitt einen etwas höheren Anteil an der Bevölkerung als die Doppelstaatler und Nichtdeutschen insgesamt, wobei die Anteilswerte zwischen den Stadtteilen ähnlich variieren wie die Anteile aller Doppelstaatler und Nichtdeutschen. Auch hier erreicht der Stadtteil Hilden-Mitte den höchsten Wert (24,1 Prozent) und der Stadtteil Hilden-Ost (17,5 Prozent) den niedrigsten Wert.

Betrachtet man den Anteil der Familien mit Migrationshintergrund an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren, fällt die Streuung zwischen den Stadtteilen noch etwas deutlicher aus. Insbesondere im Stadtteil Hilden-Nord leben viele Familien mit Migrationshintergrund (30 Prozent). Hinsichtlich der Transferabhängigkeit ist die Streuung zwischen den Stadtteilen wieder etwas geringer. Hier fällt lediglich eine unterdurchschnittliche Transferabhängigkeit der Familien im Stadtteil Hilden-West ins Auge.

Insgesamt sind die kleinräumigen Unterschiede zwischen den Stadtteilen in der Stadt Hilden nicht besonders ausgeprägt. Zwischen den Stadtteilen lassen sich keine ausgeprägten Disparitäten im Hinblick auf demografische, ethnische oder sozioökonomische Merkmale der Bevölkerung in den Stadtteilen erkennen. Eine Ausnahme stellt die Altersstruktur des kleinsten Stadtteils der Stadt, des Stadtteils Hilden-West dar. Dieser Stadtteil ist in besonderem Maße von einer im Durchschnitt etwas älteren, weiblichen und verwitweten Bevölkerung geprägt.

Abbildung 4.8: Die Stadtteile auf einen Blick



Datenbasis: Stadt Hilden, Einwohnermeldestatistik, Stichtag 31.12.2008, Familienbefragung Hilden 2009.

5 Die wirtschaftliche Lage von Familien in Hilden

Die wirtschaftliche Lage von Familien, also ihre aktuelle Einkommens- und Ausgabensituation, stellt eine wesentliche Komponente der Lebenslage von Familien dar. Dabei ist das Haushaltseinkommen eine wichtige – vielleicht *die* wichtigste – Ressource der Lebensführung von Familien und ein Mangel an Einkommen bzw. Einkommensarmut ist einer der wichtigsten Risikofaktoren für soziale Benachteiligungen und soziale Ausgrenzungen von Familien und insbesondere von Kindern. Die Familienbefragung in der Stadt Hilden ermöglicht zu diesem Themenbereich sehr detaillierte Ergebnisse, die mit Daten der Verwaltungsstatistik nicht beantwortet werden können: Wie hoch ist das Einkommen der Familien mit Kindern in Hilden? Gibt es Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den verschiedenen Stadtteilen? Welchen Einfluss haben die Familienform oder das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes auf die wirtschaftliche Lage von Familien? Darüber hinaus analysieren wir Umfang und Struktur von Einkommensarmut unter den Hildener Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Die Armutsberechnungen orientieren sich dabei an Armutsanalysen der Landessozialberichterstattung Nordrhein-Westfalens (vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) 2009).

5.1 Einkommenssituation der Familien

Die wirtschaftliche Situation der Familien lässt sich anhand der Einkommensdaten der Familienbefragung sehr differenziert analysieren. Betrachten wir zuerst die Gesamtverteilung der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen²⁴ der Familien in Hilden, so zeigt sich eine erhebliche Streuung der Familien über die Einkommensgruppen. Verglichen mit den übrigen Kommunen der Projektfamilie kann in Hilden eine sehr starke Besetzung der oberen Einkommensklassen über 4.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen sowie eine nur geringe Besetzung der unteren Einkommensklassen unter 2.000 bzw. unter 1.000 Euro festgestellt werden (vgl. Abbildung 2 im Kommentierten Tabellenband: 16). Durchschnittlich steht den Hildener Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt ein sehr hohes monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 3.166 Euro zur Verfügung.

Diese Zahlen sagen allerdings noch nichts über Armut und Reichtum der Familien in der Stadt aus, da die Familien, die von den genannten Haushaltsnettoeinkommen leben müssen, unterschiedlich groß und sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind. Je nach Altersgruppe gestalten sich auch die Bedarfe der Kinder in diesen Familien sehr verschieden. Zudem lassen sich in größeren Familien durch das gemeinsame Zusammenleben Einsparungen erzielen. Daher müssen die Haushaltsnettoeinkommen für einen Vergleich der Einkommenssituation erst auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen werden. Zusätzlich

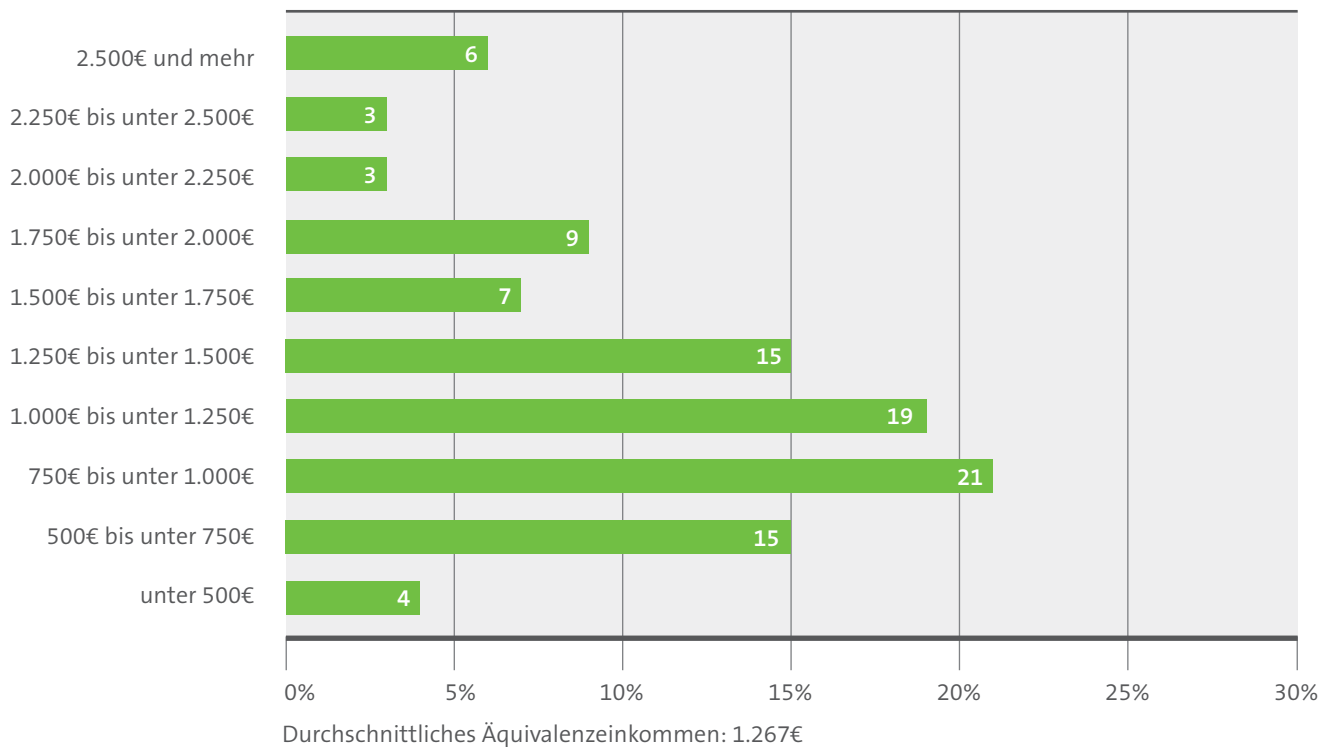
wird eine Bedarfsgewichtung der Einkommen nach der alten OECD-Skala vorgenommen, wie sie auch in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt (vgl. MAGS 2009). Mit dieser so genannten Äquivalenzgewichtung wird eine Gewichtung am faktischen Bedarf vorgenommen, denn ein Vier-Personen-Haushalt wird (in Abhängigkeit nicht nur von der Zahl, sondern auch vom Alter der Familienmitglieder) nicht eine viermal so große Wohnung wie ein Ein-Personen-Haushalt bewohnen, er wird nicht viermal so viel Einkommen für Nebenkosten und Lebensmittel ausgeben usw.²⁵ Nur auf Basis dieser Zahlen ist sowohl ein Vergleich der Einkommenssituation zwischen verschiedenen Familienformen als auch mit anderen (Projekt-)Kommunen bzw. landesweiten Einkommensangaben möglich. Abbildung 5.1 stellt die Verteilung der monatlichen Äquivalenzeinkommen für die Familien in Hilden dar.

Durch die Äquivalenzgewichtung verschiebt sich die Einkommensverteilung der Familien deutlich nach unten. Gute jede fünfte Familie wird nach der Bedarfsgewichtung der Einkommensgruppe mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 750 bis unter 1.000 Euro zugeordnet. Die benachbarten Einkommensgruppen nach unten und nach oben sind ebenfalls noch einmal mit 19 Prozent (1.000 bis unter 1.250 Euro) bzw. 15 Prozent (500 bis unter 750 Euro und 1.250 bis unter 1.500 Euro) stärker besetzt. Mit einem sehr niedrigen Äquivalenzeinkommen unter 500 Euro müssen lediglich vier Prozent der Familien in Hilden haushalten, während einem sehr großen Anteil von 28 Prozent der Familien ein (recht) hohes Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr zur Verfügung steht. Auffallend ist die starke Besetzung der hohen Einkommensklassen über 2.000 Euro Äquivalenzeinkommen. Insgesamt ergibt sich hieraus für das Jahr 2009 ein ausgesprochen hohes durchschnittliches Äquivalenzeinkommen der Familien mit Kindern unter 18 Jahren von 1.267 Euro. In keiner anderen Projektkommune wurde ein ähnlich hohes Äquivalenzeinkommen erreicht.²⁶ Zwischen den Hildener Stadtteilen unterscheidet sich das Äquivalenzeinkommen der Familien kaum (vgl. Tabelle 6 im Kommentierten Tabellenband: 20).

24 Die Familien wurden gebeten, ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen, einschließlich aller Transfereinkommen (Kindergeld, Wohngeld etc.) und abzüglich aller Sozialversicherungsbeiträge und Steuern anzugeben.

25 Die genaue Vorgehensweise zur Äquivalenzgewichtung der Einkommen wird in Kapitel 2 erklärt.

26 Auch in den wohlhabenderen Städten Neuss und Mülheim an der Ruhr sowie dem Kreis Wesel liegen die durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen deutlich niedriger (vgl. ZEFIR/Stadt Neuss 2006; ZEFIR/Stadt Mülheim an der Ruhr 2007; Faktor Familie/Kreis Wesel 2009).

Abbildung 5.1: Monatliches Äquivalenzeinkommen von Familien in Hilden

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Sehr deutlich beeinflusst wird das Äquivalenzeinkommen der Familien vor allem durch den Bildungsstatus und die Erwerbseinbindung der Eltern, aber auch durch den Migrationshintergrund der Familie sowie die Familienform und die Kinderzahl (vgl. Tabelle 5.1 und Tabelle 7 im Kommentierten Tabellenband: 20). So stehen bei den Familien mit höchster Qualifikation (Fach- bzw. Hochschulabschluss) der Hälfte der Familien monatlich 1.500 Euro und mehr zur Verfügung und lediglich fünf Prozent dieser Familien müssen mit weniger als 750 Euro auskommen. In Familien mit niedrigster Qualifikation kehrt sich dieses Verhältnis um: Nur vier Prozent der Familien befinden sich in der höchsten Einkommensklasse, während mehr als die Hälfte der Familien (56 Prozent) mit weniger als 750 Euro haushalten muss.²⁷ Mit durchschnittlich 776 Euro steht Familien mit niedriger Qualifikation ein nicht einmal halb so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Familien mit höchster Qualifikation, die über 1.613 Euro verfügen können.

Auch Alleinerziehenden steht trotz ihrer insgesamt sehr hohen Erwerbseinbindung (vgl. Kapitel 6.1.1) nur ein weit unterdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen von 973 Euro im Monat zur Verfügung. Sie sind sehr viel seltener als die Familien insgesamt in der obersten Einkommensklasse vertreten und müssen sehr viel häufiger mit niedrigen Einkommen haushalten. Neben der überdurchschnittlich hohen Besetzung der untersten Einkommensklasse von unter 750 Euro fällt bei den Alleinerziehenden auch die sehr starke Besetzung der Einkommensklasse von 750 bis unter 1.000 Euro auf. Die durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen von kinderreichen Familien (mit drei und mehr Kindern) und Familien mit Migrationshintergrund liegen mit 1.045 bzw. 1.138 Euro höher als das von Alleinerziehenden. Im Vergleich zu Familien ohne Migrationshintergrund bzw. Familien mit einem oder zwei Kindern sind sie aber dennoch deutlich niedriger.

27 Gleichzeitig zeigt sich eine hohe Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung der Kinder mit dem Bildungsstatus der Eltern: Je höher die schulische und berufliche Qualifikation der Eltern ist, umso größer ist der Anteil der Kinder, die das Gymnasium besuchen (vgl. Kapitel 9.1.3).

Tabelle 5.1: Äquivalenzeinkommen der Familien nach Strukturmerkmalen

	unter 750 Euro	750 bis unter 1000 Euro	1000 bis unter 1250 Euro	1250 bis unter 1500 Euro	1500 Euro und mehr	durchschnittliches Äquivalenz- einkommen
	Angaben in Prozent					
Migrationsstatus						
mit Migrationshintergrund	31	23	17	8	21	1.138
ohne Migrationshintergrund	14	20	20	17	29	1.306
Kinderreiche Familien	37	24	12	9	18	1.045
Alleinerziehende	28	36	14	12	10	973
Paare						
nur eine/r erwerbstätig	23	25	19	10	23	1.199
beide erwerbstätig	7	13	21	21	38	1.480
Bildungsstatus des Haushalts						
niedrige Qualifikation	56	24	13	2	4	776
höchste Qualifikation	5	11	17	18	49	1.613
Familien insgesamt	18	21	19	15	27	1.267

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

5.2 Einkommensarmut und Hintergründe der Armut von Familien

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes Nordrhein-Westfalen weist für das Jahr 2007 die Armutsschwelle in Nordrhein-Westfalen mit 50 Prozent des Äquivalenzeinkommens bei 637 Euro aus (vgl. MAGS 2009). Die 60-Prozent-Schwelle, die von manchen als Armutsschwelle, von anderen als »Armutsnähe« bzw. »Armutsgefährdung« bezeichnet wird, liegt (gerundet) bei 765 Euro.

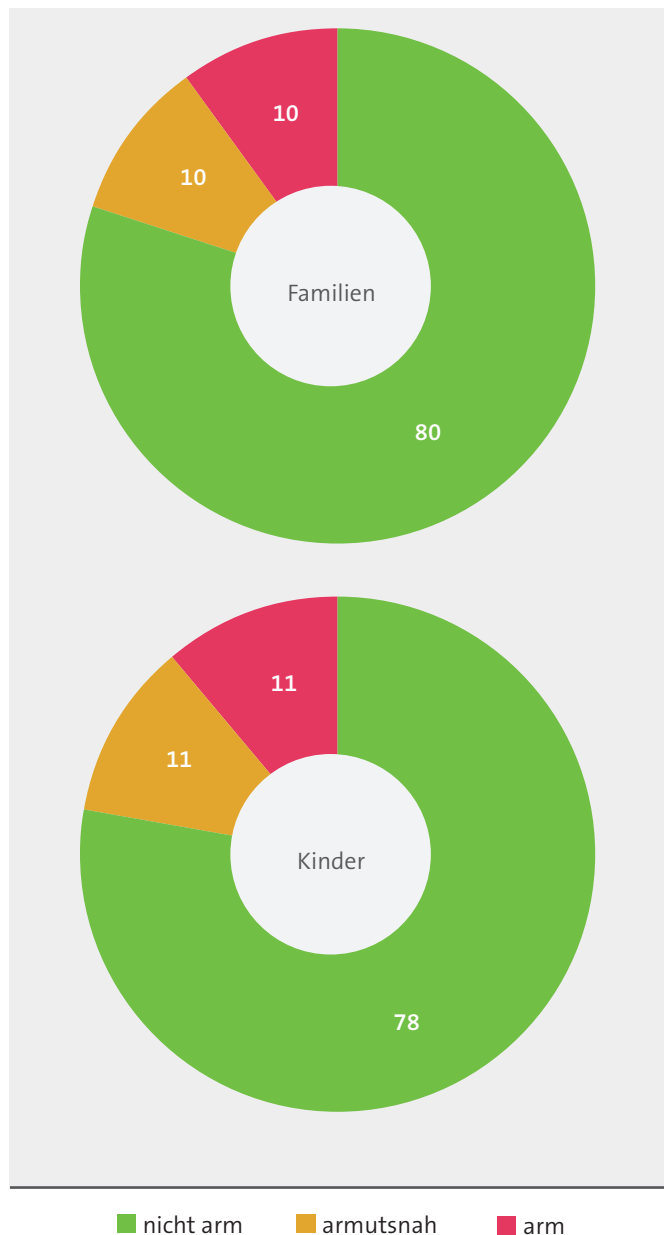
Wir definieren die Armutsgrenze in diesem Bericht bei einem Äquivalenzeinkommen von 637 Euro im Monat. Einkünfte zwischen 637 und 765 Euro (Äquivalenzeinkommen) bezeichnen wir als »armutsnahe« wirtschaftliche Verhältnisse (vgl. dazu auch Kapitel 2).

Diese Schwellenwerte beziehen sich auf die Haushaltseinkommen aller Haushalte in Nordrhein-Westfalen, also auch auf Haushalte ohne Kinder. Damit ist die gesamte Einkommensverteilung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen Maßstab

für die hier dargestellten Analysen der Einkommensarmut von Familien in Hilden. Die Ergebnisse sind deshalb nicht nur zwischen verschiedenen Familienformen und Stadtteilen innerhalb Hildens vergleichbar, sondern auch mit den Ergebnissen der Landessozialberichterstattung und den Familienberichten der Projektkommunen seit dem Jahr 2007.²⁸

²⁸ Armutsquoten sind relative Maßzahlen, die den relativen Abstand der unteren Einkommensgruppen zum Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung messen. Deshalb wurde für diesen Familienbericht eine Anpassung an die aktuelle Einkommensentwicklung in Nordrhein-Westfalen notwendig. In den früheren Familienberichten der Jahre 2007 und 2008 haben wir den Armutsberechnungen das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen des Jahres 2005 zugrunde gelegt. In diesem Familienbericht beziehen wir uns auf das Einkommensniveau des Jahres 2007 (vgl. Kapitel 2).

Abbildung 5.2: Arme, armutsnahe und nicht arme Familien und Kinder in Hilden



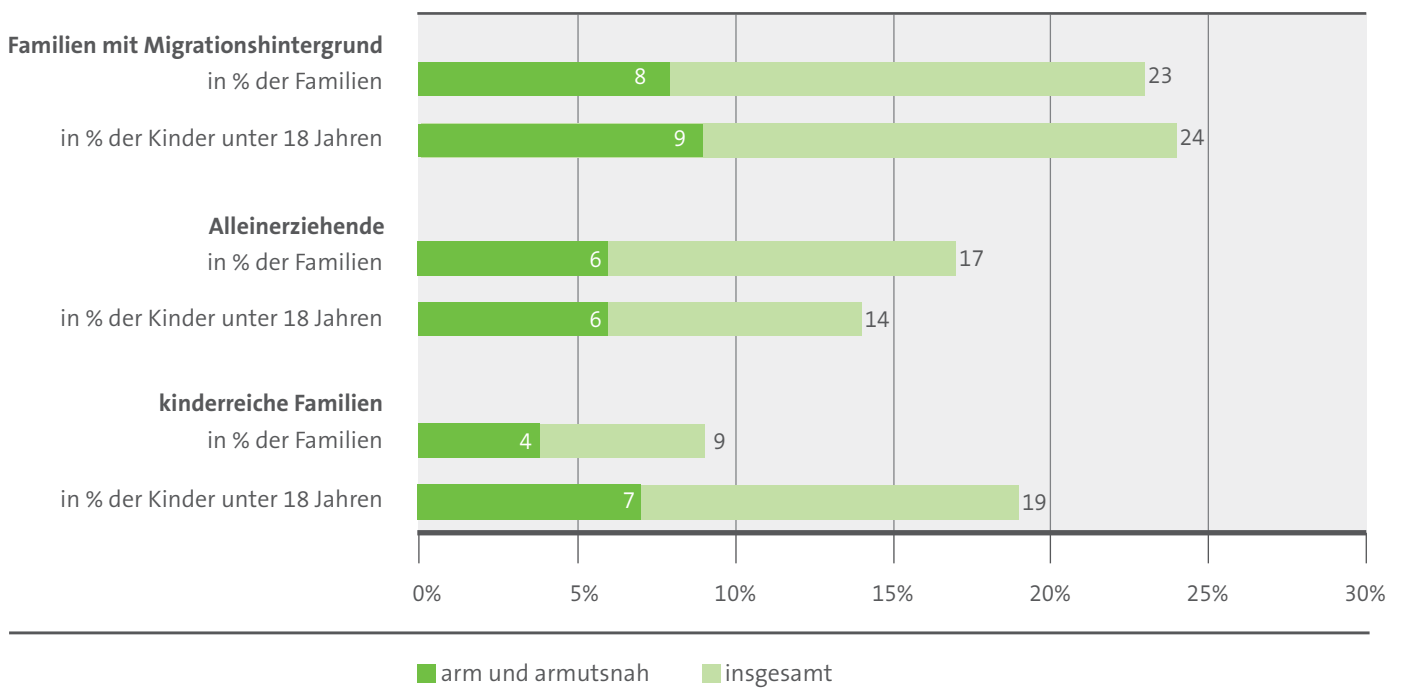
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Haushalts- und Kinderdatensatz)

Wie Abbildung 5.2 verdeutlicht, leben vier von fünf Hildener Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Einkommensverhältnissen, die als nicht arm eingestuft werden können. Von den übrigen 20 Prozent der Familien muss die Hälfte (also jede zehnte Familie) als armutsgefährdet bzw. armutsnah und die andere Hälfte als arm nach dem strengerem Kriterium der 50-Prozent-Schwelle eingestuft werden. Kinder sind in Hilden – wie auch in sämtlichen anderen Projektkommunen – etwas häufiger von Armut bedroht bzw. betroffen als die Familien. Dies hängt damit zusammen, dass in armen und armutsnahen Familien durchschnittlich mehr Kinder leben als in nicht armen Familien (jeweils 1,7 Kinder gegenüber 1,5 Kindern in nicht armen Familien). Stadtweit leben elf Prozent der Kinder in armutsnahen und weitere elf Prozent in armen Familien. Allerdings erreichen die Armutsquoten von Familien und Kindern in sämtlichen anderen Kommunen der Projektfamilie (zum Teil sehr viel) höhere Anteilswerte.

Dennoch sind auch in Hilden bestimmte Familientypen, wie in den anderen Projektkommunen, deutlich höheren Armutsrisiken ausgesetzt. In Abbildung 5.3 werden die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf²⁹ (sowie die Kinder unter 18 Jahren in diesen Familien) in Relation zu allen Familien (sowie zu allen Kindern unter 18 Jahren) in Hilden gesetzt. Wie in Abbildung 4.7 in Kapitel 4.1.1 bereits dargestellt wurde, haben in Hilden insgesamt 23 Prozent der Familien einen Migrationshintergrund (Balken ganz oben in Abbildung 5.3). Mehr als jede dritte dieser Familien (35 Prozent) muss mit weniger als 765 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen haushalten und ist damit als arm oder armutsnah einzustufen. Insgesamt entspricht dies neun Prozent aller Familien in Hilden (dunklere Einfärbung des oberen Balkens). Von sämtlichen Hildener Kindern unter 18 Jahren lebt jedes vierte (24 Prozent) in einer Familie mit Migrationshintergrund. Von ihnen müssen 38 Prozent (also neun Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in der Stadt) als arm oder armutsnah betrachtet werden. Unterhalb der Armuts- und Armutsnahengrenze von 637 Euro leben 18 Prozent der Familien mit Migrationshintergrund und 22 Prozent der Kinder in diesen Familien.

²⁹ Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund betrachten wir als Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf. Wir gehen für diese Familien davon aus, dass sie aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag zu bewältigen haben (vgl. Kapitel 2). Auch finanzielle Belastungen und Einschränkungen, die sich durch ein niedrigeres Haushaltseinkommen und eine damit verbundene höhere Armutsbetroffenheit ergeben, begründen den besonderen Unterstützungsbedarf dieser Familien.

Abbildung 5.3: Armutsbetroffenheit von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Haushalts- und Kinderdatensatz)

Nur neun Prozent aller Familien in Hilden sind kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern. In diesen Familien lebt aber fast jedes fünfte Kind unter 18 Jahren (19 Prozent). Die Armutsbetroffenheit ist unter Kinderreichen in Hilden noch etwas stärker ausgeprägt als unter Migrantenfamilien. Jeweils 39 Prozent der kinderreichen Familien bzw. der Kinder in diesen Familien leben in armen oder armutsnahen Verhältnissen. Das sind vier Prozent aller Familien und sieben Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in Hilden. Unterhalb der Armutsgrenze von 637 Euro leben 21 Prozent der kinderreichen Familien und 23 Prozent der Kinder in diesen Familien. Überdurchschnittlich hoch ist im Vergleich der Projektkommunen der Anteil der Alleinerziehenden in Hilden (17 Prozent). Bei ihnen leben 14 Prozent der Hildener Kinder unter 18 Jahren. 38 Prozent der Alleinerziehenden und sogar 41 Prozent der Kinder in diesen Familien leben in Armut bzw. Armutsnähe, davon jeweils 19 Prozent der Familien bzw. Kinder sogar unterhalb der engen Armutsgrenze von 637 Euro.

Vergleicht man diese Zahlen aber mit den Armutsquoten³⁰ im Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens (vgl. Abbildung 5.4), so zeigt sich für sämtliche in der Abbildung betrachteten Familienformen in Hilden ein deutlich niedrigeres Armutsrisiko. Nicht nur die Familien insgesamt, sondern auch Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind in Hilden viel seltener von Einkommensarmut betroffen als im Landesdurchschnitt. Ab-

bildung 5.4 verdeutlicht aber nicht nur die unterschiedliche Armutsbetroffenheit verschiedener Familienformen, sondern auch die deutliche finanzielle Benachteiligung von Familien mit Kindern gegenüber Singles und insbesondere kinderlosen Paaren, die nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene festzustellen ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2008: 169). In Hilden zeigt sich eine Benachteiligung gegenüber Singles aber lediglich für Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern.

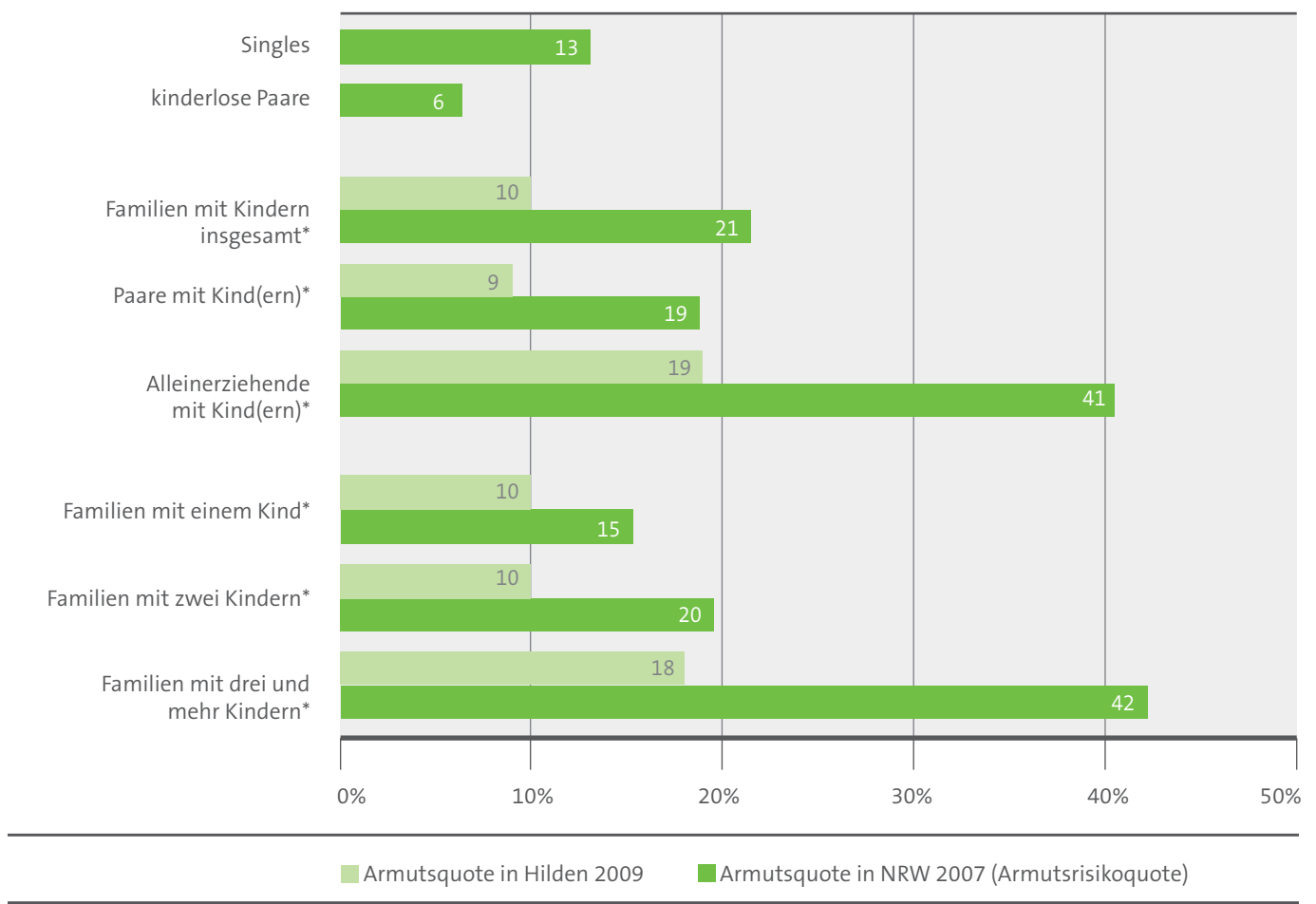
5.3 Einkommenszusammensetzung und »working poor«-Familien in Hilden

Betrachten wir die Einkommenszusammensetzung der Hildener Familien in Abhängigkeit von der Armutsbetroffenheit der Familien, lassen sich einige deutliche Unterschiede bezüglich der Einkommensquellen erkennen (vgl. Tabelle 5.2).³¹ In nicht

30 Im Landessozialbericht werden diese Quoten in Anlehnung an die Bundes- und europäische Armutsberichterstattung als Armutsrisikoquoten bezeichnet. Aussagen zu Familien mit Migrationshintergrund wurden in der Landesozialberichterstattung für das Jahr 2007 nicht getroffen.

31 Die Tabelle enthält nur Angaben dazu, ob Einkommen der jeweiligen Art bezogen wird, und nicht, in welchem Umfang dieses Einkommen zum Gesamteinkommen beiträgt. Die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens der Familien insgesamt findet sich in Tabelle 4 auf Seite 17 im Kommentierten Tabellenband.

Abbildung 5.4: Armutsrisiko nach Familienform in Hilden und Nordrhein-Westfalen



*Familien mit jüngstem Kind unter 18 Jahren

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009, Daten des Mikrozensus 2007 (MAGS 2009) und Berechnungen des IT.NRW.

armen Familien geben 98 Prozent der Familien an, Einkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit zur Verfügung zu haben. Jede fünfte nicht arme Familie (20 Prozent) hat zusätzlich Einkommen aus einer nebenberuflichen Tätigkeit zur Verfügung, zwölf Prozent der Familien beziehen Einkommen aus privaten Unterhaltszahlungen und jede zehnte nicht arme Familie bezieht Einkommen aus Vermögen. Selbstverständlich gehören für die überwiegende Mehrheit der nicht armen Familien auch Kindergeldzahlungen zu den Einkommensbestandteilen. Dagegen sind für nicht arme Familien sozialstaatliche Transferzahlungen nur ausgesprochen selten Einkommensbestandteil.

In armen Familien liegt der Anteil mit hauptberuflichen Arbeits-einkommen dagegen nur bei 61 Prozent, und Nebeneinkünfte bessern lediglich für zwölf Prozent der Familien das Haushaltsbudget auf. Neben dem Kindergeld ist für arme Haushalte be-

sonders das Arbeitslosengeld II, einschließlich des Sozialgeldes für nicht erwerbsfähige Familienmitglieder – in der Regel die Kinder – eine weitere wesentliche Einkommensquelle. 38 Prozent der armen Familien sind auf diese sozialstaatlichen Transferzahlungen angewiesen. 16 Prozent der armen Familien erhalten zudem Wohngeld oder andere Zuschüsse zur monatlichen Miete. Außerdem werden für 34 Prozent der armen Familien die Wohnkosten durch das Sozialamt oder die ARGE übernommen. Umgekehrt bedeutet dies, dass auch in Hilden ein Teil der (einkommens-)armen Familien keine sozialstaatlichen Transferzahlungen bezieht.

In der öffentlichen Diskussion wird Armut häufig mit Arbeitslosigkeit oder Nichterwerbstätigkeit in Verbindung gebracht. Dennoch finden wir sowohl in Hilden als auch in allen anderen Projektkommunen Familien, die in einer prekären Einkommens-

Tabelle 5.2: Zusammensetzung des Haushaltseinkommens

	arme Familien	armutsnahe Familien	nicht arme Familien
	Angaben in Prozent		
Arbeitseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit der Haushaltsmitglieder	61	84	98
Kindergeld	87	96	94
Arbeitseinkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit der Haushaltsmitglieder	12	24	20
Unterhaltszahlungen (für Ledige, Geschiedene, Kinder)	17	22	12
Einkommen aus Vermögen (Pacht, Zinsen)	1	1	10
Erziehungsgeld/Elterngeld	15	12	7
Sonstiges (z.B. Rente, Pflegegeld, BAföG)	6	8	5
Zuwendungen von Verwandten	6	4	5
Kinderzuschlag	1	1	2
Arbeitslosengeld I	5	3	1
Arbeitslosengeld II, einschließlich Sozialgeld	38	14	1
Unterhaltsvorschuss	9	7	1
Wohngeld oder andere Zuschüsse zur monatlichen Miete	16	16	0
Sozialhilfe	4	3	0
Wohnkosten übernimmt Sozialamt/ARGE	34	10	1

Anmerkung: Da Mehrfachangaben möglich waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.

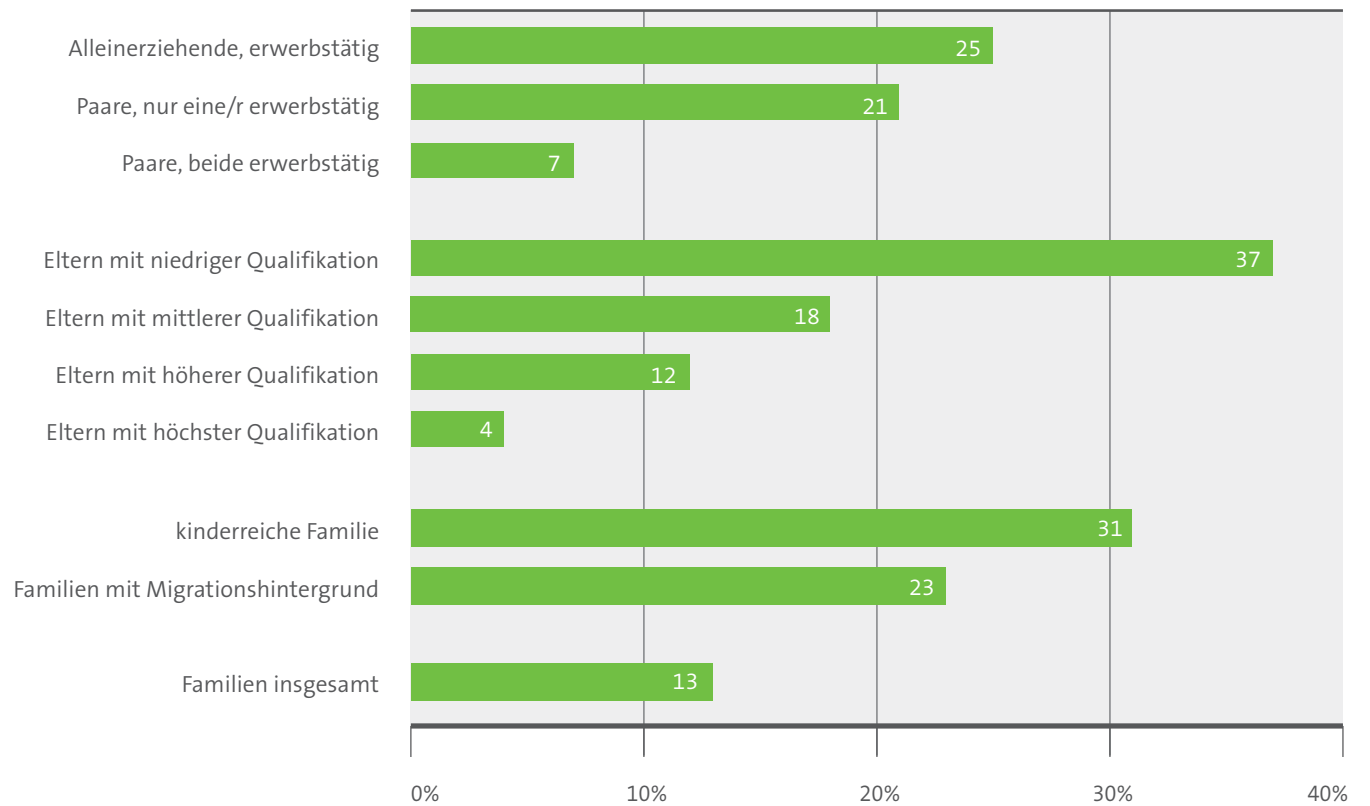
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

situation sind, obwohl mindestens ein Elternteil erwerbstätig ist. Wir bezeichnen solche Familien, die trotz Erwerbstätigkeit mindestens eines Erwachsenen in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben, als die »arbeitenden Armen« oder »working poor«. In Hilden trifft dies auf 13 Prozent der Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil zu (vgl. Abbildung 5.5). Innerhalb der Stadt unterscheiden sich die Anteile der »arbeitenden Armen« nur wenig voneinander. Etwa durchschnittliche Werte werden in den Stadtteilen Hilden-Mitte, Hilden-Süd und Hilden-Ost erreicht (jeweils etwa 12 Prozent), überdurchschnittliche in Hilden-West (16 Prozent) und Hilden-Nord (17 Prozent).

Wie Abbildung 5.5 zeigt, sind vor allem qualifikationsbedingt niedrige Erwerbseinkommen ausschlaggebend für die Armutslagen der »working poor«. So ist unter den Eltern mit niedriger Qualifikation der Anteil der »arbeitenden Armen« mit 37 Prozent fast drei Mal so hoch wie bei den Familien insgesamt, während unter den Eltern mit höchster Qualifikation lediglich vier Prozent der Familien dieser Gruppe zuzuordnen sind. Aufgrund der Tatsache, dass Alleinerziehende, Familien mit Migrationshintergrund und kinderreiche Familien sehr viel häufiger als die Familien insgesamt nur über eine niedrige Qualifikation verfü-

gen (vgl. Tabelle 10 im Kommentierten Tabellenband: 29), zeigt sich in Hilden (wie auch in den übrigen Projektkommunen) für diese Gruppen eine besondere Gefährdung. Familien mit Migrationshintergrund zählen zu 23 Prozent zur Gruppe der »working poor«, bei kinderreichen Familien sogar 31 Prozent. Bei den erwerbstätigen Alleinerziehenden lebt jede vierte (25 Prozent) trotz Erwerbstätigkeit in Armut oder Armutsnähe. Dies bedeutet auch, dass die Zahlungen des Familienleistungsausgleiches und private Unterhaltszahlungen offenbar nicht verhindern, dass diese Familien in armen oder armutsnahen Einkommensverhältnissen leben, wenn das Einkommen des alleinerziehenden Ernährers oder der alleinerziehenden Ernährerin nicht ausreicht. Doch auch bei Paarfamilien mit nur einem Erwerbstätigen (in der Regel der Vater) ist der Anteil an »working poor«-Familien überdurchschnittlich: In Hilden lebt jede fünfte dieser Familien in armen oder armutsnahen Verhältnissen. Sogar unter den Paarfamilien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, befinden sich noch sieben Prozent in der Gruppe der »working poor«, was für besonders prekäre Erwerbseinkommen dieser Familien spricht. Die Armutsdiskussionen sollten insofern auch die besonderen Armutsrisiken von Familien berücksichtigen, in denen Eltern trotz Erwerbstätigkeit nur ausgesprochen niedrige Einkommen erzielen.

Abbildung 5.5: »Working poor« nach Familien- bzw. Lebensformen



Anmerkung: Nur Familien, mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

5.4 Reicht das Geld zum Leben?

Nicht nur die Einkommens-, sondern auch die Ausgabensituation ermöglicht Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage von Familien. Wir haben die Familien in Hilden daher auch gebeten, Angaben darüber zu machen, wofür sie ihr Geld ausgeben: Wie viel Miete sie zum Beispiel im Monat zahlen und wie hoch die Beträge sind, die für wichtige Dinge des Alltags, wie Lebensmittel oder Kleidung, aber auch für Versicherung/Vorsorge oder Zinsen/Kreditabzahlungen, aufgewendet werden. Darüber hinaus war von Interesse, wie die Familien ihre finanzielle Situation selbst einschätzen, wo sie also finanzielle Engpässe wahrnehmen.

5.4.1 Ausgabenstrukturen der Familien

Für sämtliche Ausgabenbereiche haben wir Durchschnittsbeträge der monatlichen Ausgaben errechnet. Um die Angaben der Familien besser vergleichen zu können, wurden die jeweiligen Ausgaben zusätzlich auf das Haushaltsnettoeinkommen bezogen und Anteilswerte am Haushaltsnettoeinkommen errechnet (vgl. Tabelle 5.3).³² Lässt man die Ausgaben für abzuhaltende Kredite und Schulden (die weiter hinten in diesem Ka-

pitel noch detaillierter betrachtet werden) einmal außen vor, so stellen Mietkosten und monatliche Ausgaben für Lebensmittel und täglichen Bedarf mit 637 bzw. 555 Euro die mit Abstand höchsten absoluten Ausgabenposten der Familien insgesamt dar. Auch relativ betrachtet werden für diese beiden Bereiche sehr viel größere Anteile am Haushaltsnettoeinkommen als für die übrigen Ausgabenposten aufgebracht (29 bzw. 19 Prozent). Damit zahlen die Familien in Hilden eine im Vergleich der Projektkommunen sehr hohe (relative) Monatsmiete (vgl. Kapitel 8.1.1). Für arme Familien zeigen sich sowohl bei den Mietkosten als auch bei den monatlichen Ausgaben für Lebensmittel und täglichen Bedarf noch einmal sehr viel höhere relative Belastungen des Haushaltsbudgets, obwohl absolut betrachtet viel weniger für diese Bereiche ausgegeben wird. Insbesondere die Mietkosten stellen für arme Familien, die zur Miete wohnen, mit durchschnittlich 532 Euro einen sehr hohen Ausgabenposten dar, der sogar fast die Hälfte des Haushaltsnettoeinkommens bindet.

³² Die Einzelbeträge in der Tabelle dürfen hier nur in der Tendenz als Gesamtausgaben betrachtet werden, d.h. die relativen Anteile der Einkommen können nicht summiert werden, da nicht alle Familien in allen Ausgabenbereichen Ausgaben haben.

Tabelle 5.3: Ausgabenstruktur der Familien

	durchschnittliche monatliche Ausgaben je Familie in Euro		durchschnittlicher Anteil am Haushaltsnettoeinkommen in Prozent	
	Familien insgesamt	arme Familien	Familien insgesamt	arme Familien
Miete für Wohnung/Haus ¹	637	532	29	49
Lebensmittel/alltäglicher Bedarf	555	343	19	27
Unterstützung außerhalb des Haushalts lebender Kinder ²	294	(-)	8	(-)
Versicherung/private Vorsorge	275	68	8	5
Nebenkosten (inkl. Heizung, Strom)	246	176	9	15
Kleidung	150	98	5	9
Auto (ohne Versicherung)	147	60	5	4
Freizeit/Bildung/Kultur	95	27	3	2
Telefon/Handy/Internet	71	54	3	5
Kinderbetreuung	69	20	2	2
Öffentliche Verkehrsmittel	26	26	1	2
Kredite/Schulden ³	634	257	13	20
Sparen ⁴	344	(-)	9	(-)

¹ von 50 Prozent der Familien insgesamt bzw. 83 Prozent der armen Familien, die zur Miete wohnen

² von sieben Prozent der Familien insgesamt (bzw. drei Prozent der armen Familien), die bei diesem Ausgabeposten einen Betrag nennen

³ von 69 Prozent der Familien insgesamt bzw. 55 Prozent der armen Familien, die angeben, Kredite und Schulden abzutragen

⁴ von 59 Prozent der Familien insgesamt (bzw. 25 Prozent der armen Familien), die angeben, Geld zu sparen

Anmerkung: Die durchschnittlichen Anteile am Haushaltseinkommen der Familien ergeben keine 100 Prozent, da kein Gesamtbudget erstellt wird.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Alle weiteren Ausgaben schlagen deutlich geringer im Haushaltsbudget zu Buche. Bei den Familien insgesamt werden neben Zahlungen für Kredite und Schulden vergleichsweise höhere monatliche Ausgabenbeträge noch für Versicherung und private Vorsorge (275 Euro) sowie für Nebenkosten in Miet- und Wohneigentum (246 Euro) angegeben. Für die Unterstützung außerhalb des Haushalts lebender Kinder geben die Hildener Familien durchschnittlich 294 Euro im Monat aus. Allerdings geben nur sieben Prozent der Familien bei diesem Ausgabeposten einen Betrag an. 59 Prozent der Hildener Familien geben an, monatlich einen bestimmten Betrag zu sparen. Im Durchschnitt beläuft sich dieser auf beachtliche 344 Euro bzw. neun Prozent des Haushaltseinkommens der spendenden Familien.

Sehen wir uns die Unterschiede der Ausgabenstruktur zwischen armen Familien und den Familien insgesamt noch einmal etwas genauer an, so wird deutlich, dass die armen Fa-

milien für sämtliche Ausgabenbereiche (mit Ausnahme der Aufwendungen für öffentliche Verkehrsmittel) absolut gesehen deutlich weniger ausgeben (können) als die Familien insgesamt. Betrachten wir allerdings die relativen Beträge der Ausgabenposten bezogen auf das Haushaltsbudget, so müssen arme Familien in sehr vielen Bereichen höhere Anteile ihres Einkommens aufbringen. Insbesondere für absolut notwendige Dinge des Familienalltags (wie Mietzahlungen, Lebensmittel und Nebenkosten) sind die Anteile deutlich höher als bei den Familien insgesamt. Gespart wird in armen Familien in Hilden insbesondere bei den Aufwendungen für Versicherung und private Vorsorge aber auch dem Auto und den Ausgaben für Freizeit, Bildung und Kultur. Bei diesen Ausgabepositionen liegen nicht nur die absoluten Ausgaben sondern auch ihre Anteile am Haushaltseinkommen (deutlich) unter den Ausgaben der Familien insgesamt. Zudem gibt nur jede vierte arme Familie an, jeden Monat Geld zurücklegen zu können.

5.4.2 Kredit- und Schuldenbelastungen

Wie in Tabelle 5.3 ebenfalls abzulesen ist, stellen auch abzuzahlende Kredite und Schulden einen hohen Kostenpunkt der Familien in Hilden dar. Bei den Familien insgesamt (von denen 69 Prozent der Familien Kredit- oder Schuldenverpflichtungen haben) liegen sie absolut mit durchschnittlich 634 Euro sogar noch über den Mietkosten und den Ausgaben für Lebensmittel und den täglichen Bedarf. Bei den armen Familien gibt mehr als jede zweite an, Kredit- oder Schuldenverpflichtungen zu haben. Durchschnittlich müssen sie immerhin noch 257 Euro für abzuzahlende Kredite und Schulden aufbringen.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass eine vergleichsweise kleine Schuldenlast für eine Familie mit einem höheren Einkommen recht einfach zu handhaben ist, während dies für eine arme Familie unter Umständen bereits ein extrem schwieriges Wirtschaften im Alltagsleben bedeuten kann. Entscheidend für die Schuldenbelastung der Familien ist daher nicht das Vorhandensein von Schulden oder Krediten, sondern das Verhältnis der Zahlungsverpflichtungen zum Einkommen. Das gilt auch für Kredite für den Hausbau oder die Eigentumswohnung.³³ So müssen die Hildener Familien mit Kreditverpflichtungen insgesamt durchschnittlich 13 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Kredit- und Schuldenabzahlung aufbringen. Bei den armen Familien ist – trotz der absolut nicht einmal halb so hohen Schuldenlast – der relative Anteil am Haushaltsnettoeinkommen mit 20 Prozent aber sehr viel höher als bei den Familien insgesamt. Zahlungsverpflichtungen von mehr als einem Drittel des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens können unserer Ansicht nach bereits als Hinweis auf eine hohe Schuldenlast angesehen werden. Das gilt besonders bei niedrigen Haushaltseinkommen. Unvorhergesehene zusätzliche Ausgaben, wie etwa eine höhere Nachzahlung bei den Wohnnebenkosten, kostenintensive notwendige Haushaltsreparaturen oder Einkommenseinbußen, z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit, können dann schnell zur Überschuldung der Familien führen. Mit Zahlungsverpflichtungen, die mehr als die Hälfte des monatlichen Geldbudgets »auffressen«, sind bereits massive Geldprobleme und zum Teil Überschuldungssituationen anzunehmen.

In Hilden haben 86 Prozent der Familien, die angeben, Kredite abzahlen, Zahlungsverpflichtungen von bis zu einem Drittel des Haushaltsnettoeinkommens, die in der Regel zu bewältigen sind. Insgesamt passt die deutliche Mehrheit der Familien ihre Kreditverpflichtungen offenbar an die vorhandene Einnahmesituation an. Zwölf Prozent der Hildener Familien müssen allerdings Zahlungsverpflichtungen von bis zur Hälfte ihres Einkommens nachkommen, knapp zwei Prozent haben sehr hohe

Zahlungsverpflichtungen von mehr als der Hälfte des Haushaltsnettoeinkommens. Überdurchschnittlich häufig haben neben Familien mit Wohneigentum auch einkommensarme Familien Zahlungsverpflichtungen von mehr als einem Drittel des monatlichen Einkommens zu bewältigen.

5.4.3 Wege, um das Einkommen zu schonen oder aufzubessern

Finanzielle Engpässe und Einschränkungen, die im Alltagsleben wahrgenommen werden, stellen eine besondere Belastung für Familien dar und erfordern eine erhöhte Flexibilität in der Alltagsorganisation. Im Familienalltag bedeutet dies, dass sich Familien (und besonders Familien in armen oder armutsnahen Verhältnissen) oft mit Fragen des »Auskommens mit dem Einkommen« auseinander setzen müssen. Sie müssen Wege finden, um mit dem (knappen) Geld den verschiedensten Anforderungen des Alltagslebens gerecht zu werden. Aus diesem Grund haben wir die Familien gefragt, auf welche Weise sie versuchen, ihr Haushaltseinkommen zu schonen oder aufzubessern (vgl. Tabelle 11 im Kommentierten Tabellenband: 30).

Im Vergleich mit anderen Kommunen der Projektfamilie ergeben sich hier in Hilden keine grundlegenden Unterschiede. Unabhängig von der Familienform sind vor allem das preisbewusste Einkaufen und der Verzicht auf Luxusartikel sehr häufig genutzte Formen, um Geld zu sparen (86 bzw. 76 Prozent der Hildener Familien geben an, diese Möglichkeiten zu nutzen, um ihr Einkommen zu schonen). Sehr viel seltener leihen die Familien Geld von Verwandten bzw. einer Bank (sieben bzw. zwölf Prozent), verbrauchen selbst erstellte Produkte aus dem eigenen Garten (elf Prozent) oder nehmen einen Nebenjob an (15 Prozent). Nur ein kleiner Teil der Familien von fünf Prozent gibt an, keine der angeführten Möglichkeiten zur Schonung oder Aufbesserung des Haushaltseinkommens zu nutzen.

33 Von den Hildener Familien, die in Wohneigentum wohnen, geben 84 Prozent an, laufende Kredit- oder Schuldenverpflichtungen zu haben. Bei den Familien, die zur Miete wohnen, sind es »nur« 55 Prozent. Auch die durchschnittliche Höhe dieser monatlichen Zahlungen und dementsprechend die Anteile am Haushaltseinkommen unterscheiden sich zwischen Eigentümern und Mietern sehr drastisch: Familien, die zur Miete wohnen, zahlen im Durchschnitt 146 Euro für Zinsen und Tilgungsraten, was einem Anteil am Haushaltseinkommen von elf Prozent entspricht. Bei Familien, die über Wohneigentum verfügen, sind es dagegen 738 Euro im Monat bzw. 23 Prozent des Einkommens.

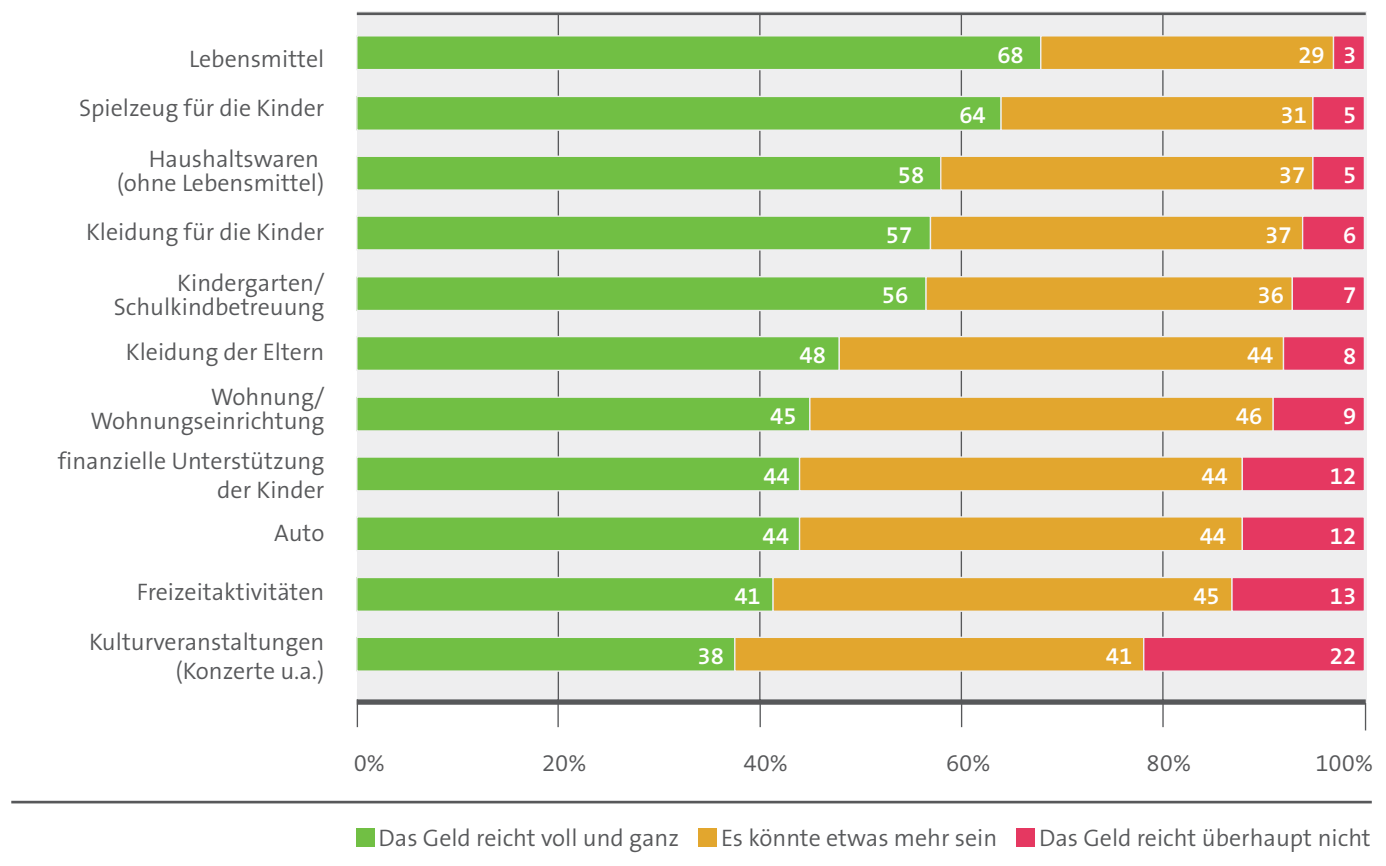
5.4.4 Subjektive Einschätzung der finanziellen Situation und Armutsempfinden

Werden die Familien gebeten, ihre aktuelle finanzielle Situation bezogen auf verschiedene Ausgabenbereiche einzuschätzen, zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Vergleichen wir die Extreme links und rechts sowie unten und oben in der Abbildung 5.6: Mehr als jede dritte Hildener Familie gibt an, dass ihr Geld »voll und ganz« für Lebensmittel bzw. Spielzeug der Kinder ausreicht, während nur drei bzw. fünf Prozent sagen, es reiche für diese Dinge überhaupt nicht. Auf der anderen Seite sagt mehr als jede fünfte Familie in Hilden, dass ihr Einkommen nicht für Kulturveranstaltungen (wie Konzerte oder ähnliches) ausreiche und nur 38 Prozent haben hier keine Probleme. Daneben werden vor allem im Freizeitbereich, beim Auto und bei der finanziellen Unterstützung der Kinder kleinere bzw. größere finanzielle Engpässe wahrgenommen.

Fasst man die elf Ausgabenbereiche zusammen und zählt, wie oft die Familien »Geld reicht voll und ganz« bzw. »Es könnte etwas mehr sein« und »Geld reicht überhaupt nicht« angegeben haben, können zwei Typen von Familien gebildet werden:

- Typ 1: »Wir können uns (fast) alles leisten«. Das sind Familien, die mindestens zehnmal gesagt haben: »Geld reicht voll und ganz«. In Hilden gehören 28 Prozent der Familien zu diesem Typ.
- Typ 2: »Wir können uns nur (sehr) wenig leisten«. Hier wurde mindestens zehnmal »Geld reicht überhaupt nicht« bzw. »Es könnte etwas mehr sein« angegeben. In Hilden gehören 23 Prozent der Familien in diese Kategorie, die wir mit »empfundener Armut« bezeichnen können.

Abbildung 5.6: Beurteilung der finanziellen Situation des Haushalts



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

In Hilden können somit anteilig mehr Familien dem Typ 1 »Wir können uns (fast) alles leisten« zugeordnet werden als dem Typ 2 »Wir können uns nur (sehr) wenig leisten«. Damit liegt Hilden nicht nur in Bezug auf die tatsächlichen monatlichen Haushaltseinkommen, sondern auch in der subjektiven Einschätzung der finanziellen Situation deutlich vor den übrigen Projektkommunen.

Ein recht differenziertes Bild ergibt sich, wenn wir betrachten, ob Familien, die gemessen an ihrem Einkommen als arm bzw. armutsnah einzustufen sind, dies auch selbst so empfinden (und zum Typ »Wir können uns nur (sehr) wenig leisten« gehören). Dahinter steht die Frage, inwiefern eine nach externen Maßstäben definierte Einkommensarmut bzw. Armutsgefährdung auch subjektiv als Armut wahrgenommen wird (vgl. Tabelle 5.4).

Tabelle 5.4: Wird Einkommensarmut subjektiv als Armut empfunden?

		Subjektiv empfundene Armut (Familien gehören zum Typ »Wir können uns nur (sehr) wenig leisten.«)	
		nein	ja
Familien sind gemessen an ihrem Einkommen arm oder armutsnah (< 765 € Äquivalenzeinkommen)	nein	67	13
	ja	9	11

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Wie in Abbildung 5.2 bereits dargestellt wurde, sind in Hilden insgesamt 20 Prozent der Familien nach den Maßstäben der Landessozialberichterstattung als (einkommens-)arm oder armutsnah einzustufen. Von diesen Familien nimmt allerdings lediglich etwas mehr als die Hälfte ihre Einkommenssituation auch subjektiv als finanzielle Einschränkung im Familienalltag wahr. Das sind 11 Prozent aller Familien in der Stadt (Wert unten rechts in der Tabelle). Die übrigen armen bzw. armutsnahen Familien empfinden sich subjektiv nicht als arm, denn von diesen Familien werden keine umfassenden Einschränkungen bezüglich ihrer finanziellen Situation artikuliert (Wert links unten in der Tabelle). Auf der anderen Seite nehmen in Hilden aber auch 13 Prozent der Familien deutliche finanzielle Einschränkungen im Familienalltag wahr, obwohl sie aufgrund ihrer Einkommenslage nicht zu den armen bzw. armutsnahen Familien zu zählen sind (Wert oben rechts in der Tabelle).

Betrachtet man die unterschiedlichen Familienformen (vgl. Tabelle 5.5), so zeigt sich, dass die »empfundene Armut« in Hilden insbesondere das Lebensgefühl der Alleinerziehenden ist. Von erwerbstätigen Alleinerziehenden gehören nur sechs Prozent der Familien zum subjektiv wohlhabenden Typ 1, aber 40 Prozent zum subjektiv armen Typ 2, der sich nur (sehr) wenig leisten kann. Bei den nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden trifft dies sogar auf fast zwei Drittel der Familien (63 Prozent) zu. Unter diesen Familien ist auch der Anteil derer, die ihre »objektive Einkommensarmut« auch subjektiv als solche wahrnehmen, mit 49 Prozent am höchsten. Kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund gehören ebenfalls seltener als der Durchschnitt der Familien zum subjektiv wohlhabenden Typ 1 und nehmen auch sehr viel häufiger als die Familien insgesamt ihre »objektive Einkommensarmut« subjektiv als solche wahr.

Tabelle 5.5: Subjektives Armutsempfinden in unterschiedlichen Familienformen

	Wir können uns (fast) alles leisten	Wir können uns nur (sehr) wenig leisten	einkommensarm und subjektiv arm*
	Angaben in Prozent		
kinderreiche Familien	26	23	21
Familien mit Migrationshintergrund	20	26	17
Paare, beide erwerbstätig	38	13	3
Paare, nur eine/r erwerbstätig	29	22	13
Alleinerziehende, erwerbstätig	6	40	11
Alleinerziehende, nicht erwerbstätig	0	63	49
Familien insgesamt	28	23	11

* Den Familien steht weniger als 765 Euro Äquivalenzeinkommen zur Verfügung und sie gehören zum Typ «Wir können uns nur (sehr) wenig leisten»

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

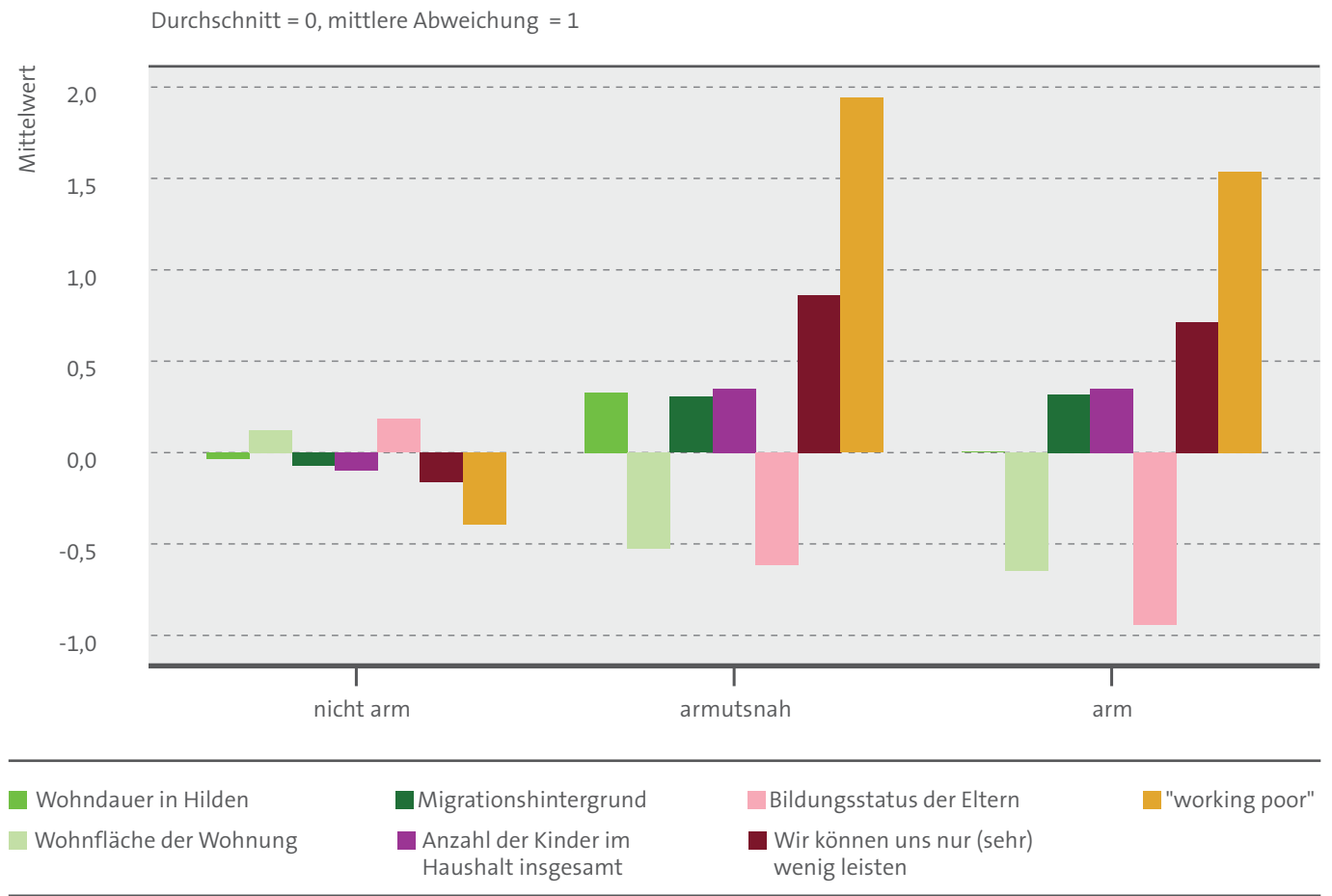
5.5 Lebenslagen von armen, armutsnahen und nicht armen Familien

Armutslagen sind jedoch nicht nur durch Einkommensknappheit gekennzeichnet. Häufig sind mehrdimensionale Benachteiligungen bzw. Defizite in verschiedenen Lebensbereichen kennzeichnend für arme Lebenslagen von Familien. Abschließend zu diesem Kapitel wollen wir daher noch einmal zusammenfassend betrachten, in welcher Hinsicht sich arme, armutsnahe und nicht arme Familien in Hilden voneinander unterscheiden. Um unterschiedliche Merkmale der Lebenslage vergleichbar zu machen, haben wir jedes Merkmal so transformiert, dass der Durchschnitt des jeweiligen Merkmals für alle Familien gleich 0 gesetzt wird und die mittlere Abweichung der Einzelwerte für die betrachteten Gruppen gleich 1. So entstehen für die drei interessierenden Gruppen Lebenslagenprofile, anhand derer abgelesen werden kann, wie über- oder unterdurchschnittlich stark das jeweilige Merkmal in den drei Gruppen ausgeprägt ist (vgl. Abbildung 5.7).

Obwohl wir in unseren Analysen der Einkommensverteilung bewusst zwischen »Armut im engeren Sinne« (also unter 637 Euro monatlichem Äquivalenzeinkommen) und den wirtschaftlich etwas komfortableren Lagen zwischen 637 und 765 Euro Äquivalenzeinkommen (die wir mit »Armutsnähe« bezeichnen)

unterscheiden, sind auch die wirtschaftlichen Lagen oberhalb der quasi »amtlichen« Armutsschwelle von 637 Euro Äquivalenzeinkommen durchaus prekär. Wie Abbildung 5.7 zeigt, ist die Unterscheidung zwischen »arm« und »armutsnah« ohne große Bedeutung, wenn wir charakteristische Aspekte der Lebenslage armer und armutsnaher Familien mit der Lebenslage nicht armer Familien vergleichen.

Dagegen unterscheiden sich die nicht armen Familien von den armen und armutsnahen Familien hinsichtlich sämtlicher hier berücksichtigter Merkmale – zumindest was die Einordnung in »überdurchschnittlich« und »unterdurchschnittlich« angeht: So wohnen arme und armutsnahe Familien im Gegensatz zu den nicht armen Familien in sehr viel kleineren Wohnungen und verfügen über eine deutlich geringere schulische und berufliche Qualifikation (Bildungsstatus). Höher als bei den nicht armen Familien ist in armen und armutsnahen Familien dagegen die durchschnittliche Kinderzahl. Außerdem gehören beide Gruppen – wie zu erwarten – auch häufiger zu den Familien, die sich nur (sehr) wenig leisten können und sie sind sehr viel häufiger arm bzw. armutsnah, obwohl mindestens ein Elternteil einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Wobei die beiden letztgenannte Merkmal anteilig häufiger für armutsnahe Familien charakteristisch ist. Insbesondere »working-poor Familien« sind häufiger armutsgefährdet als arm.

Abbildung 5.7: Lebenslageprofil armer, armutsnaher und nicht armer Familien in Hilden

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Ebenfalls häufiger als die nicht armen Familien verfügen arme und armutsnahe Familien über einen Migrationshintergrund. Allerdings ist dieser Unterschied in Hilden deutlich geringer als in den meisten anderen Projektkommunen. Ein weiterer Unterschied zu den übrigen Kommunen der Projektfamilie zeigt sich bei der durchschnittlichen Wohndauer in der Stadt. Während sich in allen anderen Projektkommunen (mit Ausnahme des Kreises Wesel) für nicht arme Familien eine überdurchschnittlich lange Wohndauer, und für arme Familien eine unterdurchschnittliche Wohndauer zeigen, sind es in Hilden die nicht armen, die eine kürzere Wohndauer als die übrigen Familien aufweisen.

Die Aussagen hinsichtlich der vergleichbaren Lebenslagen von armen und armutsnahen Familien gelten auch über die Grenzen Hildens hinaus. Für alle Kommunen der Projektfamilie können vergleichbare Lebenslagenprofile beobachtet werden, ganz unabhängig davon, wie viele Familien vor Ort in armen oder armutsnahen Verhältnissen leben. Nur für die Wohndauer und die Kinderzahl zeigen sich punktuell einige Disparitäten. Arme

und armutsnahe Familien in allen Kommunen der Projektfamilie müssen sich mit sehr ähnlichen Problemkonstellationen im Familienalltag auseinandersetzen. Armutspräventive Unterstützungsangebote der Familien- und Sozialpolitik sollten sich daher nicht ausschließlich an die Familien unterhalb der Armutsgrenze wenden! Vielmehr geht es darum, auch Maßnahmen für die armutsgefährdete Gruppe von Familien in prekären Lebenslagen anzubieten, bei denen jede weitere finanzielle Belastung bzw. Veränderung der Einnahmenseite (z. B. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) und der Aufwandsseite (ein weiteres Kind, ein Umzug in eine teurere Wohnung, Verschuldung) ein Abrutschen in arme Lebenslagen bedeuten würde. Auch in wohlhabenderen Städten wie Hilden, in denen die Armutsquoten der Familien deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt sind (vgl. Abbildung 5.4 in Kapitel 5.2) und die Gruppe der Familien in prekären Lebenslagen damit sowohl relativ als auch absolut eher gering ist, bleibt die Notwendigkeit armutspräventiver Unterstützungsangebote der Familien- und Sozialpolitik bestehen.

In Deutschland beeinträchtigt die Verantwortung für ein Kind die Erwerbsbeteiligung von Frauen sehr viel deutlicher als in vielen anderen westlichen Industriestaaten, weshalb Deutschland bei der Erwerbsbeteiligung von Müttern im OECD-Vergleich lediglich im Mittelfeld liegt (vgl. BMFSFJ 2005: 286). Dies wird im Allgemeinen durch die ungünstigen institutionellen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit erklärt: Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, Unflexibilität auf Arbeitgeberseite, negative Wirkungen des Steuersystems auf die Erwerbseinbindung von Müttern und andere »strukturelle Rücksichtslosigkeiten« (Franz-Xaver Kaufmann, vgl. u.a. 1995; 1997; 2003) der Gesellschaft gegenüber Eltern mit Kindern. In Deutschland geht die Entscheidung von Frauen für Kinder daher in der Regel (immer noch) mit dem Verzicht oder der Einschränkung der Erwerbstätigkeit einher und Kinderlosigkeit ist in diesem Kontext häufig Ausdruck von fehlenden Möglichkeiten, Beruf und Familie zu kombinieren: »Frauen [in Deutschland] sind im internationalen Vergleich seltener erwerbstätig, seltener Mütter und noch seltener beides zusammen« (vgl. Scheuer/Dittmann 2007: 1). Diese Feststellung gilt insbesondere für Westdeutschland.

In den vergangenen Jahren ist daher die Frage nach einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker in den Mittelpunkt der bundes-, landes- aber auch kommunalpolitischen Diskussionen und Bestrebungen für mehr Familienfreundlichkeit gerückt. Mit Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Eltern und besonders für Mütter erleichtern sollen, ist auf kommunaler Ebene die Hoffnung verbunden, die Geburtenrate (wieder) zu steigern, junge Familien in den Städten und Gemeinden zu halten oder neue Familien anzusiedeln. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse zur Erwerbseinbindung von Müttern sowie zu Problemen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hilden spiegeln insofern bestehende bundesweite Trends und Problemlagen wider. Darüber hinaus finden sich in Hilden Spezifika der Erwerbseinbindung und Vereinbarkeitssituation, die ebenfalls dokumentiert werden. Themen des Kapitels sind der Umfang und die Art der Erwerbseinbindung von Eltern, der Erwerbswunsch von Müttern und die Gründe für eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit sowie die subjektiven Einschätzungen der Eltern dazu, wie sie persönlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewerten. Da besonders der Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuung eine Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verspricht, betrachten wir auch die Kinderbetreuungsarrangements in Hilden etwas genauer. Neben der häuslichen Kinderbetreuung und der Betreuung an Grundschulen steht insbesondere die Betreuung von drei- bis unter sechsjährigen Kindern sowie von unter Dreijährigen in Kindertagesstätten im Vordergrund.

6.1 Erwerbseinbindung und Erwerbswünsche von Eltern in Hilden

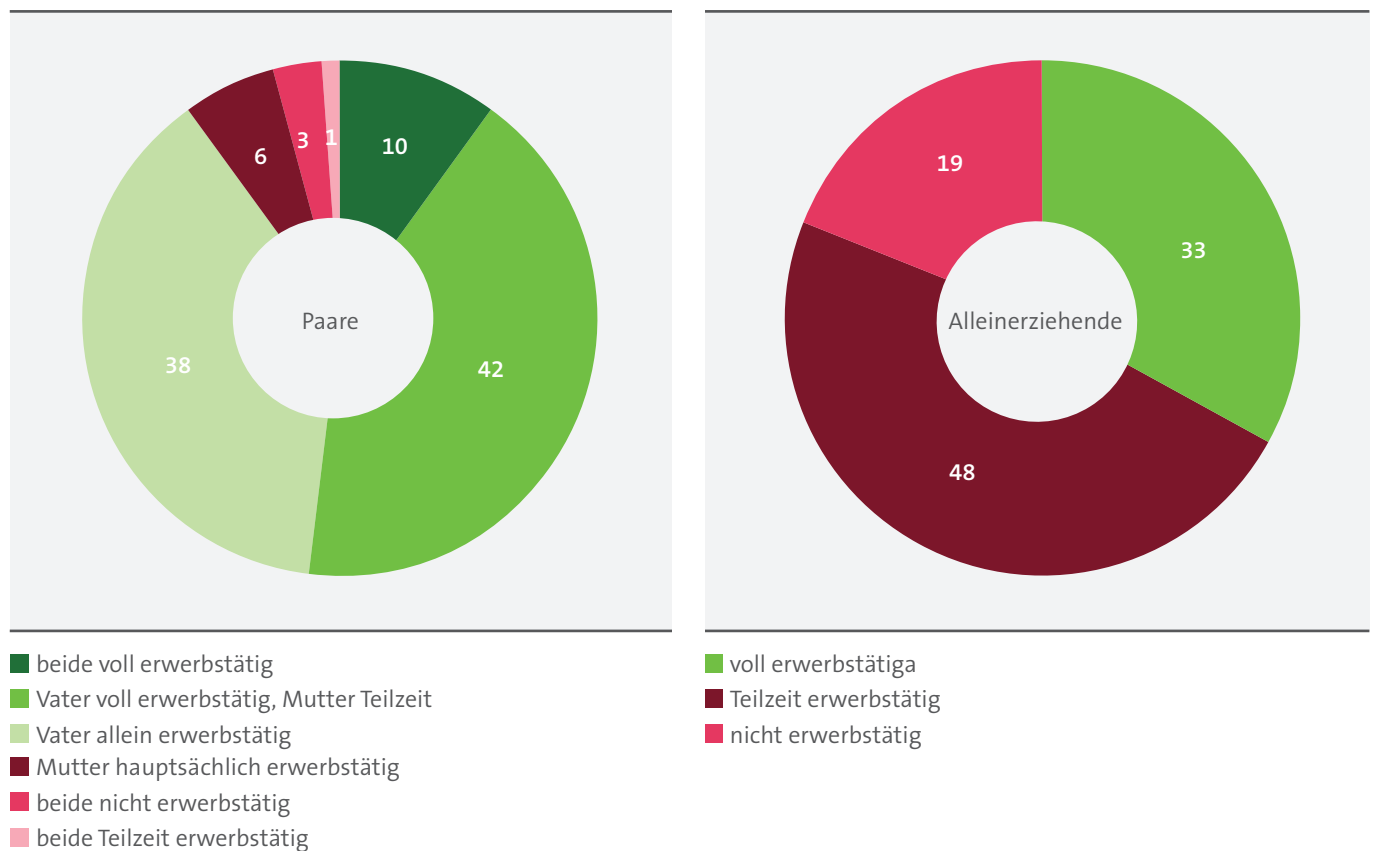
Die Erwerbseinbindung der Eltern spielt für das Leben von Familien eine ganz entscheidende Rolle. Zum einen werden die Höhe des Haushaltseinkommens – und damit der »finanzielle Spielraum« der Familien – durch die Art und den Umfang der Erwerbstätigkeit der Eltern beeinflusst. Zum anderen ist es für den Tagesablauf und die Organisation des Familienalltags von Bedeutung, ob ein oder beide Elternteile berufstätig sind und in welchem Umfang dies der Fall ist. Mit Ergebnissen der Familienbefragung können wir detailliert aufzeigen, in welchem Maße die Hildener Eltern in eine Erwerbstätigkeit eingebunden sind und welche Rolle das Bildungsniveau der Mütter, die Kinderzahl oder das Alter der Kinder für die Müttererwerbstätigkeit spielen.

6.1.1 Erwerbseinbindung von Paaren und Alleinerziehenden

Betrachten wir zuerst die Erwerbsaufteilung³⁴ von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren (vgl. Abbildung 6.1). Dabei zeigt sich in Hilden eine insgesamt sehr hohe Erwerbseinbindung der Mütter. Im Gegensatz den übrigen Projektkommunen und vielen anderen Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen ist in Hilden nicht das »klassische Ernährermodell« mit dem alleine erwerbstätigen Vater die am stärksten vertretene Erwerbskonstellation, sondern Familien mit Vollzeit erwerbstätigem Vater und Teilzeit erwerbstätiger Mutter. Der Anteil der Familien, in denen nur der Vater erwerbstätig ist, liegt mit 38 Prozent niedriger als in den anderen Kommunen der Projektfamilie, während der Anteil der Familien mit Vollzeit erwerbstätigem Vater und Teilzeit erwerbstätiger Mutter mit 42 Prozent am höchsten ist. Auch der Anteil der Paarfamilien, in denen beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind, ist mit zehn Prozent überdurchschnittlich hoch. Sehr niedrig ist dagegen der Anteil der Paarfamilien, in denen beide Elternteile nicht erwerbstätig sind (drei Prozent).

Innerhalb der Stadt Hilden sind Familien mit Vollzeit erwerbstätigem Vater und Teilzeit erwerbstätiger Mutter auch in vier von fünf Hildener Stadtteilen (mit Ausnahme des Stadtteils Hilden-Nord) anteilig häufiger vertreten als Familien, in denen nur der Vater erwerbstätig ist (vgl. Abbildung 11 im Kommentierten

34 Nach der Definition unserer Familienberichte gelten sämtliche Personen als erwerbstätig, die einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nachgehen, sich im Wehr- oder Zivildienst oder in einer beruflichen Ausbildung befinden. Zu den nicht Erwerbstätigen zählen neben Arbeitslosen, Schüler/innen, Student/innen und Rentner/innen auch Personen in Mutterschafts-/Erziehungsurlaub und Elternzeit sowie geringfügig beschäftigte Personen.

Abbildung 6.1: Erwerbsaufteilung von Paaren und Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern


Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Tabellenband: 39). Dies gilt besonders für den Stadtteil Hilden-West, wo in mehr als der Hälfte der Familien (58 Prozent) die Mütter zusätzlich in Teilzeit erwerbstätig sind.³⁵

Alleinerziehende – in Hilden handelt es sich dabei zu 95 Prozent um alleinerziehende Mütter – haben aufgrund der alleinigen Verantwortung für die Familienarbeit häufig besondere Schwierigkeiten, diese mit einer Berufstätigkeit zu verbinden. Gleichzeitig ist die Erwerbstätigkeit für Alleinerziehende in der Regel eine ökonomische Notwendigkeit, um den eigenen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der Kinder zu sichern. Trotz dieser ambivalenten Situation ist die Erwerbsbindung der Hildener Alleinerziehenden im Vergleich der Projektkommunen ausgesprochen hoch: Vier von fünf Alleinerziehenden sind erwerbstätig, fast die Hälfte der Alleinerziehenden arbeitet in Teilzeit, jede dritte in Vollzeit. Mit 19 Prozent ist der Anteil der nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden im Vergleich zu den anderen Kommunen der Projektfamilie überaus niedrig. Lediglich in der Stadt Gütersloh wird ein ebenso niedriger Anteil

nicht erwerbstätiger Alleinerziehender erreicht (vgl. Faktor Familie/Stadt Gütersloh 2008).

Trotz dieser hohen Erwerbsbindung sind in Hilden (wie auch in den anderen Projektkommunen) Alleinerziehende überdurchschnittlich oft von Einkommensarmut betroffen und auf sozialstaatliche Transfers bzw. private Unterhaltszahlungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen. Wie in den Kapiteln 5.2 und 5.3 dargestellt wurde, müssen insgesamt 38 Prozent aller Alleinerziehenden als arm bzw. armutsnah eingestuft werden – bei den Hildener Familien insgesamt sind es »nur« 20 Prozent. Darüber hinaus zählt jede/r vierte erwerbstätige Alleinerziehende zur Gruppe der »working poor«, erreicht also trotz Erwerbstätigkeit nur ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 765 Euro.

³⁵ Für den Stadtteil Hilden-West ist allerdings zu beachten, dass es sich dabei um den mit Abstand kleinsten Stadtteil handelt, in dem nur etwa fünf Prozent der Hildener Gesamtbevölkerung (vgl. Kapitel 4) und nur ein sehr geringer Anteil aller Hildener Familien leben.

6.1.2 Müttererwerbstätigkeit

In Deutschland sind, besonders wenn Kinder im Haushalt leben, deutliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen festzustellen. Während die Erwerbsquote von Müttern gegenüber Frauen ohne Kinder stark unterdurchschnittlich ist, ist die Erwerbsquote von Vätern sogar etwas höher als bei Männern ohne Kinder (vgl. MGFFI 2007a: 63). Die Frage nach dem Verzicht oder der Einschränkung der Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie stellt sich für Väter demnach zumeist nicht. Aus diesem Grund betrachten wir im Weiteren nur die Müttererwerbstätigkeit detaillierter und inwiefern diese durch die Familiensituation beeinflusst wird.³⁶ Empirische Studien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland und Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass zwischen dem Umfang der Erwerbseinbindung der Mütter und der Familienphase bzw. dem Alter des jüngsten Kindes sowie dem Bildungsstatus der Mütter ein enger Zusammenhang besteht (vgl. ebd.: 62ff.). Aber auch der Migrationshintergrund des Haushaltes beeinflusst die Erwerbseinbindung der Mütter. Hier können ökonomische Zwänge und fehlende Arbeitsmöglichkeiten ebenso von Bedeutung sein wie kulturelle Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit oder die institutionellen Rahmenbedingungen im Lebensumfeld der Familien (vgl. u.a. Scheuer/Dittmann 2007).

Diese übergreifenden deutschlandweiten Trends und Zusammenhänge zeigen sich – trotz der insgesamt sehr hohen Erwerbseinbindung der Mütter – auch für die Familien in Hilden. Wie Tabelle 6.1 zeigt, sind in Hilden insgesamt 52 Prozent der Mütter berufstätig, davon 17 Prozent in Vollzeit und 45 Prozent in Teilzeit. Mit nur 38 Prozent liegt der Anteil der Mütter, die nicht erwerbstätig sind, niedriger als in den anderen Kommunen der Projektfamilie. Einen sehr deutlichen Einfluss auf die Müttererwerbstätigkeit hat das Alter des jüngsten Kindes: Nur zehn Prozent der Mütter, deren jüngstes Kind unter einem Jahr alt ist, sind Vollzeit berufstätig, weitere 30 Prozent arbeiten in Teilzeit. Mit steigendem Alter des jüngsten Kindes nimmt insbesondere die Vollzeit-Erwerbstätigkeit der Mütter deutlich zu. Ist das jüngste Kind 14 Jahre und älter, ist jede zweite Mutter in Teilzeit erwerbstätig und der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Mütter mit 23 Prozent fast ebenso hoch wie der Anteil der nicht erwerbstätigen Mütter (26 Prozent).

36 Darüber hinaus sind in den Analysen zur Müttererwerbstätigkeit auch alleinerziehende Mütter einbezogen. Für die kleine Gruppe der alleinerziehenden Väter werden hier keine weiteren Aussagen getroffen. Diese sind aber in allen anderen Kapiteln des Familienberichtes in der Gruppe der Alleinerziehenden enthalten.

Tabelle 6.1: Müttererwerbstätigkeit in unterschiedlichen Familienformen

	Mutter voll erwerbstätig	Mutter Teilzeit erwerbstätig	Mutter nicht erwerbstätig
	Angaben in Prozent		
Migrationsstatus			
ohne Migrationshintergrund	16	49	34
mit Migrationshintergrund	19	32	49
Paare			
mit einem Kind	18	47	35
mit zwei Kindern	10	45	45
mit drei und mehr Kindern	9	33	58
Alleinerziehende			
mit einem Kind	34	46	20
mit zwei und mehr Kindern	21	60	19
Familien, deren jüngstes Kind ... alt ist			
unter 3 Jahre	10	30	60
3 bis unter 6 Jahre	13	52	35
6 bis unter 10 Jahre	17	48	36
10 bis unter 14 Jahre	22	47	31
14 bis unter 18 Jahre	23	51	26
Mütter mit			
niedriger Qualifikation	13	35	52
mittlerer Qualifikation	14	46	40
höherer Qualifikation	18	46	36
höchster Qualifikation	22	53	25
Familien insgesamt	17	45	38

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

In Paarfamilien hängt die Beteiligung der Mütter am Erwerbsleben auch sehr deutlich mit der Anzahl der Kinder zusammen. Lebt nur ein minderjähriges Kind unter 18 Jahren im Haushalt, sind die Mütter mit 18 Prozent (fast) doppelt so häufig in Vollzeit erwerbstätig, als in Paarfamilien mit zwei bzw. drei oder mehr Kindern (zehn bzw. neun Prozent). Auch der Anteil der in Teilzeit erwerbstätigen Mütter ist in Ein-Kind-Familien höher. Bei alleinerziehenden Müttern verändert sich der Anteil der nicht erwerbstätigen dagegen nicht, wenn mehr Kinder im Haushalt leben. Allerdings sind sie deutlich häufiger Vollzeit erwerbstätig, wenn nur ein minderjähriges Kind im Haushalt lebt. Mütter aus Migrantenfamilien sind etwas häufiger in Voll-

zeit, aber deutlich seltener in Teilzeit erwerbstätig als Mütter aus Familien ohne Migrationshintergrund. Zugleich ist die Hälfte der Mütter aus Familien mit Migrationshintergrund nicht erwerbstätig – gegenüber lediglich einem Drittel der Mütter ohne Migrationshintergrund. Schließlich beeinflusst auch der Bildungsstatus der Mütter deren Erwerbstätigkeit. Insbesondere Mütter mit höchster Qualifikation (Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss) sind seltener nicht erwerbstätig und häufiger in Teilzeit beschäftigt, während Mütter mit niedrigster Bildungsqualifikation deutlich häufiger nicht erwerbstätig sind.

6.1.3 Erwerbswunsch von Müttern und Gründe für eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit

Es wurde bereits eingangs darauf hingewiesen, dass die geringere Erwerbsbeteiligung von Müttern in Deutschland im Allgemeinen durch die ungünstigen institutionellen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit erklärt wird. Diese Argumentation setzt voraus, dass es in erster Linie strukturelle Hindernisse sind, wie beispielsweise unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder die geringe Flexibilität am Arbeitsmarkt, die Mütter daran hindern, umfassender erwerbstätig zu sein. Nur in wenigen Studien wurden Eltern und besonders Mütter aber direkt danach gefragt, ob sie überhaupt den Wunsch haben, umfassender erwerbstätig zu sein bzw. welche Gründe hinter ihrer nur geringen Erwerbsbeteiligung stehen. In der Hildener Familienbefragung haben wir den Eltern daher Fragen zu diesen Aspekten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgelegt, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden.³⁷

Wir betrachten lediglich die Antworten von Müttern, die derzeit nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig sind. Insgesamt gibt weniger als die Hälfte dieser Mütter (43 Prozent) an, dass sie derzeit eine Erwerbstätigkeit bzw. eine umfassendere Beschäftigung sucht (vgl. Tabelle 6.2). Allerdings ist bei den aktuell nicht erwerbstätigen Müttern der Anteil derer, die gerne überhaupt eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würden, mit 57 Prozent fast doppelt so hoch wie der Anteil der aktuell Teilzeit erwerbstätigen Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit gerne aufstocken würden (30 Prozent). Die übergroße Mehrheit der Teilzeit erwerbstätigen Mütter scheint demnach mit ihrem Stundenumfang zufrieden zu sein und möchte keine weitere Stundenaufstockung.

³⁷ Die Befragung in Hilden ist nach der im Kreis Wesel die zweite, bei der Fragen nach dem Erwerbswunsch und den Gründen für eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit gestellt wurden. Vergleiche mit den Projektkommunen sind daher bei dieser Fragestellung nicht möglich.

Tabelle 6.2: Erwerbswunsch nicht erwerbstätiger bzw. Teilzeit erwerbstätiger Mütter in Hilden

Ich wäre gerne (in einem größeren Umfang) erwerbstätig	Angaben in Prozent	Was sind die Gründe, warum Sie nicht (in einem größeren Umfang) erwerbstätig sind?	Angaben in Prozent
Mütter, insgesamt	43	Finde keine passende Arbeit Fehlende/unzureichende Kinderbetreuung Persönliche, familiäre Gründe Sonstige Gründe	33 28 23 15
Mütter, aktuell nicht erwerbstätig	57	Finde keine passende Arbeit Fehlende/unzureichende Kinderbetreuung Persönliche, familiäre Gründe Sonstige Gründe	42 23 22 13
Mütter, aktuell Teilzeit erwerbstätig	30	Finde keine passende Arbeit Fehlende/unzureichende Kinderbetreuung Persönliche, familiäre Gründe Sonstige Gründe	19 37 26 18

Anmerkung: Nur Mütter, die derzeit nicht oder nur Teilzeit erwerbstätig sind.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Betrachtet man die Gründe, warum die Mütter ihren Erwerbswunsch (noch) nicht realisiert haben, so gibt ein Drittel der Mütter insgesamt an, dass sie keine passende Arbeit finden. 28 Prozent geben eine fehlende bzw. eine unzureichende Kinderbetreuung als Grund der eingeschränkten Erwerbsbeteiligung an, für 23 Prozent der Mütter spielen persönliche und familiäre Gründe eine Rolle. Darüber hinaus werden von 15 Prozent der Mütter sonstige Gründe angegeben. Bei den sonstigen Gründen, die der Verwirklichung eines Erwerbswunsches entgegenstehen, werden am häufigsten gesundheitliche Probleme bzw. Einschränkungen genannt, aber auch die Tatsache, dass die Kinder noch sehr klein sind und sich die Mütter trotz eines eigentlich bestehenden Erwerbswunsches aktuell gegen eine (umfangreichere) Erwerbseinbindung entschieden haben.

Vergleichen wir die genannten Gründe für eine eingeschränkte Erwerbsbeteiligung bei den aktuell nicht erwerbstätigen und den aktuell Teilzeit erwerbstätigen Müttern, so unterscheiden sich diese beiden Gruppen in erster Linie bei den Punkten »Finde keine passende Arbeit« und »Fehlende/unzureichende Kinderbetreuung«. Für nicht erwerbstätige Mütter ist das Finden einer passenden Arbeit mit 43 Prozent das mit Abstand größte Problem. Bei Teilzeit erwerbstätigen Müttern wird dagegen eine fehlende bzw. unzureichende Kinderbetreuung mit 37 Prozent am häufigsten als Grund genannt, warum keine Vollzeitstelle angenommen werden kann.³⁸

Zusammenfassend kann man sagen, dass es nicht nur strukturelle Hindernisse sind, die die Einschränkung der Erwerbstätigkeit von Müttern begründen. Für einen nicht unbedeutenden Teil der Mütter entspricht die aktuell eingeschränkte Erwerbstätigkeit bzw. die Nichterwerbstätigkeit durchaus ihrem derzeitigen individuellen Erwerbswunsch. Darüber hinaus gibt es für Mütter eine ganze Reihe privater und familiärer Gründe, die gegen eine (erweiterte) Erwerbstätigkeit sprechen. Dennoch sind eine fehlende bzw. unzureichende Kinderbetreuung und fehlende passende Erwerbsangebote häufig genannte strukturelle Hinderungsgründe für eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit.

6.2 Institutionelle Kinderbetreuung in Hilden

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die institutionelle Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern und in Grundschulen. Die Betreuungseinrichtungen müssen flexibel, wohnort- bzw. arbeitsplatznah sein und alle Altersklassen berücksichtigen. Neben der institutionellen Betreuung sollten aber auch die indivi-

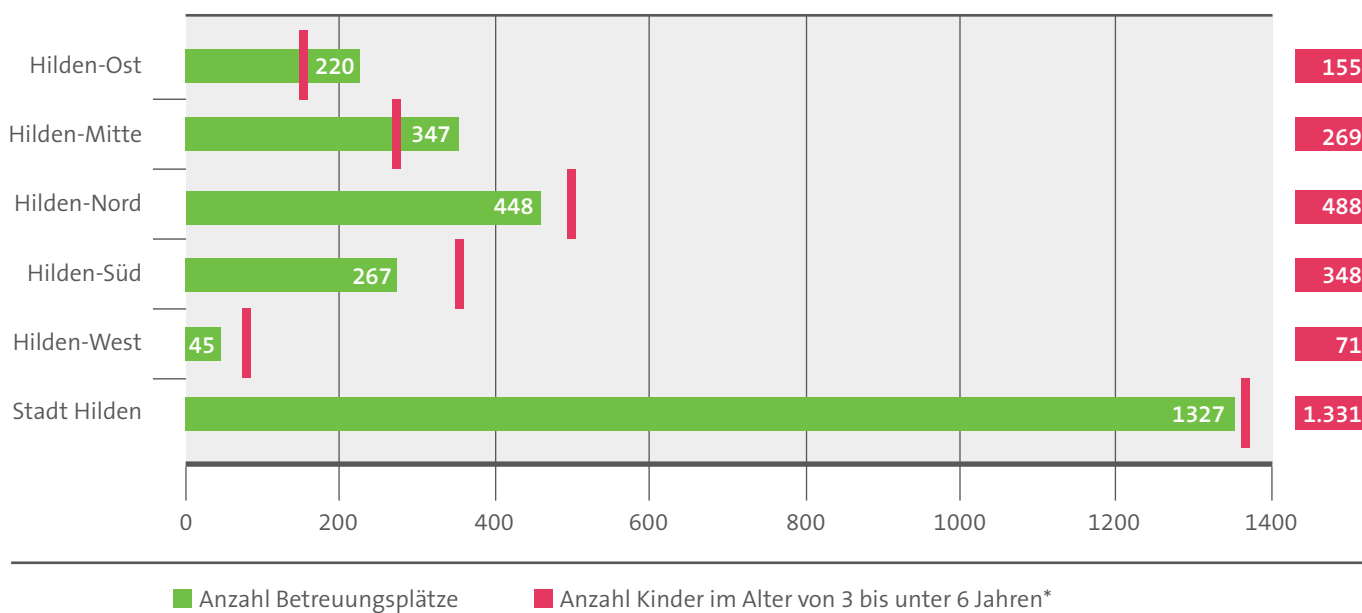
duelle Betreuung durch die Familien selbst, sowie die »häusliche Fremdbetreuung« unterstützt werden, um Eltern ein breites Spektrum von Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Zum Stichtag 01.08.2010 werden in den Hildener Kindertageseinrichtungen 1.327 Plätze für Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren zur Verfügung stehen (vgl. Abbildung 6.2), was einer Versorgungsquote von 99,7 Prozent entspricht. Dem bestehenden Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Kinder in dieser Altersklasse kann mit dem bereitgestellten Angebot in Hilden damit voll entsprochen werden. Dabei werden Betreuungszeiten von 45 und 35 Stunden pro Woche deutlich häufiger in Anspruch genommen (44,5 bzw. 43,5 Prozent) als Betreuungszeiten von 25 Stunden (12,0 Prozent). Zwischen den Hildener Stadtteilen sind hinsichtlich der Versorgungsquoten sehr deutliche Unterschiede erkennbar: In Hilden-Ost und Hilden-Mitte stehen deutlich mehr Betreuungsplätze zur Verfügung, als Kinder im entsprechenden Alter in den Stadtteilen leben. In Hilden-Nord, Hilden-Süd und Hilden-West stehen dagegen vor Ort zu wenige Betreuungsplätze für die im Stadtteil lebenden Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren zur Verfügung. Allerdings wird der Versorgungsbedarf für Kinder aus diesen drei Stadtteilen durch Kindertageseinrichtungen im zentral gelegenen Stadtteil Hilden-Mitte sowie in Hilden-Ost abgedeckt.³⁹

38 Weitere Analysen zum Erwerbswunsch von Müttern und den Gründen für eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit nach unterschiedlichen Familienformen finden sich in Tabelle 16 im Kommentierten Tabellenband: 42.

39 Darüber hinaus gibt in der Familienbefragung auch in diesen drei Stadtteilen die übergroße Mehrheit (76 bzw. 84 Prozent) der Familien an, Tageseinrichtungen für Kinder zu Fuß in weniger als 15 Minuten zu Fuß erreichen können (vgl. Kapitel 8.2.1 und Tabelle 30 in Kommentierten Tabellenband: 65).

Abbildung 6.2: Betreuung von Drei- bis unter Sechsjährigen in Kindertageseinrichtungen nach Stadtteilen 2010

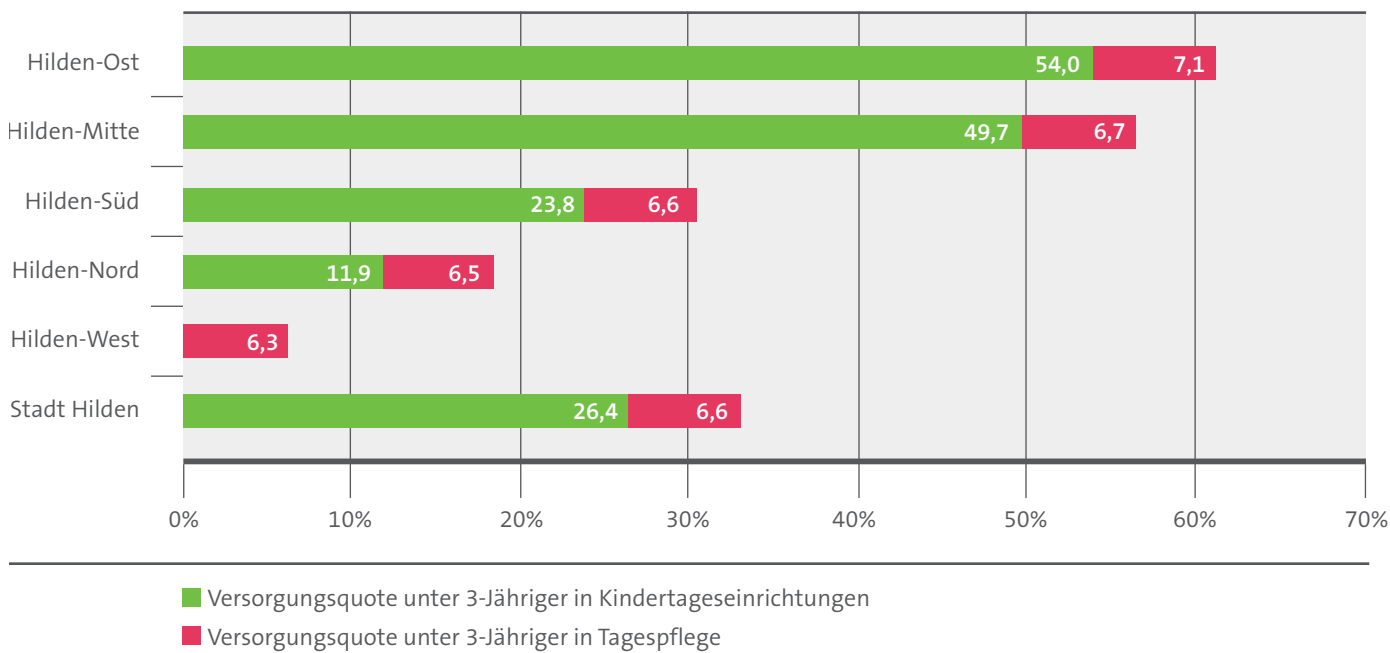


Anzahl der Betreuungsplätze für 3- bis unter 6-Jährige und Anzahl der Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren (aktuelle Zahlen der Stadt Hilden)

* Nur anspruchsberechtigte Kinder (1. Jahrgang 01.08. bis 31.10. des Folgejahres; 3. Jahrgang abzüglich früherer Einschulung)

Datenquelle: amtliche Daten Stadt Hilden

Abbildung 6.3: Betreuung von unter Dreijährigen in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege 2010



(in % der altersgleichen Bevölkerung; aktuelle Zahlen der Stadt Hilden)

Datenquelle: amtliche Daten Stadt Hilden

In der bundesweit geführten Diskussion um eine bedarfsgerechtere außerhäusliche Kinderbetreuung wird besonders ein Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige gefordert. Im Jahr 2007 haben sich Bund, Länder und Kommunen darauf verständigt, bis 2013 die Kindertagesbetreuung (Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) schrittweise für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren auszubauen (vgl. MGFFI 2007b). Deutschlandweit wurde zum 01. März 2009 jedes fünfte Kind unter drei Jahren (20 Prozent) in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Während in den ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich sogar 46 Prozent der unter Dreijährigen institutionell betreut wurden, lag die Betreuungsquote in den westdeutschen Bundesländern bei 15 Prozent. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen waren zum 01. März 2009 (wie schon in den Vorjahren) mit jeweils 12 Prozent die bundesweit geringsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren zu verzeichnen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009).

In Hilden wurden die Betreuungsplätze für unter Dreijährigen in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. Bereits im Jahr 2003 standen stadtweit 66 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zur Verfügung, was einer Versorgungsquote von 6,1 Prozent entsprach. Innerhalb von sieben Jahren konnte das Angebot an Betreuungsplätzen auf aktuell 324 Plätze (davon 259 in Kindertageseinrichtungen und 65 in Tagespflege) ausgebaut werden. Dementsprechend wird die Versorgungsquote der unter Dreijährigen zum Stichtag 01.08.2010 bei 33 Prozent liegen – und damit bereits heute nur wenig unterhalb der für das Jahr 2013 gesetzlich vereinbarten Quote von 35 Prozent.

Mit 26,4 Prozent liegt die Versorgungsquote der unter Dreijährigen in Kindertageseinrichtungen sehr viel höher als die Quote der Tagespflege (6,6 Prozent). Die Hildener Familien wählen die Betreuungsmöglichkeit durch eine Tagesmutter insbesondere für die noch sehr kleinen Kinder bzw. schwerpunktmäßig für Randzeitenbetreuung und die Betreuung außerhalb der Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen (z.B. über Nacht oder am Wochenende) (vgl. Stadt Hilden 2010). Zwischen den Hildener Stadtteilen zeigen sich bei der Versorgungsquote der unter Dreijährigen in Tagespflege kaum Unterschiede (vgl. Abbildung 6.3). Bei der Versorgungsquote unter Dreijähriger in Kindertageseinrichtungen werden – wie schon bei den Drei- bis unter Sechsjährigen – in den Stadtteilen Hilden-Ost und Hilden-Mitte sehr viel höhere Quoten erreicht.

Trotz dieser überdurchschnittlichen Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren stellt die Stadt Hilden fest, dass die Nachfrage der Familien nach Betreuungsplätzen (vor allem für die Kinder ab zwei Jahren) sogar noch über dem derzeitigen Betreu-

ungsangebot liegt. Mit dem Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren hat die Nachfrage für diese Altersgruppe erheblich zugenommen (vgl. Stadt Hilden 2010). Auch die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen ein großes Interesse der Hildener Familien mit Kindern unter drei Jahren an einer institutionellen Betreuung ihrer Kinder. Stadtweit geben die Hildener Eltern nur für gut jedes dritte Kind unter drei Jahren an, innerhalb der nächsten zwölf Monate keinen Betreuungsplatz zu benötigen (vgl. Tabelle 6.3).⁴⁰ Für 21 Prozent der unter Dreijährigen haben die Eltern bereits eine Zusage für einen Betreuungsplatz erhalten. 18 Prozent stehen auf der Warteliste, zwölf Prozent wurden trotz Bedarf noch nicht angemeldet, und für weitere 14 Prozent der unter Dreijährigen können ihre Eltern den zukünftigen Bedarf noch nicht abschätzen.

40 Da die Befragung in den Monaten Mai/Juni 2009 stattfand, beziehen sich die Aussagen auf einen deutlich früheren Zeitpunkt als die in Abbildung 6.3 dargestellten Ergebnisse.

Tabelle 6.3: Bedarf an institutioneller Betreuung unter dreijähriger Kinder

	Nein, benötige ich nicht	Ja, ich habe bereits eine Zusage	Ja, ich stehe bereits auf der Warteliste	Ja, ich habe mich aber noch nicht angemeldet	Kann ich (noch) nicht abschätzen
	<i>Angaben in Prozent</i>				
Hilden-Süd	42	23	14	14	6
Hilden-West	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
Hilden-Nord	37	16	15	11	20
Hilden-Mitte	35	28	21	7	9
Hilden-Ost	18	21	26	18	16
Stadt Hilden	35	21	18	12	14

Die Angaben in der Tabelle werden nicht auf den Anteil der Familien, sondern auf den Anteil der Kinder in der Altersgruppe bezogen.

Im Stadtteil West ist die Gruppe der Familien mit unter Dreijährigen in der Familienbefragung nicht groß genug, um Aussagen zum Bedarf ableiten zu können.

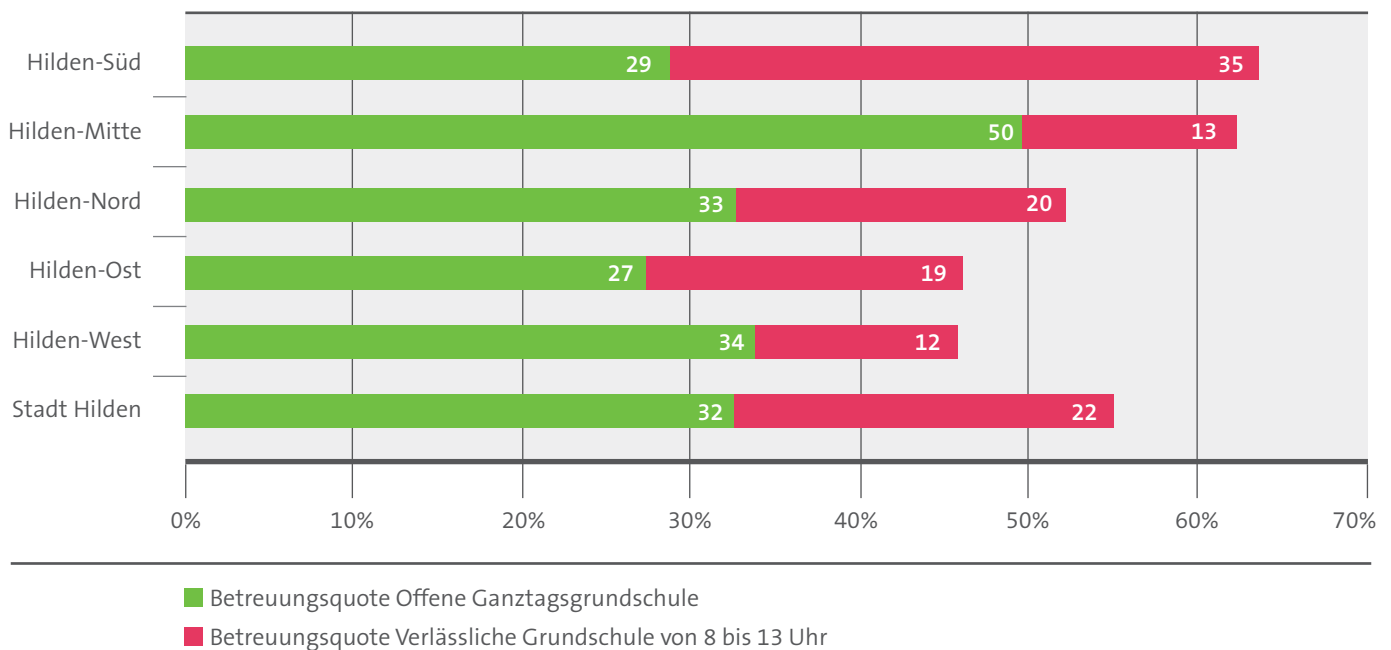
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Gerade vor dem Hintergrund des Ausbaus der Ganztagsbetreuung und der Betreuung unter Dreijähriger spielt neben der quantitativen Ausgestaltung von Kindertageseinrichtungen in den Kommunen die Qualität der Einrichtungen eine wichtige Rolle. Doch was ist Eltern wichtig? Warum wählen Familien bestimmte Kindertagesstätten für ihre Kinder aus? Fast alle Eltern mit Kindern unter sechs Jahren (Werte über 90 Prozent) geben als ausschlaggebende Gründe an, dass die Kinder gut draußen spielen können, besonders gut gefördert werden und die Einrichtung einen guten Ruf hat (vgl. Tabelle 19 im Kommentierten Tabellenband: 48). Besonders wichtig sind den Eltern also Gründe, die sich direkt auf das Kind und dessen Förderung beziehen. Aber auch die Nähe der eigenen Wohnung und flexible Öffnungszeiten – beides sind für die Vereinbarkeit relevante Motive – werden von sehr vielen Eltern genannt (81 bzw. 79 Prozent). Dabei sind flexible Öffnungszeiten für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, für Familien mit unter dreijährigen Kindern und insbesondere für Alleinerziehende noch einmal wichtiger als für Familien insgesamt. Flexible Öffnungszeiten werden von 95 Prozent der Alleinerziehenden angegeben und sind damit (nach einer besonders guten Förderung der Kinder) der von Alleinerziehenden am zweithäufigsten genannte Grund für die Wahl einer Kindertageseinrichtung.

6.2.1 Betreuung an Grundschulen

Mittlerweile hat die öffentliche Diskussion um Kinderbetreuung auch die Betreuung von Grundschulkindern in den Blick genommen, da die traditionelle Halbtagschule von acht bis etwa zwölf Uhr kaum die Aufnahme einer Teilzeitstelle am Vormittag ermöglicht. Neben Effekten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Betreuung in Grundschulen auch mit der Hoffnung verbunden, durch Ganztagsangebote die Bildungsqualität und Chancengleichheit in den Schulen zu verbessern sowie besonders leistungsstarke ebenso wie benachteiligte Kinder besser zu fördern.

In Hilden wird im Schuljahr 2009/2010 an allen zehn Grundschulen in der Stadt eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten. Zum einen die Verlässliche Grundschule von 8 bis 13 Uhr (VGS), zum anderen die Offene Ganztagsgrundschule (OGATA). Stadtweit werden zum Stichtag 19.08.2009 in der VGS 439 Schüler/innen (in 19 Gruppen) und in der OGATA 633 Schüler/innen (in 26 Gruppen) betreut. Die Betreuungsquote der VGS beträgt stadtweit 22 Prozent, die der OGATA 32 Prozent (vgl. Abbildung 6.4). Damit wird in Hilden mehr als jede/r zweite Grundschüler/in über die Unterrichtszeit

Abbildung 6.4: Quote der Grundschüler/innen mit über die Unterrichtszeit hinausgehender Betreuung Schuljahr 2009/2010

(Belegungszahlen Stand 19.08.2009 in % der Grundschüler/-innen Stand 15.10.2009)

Datenquelle: amtliche Daten Stadt Hilden

hinausgehend betreut. Zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 wird es einen weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuungsplätze auf dann 490 Plätze in der VGS und 700 Plätze in der OGATA geben. Zum Stichtag 01.08.2010 werden dann 65,6 Prozent, also zwei Drittel aller Grundschüler/innen über die Unterrichtszeit hinausgehend betreut.

Die Ergebnisse der Familienbefragung ermöglichen an dieser Stelle noch weitere Informationen zu den Familien, die die VGS oder OGATA für ihre Kinder in Anspruch nehmen. Es zeigt sich, dass es überdurchschnittlich häufig doppelterwerbstätige Paare, Ein-Kind-Familien, Alleinerziehende und wohlhabendere Familien mit einem Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr sind, die eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung an Grundschulen in Anspruch nehmen (vgl. Tabelle 6.4 und Tabelle 21 im Kommentierten Tabellenband: 50). Bei Alleinerziehenden, die in Hilden eine sehr hohe Erwerbsbeteiligung aufweisen, spielt die Offene Ganztagsgrundschule eine ungleich größere Rolle als die Verlässliche Grundschule von 8 bis 13 Uhr. 59 Prozent der Alleinerziehenden (und damit deutlich mehr als andere Familien) nehmen für ihre Kinder das Angebot der Offenen Ganztagsgrundschule in Anspruch, während es bei der Verlässlichen Grundschule gerade einmal sieben Prozent sind.

Vor allem für (erwerbstätige) Alleinerziehende scheint demnach eine Betreuung in den Nachmittagsstunden sehr wichtig zu sein. Auch Paarfamilien, in denen beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind, sowie Familien mit Migrationshintergrund nehmen das Betreuungsangebot der Offenen Ganztagsgrundschule deutlich häufiger in Anspruch als das der Verlässlichen Grundschule von 8 bis 13 Uhr.

Tabelle 6.4: Inanspruchnahme von Grundschulbetreuung

	Offene Ganztagsgrundschule (Ogata)	Verlässliche Grundschule von 8 bis 13 Uhr	Inanspruchnahme insgesamt
	Angaben in Prozent		
Migrationsstatus			
mit Migrationshintergrund	27	30	57
ohne Migrationshintergrund	39	19	58
Kinderanzahl			
ein Kind unter 18	44	24	68
drei und mehr Kinder unter 18	16	19	35
Alleinerziehende	59	7	66
Paare			
beide Vollzeit erwerbstätig	53	27	80
beide erwerbstätig*	34	41	75
nur eine/r erwerbstätig*	9	23	32
Äquivalenzeinkommen			
unter 750€	24	11	35
1.500€ und mehr	27	42	69
Familien insgesamt	29	27	57

*Erwerbstätigkeit kann sowohl Vollzeit oder Teilzeit sein.

Berücksichtigt werden nur Familien mit Grundschulkindern, die angeben, dass in deren Schule eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten wird (96 Prozent aller Familien mit Grundschulkindern).

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Werden die Familien mit Grundschulkindern, die eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung in Anspruch nehmen, danach gefragt, wie zufrieden sie mit dem Betreuungsangebot an ihrer Grundschule sind, fällt die Bewertung insbesondere für die Verlässliche Grundschule von 8 bis 13 Uhr überaus positiv aus. 39 Prozent der Familien sind mit der Verlässlichen Grundschule sehr zufrieden, weitere 44 Prozent zufrieden und 14 Prozent zumindest teilweise zufrieden. Mit dem Betreuungsangebot der Offenen Ganztagsgrundschule sind 20 Prozent der Familien sehr zufrieden, 44 Prozent zufrieden und 28 Prozent geben an, teilweise zufrieden zu sein (vgl. Abbildung 14 im Kommentierten Tabellenband: 51).

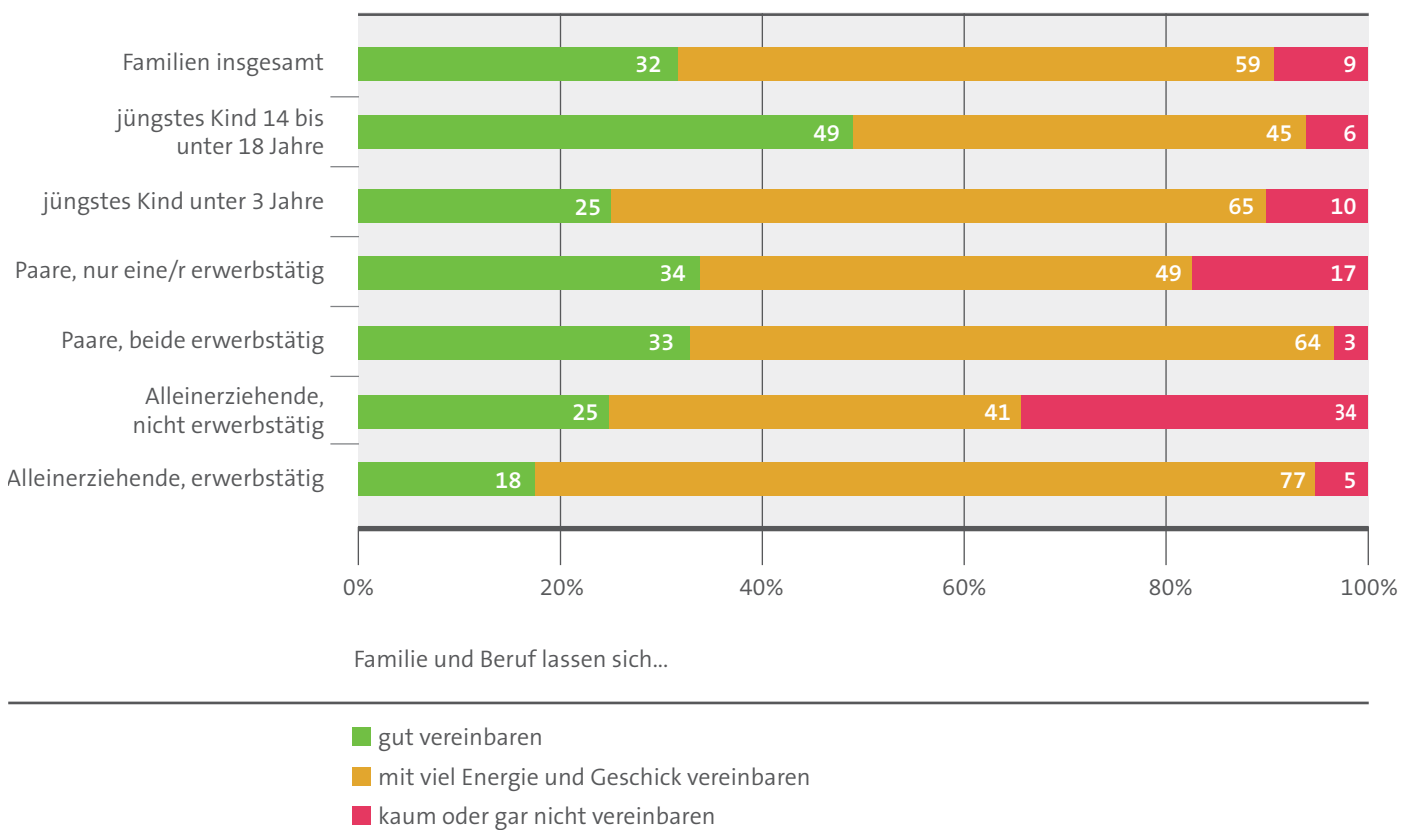
6.3 Aus Sicht der Familien: Wie lassen sich Familie und Beruf vereinbaren?

Zum Ende dieses Kapitels soll über alle Familienformen hinweg auf Basis subjektiver Einschätzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Bilanz zu den angesprochenen Aspekten der Vereinbarkeit gezogen werden. Wie empfinden die Familien in Hilden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit welchen Schwierigkeiten haben sie zu kämpfen? Welche Familien sehen sich besonders häufig mit Problemen konfrontiert und welche Gründe werden angeführt, wenn es Vereinbarkeitsprobleme gibt?

Trotz unterschiedlichster Einschränkungen zeigt sich in Hilden (wie auch in den übrigen Projektkommunen) die übergreifende Meinung, dass sich Familie und Beruf – überwiegend mit viel Energie und Geschick (59 Prozent) – vereinbaren lassen (vgl. Abbildung 6.5). Fast jede dritte Hildener Familien gibt sogar an, dass sich Familie und Beruf »gut vereinbaren« lassen und nur neun Prozent der Familien sagen, dass Erwerbstätigkeit und Familie »kaum oder gar nicht« zu vereinbaren sind. Wenig überraschend ist, dass diese Einschätzungen stark durch die jeweiligen Lebenssituationen, also die Familienform, das Alter der Kinder sowie den Umfang der Erwerbsbindung der Eltern bestimmt werden. Auch in Hilden haben insbesondere Alleinerziehende erwartungsgemäß deutlich mehr Probleme, neben der Familienarbeit erwerbstätig zu sein. Unter den erwerbstätigen Alleinerziehenden gibt nur knapp jede/r Fünfte an, Familie und Beruf »gut vereinbaren« zu können, ein sehr großer Teil von 77 Prozent vereinbart nur mit »viel Energie und Geschick« die Arbeit mit dem Familienleben. Unter den nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden gibt jede/r Dritte an, Erwerbstätigkeit und Familie »kaum oder gar nicht« vereinbaren zu können.

Auch bei Paaren bewirkt die Erwerbsbindung bzw. der Erwerbsumfang eine Verschiebung in den Einschätzungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allerdings sind die Effekte weniger deutlich als für Alleinerziehende. Sowohl von den Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, als auch von den Familien, in denen nur ein Elternteil (in der Regel der Vater) erwerbstätig ist, sieht jeweils ein Drittel eine unproblematische Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allerdings sagen unter den Paaren mit zwei erwerbstätigen Elternteilen lediglich drei Prozent, Familie und Beruf seien kaum oder gar nicht vereinbar, während es in Familien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil 17 Prozent (und damit fast jede fünfte Familie) sind. Es ist also davon auszugehen, dass die Mütter in diesen Familien – ebenso wie nicht erwerbstätige Alleinerziehende – häufig gerade aus Vereinbarkeitsgründen nicht erwerbstätig sind.

Abbildung 6.5: Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach Familienformen



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Auch das Alter der Kinder beeinflusst die Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei ist in Hilden der Anteil der Familien, die Erwerbstätigkeit und Familie kaum oder gar nicht vereinbaren können, bei den Familien mit Kindern unter drei Jahren aber nicht höher als bei den Familien insgesamt. Allerdings geben bei den Familien mit Kindern unter drei Jahren zwei von drei Familien an, »viel Energie und Geschick« für die Vereinbarkeit zu benötigen und nur jede vierte dieser Familien sieht keine Vereinbarkeitsprobleme. Mit dem Alter des jüngsten Kindes steigen vor allem die positiven Einschätzungen einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. In der Gruppe der Familien, deren jüngstes Kind älter als 14 Jahre ist, spricht sich jede zweite Familie für eine gute Vereinbarkeit aus. Die Anzahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt hat in Hilden dagegen keinen Einfluss auf die Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. Tabelle 23 im Kommentierten Tabellenband: 53).

6.3.1 Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Betrachtet man nur Familien, die angeben, Familie und Beruf seien nur mit viel Energie und Geschick bzw. kaum oder gar nicht vereinbar, und fragt etwas genauer nach den Gründen für diese Einschätzung, wird von den Hildener Familien am häufigsten fehlende gemeinsame Familienzeit genannt (vgl. Tabelle 6.5).⁴¹ Dass die Kinder zu kurz kommen, nennt mehr als die Hälfte der Familien als Grund für eine schwierige Vereinbarkeit. Arbeitsbezogene Gründe wie hohe Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes und familienunfreundliche Arbeitszeiten spielen ebenfalls bei etwa der Hälfte der Familien eine Rolle. Eine zu teure außerhäusliche Kinderbetreuung nennt dagegen nur jede dritte Familie, eine unzureichende Betreuung sogar nur jede vierte Familie als Grund für Vereinbarkeitsprobleme.

Betrachten wir die unterschiedlichen Familienformen, so ändert sich die Reihenfolge dieser Gründe nur wenig. Allerdings zeigt sich für Alleinerziehende (die auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf insgesamt sehr kritisch beurteilt haben), dass sie fast alle Gründe (deutlich) häufiger als die Familien insgesamt nennen. Vor allem die Sorge, dass die Kinder zu kurz kommen, erschwert oder verhindert bei den Alleinerziehenden die Erwerbstätigkeit. Paarfamilien, in denen nur ein Elternteil (in der Regel der Vater) erwerbstätig ist, nennen die Mehrzahl der aufgeführten Gründe häufiger als Paarfamilien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, wobei eine unzureichende außerhäusliche Kinderbetreuung von Zweiverdiener-Familien häufiger kritisiert wird. Auch für Familien mit unter dreijährigen Kindern ist eine unzureichende außerhäusliche Kinderbetreuung überdurchschnittlich oft ein Grund für eine schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deutlich

häufiger als das Vorhandensein einer institutionellen Kinderbetreuung werden von diesen Familien jedoch die Kosten für eine U3-Betreuung bemängelt. Fast jede zweite Familie nennt eine zu teure außerhäusliche Kinderbetreuung als Grund für eine schwierige Vereinbarkeit. Dennoch steht auch für Familien mit unter dreijährigen Kindern das Fehlen gemeinsamer Familienzeit an erster Stelle der (Un-)Vereinbarkeitsgründe. Insgesamt zeigt sich für die Hildener Familien, dass Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar mit der Frage nach einer quantitativ und qualitativ guten externen Kinderbetreuung eng verbunden sind, aber eben nicht auf diese reduziert werden können.

41 Wir haben die Liste der Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der vorletzten Familienbefragung im Kreis Wesel noch einmal deutlich ergänzt, so dass hier keine Vergleiche mit früheren Projektkommunen möglich sind.

Tabelle 6.5: Gründe für eine schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf

	Familien insgesamt	Paare, nur eine/r erwerbstätig	Paare, beide erwerbstätig	Alleinerziehende	Familien mit unter dreijährigen Kindern
	<i>Angaben in Prozent</i>				
Gemeinsame Familienzeit fehlt	62	64	59	63	57
Kinder kommen zu kurz	53	55	46	68	41
Hohe Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes	53	52	51	56	44
Familienunfreundliche Arbeitszeiten (z.B. Schichtdienst, Überstunden)	44	51	36	48	46
Hausarbeit nimmt zu viel Zeit in Anspruch	36	32	39	40	30
Außerhäusliche Kinderbetreuung zu teuer	34	34	33	39	47
Keine Flexibilität von Arbeitgeberseite (z.B. keine Teilzeitarbeit, Heimarbeit)	31	42	24	27	28
Außerhäusliche Kinderbetreuung unzureichend	24	18	27	30	27

Anmerkung: Nur Familien, die Beruf und Familie »mit viel Energie und Geschick« oder »kaum oder gar nicht vereinbaren« können.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

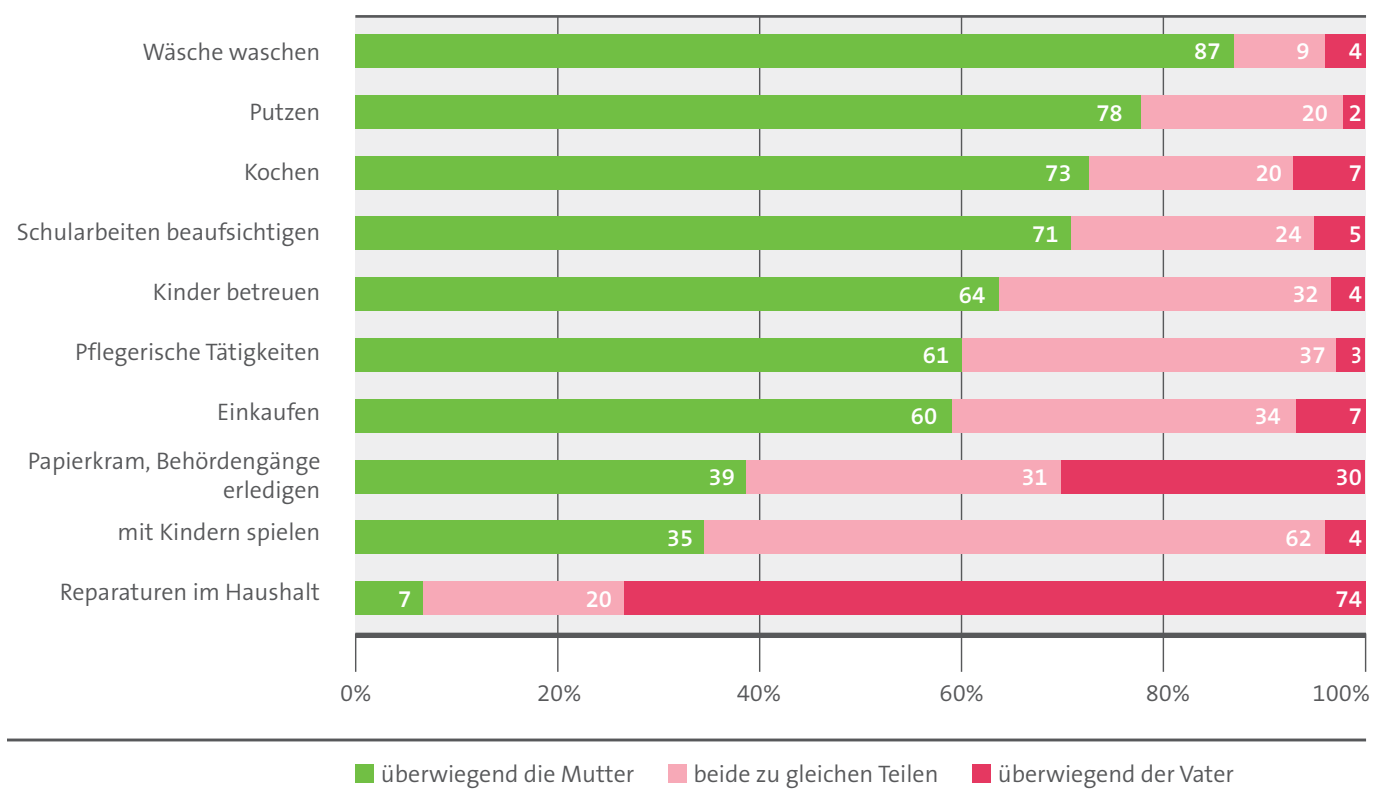
Familien werden in den Kommunen heute zunehmend als Leistungserbringer und unersetzliche Ressource kommunaler Entwicklungen wahrgenommen (vgl. Kapitel 1.1.1). Zu diesen Leistungen gehören die Erziehung und Betreuung der Kinder, die gegenseitige Stützung und Stärkung der Erwachsenenpersönlichkeit, die Sorge um ältere Familienmitglieder aber auch die alltägliche Organisation des Haushalts. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist aber eine der größten Herausforderungen des Familienalltags! In ganz besonderem Maße gilt das für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind sowie für erwerbstätige Alleinerziehende. Im Hinblick auf die sehr hohe Erwerbsbindung von Hildener Müttern (vgl. Kapitel 6.1.2) gewinnt die Frage nach der Alltagsbewältigung von Familien für die Stadt Hilden noch einmal zusätzlich an Bedeutung. Dabei verbinden wir mit dem Begriff der Alltagsbewältigung mehr, als »nur« die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und betrachten im folgenden Kapitel sehr unterschiedliche Punkte wie die Arbeitsteilung im Haushalt, die Betreuung und Versorgung von Kindern und (Schwieger-)Eltern, die Einbin-

dung der Familien in private Unterstützungsnetzwerke, aber auch das Auftreten von Problemen und die Inanspruchnahme von privaten Hilfen und institutionellen Unterstützungsangeboten.

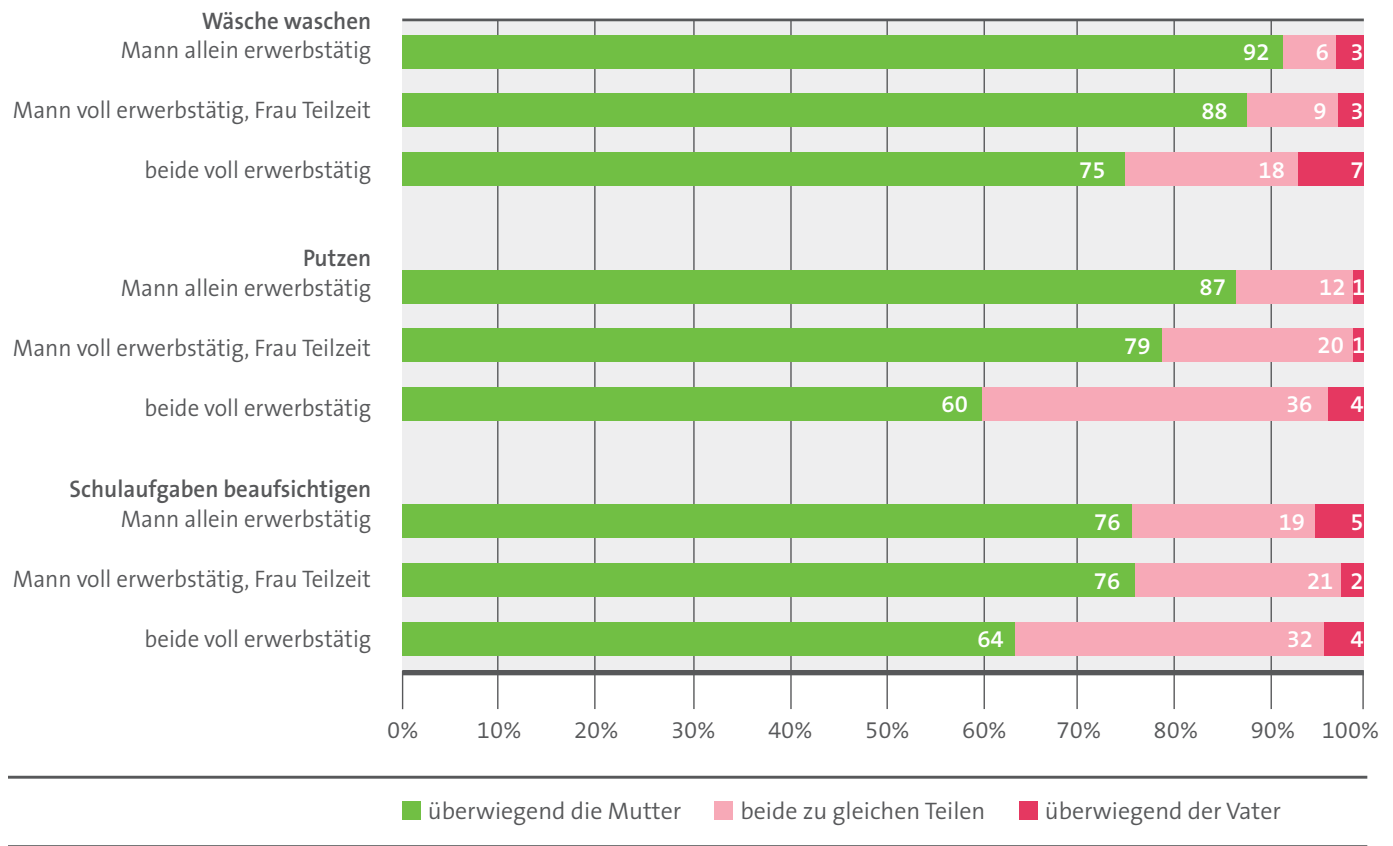
7.1 Arbeitsteilung im Haushalt und Betreuungs- sowie Versorgungsleistungen zu Hause

Die Organisation des Haushalts, die im Haushalt anfallenden Arbeiten wie Putzen, Kochen und Einkaufen, die Betreuung und Erziehung der Kinder oder die Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder sind ein untrennbarer Teil des Alltagslebens von Familien und beeinflussen die Alltagsbelastungen und -probleme von Müttern und Vätern maßgeblich. Wir möchten daher folgende Fragen etwas genauer betrachten: Wie teilen sich Paare diese Arbeiten auf und gibt es einen Zusammenhang zur Erwerbsbeteiligung der Mütter? Wie wird die Kinderbetreuung im häuslichen Umfeld organisiert und wie viele Familien sind für pflegebedürftige Angehörige verantwortlich?

Abbildung 7.1: Erwerbsaufteilung von Paaren und Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Abbildung 7.2: Arbeitsteilung im Haushalt nach Erwerbseinbindung der Mutter

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

7.1.1 Arbeitsteilung im Haushalt

In Abbildung 7.1 werden verschiedene Tätigkeiten im Haushalt und ihre Aufteilung zwischen den Eltern dargestellt. Dazu wurden Hildener Familien danach gefragt, ob diese Tätigkeiten überwiegend durch die Mutter oder den Vater ausgeführt werden oder es eine gleichberechtigte Aufgabenteilung zwischen beiden Elternteilen gibt.⁴²

Vor allem Hausarbeiten wie Wäsche waschen, Putzen und Kochen werden mehrheitlich überwiegend von der Mutter durchgeführt. Väter sind in diese Hausarbeiten nur selten einbezogen und fühlen sich offenbar auch nicht verantwortlich. Pflegerische Tätigkeiten (unabhängig davon, ob es um die Pflege von Kindern oder von Angehörigen geht), Einkaufen und das Betreuen der Kinder werden in immerhin etwa jeder dritten Paarfamilie von beiden Eltern zu etwa gleichen Teilen übernommen, eine überwiegende Verantwortlichkeit des Vaters ist aber auch bei diesen Aufgaben sehr selten. Das gemeinsame Spielen mit den Kindern ist in einer überwiegend geteilten Verantwortlichkeit, das Erledigen von »Papierkram« und Behördengängen zeigt keine geschlechtsspezifischen Differenzen und Reparaturen werden – wenig überraschend – in der großen Mehrzahl der Familien vorwiegend von den Vätern ausgeführt.

Damit unterscheiden sich die Ergebnisse in den Grundtendenzen nicht von Ergebnissen für andere Städte und Gemeinden der Projektfamilie. Auch in Hilden zeigt sich eine deutlich geschlechtsspezifisch und traditionell geprägte Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Vätern und Müttern. Diese ändert sich auch bei einer stärkeren Erwerbseinbindung der Mütter in ihren Grundtendenzen kaum (vgl. Abbildung 7.2). Sind beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig, werden Aufgaben wie Wäsche waschen, Putzen oder Schularbeiten beaufsichtigen zwar häufiger von beiden Eltern zu etwa gleichen Teilen übernommen, als das der Fall ist, wenn nur der Vater erwerbstätig ist. In 60 bis 75 Prozent der Hildener Familien bleiben die Mütter aber auch dann überwiegend alleine für diese Aufgaben zuständig, wenn beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig. Aufgrund der im Vergleich der Projektkommunen ausgesprochen hohen Müttererwerbstätigkeit (vgl. Kapitel 6.1.2) betrifft diese stärkere Doppelbelastung auch einen größeren Anteil der Hildener Mütter als in anderen Projektkommunen.

42 Diese Frage wurde nur Müttern oder Vätern gestellt, die mit ihrem (Ehe-) Partner in einem Haushalt leben.

7.1.2 Verantwortung für Pflegebedürftige

Auch die Betreuung und Versorgung von pflegebedürftigen (zumeist älteren) Familienangehörigen stellt Anforderungen an die Familien und ihre Alltagsorganisation. Zwar sind es heute weniger die »jüngeren« Familien mit Kindern unter 18 Jahren, als vielmehr deren Elterngeneration, die sich als Angehörige der so genannten »Sandwich-Generation«, sowohl »von unten« (von den eigenen Kindern und Enkelkindern) als auch »von oben« (von den Eltern und Schwiegereltern) zunehmenden Unterstützungserwartungen und Hilfeverpflichtungen gegenüber sehen. Mit zunehmender Alterung der Bevölkerung (vgl. Kapitel 3.2) wird dieser Bereich aber weiter an Bedeutung gewinnen und in einigen Jahren auch die heutigen »jüngeren« Familien (vor allem die erwerbstätigen Mütter in diesen Familien) vor immer größere Anforderungen stellen.

Auch in Hilden werden in insgesamt 16 Prozent der Familien mit Kindern unter 18 Jahren Aufgaben zur Betreuung von Pflegebedürftigen übernommen (vgl. Tabelle 7.1). In der Mehrzahl (zehn Prozent) sind dies pflegebedürftige Familienangehörige, die nicht mit im Familienhaushalt wohnen – vor allem Eltern oder Schwiegereltern. Fünf Prozent der Familien betreuen aber auch ein eigenes pflegebedürftiges Kind, den Partner bzw. die Partnerin oder einen anderen Familienangehörigen im eigenen Haushalt.

7.1.3 Häusliche Kinderbetreuung

In Kapitel 6.2 haben wir uns die institutionellen Kinderbetreuungsarrangements der Hildener Familien angesehen, die sicherlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber auch für die Alltagsbewältigung insgesamt sind. An dieser Stelle möchten wir betrachten, wie die Hildener Familien die Betreuung der Kinder außerhalb von Kindertageseinrichtungen und Schule organisiert haben. Wie in allen bisherigen Projektkommunen spielen auch in Hilden die Mütter die wichtigste Rolle bei der Betreuung der Kinder: Vier von fünf Hildener Kinder unter zehn Jahren werden außerhalb der Schule bzw. der Kita von den Müttern betreut (vgl. Abbildung 7.3). Mit größerem Abstand folgen dann die Väter (33 Prozent) und die Großeltern der Kinder (30 Prozent). Sonstige verwandte und nicht verwandte Personen sind sehr viel seltener für die Betreuung der Kinder verantwortlich (vgl. Tabelle 22 im Kommentierten Tabellenband: 52).

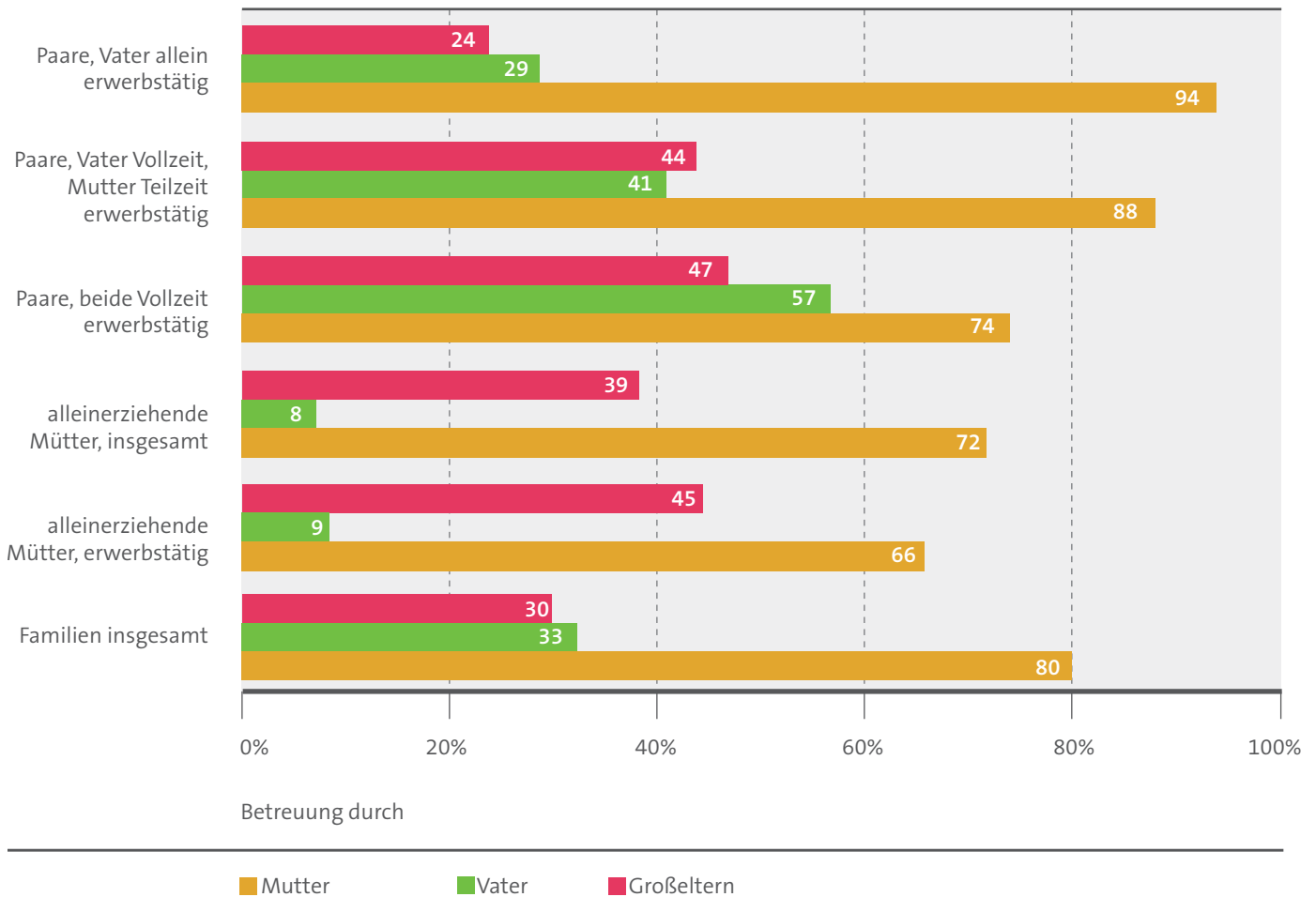
Die Betreuungsarrangements zu Hause werden aber durch die Erwerbsbindung der Eltern beeinflusst. In Paarfamilien, in denen die Mütter nicht erwerbstätig sind, ist die Bedeutung der Mutter als regelmäßige Betreuungsperson von Kindern unter zehn Jahren noch einmal größer (94 Prozent), während die alleine erwerbstätigen Väter und die Großeltern seltener für die häusliche Kinderbetreuung zuständig sind. Mit zunehmendem Erwerbsumfang der Mütter nimmt ihre Bedeutung jedoch ab und die der Väter zu: 74 Prozent der Paarfamilien, in denen beide Elternteile voll erwerbstätig sind, geben an, dass die Kinder durch die Mütter betreut werden und 57 Prozent der Familien geben an, dass (auch) die Väter für die Betreuung zuständig sind. Die Angaben der Hildener Familien zur Arbeitsteilung

Tabelle 7.1: Verantwortung für Pflegebedürftige

Wer wird gepflegt?	Im eigenen Haushalt	Außerhalb des eigenen Haushalts
	Angaben in Prozent	
Eigenes Kind	3	0
Partner/in	1	0
Familienangehöriger	1	10
Sonstige Personen	1	1
Insgesamt	5	11

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Abbildung 7.3: Betreuung der Kinder außerhalb von Kindertageseinrichtungen und Schule



Nur Kinder unter zehn Jahren.

Da Mehrfachantworten zugelassen waren, ergeben sich mehr als 100 Prozent.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

im Haushalt, die im vorangegangenen Kapitel 7.1.1 betrachtet wurden, lassen für den Punkt »Betreuung der Kinder« darauf schließen, dass es sich hierbei im Großteil der Fälle um eine gemeinsame bzw. zusätzliche Verantwortung der Väter handelt.⁴³

Alleinerziehende Mütter (die in Hilden 95 Prozent der Alleinerziehenden ausmachen) können dagegen bei der Betreuung ihrer unter zehnjährigen Kindern nur in wenigen Fällen auf die Unterstützung der Väter zählen – selbst dann, wenn die Mütter erwerbstätig sind. Dafür spielen bei alleinerziehenden Müttern die Großeltern eine größere Rolle bei der Kinderbetreuung: 39 Prozent der alleinerziehenden Mütter insgesamt und 45 Prozent der erwerbstätigen alleinerziehenden Mütter geben an, dass Großeltern tagsüber die Kinder betreuen, wenn diese nicht in der Schule oder einer Betreuungseinrichtung sind. Diese Unterstützung durch Großeltern ist offenbar besonders für

erwerbstätige alleinerziehende Mütter wichtig. Auch in Paarfamilien, in denen die Mütter (in Teilzeit oder in Vollzeit) erwerbstätig sind, sind familiäre Unterstützungsnetzwerke durch die Großeltern bei der Kinderbetreuung von großer Bedeutung und erleichtern (bzw. ermöglichen) damit die Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Wie im folgenden Kapitel 7.2 gezeigt wird, spielen Großeltern, aber auch andere Verwandte, Nachbarn und Freunde auch in anderen Bereichen der Alltagsbewältigung für die Hildener Familien eine wichtige Rolle.

43 Ist nur der Vater erwerbstätig, ist in 77 Prozent der Hildener Paarfamilien überwiegend die Mutter für die Betreuung der Kinder (hier allerdings aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren) zuständig und in 22 Prozent der Familien beide Eltern zu etwa gleichen Teilen. Sind beide Eltern voll erwerbstätig, übernimmt dagegen nur in 32 Prozent der Familien überwiegend die Mutter die Betreuung der Kinder, während in 64 Prozent der Familien Mutter und Vater etwa gleichermaßen für die Kinderbetreuung zuständig sind.

7.2 Unterstützung bei der Alltagsbewältigung durch private Netzwerke

Nicht nur für die Kinderbetreuung erhalten Familien im Alltag Hilfeleistungen von Großeltern und anderen verwandten und nicht verwandten Personen (so genannte Netzwerkhilfen), sondern häufig auch für verschiedene andere zu erledigende Arbeiten z.B. beim Hausbau, der Renovierung oder der Gartenarbeit. Ein funktionierendes Hilfenetz dieser Art kann eine große Erleichterung sein, um die alltäglichen Herausforderungen des Familienalltags zu meistern oder Problemsituationen zu bewältigen. Wir haben die Familien daher gefragt, ob und von wem sie Unterstützung im Alltag erhalten. Zusätzlich wurde erfragt, ob die befragten Familien selbst anderen helfen und wem Hilfe gewährt wird. Die folgende Tabelle 7.2 zeigt, von wem und in welchem Umfang die Hildener Familien entsprechende Hilfe oder Unterstützung erhalten bzw. gewähren.

Übergreifend zeigt sich in Hilden – wie in den anderen Kommunen der Projektfamilie auch – dass die gewährte Hilfe von den Familien (etwas) umfassender eingeschätzt wird als die Hilfe und Unterstützung, die die Familien erhalten – unabhängig davon, von wem diese Unterstützung kommt bzw. für wen sie bestimmt ist. Die größte Bedeutung innerhalb der Netzwerkbeziehungen hat die (in der Regel voraussetzungslose) Unterstützung von (Groß-)Eltern. Sie werden auch in Hilden sowohl als Helfende als auch als Empfänger von Hilfen am häufigsten genannt. Mehr als jede zweite Familie (53 Prozent) gibt an, regelmäßig oder hin und wieder Hilfeleistungen von den (Groß-)Eltern zu erhalten, so dass diese für viele Familien eine verlässliche Basis im Alltagsleben sind. Im Unterschied zum vorangegangenen Kapitel beschränken sich die Angaben hier auf Großeltern, die nicht zum eigenen Haushalt gehören.

Tabelle 7.2: Wer hilft im Alltag und wem wird geholfen?

	regelmäßig	hin und wieder	selten	nie	Personen gibt es nicht/ Möglichkeit besteht nicht
Familien insgesamt	Angaben in Prozent				
Erhalten Hilfeleistungen von:					
(Groß-)Eltern	25	28	14	23	10
Freunden und Bekannten	5	32	29	30	4
Nachbarn	3	19	26	49	4
sonstigen Verwandten	3	16	22	48	11
Kollegen	0	4	12	77	7
Gewähren Hilfeleistungen an:					
(Groß-)Eltern	26	39	13	13	9
Freunde und Bekannte	6	50	25	16	3
Nachbarn	5	31	29	33	3
sonstige Verwandte	5	30	24	31	10
Kollegen	1	13	24	57	6

Die Fragen lauteten:

»Erhalten Sie oder ein anderes Mitglied Ihres Haushalts Hilfeleistungen von Personen, die nicht in Ihrem Haushalt leben? Geben Sie bitte an, von wem Sie Hilfeleistungen z.B. bei Arbeiten (Renovierung, Gartenarbeit, Kinderbetreuung etc.) erhalten und wie oft.«

»Und umgekehrt, unterstützen Sie oder ein anderes Mitglied Ihres Haushalts Personen, die nicht in Ihrem Haushalt leben? Geben Sie bitte an, wem Sie Hilfeleistungen z.B. bei Arbeiten (Renovierung, Gartenarbeit, Kinderbetreuung etc.) gewähren und wie oft.«

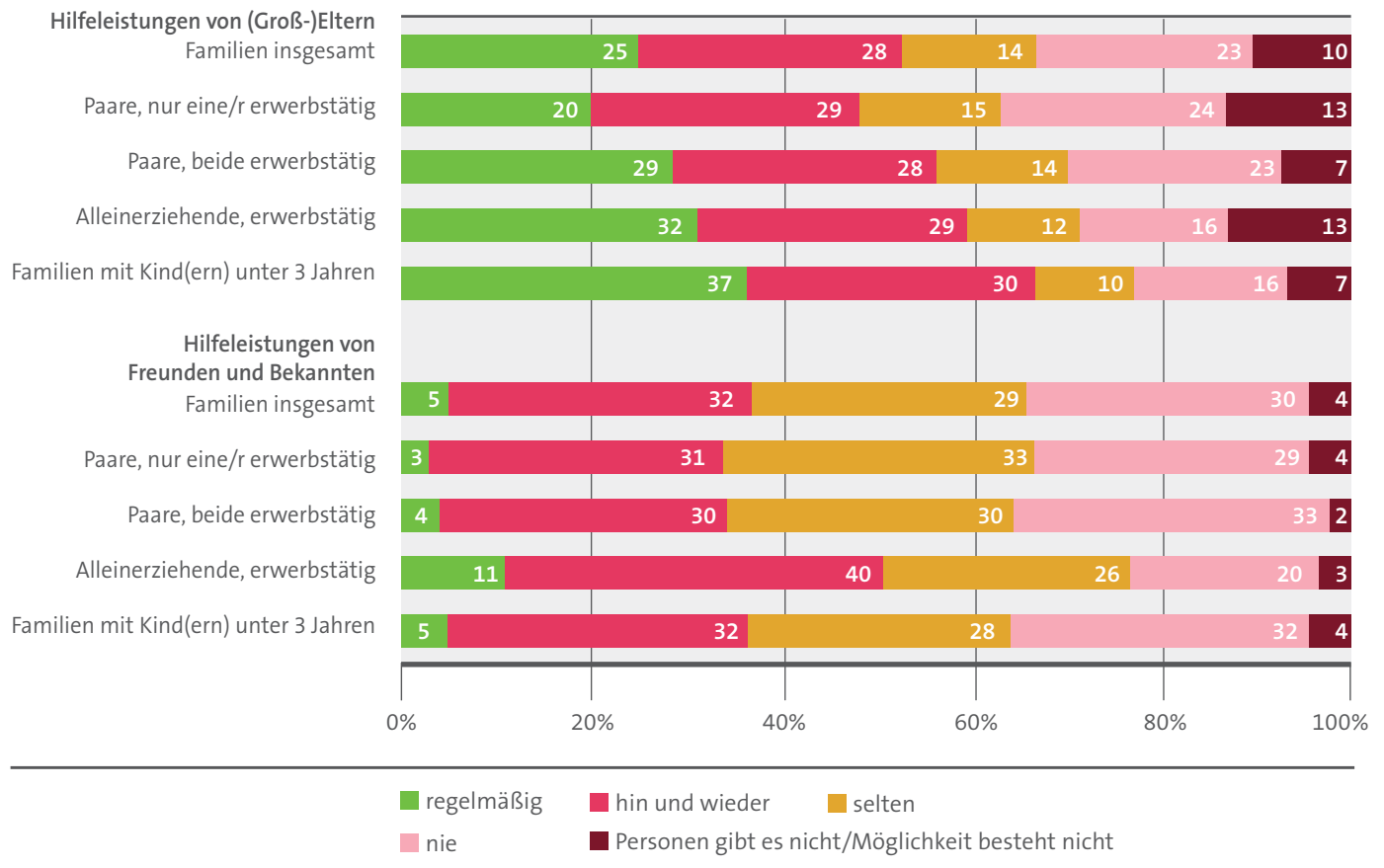
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Auch auf Unterstützung durch Freunde und Bekannte können viele Hildener Familien zurückgreifen. Im Unterschied zu den Hilfeleistungen durch (Groß-)Eltern werden Hilfen durch Freunde und Bekannte (und andere Personengruppen) vor allem »hin und wieder« (32 Prozent) und nur selten »regelmäßig« (fünf Prozent) gewährleistet. Auf Unterstützung durch Nachbarn können immerhin 22 Prozent der Familien regelmäßig oder hin und wieder zurückgreifen. Damit spielen die Nachbarn für die Hildener Familien sogar eine etwas größere Rolle als sonstige Verwandte, die von 19 Prozent der Familien genannt werden. In den meisten anderen Projektkommunen spielen Nachbarn eine eher untergeordnete Rolle in den Hilfenetzwerken der Familien. Hilfeleistungen von Kollegen sind dagegen sowohl in Hilden als auch in den übrigen Kommunen der Projektfamilie ausgesprochen selten.

Da die Hilfeleistungen durch (Groß-)Eltern und Freunde und Bekannte für die Hildener Familie dennoch eine deutlich größere Rolle spielen als Hilfen durch andere Personen, wollen wir sie uns im Folgenden noch einmal etwas genauer ansehen und betrachten, welche Familientypen von Unterstützung durch diese Personen in der Alltagsbewältigung am häufigsten profitieren (vgl. Abbildung 7.4).⁴⁴

44 Eine ausführliche Tabelle zu den erhaltenen bzw. gewährten Unterstützungsleistungen von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf (Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationshintergrund) findet sich auch in Tabelle 14 im Kommentierten Tabellenband: 34).

Abbildung 7.4: Private Unterstützungsleistungen im Alltag



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Bei den Hilfeleistungen von (Groß-)Eltern zeigt sich, dass diese ganz besonders häufig Familien mit sehr kleinen Kindern gewährt werden. 37 Prozent der Familien mit Kindern unter drei Jahren können regelmäßig und noch einmal 30 Prozent zumindest hin und wieder auf die Unterstützung durch (Groß-)Eltern, die nicht zum Haushalt gehören, zurückgreifen. Auch bei einer zunehmenden Erwerbseinbindung der Eltern (bzw. der Mütter) nimmt vor allem die regelmäßige Unterstützung durch die (Groß-)Eltern zu. Dies gilt besonders für erwerbstätige Alleinerziehende: Sie geben mit 32 Prozent noch einmal häufiger an, regelmäßig auf Hilfeleistungen von den (Groß-)Eltern zurückgreifen zu können. Darüber hinaus sagen erwerbstätige Alleinerziehende auch deutlich seltener, dass sie »nie« Unterstützung durch die (Groß-)Eltern (aber auch durch Freunde und Bekannte sowie sonstige Verwandte) erhalten, was ebenfalls für eine deutlich stärkere Einbindung der Alleinerziehenden in ein funktionierendes Hilfenetz spricht. Mit 13 Prozent geben erwerbstätige Alleinerziehende aber auch etwas häufiger als die Familien insgesamt an, dass sie auf Hilfe durch (Groß-)Eltern nicht zurückgreifen können, weil es diese Personen nicht gibt bzw. diese Möglichkeit nicht besteht, sei es weil die eigenen (Groß-)Eltern zu weit entfernt leben oder kein Kontakt zu den (Groß-)Eltern des ehemaligen Partners besteht.

Im Unterschied zur Unterstützung durch die (Groß-)Eltern sind Hilfeleistungen durch Freunde und Bekannte nicht vom Erwerbsumfang der Eltern und dem Alter der Kinder abhängig. Zwischen den Familien insgesamt, Paarfamilien mit einem und Paarfamilien mit zwei erwerbstätigen Elternteilen sowie Familien mit unter dreijährigen Kindern gibt es kaum Unterschiede. Ganz anders sieht die Situation für erwerbstätige Alleinerziehende (aber auch für die Alleinerziehenden insgesamt) aus: Hier spielen auch Freunde und Bekannte eine bedeutsamere Rolle bei der Alltagsbewältigung der Familien. 40 Prozent der erwerbstätigen Alleinerziehenden erhalten hin und wieder Unterstützung von Freunden und Bekannten. Jede/r neunte erwerbstätige Alleinerziehende wird sogar regelmäßig unterstützt und nur jede/r fünfte gibt an, nie Hilfeleistungen von Freunden und Bekannten zu erhalten. Die Alltagsbewältigung von Alleinerziehenden, insbesondere von erwerbstätigen Alleinerziehenden, ist damit in hohem Maße von einem funktionierenden informellen Hilfenetzwerk getragen.

7.3 Alltagsprobleme und Inanspruchnahme von privater und institutioneller Hilfe

Hilfeleistungen durch private Netzwerke können sich aber nicht nur in praktischer Unterstützung und »Mitanpacken« im Familienalltag äußern. Verwandte, Freunde und Bekannte können den Familien auch emotionale Hilfe und Unterstützung in den vielen Situationen des Alltags bieten, in denen es durch das Zusammenleben mit Kindern zu kleineren (und größeren) Pro-

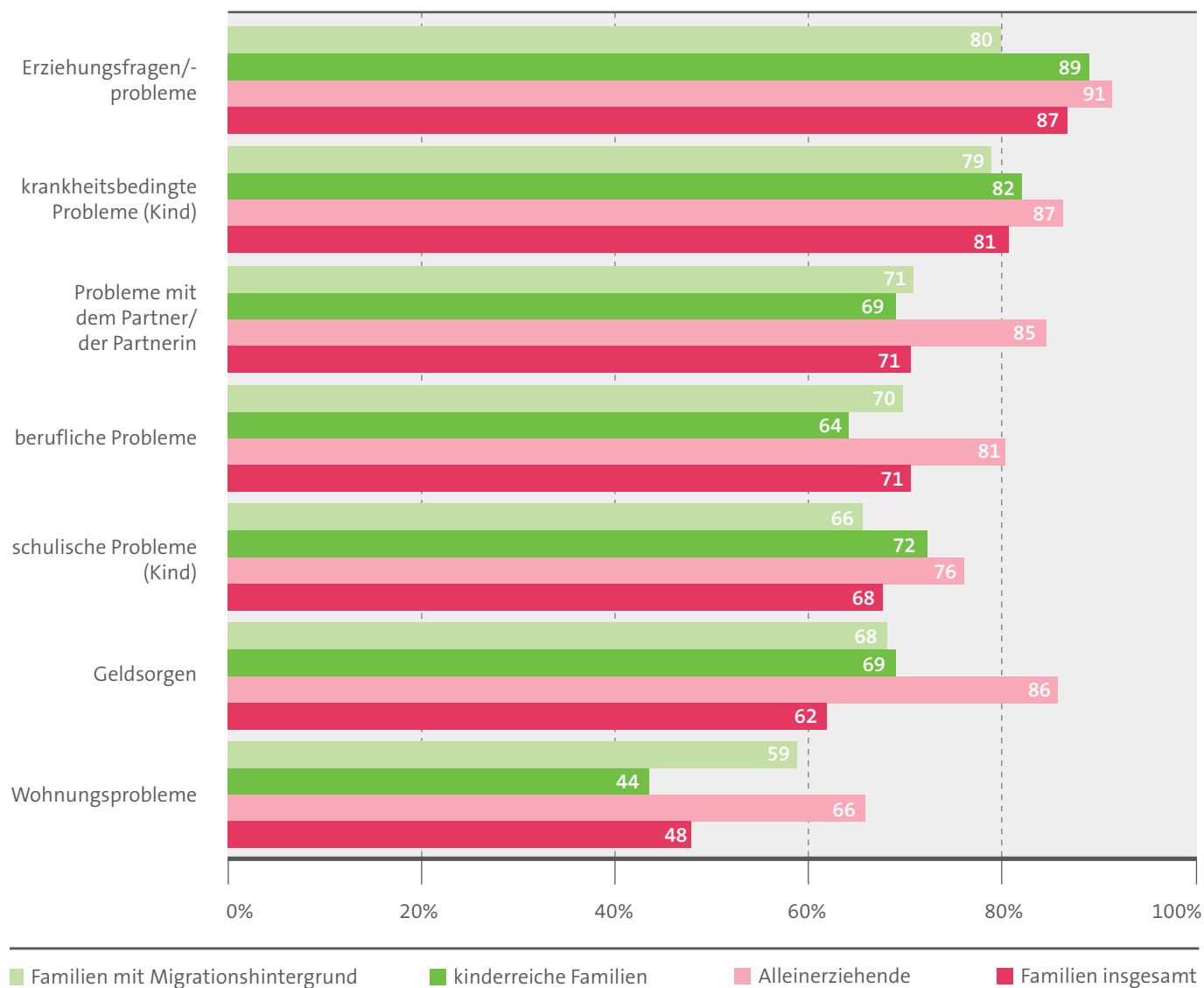
blemen und Belastungen kommen kann. In den folgenden Kapiteln interessiert uns daher, mit welchen Problemen die Hildener Familien in ihrem Alltag konfrontiert sind (Kapitel 7.3.1) und welche Unterstützung die Familien durch private Netzwerke und Fachkräfte bereits erhalten haben (Kapitel 7.3.2).

7.3.1 Welche Probleme gab es schon einmal?

In der Familienbefragung haben wir die Familien anhand einer Auswahl vorgegebener Probleme gefragt, welche davon sie im Alltag bereits bewältigen mussten und von welcher Seite sie in diesen Situationen Hilfe erhalten haben. Dabei wurde eine sehr offene Fragestellung verwendet, die davon ausgeht, dass solche Probleme selbstverständlich für das Familienleben sind. In Abbildung 7.5 lässt sich erkennen, welche Familien wie häufig die angeführten Probleme in der Vergangenheit schon einmal zu bewältigen hatten. Die Angaben wurden nach der Häufigkeit der Nennung für Familien insgesamt geordnet. Von allen betrachteten Familiengruppen werden Erziehungsfragen bzw. -probleme und krankheitsbedingte Probleme der Kinder am häufigsten genannt. Bei den Familien insgesamt sind sie bereits bei 87 bzw. 81 Prozent der Familien aufgetreten. Probleme mit dem Partner bzw. der Partnerin, berufliche Probleme und schulische Probleme der Kinder hatten zwischen 68 und 71 Prozent der Hildener Familien schon einmal zu bewältigen, mit Geldsorgen mussten 62 Prozent der Familien bereits umgehen. Deutlich seltener werden von den Familien insgesamt Wohnungsprobleme genannt, hier ist es »nur« knapp jede zweite Familie, bei der dieses Problem schon einmal eine Rolle gespielt hat.

Zwischen den betrachteten Familienformen unterscheidet sich die Gewichtung der zu bewältigenden Probleme zum Teil jedoch erheblich. Vor allem Alleinerziehende berichten sehr häufig von Problemen im Alltag. Sie geben sämtliche der angeführten Probleme anteilig häufiger als die anderen hier betrachteten Familientypen an. Nicht nur von Problemen mit dem Partner bzw. der Partnerin, sondern auch von beruflichen Problemen, Wohnungsproblemen und vor allem Geldsorgen sind Alleinerziehende sehr viel häufiger betroffen als die übrigen Familientypen. Gerade einmal 14 Prozent der Alleinerziehenden geben an, noch nie Geldsorgen gehabt zu haben. Auch kinderreiche Familien nennen die Mehrheit der angeführten Probleme anteilig häufiger als die Familien insgesamt. Vor allem Probleme, die die Kinder betreffen, also Erziehungsfragen/-probleme, krankheitsbedingte und schulische Probleme der Kinder, werden besonders häufig angegeben. Im Gegensatz dazu geben Familien mit Migrationshintergrund den Großteil der angeführten Probleme (etwas) seltener als Familien insgesamt an. Ausnahmen sind Geldsorgen und Wohnungsprobleme, die die Familien mit Migrationshintergrund – nach den Alleinerziehenden – am häufigsten schon einmal zu bewältigen hatten.

Abbildung 7.5: Welche Probleme gab es schon einmal?



Angaben in Prozent der Nennungen.
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

7.3.2 Hilfe bei Problemen durch private Netzwerke und Fachkräfte

Auch bei der Lösung der dargestellten Alltagsprobleme können die Familien in Hilden in der Mehrzahl auf private Hilfe von Partner oder Partnerin, Verwandten oder Freunden zurückgreifen, darin unterscheiden sie sich nicht von den Familien in anderen Kommunen der Projektfamilie. Vor allem bei beruflichen Problemen, Erziehungsfragen/-problemen, Geldsorgen und Partnerschaftsproblemen hat die überwiegende Mehrheit der Hildener Familien (jeweils über 80 Prozent) private Unterstüt-

zung erhalten (vgl. Tabelle 7.3). Die Hilfe von Fachkräften spielt in erster Linie bei krankheitsbedingten Problemen der Kinder, aber auch bei schulischen Problemen und Erziehungsfragen/-problemen eine Rolle. Bei Geldsorgen, Partnerschaftsproblemen und beruflichen Problemen – also Bereiche, bei denen sich die Hildener Familien sehr häufig an Verwandte und Freunde gewandt haben – spielt die Hilfe von Fachkräften dagegen nur in wenigen Familien eine Rolle.

Tabelle 7.3: Verschiedene Probleme im Alltag und Unterstützung und Hilfe

	Familien insgesamt	Familien mit Migrationshintergrund	kinderreiche Familien	Alleinerziehende
Unterstützung im Alltag, z.B. bei ...	Angaben in Prozent			
Erziehungsfragen/-problemen				
bei Problemen private Hilfe erhalten	87	88	85	75
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	35	27	39	53
schulischen Problemen (Kind)				
bei Problemen private Hilfe erhalten	53	51	65	46
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	39	35	44	43
Problemen mit dem Partner/der Partnerin				
bei Problemen private Hilfe erhalten	83	78	77	77
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	12	9	15	20
Wohnungsproblemen				
bei Problemen private Hilfe erhalten	72	63	79	72
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	21	30	14	18
Geldsorgen				
bei Problemen private Hilfe erhalten	86	82	90	84
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	9	12	10	11
krankheitsbed. Problemen (Kind)				
bei Problemen private Hilfe erhalten	65	64	65	60
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	59	53	61	54
beruflichen Problemen				
bei Problemen private Hilfe erhalten	88	80	73	88
bei Problemen Hilfe von Fachkraft erhalten	14	18	16	15

Anmerkung: Da Mehrfachnennungen möglich waren ergeben sich mehr als 100 Prozent.

Die Frage lautet: „Jeder Mensch braucht im Leben einmal Unterstützung oder Hilfe. Wenn Sie einmal zurückdenken, an wen haben Sie sich gewendet?“ Die Auswahlmöglichkeiten Partnerin bzw. Partner, Verwandte sowie Freunde/Nachbarn sind zu privater Hilfe zusammengefasst worden.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Alleinerziehende, für die die aufgeführten Probleme präsenter als für andere Familien sind (vgl. Abbildung 7.5) greifen meist etwas seltener auf private Hilfe und Unterstützung zurück als andere Familien. Die Hilfe von Fachkräften spielt dagegen häufig eine größere Rolle. Dies gilt vor allem für Erziehungsfragen/-problemen, schulischen Problemen und Partnerschaftsproblemen.

7.4 Institutionelle Unterstützungsangebote für Familien, Kinder und Jugendliche

Trotz der großen Bedeutung privater Hilfenetzwerke spielen institutionelle Unterstützungsangebote eine nicht unbedeutende Rolle im Leben vieler Familien. Nachdem wir uns angesehen haben, mit welchen Alltagsproblemen die Familien in Hilden konfrontiert sind und wie ihre privaten Unterstützungsnetzwerke strukturiert sind, sollen deshalb im Folgenden die in Hilden vorhandenen institutionellen Unterstützungsangebote für Familien und ihre Inanspruchnahme betrachtet werden. Dabei sollte es ein Kriterium einer familienfreundlichen- und kinderfreundlichen Kommune sein, ob Eltern, die auf institutionelle Unterstützung angewiesen sind, diese auch vor Ort kennen und in Anspruch nehmen.

Wir haben den Familien im Fragebogen eine ganze Reihe von Einrichtungen und Beratungsangeboten öffentlicher und freier Träger vorgelegt und danach gefragt, ob die Familien diese in den letzten beiden Jahren genutzt haben oder ob ihnen diese gar nicht bekannt sind (vgl. Tabelle 7.4). An dieser Stelle beschränken wir uns allerdings auf Einrichtungen und Beratungsangebote, die von mindestens fünf Prozent der Familien insgesamt in Anspruch genommen wurden.⁴⁵ Auch hier betrachten wir neben den Familien insgesamt wieder die Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und kinderreiche Familien.

Die Familien insgesamt haben von den betrachteten Einrichtungen und Angeboten das Amt für Jugend, Schule und Sport (27 Prozent), die Bundesagentur für Arbeit (24 Prozent) und die Psychologische Beratungsstelle (20 Prozent) in den letzten beiden Jahren am häufigsten genutzt. Die ARGE / ME-aktiv, die Familienbildungsstätten und Kindertherapeuten wurden von etwa jeder zehnten Familie in Anspruch genommen. Das Wohnungsamt und das Amt für Soziales und Integration wurden von acht bzw. fünf Prozent der Hildener Familien aufgesucht.

⁴⁵ Die Nutzungsraten für sämtliche Einrichtungen und Angebote sind in Tabelle 13 im Kommentierten Tabellenband auf Seite 33 dargestellt.

Tabelle 7.4: In den letzten beiden Jahren genutzte Einrichtungen und allgemeine Beratungsangebote

	Familien insgesamt		Familien mit Migrationshintergrund		kinderreiche Familien		Alleinerziehende	
	Angaben in Prozent							
	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht	ja	kenne ich nicht
Amt für Jugend, Schule und Sport	27	1,9	27	3,4	36	2,2	43	0,6
Bundesagentur für Arbeit	24	0,8	25	1,3	23	1,0	31	0,0
Psychologische Beratungsstelle	20	1,4	17	2,5	30	2,1	42	0,6
ARGE / ME-aktiv	12	14,1	17	15,2	12	18,6	34	6,4
Familienbildungsstätte	10	2,9	7	6,5	15	5,4	12	1,2
Kindertherapeut	10	1,8	8	4,2	20	3,2	18	0,6
Wohnungsamt	8	1,5	15	2,6	14	3,2	22	0,0
Amt für Soziales und Integration	5	3,5	6	5,3	8	8,7	11	1,9

Anmerkung: Nur Einrichtungen und Beratungsangebote, die von mindestens fünf Prozent der Familien insgesamt in Anspruch genommen wurden.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Vergleichen wir die verschiedenen Familientypen miteinander, so zeigt sich auch hier insbesondere für Alleinerziehende ein deutlich höherer Beratungs- und Unterstützungsbedarf: Vor allem auf Unterstützung durch das Amt für Jugend, Schule und Sport (43 Prozent) und die Psychologische Beratungsstelle (42 Prozent) waren Alleinerziehende in den letzten beiden Jahren sehr viel häufiger als andere Familien angewiesen. Aber auch die ARGE / ME-aktiv (34 Prozent), die Bundesagentur für Arbeit (31 Prozent) und das Wohnungsamt (22 Prozent) wurden von Alleinerziehenden deutlich häufiger als von den übrigen Familien aufgesucht. Dies deckt sich auch mit den von den Alleinerziehenden angegebenen Problemen (vgl. Abbildung 7.5) und den Angaben zur wirtschaftlichen Situation der Alleinerziehenden (vgl. Kapitel 5.2). Auch kinderreiche Familien haben auf die hier angeführten Einrichtungen und Beratungsangebote größtenteils häufiger zurückgegriffen als die Familien insgesamt. Allerdings sind die Unterschiede deutlich geringer als bei den Alleinerziehenden. Häufiger als andere Familien haben sich die kinderreiche Familien in den vergangenen beiden Jahren an eine Familienbildungsstätte oder einen Kindertherapeuten gewandt. Familien mit Migrationshintergrund geben nur für das Wohnungsamt und die ARGE / ME-aktiv deutlich häufiger als die Familien insgesamt an, diese in den letzten beiden Jahren in Anspruch genommen zu haben. Auch dies spiegelt die angegebenen Probleme dieser Familien wider (vgl. Abbildung 7.5).

Betrachten wir den Bekanntheitsgrad der verschiedenen Einrichtungen, so zeigt sich, dass die übergroße Mehrheit der Familien die genannten Einrichtungen und Beratungsstellen kennt. Eine Ausnahme stellt die ARGE / ME-aktiv dar, die 14 Prozent der Familien nicht (bzw. noch immer nicht unter diesem Namen) bekannt ist.⁴⁶ Während unter Alleinerziehenden sämtliche hier angeführten Einrichtungen und Beratungsangebote sogar noch bekannter sind als unter den Familien insgesamt, sind unter den kinderreichen Familien und vor allem den Familien mit Migrationshintergrund sämtliche Angebote anteilig seltener bekannt. Hier besteht also durchaus noch weiterer Handlungsbedarf, um den Bekanntheitsgrad der verschiedenen (Beratungs-)Einrichtungen unter den Familien – insbesondere unter den Migrantenfamilien – zu steigern.

7.5 Einschätzung des Angebots und der Hilfe

Abschließend zu diesem Kapitel möchten wir noch kurz betrachten, wie die Familien in Hilden die familienspezifischen Angebote und Unterstützungsleistungen in der Stadt subjektiv bewerten. Um eine Einschätzung zu diesen Aspekten durch die Hildener Familien zu erhalten, haben wir ihnen eine Reihe von Aussagen zur Bewertung vorgelegt, die mit dem Satz eingeführt wurden: »Das Leben in einer Familie und die Erziehung

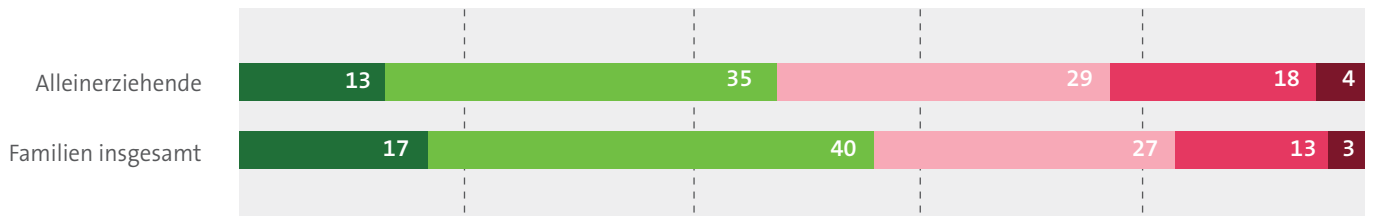
der Kinder können durch äußere Umstände erleichtert oder erschwert werden. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?« Die Familien bewerteten die Aussagen auf einer Fünferskala von 1 »stimme voll und ganz zu« bis 5 »stimme überhaupt nicht zu«. Hier sollen zwei Items näher betrachtet werden, die sich auf das institutionelle und städtische Angebot für Familien beziehen. Neben den Familien insgesamt möchten wir an dieser Stelle noch einmal die Alleinerziehenden betrachten, da in den vorangegangenen Analysen für diese Familien ein deutlich höherer Beratungs- und Unterstützungsbedarf festgestellt wurde.

Danach befragt, ob sie sich über die familienspezifischen Angebote in der Stadt gut informiert fühlen, zeigt sich unter den Hildener Familien insgesamt ein sehr positives Bild (vgl. Abbildung 7.6): 57 Prozent der Familien stimmen dieser Aussage voll und ganz bzw. eher zu, was auch im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden der Projektfamilie ein ausgesprochen hoher Wert ist. Dennoch gibt es auch kritische Stimmen: 16 Prozent der Familien fühlen sich nicht ausreichend über die Angebote der Stadt informiert und gut ein Viertel ist diesbezüglich unentschieden. Unter Alleinerziehenden, die auch in den übrigen Projektkommunen kritischer als die Familien insgesamt sind, fällt diese Einschätzung etwas schlechter aus: Obwohl sich fast die Hälfte (48 Prozent) der Alleinerziehenden über familienspezifische Angebote in der Stadt (sehr) gut informiert fühlt, kann immerhin gut jede/r fünfte (22 Prozent) der Aussage eher nicht bzw. überhaupt nicht zustimmen.

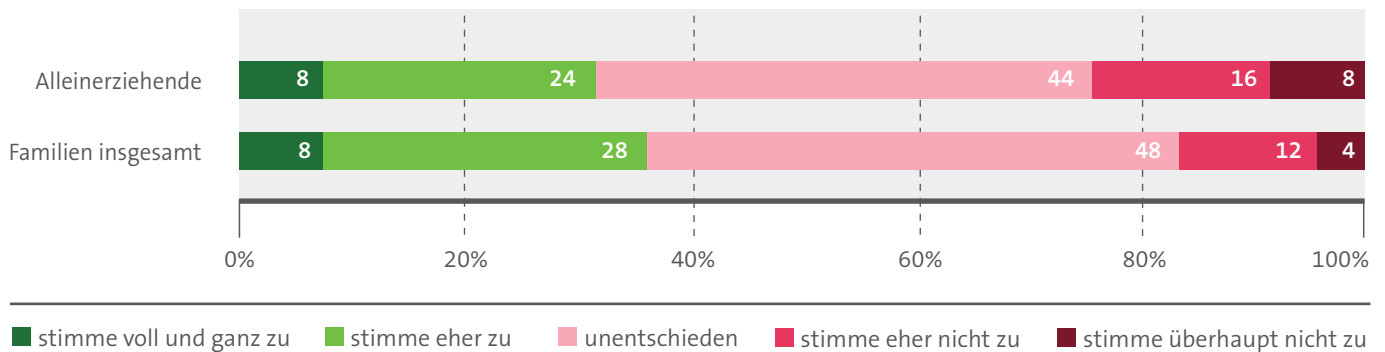
46 Hier kann allerdings angenommen werden, dass die ARGE / ME-aktiv (unter diesem Namen) insbesondere den Familien nicht bekannt ist, die dort keine Leistungen in Anspruch genommen haben. So ist bei den Alleinerziehenden, die sehr viel häufiger als die übrigen Gruppen angeben, dass sie in den vergangenen beiden Jahren auf Unterstützung durch die ARGE / ME-aktiv angewiesen waren, auch der Anteil derjenigen, die die ARGE / ME-aktiv nicht kennen, mit gut sechs Prozent deutlich geringer.

Abbildung 7.6: Subjektive Einschätzungen der Hildener Familien

»Ich fühle mich über die familienspezifischen Angebote in Hilden gut informiert.«



»Auf Ämtern wird bei Familienangelegenheiten unbürokratisch geholfen.«



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Die Frage, ob auf den Ämtern bei Familienangelegenheiten unbürokratisch geholfen wird, beantworten die Familien in Hilden deutlich ambivalenter. Hier sind vor allem die Anteile der unentschiedenen Familien, die sich in dieser Frage offenbar kein Urteil zutrauen, sehr viel höher. Bei den Hildener Familien insgesamt ist fast die Hälfte (48 Prozent) der Familien in ihrem Urteil unentschieden. Dennoch überwiegen in Hilden die positiven Einschätzungen sehr deutlich gegenüber den negativen. Dies war bisher nur in wenigen Projektkommunen wie beispielsweise Rheinberg oder Wesseling der Fall (vgl. Faktor Familie/Stadt Rheinberg 2009; ZEFIR/Stadt Wesseling 2006), wobei der Anteil der positiven Einschätzungen in Hilden sogar noch einmal größer ist. Alleinerziehende sehen diesen Punkt der Ar-

beit städtischer Ämter kritischer als die Hildener Familien insgesamt. Unter ihnen ist auch der Anteil der unentschiedenen Familien kleiner, was auch damit zusammenhängen kann, dass diese Familien häufiger als die Familien insgesamt Rat und Unterstützung von Ämtern in Anspruch genommen haben. Nur etwa jede/r dritte Alleinerziehende stimmt der Aussage, dass auf Ämtern bei Familienangelegenheiten unbürokratisch geholfen wird, voll und ganz bzw. eher zu, fast jede/r vierte lehnt sie aber (eher) ab.

Besonders bedeutsam für den Alltag von Familien sind die Wohnung und das Wohnumfeld, denn die möglichst problemlose Organisation und Bewältigung der Alltagsroutinen sind eine wesentliche Herausforderung des Familienlebens. Neben einer ausreichend großen, bezahlbaren und gut ausgestatteten Wohnung bietet vor allem ein familienfreundliches Wohnumfeld mit kurzen Wegen zum Supermarkt, zur Kita oder zur Schule sowie sicheren und attraktiven Spielmöglichkeiten für Kinder gute Rahmenbedingungen für ein sorgenfreies Familienleben. Insbesondere solche Aspekte der Wohnumfeldqualität sind ausschlaggebend dafür, wo Familien hinziehen oder dauerhaft wohnen bleiben. Familienfreundlichkeit bedeutet daher auch, Unzufriedenheitspotenziale in der Stadt und den Stadtteilen zu beobachten, um rechtzeitig vor Ort auf Mängel des Wohnumfeldes und des Wohnungsbestandes reagieren zu können. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit diesen Fragen rund um die Lebensräume von Familien und ihre Attraktivität bzw. Mängel für Familien in Hilden.

8.1 So wohnen Familien in Hilden

Eine gut ausgestattete und ausreichend große Wohnung, die gleichzeitig bezahlbar ist, gehört sicherlich zur Grundvoraussetzung für ein zufriedenes Familienleben. Im Folgenden sehen wir uns an, wie Familien in Hilden wohnen: Wie groß sind die Wohnungen? Wer lebt im eigenen Haus oder der Eigentumswohnung? Wer wohnt zur Miete? Wie hoch sind die Miete und die Mietbelastungen für die Familien?

8.1.1 Größe der Wohnung und Eigentumsstatus

Die Familien in Hilden leben auf durchschnittlich 109 qm (in 4,1 Zimmern), was den durchschnittlichen Wohnungsgrößen der Familien in Nordrhein-Westfalen und Deutschland von 106 bzw. 109 qm⁴⁷ entspricht (vgl. Tabelle 8.1). Pro Person stehen in Hilden durchschnittlich 31 qm zur Verfügung. Zwischen den Hildener Stadtteilen gibt es nur geringe Unterschiede in den durchschnittlichen Wohnflächen. Die größten Wohnungen stehen den Familien in Hilden-Süd zur Verfügung (114 qm), unterdurchschnittlich große Wohnungen finden sich in Hilden-Nord, Hilden-West und Hilden-Mitte. Die Wohnfläche pro Person unterscheidet sich zwischen den Hildener Stadtteilen aber praktisch nicht. Stadtweit steht in 16 Prozent der Familienhaushalte weniger als ein Wohnraum pro Person zur Verfügung, was in der Armutsforschung als Indikator für beengte Wohnverhältnisse gilt (vgl. Hanesch 1994). Seltener als im stadtweiten Durchschnitt müssen Familien in Hilden-Ost und Hilden-West mit weniger als einem Raum pro Person auskommen, etwas häufiger in Hilden-Mitte.

Betrachten wir die durchschnittliche Wohnungsgröße nach unterschiedlichen Familientypen, so zeigt sich mit steigender Kinderzahl und steigendem Äquivalenzeinkommen eine deutliche Zunahme der Wohnfläche insgesamt (vgl. Abbildung 8.1). Paarfamilien mit drei und mehr Kindern stehen in Hilden durchschnittlich 127 qm Wohnfläche zur Verfügung, während es bei

47 Dabei ist zu beachten, dass Familien im Vergleich zum Durchschnitt aller Haushalte größere Wohnungen und mehr Räume bewohnen (vgl. Braun/Pfeiffer 2004). Durchschnittliche Wohnungsgrößen von Familien in Nordrhein-Westfalen nach eigenen Berechnungen anhand des Mikrozensus 2002. Durchschnittliche Wohnungsgrößen von Familien in Deutschland vgl. Braun/Pfeiffer 2004.

Tabelle 8.1: Kennzahlen zur Wohnsituation in den Hildener Stadtteilen

	Wohnfläche in m ²		Eigentümerquote	weniger als ein Raum pro Person
	durchschnittlich	pro Person	in Prozent	
Hilden-Süd	114	32	55	16
Hilden-West	106	30	63	14
Hilden-Nord	104	31	43	16
Hilden-Mitte	107	32	44	18
Hilden-Ost	111	32	60	11
Stadt Hilden	109	31	50	16

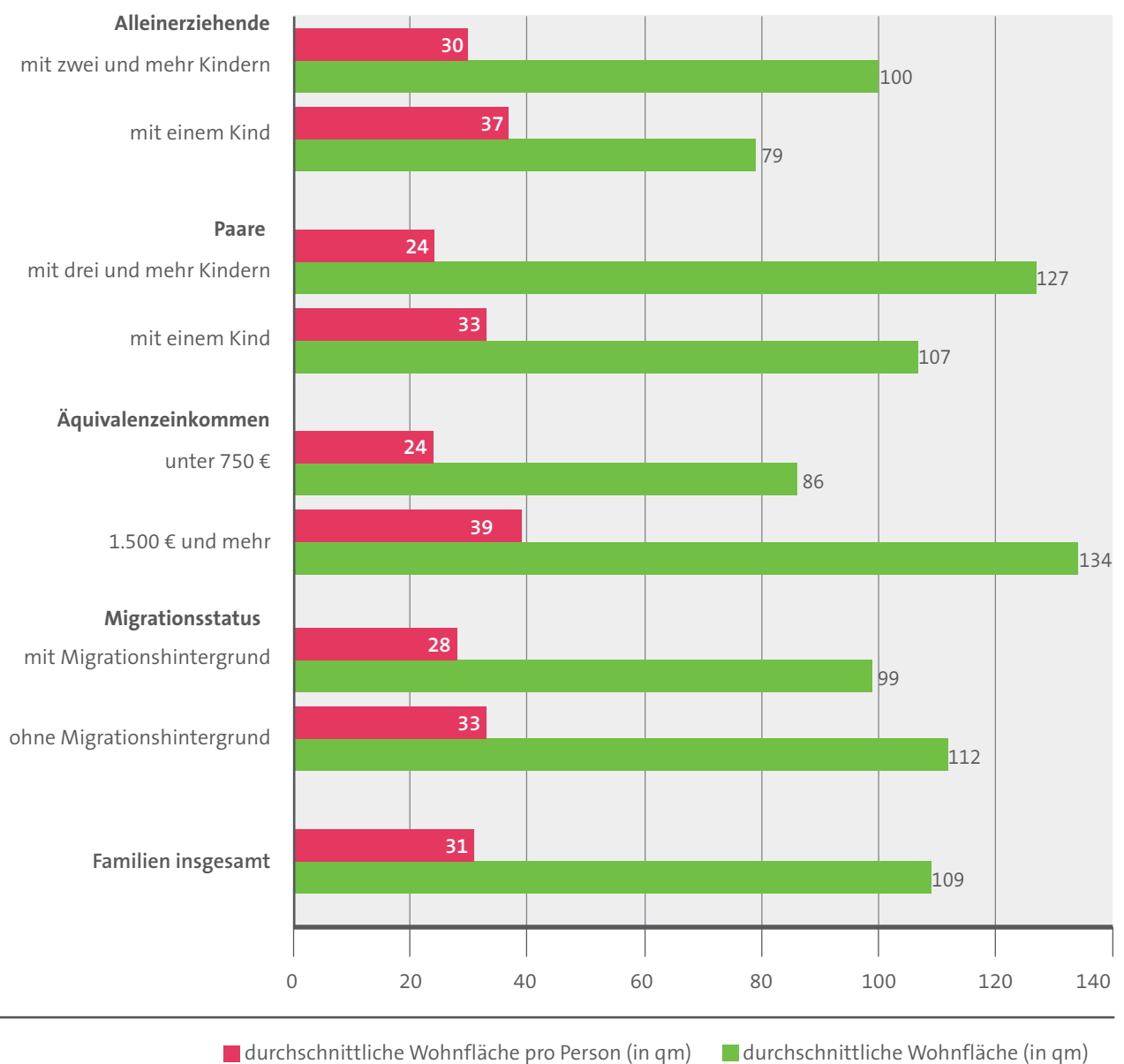
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Paarfamilien mit einem Kind »nur« 107 qm sind. Auch bei Alleinerziehenden nimmt mit steigender Kinderzahl die Größe der Wohnung zu. Wohlhabendere Familien mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr leben sogar auf durchschnittlich 134 qm Wohnfläche, während die Wohnungen von einkommensschwachen Familien (mit unter 750 Euro Äquivalenzeinkommen) gerade einmal 86 qm groß sind. Während sich allerdings die durchschnittliche Quadratmeterzahl pro Person bei zunehmendem Einkommen ebenfalls deutlich erhöht, nimmt sie bei zunehmender Kinderzahl sowohl in Paarfamilien als auch bei Alleinerziehenden ab. Zwar ist nicht davon auszugehen, dass der Quadratmeterbedarf propor-

tional mit der Anzahl der Haushaltsmitglieder steigt. In jeder zweiten kinderreichen Paarfamilie steht den Familienmitgliedern allerdings weniger als ein Raum pro Person zur Verfügung (vgl. Tabelle 26 im Kommentierten Tabellenband: 60).

Familien mit Migrationshintergrund leben in durchschnittlich kleineren Wohnungen als Familien ohne Migrationshintergrund (99 gegenüber 112 qm) und auch die Wohnfläche pro Person ist geringer (28 gegenüber 33 qm). Außerdem steht mit 30 Prozent fast jeder dritten Familie mit Migrationshintergrund weniger als ein Raum pro Person zur Verfügung (vgl. Tabelle 26 im Kommentierten Tabellenband: 60).

Abbildung 8.1: Durchschnittliche Wohnungsgröße von unterschiedlichen Familientypen



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Die Wohneigentumsquote von Familien in Hilden, die ebenfalls in Tabelle 8.1 dargestellt ist, liegt mit 50 Prozent im bundesweiten Durchschnitt von 51 Prozent (vgl. Braun/Pfeiffer 2004). Zwischen den Hildener Stadtteilen zeigen sich deutliche Unterschiede: In Hilden-West und Hilden-Ost werden mit 63 bzw. 60 Prozent deutlich überdurchschnittliche Eigentümerquoten erreicht, während in Hilden-Nord und Hilden-Mitte mit 43 bzw. 44 Prozent nur unterdurchschnittlich viele Familien in ihren »eigenen vier Wänden« wohnen.

Paarfamilien mit zwei bzw. drei und mehr Kindern und insbesondere Familien mit älteren Kindern leben häufiger in Wohneigentum als Familien mit nur einem Kind bzw. Familien mit sehr jungen Kindern. Außerdem ist auch in Hilden die Eigentümerquote stark vom sozialen Status der Familien bestimmt: Familien aus unteren Bildungs- und Einkommensschichten oder mit niedriger beruflicher Stellung verfügen sehr viel seltener über Wohneigentum als Familien aus hohen Bildungs- und Einkommensschichten sowie mit hoher beruflicher Stellung.⁴⁸ Auch Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund leben sehr viel seltener als Paarfamilien bzw. Familien ohne Migrationshintergrund in Wohneigentum (vgl. Tabelle 26 im Kommentierten Tabellenband: 60).

48 So leben nur 21 Prozent der Familien mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation bzw. 22 Prozent der Familien mit einem Äquivalenzeinkommen unter 750 Euro in Wohneigentum, während es bei den Familien mit höchster Qualifikation 65 Prozent und bei den Familien mit einem Einkommen von 1.500 Euro und mehr sogar 71 Prozent sind.

8.1.2 Miethöhe und Mietbelastung

Jede zweite Hildener Familie mit Kindern unter 18 Jahren wohnt zur Miete. Mit durchschnittlich 637 Euro Kaltmiete (7,11 Euro pro qm) zahlen die Familien in Hilden eine im Vergleich der Projektkommunen sehr hohe Monatsmiete, wobei die durchschnittliche Mietbelastung von 29 Prozent des Haushaltseinkommens aufgrund der sehr hohen monatlichen Einkommen der Hildener Familien (vgl. Kapitel 5.1) nur wenig über dem Durchschnitt der Projektkommunen liegt. Mehr als jede vierte Familie (29 Prozent) muss allerdings zwischen 30 bis unter 50 Prozent ihres Einkommens für Miete aufwenden, sieben Prozent sogar mehr als die Hälfte des Haushaltseinkommens (vgl. Tabelle 8.2).

Zwischen den unterschiedlichen Familientypen sind sowohl in Bezug auf die durchschnittliche Miete als auch auf die Mietbelastungsquoten größere Unterschiede zu erkennen (vgl. Tabelle 8.2 und Tabelle 27 im Kommentierten Tabellenband: 61). Obwohl Familien mit höchster Qualifikation und wohlhabendere Familien eine sehr viel höhere Miete als der Durchschnitt der Hildener Familien zahlen (743 bzw. 795 Euro gegenüber 637 Euro), müssen sie einen durchschnittlich deutlich geringeren

Anteil ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Bei wohlhabenderen Familien kommen Mietbelastungen von mehr als 30 Prozent des Einkommens praktisch nicht vor. Wesentlich höher sind dagegen die Mietbelastungen für Familien mit niedriger Qualifikation, Familien mit niedrigeren Einkommen und Alleinerziehende. Zwischen 14 und 25 Prozent dieser Familien muss mindestens die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Miete aufwenden (durchschnittlich zwischen 38 und 42 Prozent). Da die Mietbelastung besonders in den Familien hoch ist, die bereits in engeren Wohnungen leben, gibt es für diese Familien kaum Möglichkeiten, die Mietbelastung zu reduzieren. Familien mit Migrationshintergrund sind in Hilden (im Unterschied zu anderen Projektkommunen) im Hinblick auf die durchschnittlichen Mietkosten und die Mietbelastung gegenüber Familien ohne Migrationshintergrund nicht benachteiligt.⁴⁹

49 In den meisten anderen Projektkommunen lagen die durchschnittliche Mietbelastung und die Miete pro qm von Familien mit Migrationshintergrund (deutlich) über denen von Familien ohne Migrationshintergrund. Zur Wohnsituation von Familien mit Migrationshintergrund im Vergleich bisheriger Projektkommunen vgl. Schultz 2008.

Tabelle 8.2: Miete und Mietbelastung von unterschiedlichen Familientypen

	Durchschnittliche Miete	Anteil von Familienhaushalten mit einer durchschnittlichen Mietbelastung* von...		durchschnittliche Mietbelastung*
	in Euro	30 bis unter 50 %	50 % und mehr	in Prozent
Familien mit				
einem Kind	605	30	8	30
drei und mehr Kindern	744	38	5	29
Migrationsstatus				
ohne Migrationshintergrund	648	29	7	29
mit Migrationshintergrund	606	28	8	29
Alleinerziehende	541	51	14	38
Äquivalenzeinkommen				
unter 750 Euro	552	47	25	42
1.500 Euro und mehr	795	0	0	18
Familien insgesamt	637	29	7	29

Anmerkung: Nur Familien, die zur Miete wohnen (50 Prozent aller Familien)

*Anteil der Miete (ohne Nebenkosten) am Haushaltseinkommen

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

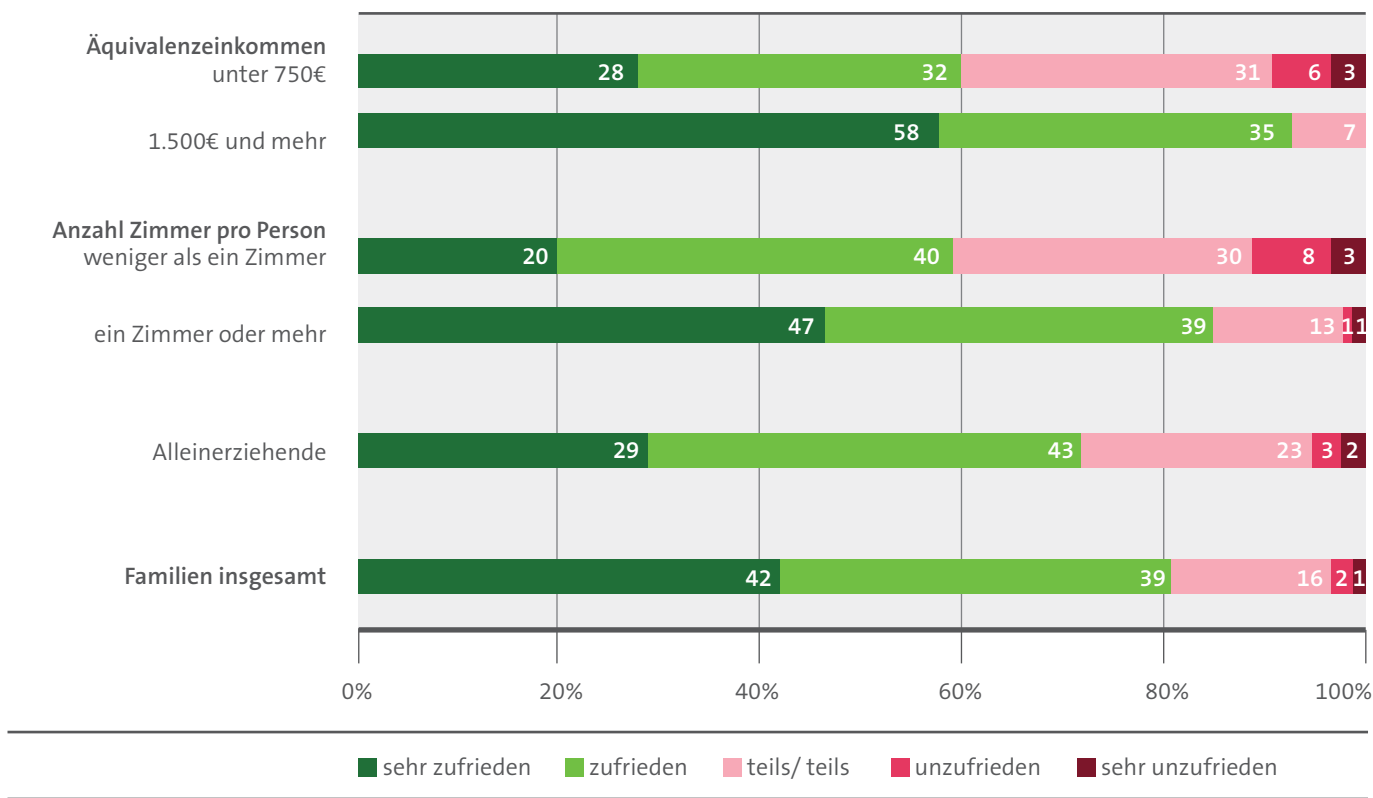
8.1.3 Zufriedenheit mit der Wohnung

Um auch die subjektive Einschätzung der Wohnsituation durch die Familien selbst berücksichtigen zu können, wurden die Familien in Hilden ganz allgemein nach der Zufriedenheit mit ihrer Wohnung gefragt. Insgesamt ist die Wohnungszufriedenheit in Hilden hoch: 81 Prozent der Familien sind mit ihrer Wohnung zufrieden, 42 Prozent sind sogar sehr zufrieden. Unzufrieden oder gar sehr unzufrieden mit ihrer aktuellen Wohnung sind lediglich drei Prozent der Hildener Familien. Zwischen den Stadtteilen unterscheidet sich die Beurteilung der Wohnsituation nur wenig (vgl. Abbildung 16 im Kommentierten Tabellenband: 58).

Einen deutlichen Einfluss auf die Wohnungszufriedenheit hat der soziale Status der Familien (vgl. Abbildung 8.2). Familien mit einem Äquivalenzeinkommen über 1.500 Euro, mit höchster

Qualifikation oder höchster beruflicher Stellung sind deutlich häufiger (sehr) zufrieden mit ihrer Wohnung und dementsprechend seltener (sehr) unzufrieden als Familien mit geringem Einkommen, niedriger Qualifikation oder niedriger beruflicher Stellung. Auch Familien ohne Migrationshintergrund sind mit ihren aktuellen Wohnungen zufriedener als Familien mit Migrationshintergrund. Wenig überraschend ist, dass auch die Größe der Wohnung und die Tatsache, ob die Wohnung als Mieter oder Eigentümer bewohnt werden, einen deutlichen Einfluss auf die Beurteilung der Wohnsituation haben. Insbesondere der Anteil der Familien, die mit ihrer Wohnung sehr zufrieden sind, ist unter den Familien, denen mindestens ein Zimmer pro Person zur Verfügung steht und Familien, die über Wohneigentum verfügen, sehr viel größer als unter Familien, die in engen Wohnungen oder zur Miete wohnen.

Abbildung 8.2: Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnung



8.2 Das Wohnumfeld von Familien

Auch das Wohnumfeld, seine Ausstattung und seine subjektive Bewertung durch die Familien spielt eine wichtige Rolle bei der Frage, ob sich Familien in der Stadt Hilden wohl fühlen. Mängel im Wohnumfeld haben für Eltern bei der Einschätzung der Wohnsituation und der Bewertung des Wohnumfeldes häufig eine größere Bedeutung als Merkmale der Wohnung selbst.

Um Aussagen zur Bewertung des Wohnumfeldes durch die Familien machen zu können, haben wir den Familien in der Befragung eine Reihe von möglichen Mängeln im Wohnumfeld vorgelegt und gefragt, ob diese zutreffen oder nicht. Dabei zeigt sich für Hilden eine im Vergleich der Projektkommunen überdurchschnittlich gute Bewertung des Wohnumfeldes. Sämtliche Wohnumfeldmängel werden von den Hildener Familien seltener angegeben als im Durchschnitt der Projektkommunen. Zwischen den Hildener Stadtteilen gibt es jedoch (mit Ausnahme der ÖPNV-Anbindung) bei sämtlichen Wohnumfeldmängeln große Unterschiede in den Einschätzungen der Familien.⁵⁰ Die stadtweit höchste Wohnumfeldzufriedenheit äußern die Familien in Hilden-Süd. Hier werden sämtliche Wohnumfeldmängel (deutlich) seltener genannt als im stadtweiten Durchschnitt. Im Stadtteil Hilden-West, der stark durch das Gewerbegebiet geprägt ist, und in dem nur ein sehr geringer Anteil aller Hildener Familien lebt (vgl. Kapitel 4.1), äußern sich die Familien meist deutlich kritischer als in den übrigen Hildener Stadtteilen zu den Mängeln in ihrem Wohnumfeld.

8.2.1 Ist das Wohnumfeld kindgerecht und »alltagstauglich«?

Für Familien mit Kindern ist vor allem ein kindgerechtes Wohnumfeld wichtig. Dazu zählen beispielsweise Grünflächen und Spielplätze, ausreichende Freizeitangebote und Orte, an denen sich ältere Kinder und Jugendliche treffen können, aber auch wenig Verkehr, damit Kinder auch alleine die Wohnung oder das Haus verlassen können. Doch nicht nur das Vorhandensein von Freizeitangeboten oder Infrastruktureinrichtungen ist für Familien von Bedeutung, sondern auch ihre einfache Erreichbarkeit. Wir haben die Familien deshalb für verschiedene wichtige Infrastruktureinrichtungen gefragt, ob sie diese in weniger oder mehr als 15 Minuten zu Fuß erreichen können.

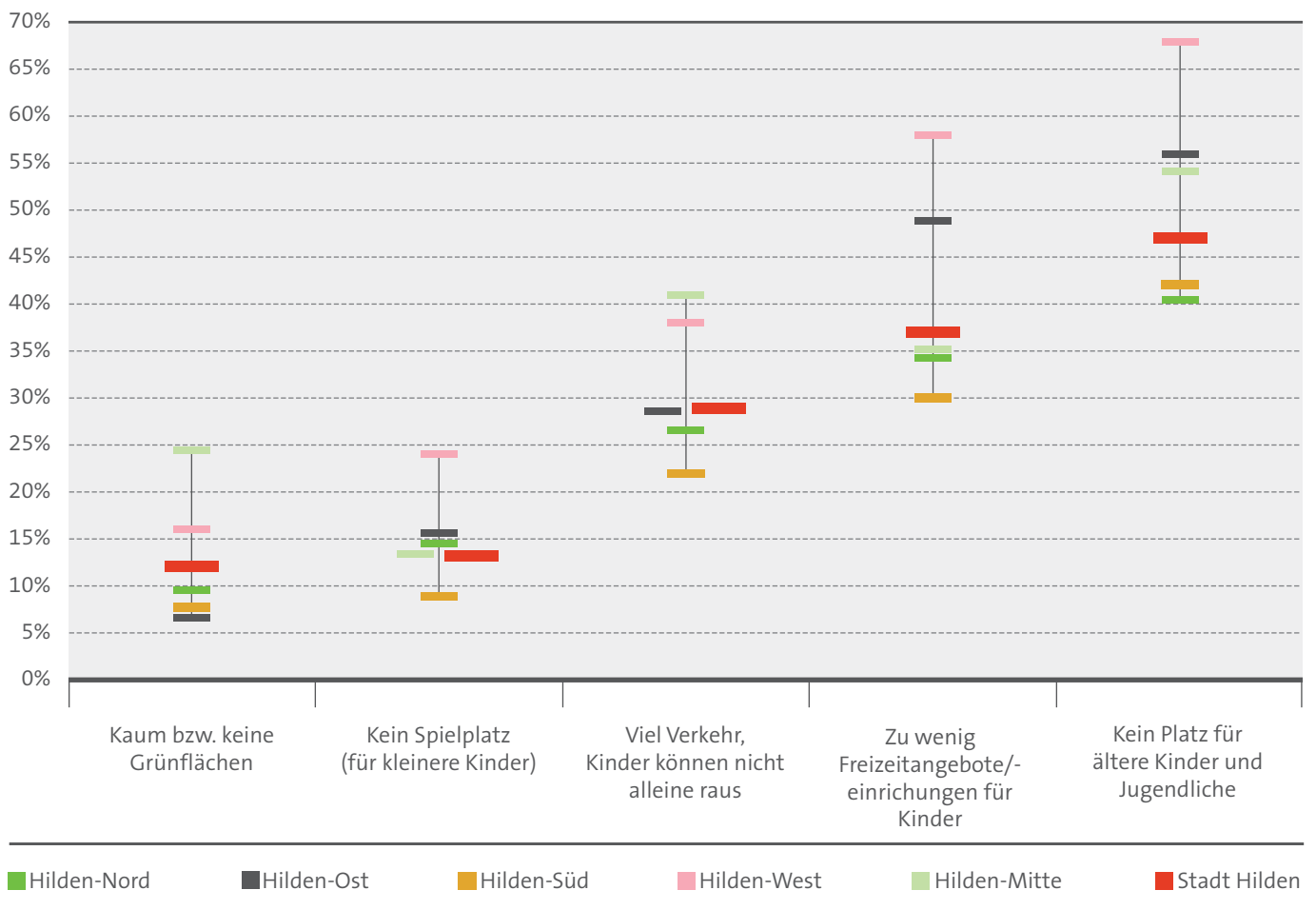
Danach befragt, welche Mängel sie in ihrem Wohnumfeld wahrnehmen, nennen die Hildener Familien (über fast alle Stadtteile hinweg) fehlende Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche sowie mangelnde Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder am häufigsten (vgl. Abbildung 8.3).⁵¹ Insgesamt 47 bzw. 37 Prozent der Familien kritisieren

entsprechende Angebote im Wohnumfeld als fehlend bzw. unzureichend. Dennoch werden diese beiden Punkte von den Hildener Familien deutlich besser bewertet als in allen anderen Projektkommunen. Im Stadtteil Hilden-West werden mit 68 bzw. 58 Prozent das Fehlen von Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche sowie Freizeitangeboten und -einrichtungen für Kinder mit Abstand am häufigsten beanstandet. Auch in Hilden-Ost sind die Familien mit diesen beiden Punkten überdurchschnittlich unzufrieden. Am seltensten werden die vorhandenen Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder von den Familien in Hilden-Süd bemängelt. Mit den Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche sind die Familien in Hilden-Nord am zufriedensten.

50 Eine kurze, aber detaillierte Beschreibung der Hildener Stadtteile hinsichtlich der von den Familien genannten Mängel im Wohnumfeld und der fußläufigen Erreichbarkeit von Einrichtungen findet sich auf den Seiten 65 und 66 im Kommentierten Tabellenband.

51 Neben den entsprechenden Prozentanteilen kann in dieser Darstellungsform auch die Varianz der Bewertungen, also die »Bandbreite«, zwischen den einzelnen Stadtteilen abgelesen werden: Je weiter die Markierungen für die Stadtteile mit dem höchsten und dem niedrigsten Wert auseinander liegen, desto größer sind die Unterschiede innerhalb der Stadt.

Abbildung 8.3: Mängel hinsichtlich eines kindgerechten Wohnumfeldes



(Anteil der Familien im Stadtteil, die angeben, dass der jeweilige Punkt ein Mangel in ihrem Wohnumfeld ist)

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Weniger Unterschiede zwischen den Stadtteilen zeigen sich in Bezug auf die Einschätzung der im Wohnumfeld vorhandenen Spielplätze für kleinere Kinder (stadtweit sind hier 13 Prozent der Familien unzufrieden). In Hilden-Süd geben nur neun Prozent der Familien (also etwa jede 11. Familie) an, dass in Wohnungsnähe nicht genügend Spielplätze vorhanden sind, während dies in Hilden-West knapp jede vierte Familie beanstandet. In Hilden-West geben außerdem mit 80 Prozent sehr viel weniger Familien als in den übrigen Stadtteilen an, Spielplätze in weniger als 15 Minuten zu Fuß erreichen zu können (vgl. Tabelle 30 im Kommentierten Tabellenband: 65). Insgesamt sind die Kinderspielplätze in Hilden für Familien aber sehr gut erreichbar. Stadtweit geben 94 Prozent der Familien an, weniger als 15 Minuten zu Fuß zum nächsten Spielplatz zu benötigen. Der

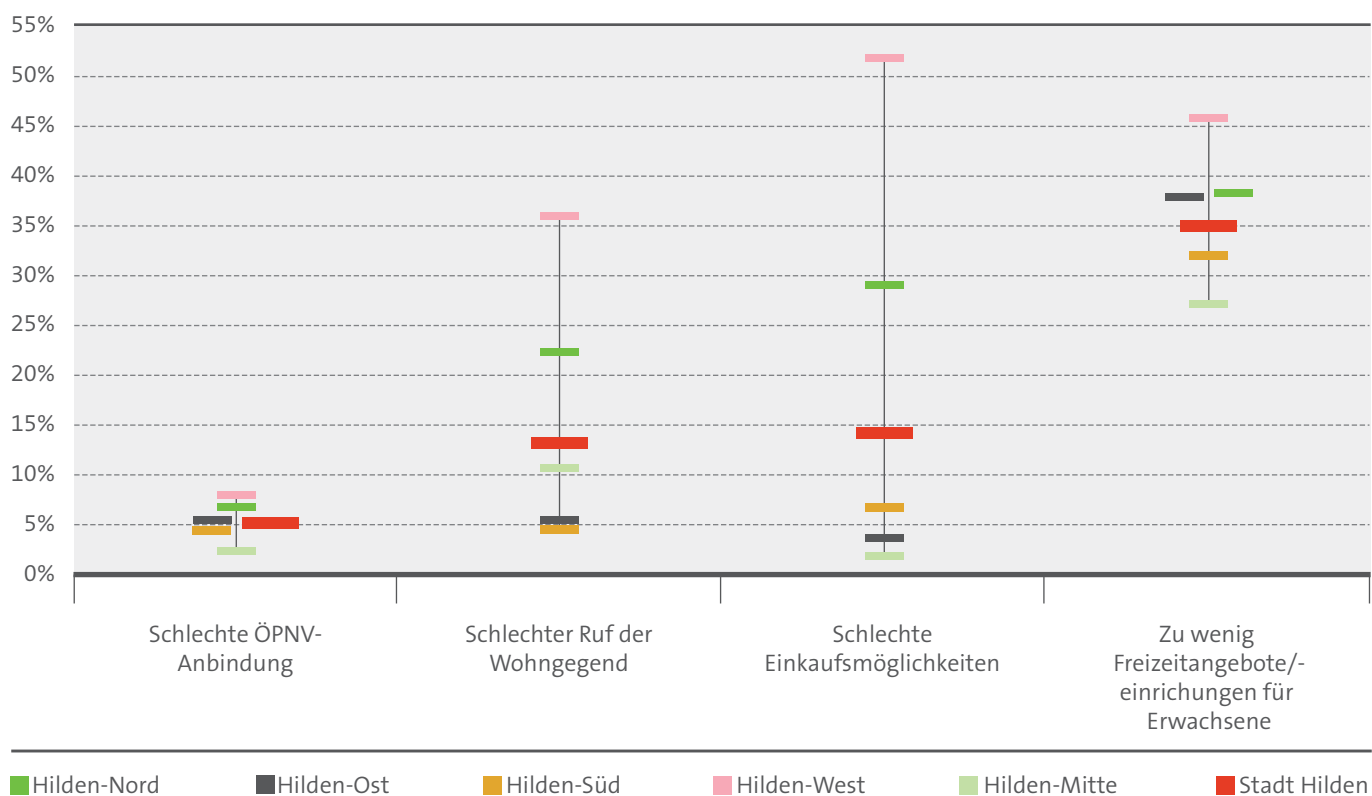
Weg zum nächsten Spielplatz sollte – gerade für jüngere Kinder – nicht nur möglichst kurz sein, sondern auch abseits von gefährlichen Straßen liegen. Wenig Straßenverkehr, der es auch zulässt, dass Kinder alleine nach draußen können, gehört deshalb zu einem familienfreundlichen Wohnumfeld dazu. Stadtweit kritisiert in Hilden mit 29 Prozent fast jede dritte Familie ein zu hohes Verkehrsaufkommen im eigenen Wohnumfeld, wobei die Spanne von 22 Prozent in Hilden-Süd bis 41 Prozent in Hilden-Mitte reicht. In einer offenen Frage der Familienbefragung, in der weitere Mängel der Wohngegend angegeben werden konnten, werden insbesondere Unzufriedenheiten mit der Verkehrs- (und Straßen-) Situation vor Ort genannt: Neben »zu viel« und »zu laut« beschwerten sich die Familien vor allem über zu schnelles Fahren in verkehrsberuhigten Straßen.

Insgesamt zufrieden sind die Hildener Familien auch mit den vorhandenen Grünflächen. Stadtweit kritisieren nur zwölf Prozent, dass es in ihrer näheren Umgebung kaum bzw. keine Grünflächen gibt. Überdurchschnittlich oft wird dies von Familien in Hilden-Mitte (24 Prozent) bemängelt, allerdings äußern die Familien in Hilden-Mitte eine sehr gute fußläufige Erreichbarkeit von Parks und Grünanlagen. Während stadtweit 87 Prozent der Familien angeben, weniger als 15 Minuten zu Fuß zum nächsten Park bzw. zur nächsten Grünanlage zu brauchen, sind es in Hilden-Mitte mit 92 Prozent noch einmal deutlich mehr.

Neben der kindgerechten Ausgestaltung ihres Wohnumfeldes ist es für Familien aber auch wichtig, dass die Infrastruktur der Wohngegend ihren Alltagsbedürfnissen entspricht. Hierzu zäh-

len neben einer guten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr besonders die Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie die Freizeitangebote für Erwachsene oder das Image der Wohngegend insgesamt. Wie Abbildung 8.4 zeigt, werden die Freizeitangebote für Erwachsene mit 35 Prozent stadtweit sehr viel häufiger als die drei anderen Punkte kritisiert. Dennoch werden die Freizeitangebote für Erwachsene von den Hildener Familien deutlich besser bewertet als in allen anderen Projektkommunen. Wie auch bei der Einschätzung der Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder und Plätze für Jugendliche beanstanden Familien im Stadtteil Hilden-West das Angebot am häufigsten (46 Prozent). Am zufriedensten sind die Familien in Hilden-Mitte (27 Prozent).

Abbildung 8.4: Weitere Mängel des Wohnumfelds



(Anteil der Familien im Stadtteil, die angeben, dass der jeweilige Punkt ein Mangel in ihrem Wohnumfeld ist)

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Ein sehr differenziertes Bild zeigt sich bei der Einschätzung der vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und ihrer fußläufigen Erreichbarkeit. Sehr positiv werden die Einkaufsmöglichkeiten in Hilden-Mitte und Hilden-Ost eingeschätzt. Lediglich zwei bzw. vier Prozent der Familien kritisieren diese als unzureichend und nur vier bzw. drei Prozent der Familien geben an, zu Fuß länger als 15 Minuten dorthin zu benötigen. Dagegen bemängeln mehr als jede zweite Familie (52 Prozent) in Hilden-West und fast jede dritte Familie (29 Prozent) in Hilden-Nord die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort und auch die fußläufige Erreichbarkeit wird sehr viel schlechter als in den übrigen Stadtteilen eingeschätzt. Während stadtweit 87 Prozent der Familien angeben, Supermärkte und andere Geschäfte in weniger als 15 Minuten zu Fuß erreichen zu können, sind es in Hilden-West und Hilden-Nord »nur« 67 bzw. 72 Prozent.

Auch in Bezug auf die Einschätzung des Rufes der jeweiligen Wohngegend, der stadtweit nur von 13 Prozent der Familien kritisiert wird, gibt es zwischen den Stadtteilen deutliche Unterschiede: In Hilden-Süd und Hilden-Ost gibt nur jeweils jede 20. Familie (fünf Prozent) an, dass der Ruf der Wohngegend schlecht sei. In Hilden-Nord ist es dagegen gut jede vierte Familie (22 Prozent), in Hilden-West sogar mehr als jede dritte (36 Prozent). Wie in den anderen Projektkommunen ist auch in Hilden ein starker Zusammenhang zwischen der Einschätzung des Images der Wohngegend und dem Sicherheitsgefühl im Stadtteil festzustellen. Stadtweit stimmen 84 Prozent der Familien, die den Ruf ihrer Gegend nicht bemängeln, der Aussage, dass sie sich mit ihrer Familie in ihrem Stadtteil sicher fühlen, voll und ganz bzw. eher zu. Nur vier Prozent stimmen der Aussage

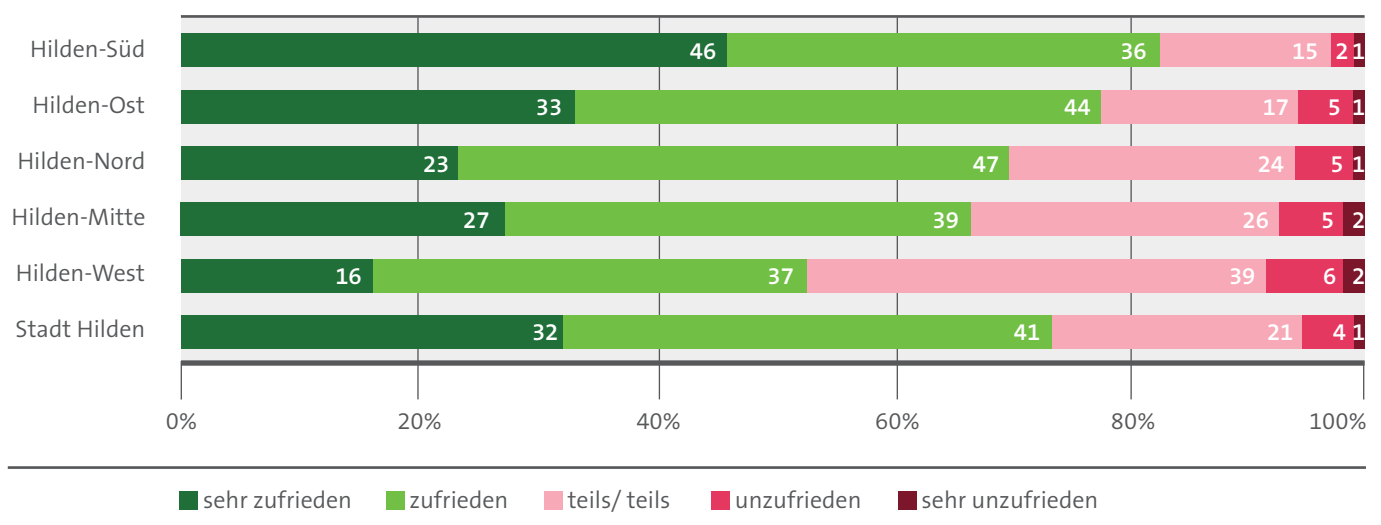
eher nicht bzw. überhaupt nicht zu. Von den Familien, die den Ruf ihrer Wohngegend als schlecht empfinden, stimmen der Aussage dagegen »nur« 42 Prozent der Familien voll und ganz bzw. eher zu, während knapp jede dritte Familie (32 Prozent) eher nicht bzw. überhaupt nicht zustimmt. Dementsprechend stimmen die Familien in Hilden-West aber auch in Hilden-Nord der Aussage, dass sie sich mit ihrer Familie in ihrem Stadtteil sicher fühlen, seltener zu, als Familien aus den anderen Stadtteilen (vgl. Abbildung 19 im Kommentierten Tabellenband: 70).

Die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird in Hilden überaus gut eingeschätzt. Stadtweit wird sie nur von jeder 20. Familie (fünf Prozent) bemängelt und auch zwischen den Stadtteilen gibt es praktisch keine Unterschiede. Bushaltestellen sind nach Angaben der Familien in allen fünf Hildener Stadtteilen für fast jede Familie fußläufig zu erreichen (zwischen 98 und 100 Prozent). Eine S-Bahnhaltestelle ist dagegen stadtweit nur für knapp die Hälfte der Familien (45 Prozent) in weniger als 15 Minuten zu Fuß erreichbar. Hier reichen die Unterschiede von lediglich neun Prozent in Hilden-Nord bis 77 Prozent in Hilden-Mitte (vgl. Tabelle 30 im Kommentierten Tabellenband: 65).

8.2.2 Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld

Insgesamt ist die allgemeine Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld in Hilden – anders als in den meisten anderen Kommunen der Projektfamilie – fast ebenso hoch wie die Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnung (vgl. Kapitel 8.1.4). 72 Prozent der Hildener Familien sind mit ihrem Wohnumfeld zufrieden oder

Abbildung 8.5: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld in den Hildener Stadtteilen



Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

sehr zufrieden, und noch einmal 21 Prozent geben an, zumindest teilweise zufrieden zu sein. Nur fünf Prozent der Familien sind mit ihrem Wohnumfeld (sehr) unzufrieden (vgl. Abbildung 8.5). Allerdings sind bei der Wohnumfeldzufriedenheit deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen zu erkennen: In Hilden-Süd ist vor allem der Anteil der Familien, die mit ihrem Wohnumfeld sehr zufrieden sind, mit 46 Prozent deutlich höher als in den anderen Stadtteilen. Mit ihrem Wohnumfeld (sehr) unzufrieden sind anteilig weniger Familien als in den anderen Stadtteilen. Die allgemeine Wohnumfeldzufriedenheit der Familien in Hilden-West ist dagegen deutlich schlechter. Mit 16 Prozent sind nur halb so viele Familien wie im stadtweiten Durchschnitt mit ihrem Wohnumfeld sehr zufrieden, der Anteil der Familien, die nur teilweise mit ihrem Wohnumfeld zufrieden sind, ist mit 39 Prozent sehr hoch und auch die Anteile der Familien, die mit ihrem Wohnumfeld (sehr) unzufrieden sind, liegen etwas oberhalb des Durchschnitts der Stadt.

Einen deutlichen Einfluss auf die Wohnumfeldzufriedenheit hat das Einkommen der Familien und die Tatsache, ob die Wohnung bzw. das Haus als Mieter oder Eigentümer bewohnt wird: So sind wohlhabende Familien und Familien, die in den »eigenen vier Wänden« wohnen, häufiger sehr zufrieden und seltener (sehr) unzufrieden mit ihrem Wohnumfeld als Familien mit niedrigem Einkommen und Familien, die zur Miete wohnen. Auch Alleinerziehende sind mit ihrem Wohnumfeld weniger zufrieden als die Familien insgesamt. Dagegen finden sich in Hilden keine Unterschiede in der Wohnumfeldzufriedenheit zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 28 im Kommentierten Tabellenband: 63).

8.3 Wohndauern und Umzugsabsichten von Familien in Hilden

Abschließend zu diesem Kapitel betrachten wir, wie lange die Familien schon in Hilden, ihrem jeweiligen Stadtteil oder in ihrer momentanen Wohnung leben, ob sie in den nächsten beiden Jahren umziehen möchten sowie die Gründe für einen eventuell geplanten Umzug und die Umzugsziele.

8.3.1 Wohndauer in Stadt, Stadtteil und Wohnung

Häufig kann eine lange Wohndauer in einer Stadt oder einem Stadtteil als Ausdruck von lokaler Integration der Bewohner und Identifikation mit dem Wohnort gesehen werden. Intakte soziale Netzwerke – beispielsweise über nachbarschaftliche Hilfe und Solidarität – finden sich häufiger in Wohngegenden, in denen viele der Bewohner seit langem wohnen (vgl. Strohmeier/Bader 2004: 6ff.).

Die Hildener Familien wohnen seit durchschnittlich 20 Jahren – und damit im Vergleich der Projektkommunen nur sehr kurz – in der Stadt (vgl. Tabelle 8.3). Auch der Anteil der Mütter und Väter, die seit ihrer Geburt in Hilden leben, ist mit nur 19 Prozent deutlich geringer als in den übrigen Kommunen der Projektfamilie.⁵² Dennoch müssen diese kürzeren Wohndauern nicht unbedingt als Zeichen fehlender lokaler Integration und Identifikation gesehen werden. In Hilden sind sie vielmehr Folge der in den vergangenen Jahrzehnten erfolgten Wanderungsbewegungen innerhalb Nordrhein-Westfalens, durch die die Stadt zum Teil deutliche Bevölkerungszuwächse verzeichnenden konnte (vgl. Kapitel 3.1).

Zwischen den Hildener Stadtteilen gibt es nur sehr wenige Unterschiede in den durchschnittlichen Wohndauern. Etwas länger als im stadtweiten Durchschnitt leben die Familien in Hilden-Süd in der Stadt, dem Stadtteil und ihrer Wohnung, hier leben auch die meisten gebürtigen Hildener. Etwas unterdurchschnittlich lange wohnen die Familien in Hilden-Nord in der Stadt, dem Stadtteil und ihrer Wohnung, und auch der Anteil der gebürtigen Hildener ist etwas niedriger als in den anderen Stadtteilen. Familien mit Migrationshintergrund leben – u.U. aufgrund ihrer Migrationsgeschichte – mit durchschnittlich 17 Jahren kürzer als die Familien insgesamt in der Stadt. Auch Familien mit höchster Qualifikation (Fachhochschul- bzw. Hochschulreife) sowie Familien mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 1.250 Euro und mehr leben mit durchschnittlich 17 bzw. 18 Jahren deutlich kürzer in der Stadt als Familien mit geringer Qualifikation und einkommensschwache Familien mit unter 750 Euro Äquivalenzeinkommen (jeweils 21 Jahre).

8.3.2 Umzugspläne

Mit 66 Prozent denkt die Mehrheit der Hildener Familien derzeit nicht über einen Umzug innerhalb der nächsten beiden Jahre nach. Von den übrigen Familien haben zwölf Prozent bereits konkrete Umzugspläne und 22 Prozent haben »schon einmal darüber nachgedacht« umzuziehen (vgl. Tabelle 8.4). Damit werden von den Hildener Familien im Vergleich der Projektkommunen überdurchschnittlich häufig (insbesondere konkrete) Umzugspläne geäußert. Allerdings wollen 76 Prozent der umzugswilligen Familien nach einem Umzug weiterhin in Hilden wohnen, in allen anderen Städten der Projektfamilie ist dieser Anteil niedriger.

52 So leben im Kreis Siegen-Wittgenstein beispielsweise sogar 64 Prozent der Mütter und Väter seit ihrer Geburt im Kreis, in der Stadt Rheine sind es 49 Prozent (vgl. ZEFIR/Kreis Siegen-Wittgenstein 2007; Faktor Familie/Stadt Rheine 2008).

Tabelle 8.3: Wohndauer in Stadt, Stadtteil und Wohnung

	Wohndauer			Seit Geburt in Hilden
	in der Stadt	im Stadtteil	in der Wohnung	
	in Jahren			in Prozent
Hilden-Süd	21	15	9	22
Hilden-Mitte	20	12	7	21
Hilden-West	19	13	10	18
Hilden-Ost	19	12	8	18
Hilden-Nord	18	12	7	16
Stadt Hilden	20	13	8	19

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Tabelle 8.4: Umzugspläne in den nächsten beiden Jahren

	Nein	Ja, wir haben schon einmal darüber nachgedacht	Ja, wir haben konkrete Pläne
	Angaben in Prozent		
Familien im Stadtteil			
Hilden-Süd	70	19	11
Hilden-West	68	18	14
Hilden-Nord	62	26	12
Hilden-Mitte	60	23	17
Hilden-Ost	73	21	7
Migrationsstatus			
ohne Migrationshintergrund	69	20	11
mit Migrationshintergrund	57	31	13
Paarhaushalte	69	20	11
Alleinerziehende	53	32	15
Äquivalenzeinkommen			
unter 750€	52	37	12
1.500€ und mehr	76	14	11
Bildungsstatus des Haushalts			
niedrige Qualifikation	53	36	11
höchste Qualifikation	73	16	12
Mieter	47	35	18
Eigentümer	86	9	5
Familien insgesamt	66	22	12

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Innerhalb der Stadt Hilden geben die Familien in den Stadtteilen Hilden-Ost und Hilden-Süd mit 73 bzw. 70 Prozent am häufigsten an, keine Umzugspläne innerhalb der nächsten beiden Jahre zu haben. Mit nur sieben Prozent ist in Hilden-Ost darüber hinaus der Anteil der Familien, die einen Umzug bereits konkret planen, nur sehr gering. Häufiger als im stadtweiten Durchschnitt haben die Familien in Hilden-Nord und Hilden-Mitte Umzugspläne. In Hilden-Mitte haben sogar 17 Prozent der Familien einen Umzug bereits konkret geplant, in Hilden-Nord ist der Anteil der Familien, die darüber zumindest schon einmal darüber nachgedacht haben, am höchsten (26 Prozent).

Den deutlichsten Einfluss auf die Umzugsabsichten von Familien haben die Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld, sowie die Tatsache, ob die aktuelle Wohnung als Eigentümer oder Mieter bewohnt wird. So ziehen unter den Familien, die mit ihrem Wohnumfeld sehr zufrieden sind, nur 21 Prozent einen Umzug in Betracht oder haben bereits konkrete Pläne, während dies unter Familien, die mit ihrem Wohnumfeld (sehr) unzufrieden sind, 75 Prozent der Familien sind. Noch deutlicher ist dieser Zusammenhang in Bezug auf die Wohnungszufriedenheit: Hier hat fast die Hälfte (46 Prozent) der mit ihrer Wohnung (sehr) unzufriedenen Familien einen Umzug innerhalb der nächsten beiden Jahre schon konkret geplant und weitere 42 Prozent denken darüber zumindest nach. Von den Hildener Familien, die in Wohneigentum wohnen, haben nur neun Prozent über einen Umzug in den nächsten beiden Jahren schon einmal nachgedacht und nur sehr wenige Familien haben bereits konkrete Pläne (fünf Prozent). Dagegen zieht mehr als ein Drittel (35 Prozent) der Familien, die zur Miete wohnen, einen Umzug innerhalb der nächsten beiden Jahre in Betracht und weitere 18 Prozent haben den Umzug bereits konkret geplant.

Vor allem Alleinerziehende, Familien mit einem niedrigen Einkommen und Familien mit einem niedrigen Qualifikationsniveau aber auch Familien mit Migrationshintergrund äußern überdurchschnittlich oft Umzugspläne oder Umzugswünsche, was zum Teil mit der meist schlechteren Wohnsituation und der deutlich geringeren Wohnungszufriedenheit dieser Familien erklärt werden kann (vgl. Kapitel 8.1.1 und 8.1.3).

8.3.3 Umzugsgründe und Umzugsziele

Werden die Familien in Hilden gebeten, Gründe für einen in Erwägung gezogenen oder konkret geplanten Umzug zu nennen, so steht eine zu kleine Wohnung mit 47 Prozent an erster Stelle, eine zu hohe Miete wird von 30 Prozent der Familien angegeben (vgl. Tabelle 8.5). Diese beiden Gründe werden in Hilden deutlich häufiger angegeben als im Durchschnitt der Projektkommunen. Auch der Erwerb von Wohneigentum, der mit 24 Prozent an drit-

ter Stelle der Umzugsgründe steht, spielt in Hilden eine deutlich größere Rolle als im Durchschnitt der Projektkommunen. Als weiterer, direkt die Wohnung betreffender Umzugsgrund wird eine schlechte bzw. nicht bedarfsgerechte Ausstattung der Wohnung (16 Prozent der Familien) genannt, während eine zu große Wohnung mit nur zwei Prozent dagegen kaum eine Rolle spielt.

Bei den Gründen, die das Wohnumfeld betreffen, wird von 22 Prozent der umzugswilligen Familien (vierter Platz der Umzugsgründe) eine zu hohe Lärmbelastung von außen angeführt. Ein unattraktives sowie ein nicht kindgerechtes Wohnumfeld, zu laute Nachbarn oder ein schlechter Ruf der Wohngegend werden von neun bis 14 Prozent der umzugswilligen Familien als Umzugsgrund genannt. Insgesamt werden das Wohnumfeld betreffenden Gründe in Hilden deutlich seltener als im Durchschnitt der Projektkommunen genannt.⁵³ Zu weite Wege zur Arbeit bzw. zum Einkaufen oder eine neue, weiter entfernte Arbeitsstelle spielen in Hilden ebenfalls eine deutlich geringere Rolle als in den Projektkommunen insgesamt.

Familien mit unter sechsjährigen Kindern und vor allem Familien mit Migrationshintergrund geben eine zu kleine Wohnung noch häufiger als Familien insgesamt als Umzugsgrund an. Diese Familien wohnen besonders oft in beengten Wohnverhältnissen – gemessen an dem Anteil von Familien, denen weniger als einem Raum pro Familienmitglied zur Verfügung steht (vgl. Abbildung 8.1 und Tabelle 26 im Kommentierten Tabellenband: 60). Familien mit unter sechsjährigen Kindern geben als zweitwichtigsten Umzugsgrund den Erwerb von Wohneigentum an. Ein nicht kindgerechtes Wohnumfeld wird von diesen Familien ebenfalls überdurchschnittlich häufig benannt. Für wohlhabendere Familien mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr steht der Erwerb von Wohneigentum an erster Stelle der Umzugsgründe. Auch eine neue Arbeitsstelle in einem anderen Stadtteil oder einer anderen Stadt geben diese Familien häufiger als die Familien insgesamt an. Eine zu kleine Wohnung und eine zu hohe Miete werden sehr viel seltener als von den Familien insgesamt genannt.

⁵³ Wie in Hilden werden auch in den anderen Kommunen der Projektfamilie wohnungsbezogene Gründe häufiger genannt als Gründe, die das Wohnumfeld betreffen. Betrachten wir sämtliche die Wohnung bzw. das Wohnumfeld betreffenden Gründe zusammen, so gibt in Hilden ein sehr großer Anteil von 70 Prozent der Familien mindestens einen wohnungsbezogenen Umzugsgrund an und 44 Prozent der Familien mindestens einen wohnumfeldbezogenen.

Mit 76 Prozent ist der Anteil der umzugswilligen Familien, die nach einem Umzug weiterhin in Hilden wohnen möchten, (auch im Vergleich der Projektkommunen) sehr hoch. Jede dritte Familien möchte sogar innerhalb ihres Stadtteils umziehen (vgl. Tabelle 33 im Kommentierten Tabellenband: 68). Von den übrigen Familien möchten 14 Prozent in der näheren Umgebung von Hilden bleiben, lediglich zehn Prozent wollen weiter entfernt ziehen. In Hilden-Süd plant sogar fast die Hälfte der Familien einen Umzug innerhalb ihres Stadtteils, in Hilden-Nord und Hilden-Ost ist es nur gut jede vierte, allerdings möchten hier doppelt so viele Familien wie in Hilden-Süd innerhalb von Hilden umziehen. Eigentümer, die insgesamt aber nur sehr selten umziehen wollen, beabsichtigen deutlich seltener als Familien, die zur Miete wohnen, einen Wohnungswechsel innerhalb von Hilden und

planen stattdessen häufiger einen Umzug an einen weiter entfernten Wohnsitz. Die Umzugsziele von Migrantenfamilien und Alleinerziehenden unterscheiden sich nur unwesentlich von den Umzugszielen von Paarfamilien und Familien ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 8.5: Umzugsgründe von Hildener Familien

	Familien insgesamt	Familien mit unter sechsjährigen Kindern	Familien mit Migrationshintergrund	wohlhabendere Familien*
	Angaben in Prozent			
Wohnung zu klein	47	53	64	36
Zu hohe Miete	30	24	28	18
Erwerb von Wohneigentum	24	32	24	39
Zu hohe Lärmbelästigung von außen	22	19	14	29
Andere private oder familiäre Gründe	21	17	12	18
Andere Gründe	18	19	16	18
Schlechte/nicht bedarfsgerechte Ausstattung der Wohnung	16	14	17	11
Wohnumfeld nicht kindgerecht	14	18	10	14
Zu laute Nachbarn	13	11	17	6
Wohnumfeld ist unattraktiv	12	14	11	14
Schlechter Ruf der Gegend	9	11	10	11
Weg zur Arbeit/zum Einkaufen etc. zu weit	6	6	7	5
Neue Arbeitsstelle in einem anderen Stadtteil bzw. in einer anderen Stadt	4	4	3	8
Wohnung zu groß	2	0	0	0
Kündigung des Vermieters	1	1	0	0

Anmerkung: Nur Familien, die schon einmal über einen Umzug nachgedacht oder bereits konkrete Pläne haben (34 Prozent der Familien).

*Familien mit einem monatlichen Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

9 Lebenssituation von Kindern in der Stadt Hilden

Die folgenden Analysen nehmen verschiedene Aspekte der Lebenslage von Kindern in der Stadt Hilden noch einmal etwas genauer in den Blick, d.h. es erfolgt eine Verknüpfung der Familienperspektive mit der Kinderperspektive – nicht mehr Familien mit Kindern als Ganzes, sondern die Kinder in der Familie sind von Interesse. Dabei muss dieser Perspektivwechsel auf Aspekte der Lebenslage von Kindern beschränkt bleiben, da nicht die Kinder selbst zu ihrer Lebenssituation befragt wurden. Zu Beginn gehen wir auf Zusammenhänge zwischen den Bildungsübergängen, der Bildungsbeteiligung sowie dem Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen und den Einfluss unterschiedlicher Familienformen ein. Danach werden Freizeitaktivitäten, die Kinder alleine bzw. gemeinsam mit ihren Eltern unternehmen sowie ausgewählte Aspekte der Aktivitäten der Hildener Kinder in Vereinen und Organisationen betrachtet. Abschließend wird noch einmal auf die Einschätzung der Familien zur Kinderfreundlichkeit der Stadt eingegangen.

9.1 Bildung und Familiensituation

Neben der Familie sind Bildungseinrichtungen – insbesondere Schulen – wichtige Sozialisationsinstanzen im Leben von Kindern. Bildungsverlauf und -erfolg werden aber wesentlich durch die Familiensituation mitbestimmt. Nicht zuletzt die Ergebnisse der PISA-Studien, aber auch weiterführende Studien der deutschen Bildungsforschung und der OECD (vgl. u.a. Baumert/Stana/Watermann 2006; OECD 2007; Diefenbach 2008) haben gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg sehr stark durch die soziale Herkunft und die Staatsangehörigkeit bzw. den Migrationshintergrund der Kinder bestimmt wird. Auch für die Stadt Hilden lassen sich mit den Daten der Schulstatistik diese Zusammenhänge empirisch nachweisen.

9.1.1 Bildungsabschlüsse und Übergangsquoten von deutschen und nichtdeutschen Schüler/innen in Hilden

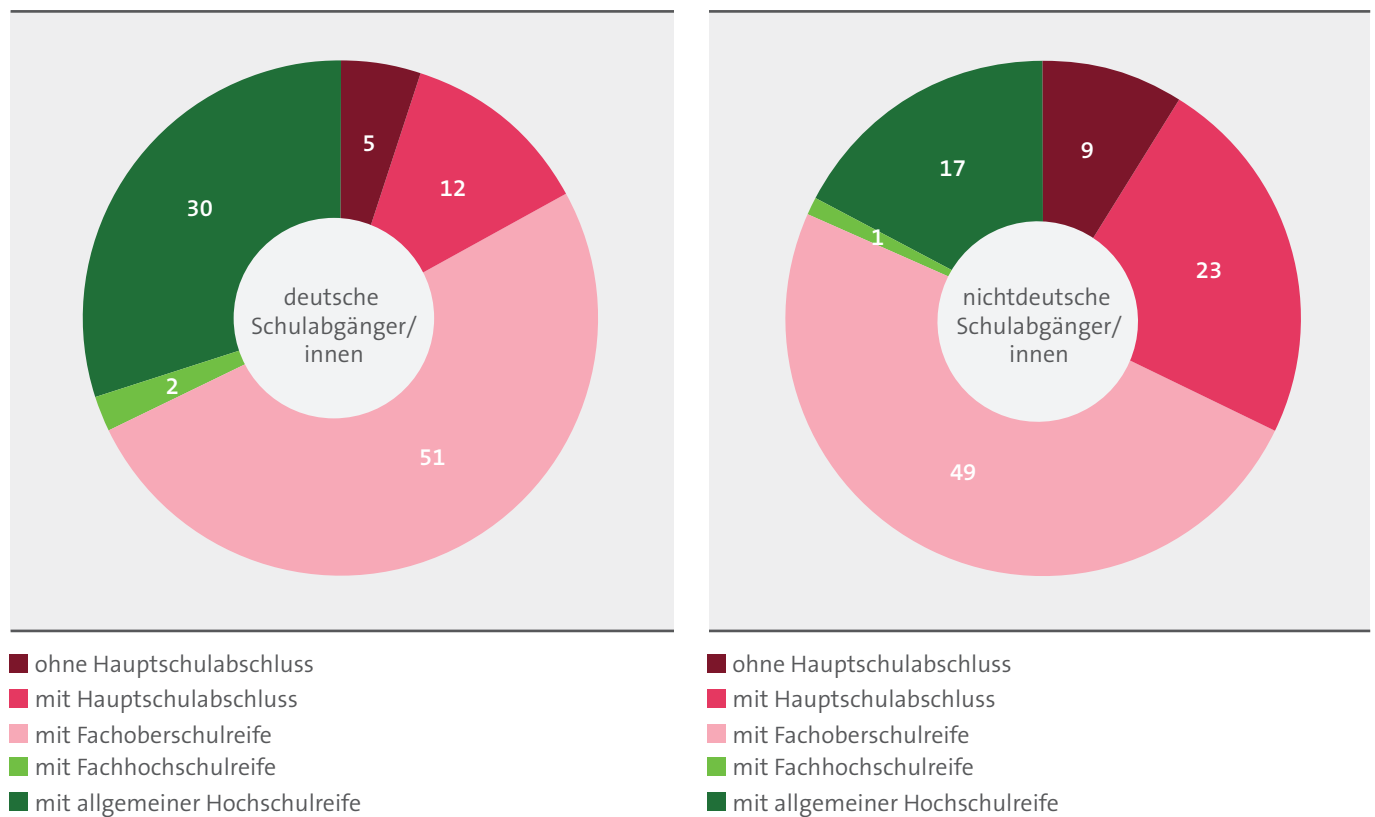
Betrachtet man die Bildungsabschlüsse der Schulabgänger/innen an weiterführenden Schulen in der Stadt Hilden für die Schuljahre 2005/2006 bis 2007/2008 nach der Staatsangehörigkeit,⁵⁴ sind hinsichtlich des Bildungserfolgs zwischen deutschen und nichtdeutschen Abgänger/innen deutliche Unterschiede zu erkennen (vgl. Abbildung 9.1). Diese Unterschiede fallen aber gegenüber anderen Projektkommunen bzw. im Vergleich mit der NRW-Landesebene eher gering aus (vgl. Faktor Familie/Kreis Wesel 2009; Faktor Familie/Stadt Gütersloh 2008).

Während ein Drittel aller deutschen Schüler/innen im Mittel der betrachteten Schuljahre die weiterführende Schule mit einer Fach- oder allgemeinen Hochschulreife beendeten, waren

dies bei den nichtdeutschen Schüler/innen nicht ganz jede/r fünfte/r. Auch der Anteil derer, die die Schule mit einer Fachoberschulreife verlassen, liegt bei den deutschen Abgänger/innen leicht über dem der nichtdeutschen. In beiden Gruppen ist die Fachoberschulreife der am häufigsten erreichte Abschluss (jeweils etwa 50 Prozent). Besonders groß sind die Unterschiede aber zwischen den Anteilen der deutschen und nichtdeutschen Schulabgänger/innen, die die Schule ohne Abschluss bzw. lediglich mit einem Hauptschulabschluss verlassen: Während dies bei den deutschen Schulabgänger/innen nur 17 Prozent sind, ist es bei den nichtdeutschen etwa ein Drittel der Abgänger/innen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der im Vergleich zu den deutschen Abgänger/innen fast doppelt so hohe Anteil von neun Prozent unter den nichtdeutschen Abgänger/innen, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

54 Da es sich hier um Angaben der Schulstatistik handelt, werden deutsche und nichtdeutsche Schüler/innen betrachtet, nicht Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund. Zudem beziehen sich die Berechnungen auf mittlere Abschlussraten über die drei betrachteten Schulabgangsjahre hinweg, um Einflüsse von Extremwerten auszugleichen.

Abbildung 9.1: Bildungsabschlüsse an weiterführenden Schulen nach Staatsangehörigkeit in Hilden
(Mittel der Schuljahre 2005/2006 bis 2007/2008)



In die Berechnung sind Abgangszahlen der Schuljahre 2005/2006, 2006/2007 und 2007/2008 eingegangen.

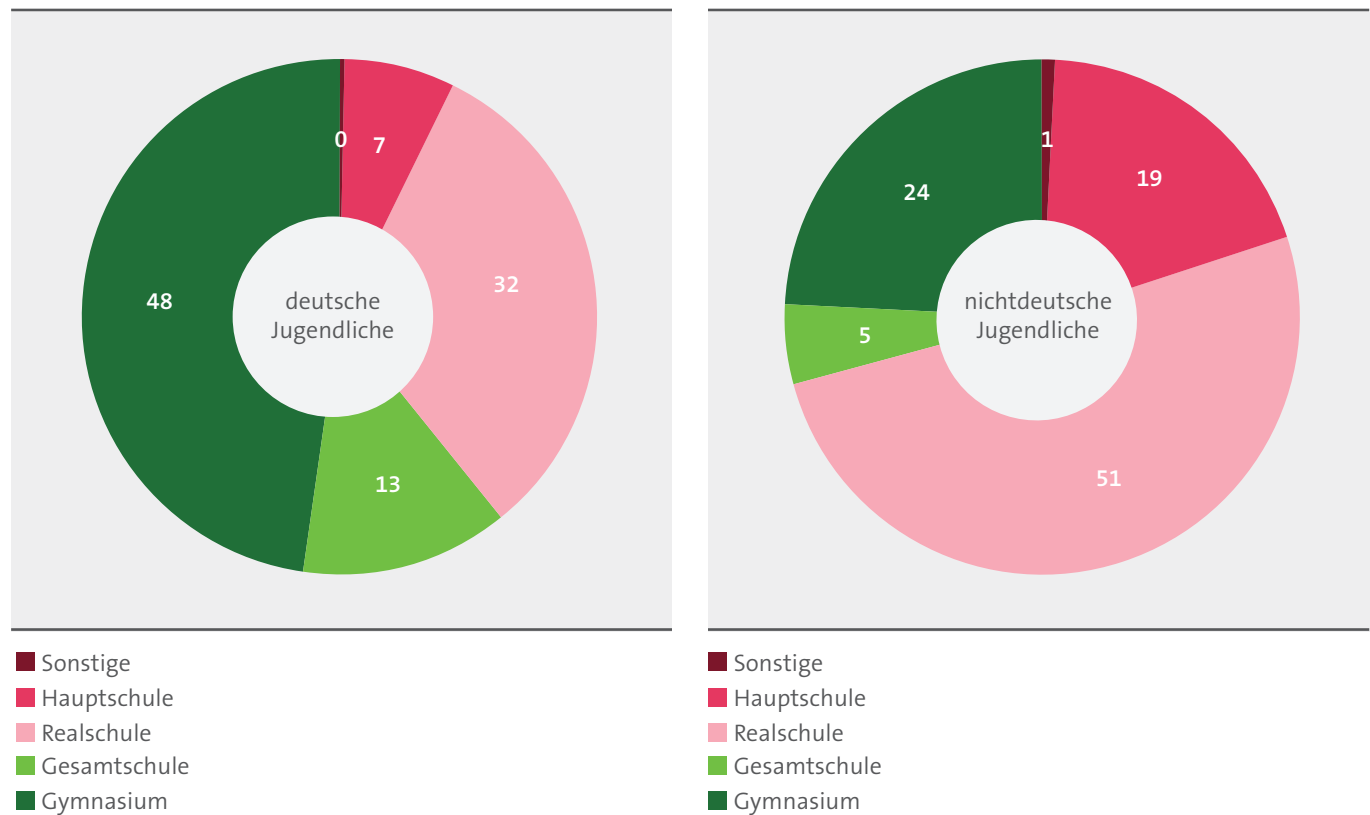
Datenquelle: Schulstatistik Nordrhein-Westfalen, IT.NRW.

Eine herausragende Rolle für den späteren Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen spielt der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule. Nicht nur die Bildungschancen, sondern auch die späteren Lebenschancen der Kinder werden durch diesen Bildungsübergang maßgeblich beeinflusst. Welche weiterführende Schule angeraten bzw. gewählt wird, ist aber nicht nur von den Wünschen und Bestrebungen der Eltern abhängig. Die Schulform richtet sich auch nach den schulischen Leistungen der Kinder und darauf fußenden Empfehlungen der Grundschule. Soziale Selektivität im Zugang zu unterschiedlichen Schulformen ist also nicht nur das Ergebnis familialer Bildungsentscheidungen und Bildungspräferenzen, sondern wird zugleich durch die jeweilige Grundschule und die Kriterien der Schulempfehlungen mitbestimmt (vgl. u.a. Hollstein 2008).

In Abbildung 9.2 sind hierzu die Übergangsquoten der Schüler/innen auf weiterführende Schulen nach Schulart und Staatsangehörigkeit der Schüler/innen dargestellt. Auch hier zeigt

sich, dass die Übergangsquoten der Kinder in der Stadt Hilden, wie in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens, stark von deren Staatsangehörigkeit beeinflusst sind. Es ist übergreifend eine Schlechterstellung von Kindern aus nichtdeutschen Familien beim Zugang zu höheren Schulabschlüssen nachzuweisen, was sich wiederum besonders deutlich beim Übergang auf die Hauptschule und das Gymnasium zeigt. Während im Mittel der Schuljahre 2006/07 bis 2008/09 von den deutschen Schüler/innen gerade einmal sieben Prozent auf eine Hauptschule und 48 Prozent auf ein Gymnasium wechselten, sind dies bei den nichtdeutschen Schüler/innen 19 Prozent, die auf eine Hauptschule, und 24 Prozent, die auf ein Gymnasium wechseln. Das Gymnasium ist damit unter deutschen Schüler/innen die weiterführende Schule mit den höchsten Übergangsquoten. Dennoch ist auch der Anteil von fast einem Viertel der nichtdeutschen Schüler/innen, die auf ein Gymnasium wechseln, im Vergleich mit anderen Projektkommunen ausgesprochen hoch (vgl. u.a. Faktor Familie/Kreis Wesel 2009; Faktor Familie/Stadt Gütersloh 2008).

Abbildung 9.2: Übergangsquoten auf weiterführende Schulen in Hilden (Mittel der Schuljahre 2006/2007 bis 2008/2009)



In die Berechnung sind Übergangszahlen der Schuljahre 2006/2007, 2007/2008 und 2008/2009 eingegangen.

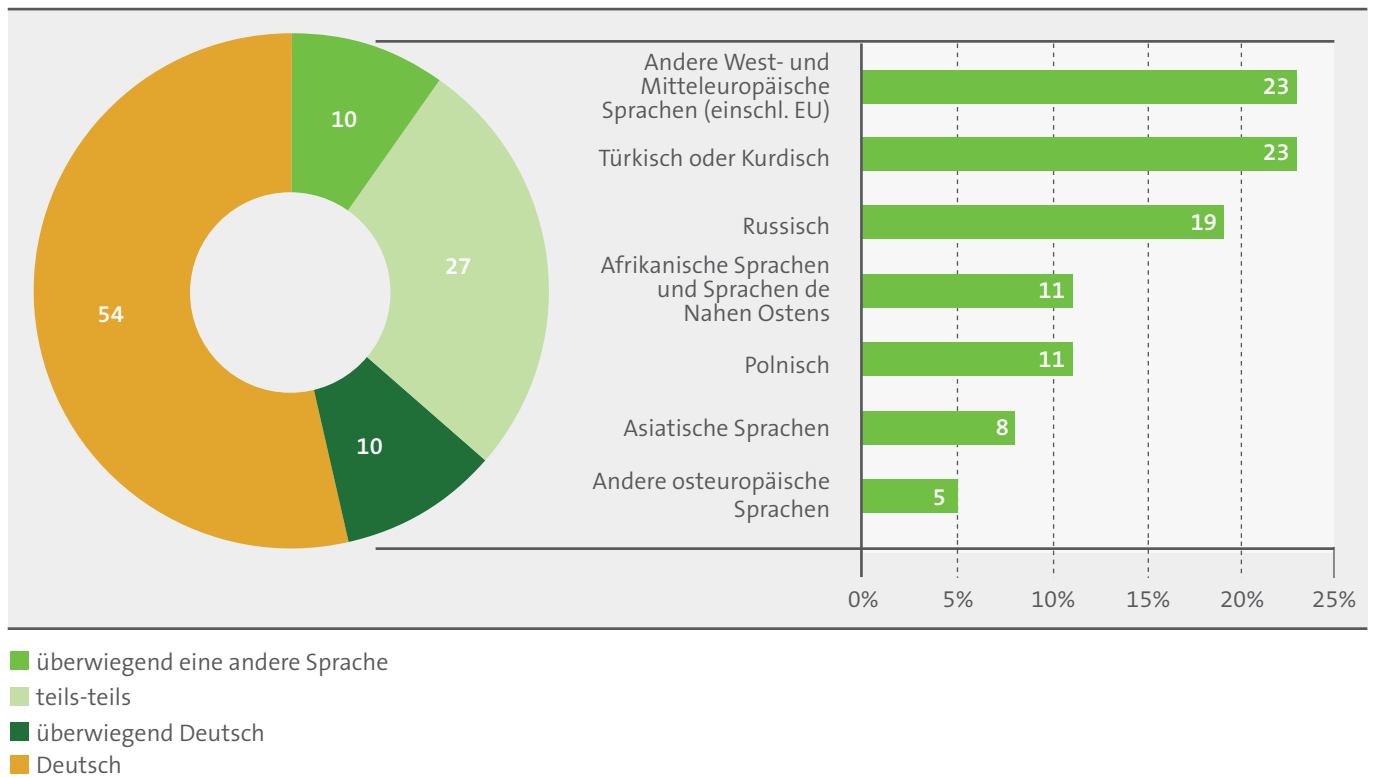
Datenquelle: Schulstatistik Nordrhein-Westfalen, IT.NRW.

In Hilden wechseln lediglich fünf Prozent der nichtdeutschen, aber 13 Prozent der deutschen Schüler/innen auf eine Gesamtschule. Damit zeigen sich in der Stadt – anders als in den übrigen Projektkommunen – keine höheren Übergangsquoten auf die Gesamtschule unter den nichtdeutschen Schüler/innen. In Hilden wechseln nichtdeutsche Schüler/innen insgesamt aber am häufigsten auf die Realschule (51 Prozent), die lediglich von knapp einem Drittel der deutschen Schüler/innen gewählt wird.

9.1.2 Alltagssprachen von Familien mit Migrationshintergrund

Viele sozialwissenschaftliche Studien der Vergangenheit haben gezeigt, dass es besonders für Kinder aus Migrantenfamilien schwer ist, im deutschen Bildungssystem einen anerkannten bzw. einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Als eine

der wesentlichen Voraussetzungen zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund wird dabei die Beherrschung der deutschen Sprache genannt. Die durchschnittlich niedrigere Bildungsbeteiligung der Kinder aus Migrantenfamilien wird sehr häufig mit einer unzureichenden Kenntnis der deutschen Sprache in Verbindung gebracht und es wird darauf verwiesen, dass Eltern mit Migrationshintergrund zuhause konsequenter die deutsche Sprache sprechen sollten, um die Bildungschancen ihrer Kinder zu verbessern. Hier möchten auch kommunale Angebote zur frühzeitigen Sprachförderung für Kinder bzw. zur Sprachförderung für Eltern (besonders Mütter) mit Migrationshintergrund ansetzen. Deshalb wollen wir im Folgenden speziell auf die Alltagssprache von Familien mit Migrationshintergrund eingehen. Wir haben die Hildener Familien mit Migrationshintergrund gefragt, welche Sprache sie im Alltag mit ihren Kindern sprechen (vgl. Abbildung 9.3).

Abbildung 9.3: Welche Sprache sprechen Kinder in Familien mit Migrationshintergrund im Alltag?

(nur Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund)
 Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Betrachtet man die Familien mit Migrationshintergrund, so sprechen 54 Prozent der Kinder in diesen Familien im Alltag Deutsch und weitere zehn Prozent überwiegend Deutsch. Für etwas mehr als ein Viertel der Kinder in Migrantenfamilien ist das Familienleben zu etwa gleichen Teilen in Deutsch und einer anderen Sprache organisiert und jedes zehnte Kind in Hildener Familien mit Migrationshintergrund spricht mit seinen Eltern überwiegend eine andere Sprache. Selbstverständlich sagt dies nur wenig über den Umfang der Deutschkenntnisse und die tatsächliche Sprachkompetenz der Kinder mit Migrationshintergrund (und ihrer Eltern) aus. Dennoch ist es ein deutlicher Hinweis für die verbreitete Realität und Bereitschaft der Migrantenfamilien, auch im alltäglichen Umgang Deutsch zu sprechen.

Fragt man die Migrantenfamilien, die nicht ausschließlich Deutsch sprechen, welche Sprache im Alltagsleben gesprochen wird, zeigt sich eine große Sprachvielfalt, wobei west- und mitteleuropäische Sprachen (23 Prozent), Türkisch oder Kurdisch (23 Prozent) und Russisch (19 Prozent) am häufigsten genannt werden. Daneben fällt ein vergleichsweise hoher Anteil von elf Prozent der Kinder aus Migrantenfamilien auf, die im Familienalltag Polnisch sprechen.

9.1.3 Bildungsbeteiligung und Familiensituation

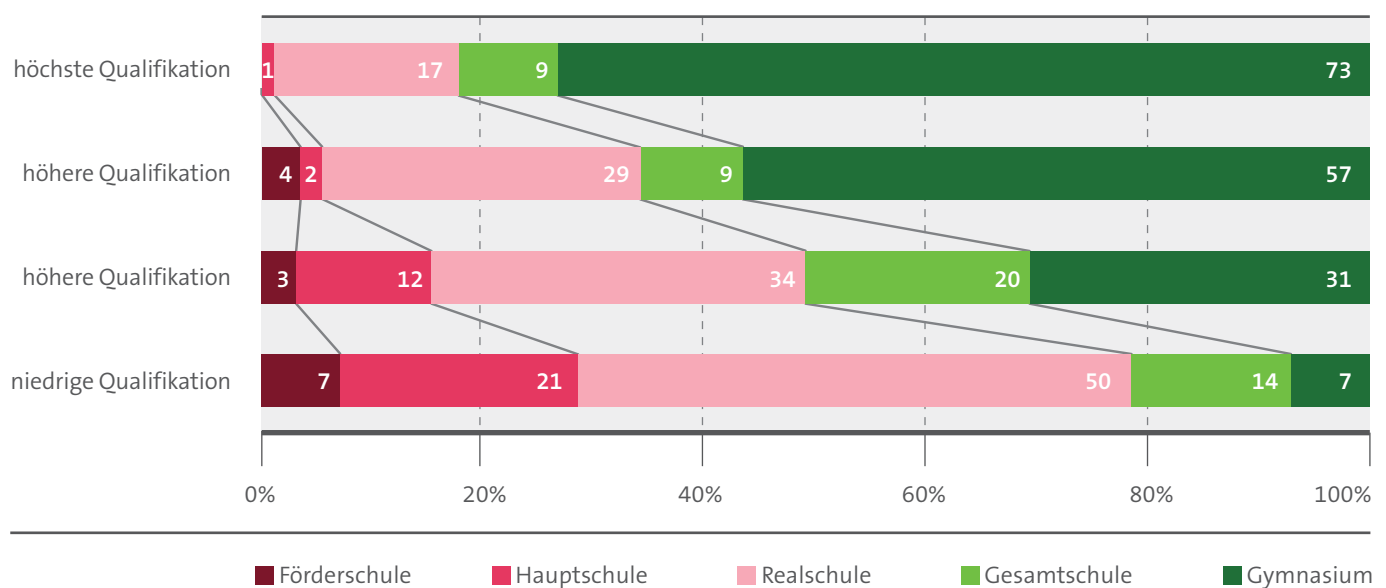
Neben der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund der Schüler/innen sind weitere soziale Einflussfaktoren und Einflüsse der Familiensituation für die Bildungsbeteiligung wirksam. Eine ganze Reihe sozialwissenschaftlicher Untersuchungen hat für Deutschland gezeigt, dass sich Armut, aber auch der längerfristige Bezug von sozialstaatlichen Transferleistungen oder längere Arbeitslosigkeitsphasen der Eltern auch negativ auf die Bildungsbeteiligung und den Schulerfolg von Kindern und Jugendlichen auswirken können (zu Folgen von Armut für die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen vgl. u.a. Zenz/Bäcker/Blum-Maurice 2002; Butterwegge/Kludt/Belke-Zeng 2008; Holz 2008a). Auch in der Stadt Hilden zeigen sich Zusammenhänge der Bildungsbeteiligung mit der Einkommenssituation und der Lebenslage der Familien, die man mit Daten der Familienbefragung belegen kann.

Bezogen auf alle Hildener Familien beträgt der Anteil der Schüler/innen im Alter von zehn bis unter 16 Jahren, die eine Hauptschule besuchen, sechs Prozent. 28 Prozent der Schüler/innen in dieser Altersklasse gehen auf eine Realschule, 12 Prozent auf eine Gesamtschule und der größte Anteil von 51 Prozent auf ein Gymnasium (vgl. Tabelle 38 im Kommentierten Tabellenband: 80). Vergleicht man jedoch die verschiedenen Einkommensgruppen miteinander, so werden zum Teil gravierende

Unterschiede hinsichtlich der Schulform der in den Familien lebenden Kinder und Jugendlichen deutlich. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen unter 750 Euro Äquivalenzeinkommen ist an Gymnasien mit 22 Prozent deutlich unterdurchschnittlich, was ihre Chancen später ein Studium aufnehmen deutlich reduziert. Kinder und Jugendliche aus Familien mit höheren Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr hingegen besuchen mehr als dreimal so häufig ein Gymnasium (72 Prozent). Eine Hauptschule besuchen nur zwei Prozent der Kinder und Jugendlichen aus wohlhabenderen Familien, aber 19 Prozent der Kinder aus ärmeren Haushalten mit unter 750 Euro Äquivalenzeinkommen.

Noch etwas deutlicher sind diese Unterschiede, wenn der höchste Qualifikationsabschluss der Eltern betrachtet wird (vgl. Abbildung 9.4): In der Gruppe der Familienhaushalte mit höchster Qualifikation besuchen fast drei Viertel der Kinder und Jugendlichen ein Gymnasium und gerade einmal ein Prozent eine Hauptschule. Aus Familienhaushalten mit niedriger Qualifikation sind dagegen nur noch sieben Prozent der Kinder und Jugendlichen auf einem Gymnasium zu finden, während 21 Prozent eine Hauptschule besuchen. Der Schulabschluss der Eltern wird demnach auch in Hilden sehr häufig von der Elterngeneration an die Kinder »vererbt«.

Abbildung 9.4: Schulform der Kinder und Bildungsstatus der Eltern



Anmerkung: Nur Kinder im Alter von 10 bis unter 16 Jahren an weiterführenden Schulen.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Andere Merkmale der Familiensituation wirken sich weniger deutlich auf die Bildungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen aus. Insbesondere wenn man die Bildungsbeteiligung von Kindern aus Familien mit und ohne Migrationshintergrund vergleicht (vgl. Tabelle 38 im Kommentierten Tabellenband: 80), zeigen sich weniger deutliche Unterschiede als im Vergleich der nichtdeutschen und deutschen Übergänger/innen, die zu Beginn des Kapitels betrachtet wurden.

Mit formal höheren Schulabschlüssen, wie sie die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife darstellen, sind die späteren Arbeitsmarkt- und Berufschancen von Schüler/innen deutlich vielfältiger und Erfolg versprechender für das spätere Berufsleben. Insbesondere die »Verwertbarkeit« eines Hauptschulabschlusses am Arbeitsmarkt ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken. Für Jugendliche ohne schulischen Abschluss oder mit Hauptschulabschluss sind dadurch sowohl die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, eine dauerhafte Beschäftigung zu finden oder beruflich aufzusteigen, als auch die zu realisierenden Einkommenshöhen deutlich geringer als für Jugendliche mit formal höheren Schulabschlüssen.

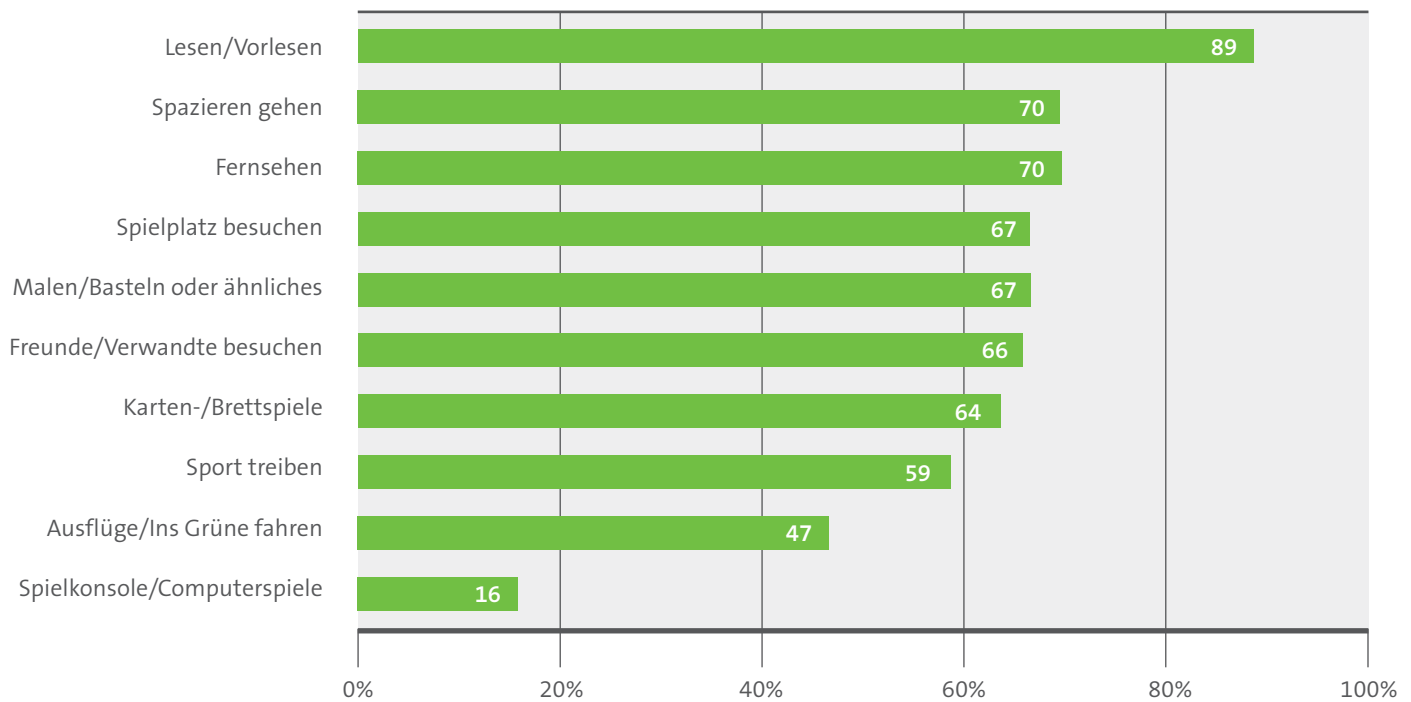
9.2 Freizeitaktivitäten von und mit Kindern und Jugendlichen

Das Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen hat sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Hintergrund einer rasanten Weiterentwicklung der Computer- und Medientechnik grundlegend geändert. In der Öffentlichkeit werden die veränderten Freizeitaktivitäten von Kindern häufig sehr kontrovers diskutiert. Besonders kritisch wird die zunehmende Mediatisierung der Freizeit, z.B. durch Fernsehen, Computer oder andere interaktive Medien, betrachtet. Dabei wird argumentiert, dass die medialen Freizeitaktivitäten gemeinsame außerhäusliche Freizeitbeschäftigungen in vielen Familien verdrängt hätten. Freizeit fände nur noch vor dem Bildschirm statt und reale Erfahrungen außerhalb der Wohnung würden immer seltener, was zu einer kulturellen Verarmung und zu Bildungsdefiziten bei den Kindern führen würde. Daher sind für einen Familienbericht auch die Freizeitaktivitäten von Kindern sowie gemeinsame Freizeitaktivitäten mit den Eltern von Interesse.

In diesem Abschnitt soll auf eher alltägliche Freizeitbeschäftigungen, die die Familien gemeinsam mit ihren Kindern unternehmen, eingegangen werden. Gibt es überhaupt gemeinsame Freizeitunternehmungen und welche Familien unternehmen welche Aktivitäten? Im Fragebogen wurde zu diesem Themen-

bereich erhoben, wie häufig die Eltern mit ihrem jüngsten Kind etwas unternehmen und welche Freizeitaktivitäten eine Rolle spielen. Da diese Aktivitäten in den Altersgruppen sehr verschieden sein können und darüber hinaus erst für Kinder ab dem Alter von drei Jahren von größerem Interesse sind, betrachten wir hier lediglich die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen.⁵⁵ Gerade für diese Altersgruppe haben gemeinsame alltägliche Aktivitäten mit den Eltern eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Kinder. Die Angaben beziehen sich dabei jeweils auf die jüngsten Kinder in den befragten Familien. In Abbildung 9.5 wurden die Aktivitäten nach der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet.

55 Analysen zu den gemeinsamen Freizeitaktivitäten der Eltern mit älteren Kindern finden sich in Tabelle 36 im Kommentierten Tabellenband: 77.

Abbildung 9.5: Gemeinsame Freizeitaktivitäten mit dem jüngsten Kind im Alter von 3 bis unter 6 Jahren

Freizeitaktivität wird ein- oder mehrmals pro Woche gemeinsam mit dem jüngsten Kind (im Alter von 3 bis unter 6 Jahren) unternommen.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Für die betrachtete Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen wird mit 89 Prozent als häufigste gemeinsame Freizeitaktivität das Lesen bzw. Vorlesen genannt. D.h. die Eltern geben an, dass sie ihren Kindern ein- oder mehrmals pro Woche vorlesen oder gemeinsam mit ihnen lesen. Danach folgen – mit gleichen Häufigkeiten von 70 Prozent – das gemeinsame Fernsehen und das Spazieren gehen. Ähnlich häufig mit Angaben zwischen 67 und 64 Prozent folgen Malen/Basteln, den Spielplatz oder Freunde/Verwandte besuchen und Karten-/Brettspiele. Auch diese Freizeitaktivitäten gehören demnach zu den regelmäßigen Freizeitbeschäftigungen eines Großteils der Familien. Diese Nennungen weisen bereits auf eine recht breite Vielfalt der gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit jüngeren Kindern in der Familie hin. Außerhäusliche Aktivitäten wie gemeinsam Sport treiben oder Ausflüge ins Grüne, werden etwas seltener genannt. Aber auch diese Aktivitäten gehören für ungefähr der Hälfte der Kinder dieser Altersgruppe zum Familienalltag. Mit 16 Prozent sehr viel seltener hingegen wird das Spielen mit der Spielkonsole oder von Computerspielen genannt.

Betrachtet man jedoch die Familiensituation der Kinder etwas näher, so lassen sich zum Teil erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Freizeitaktivitäten beobachten. In Tabelle 9.1 werden lediglich vier ausgewählte Freizeitaktivitäten genauer untersucht. Zum einen betrachten wir das Lesen/Vorlesen sowie gemeinsame Ausflüge ins Grüne. Diese beiden Freizeitaktivitäten stehen exemplarisch für Aktivitäten von und mit Kindern, die in der Regel als förderlich für die kindliche Entwicklung und als pädagogisch wertvoll eingeordnet werden. Zum anderen wird das gemeinsame Fernsehen und das gemeinsame Spielen mit der Spielkonsole oder von Computerspielen als Ausdruck einer eher medialisierten und oft kritisierten Freizeitbeschäftigung im oben beschriebenen Sinne betrachtet. Wie zu erwarten, werden für alle vier Aktivitäten – trotz vergleichbarer Gewichtung der Einzelaktivitäten für das gemeinsame Freizeitverhalten – zum Teil deutliche Unterschiede in der Freizeitnutzung zwischen den betrachteten Familiengruppen sichtbar.

Tabelle 9.1: Sozioökonomischer Status und Freizeitaktivitäten mit dem jüngsten Kind

	Lesen/ Vorlesen	Ausflüge/ ins Grüne fahren	Fernsehen	Spielekonsole/ Computerspiele
	in Prozent			
Migrationshintergrund				
mit Migrationshintergrund	85	43	69	19
ohne Migrationshintergrund	90	48	70	15
Erwerbsstatus				
Vater alleine erwerbstätig	79	47	63	24
Eltern beide erwerbstätig	96	52	76	11
Bildungsstatus				
niedrige Qualifikation	62	50	62	27
höchste Qualifikation	98	46	72	14
Äquivalenzeinkommen				
unter 750 €	61	44	61	19
1.500 € und mehr	99	37	70	11

Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahren, Freizeitaktivität wird ein- oder mehrmals pro Woche gemeinsam mit dem Kind unternommen.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Auch hier zeigt sich, wie für den Schulerfolg und die Bildungsbeteiligung, insbesondere ein Einfluss der sozialen Herkunft. So zeigt sich in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten ein niedrigeres Niveau der mit Lesen/Vorlesen verbrachten gemeinsamen Freizeit. Auch in Familien mit Migrationshintergrund ist das Niveau der mit Lesen/Vorlesen verbrachten Zeit niedriger. Ähnliche Unterschiede zeigen sich beim gemeinsamen Konsolen- und Computerspielen: Die Anteile in den unteren Bildungs- und Einkommensschichten und in Familien mit Migrationshintergrund sind deutlich höher. Betrachtet man den Einfluss des Erwerbsstatus der Eltern auf die Freizeitaktivitäten mit dem jüngsten Kind, so zeigen sich ebenfalls Unterschiede: Von Familien, in denen nur der Vater erwerbstätig ist (also die Mutter die Kinder zu Hause versorgt) werden das gemeinsame Lesen bzw. Vorlesen aber auch gemeinsame Ausflüge ins Grüne seltener genannt als von Familien, in denen beide Eltern erwerbstätig sind. Daraus lässt sich schließen, dass gemeinsame Freizeitaktivitäten offenbar stärker durch soziale Unterschiede als durch die vorhandenen oder nicht vorhande-

nen Zeitressourcen der Eltern geprägt werden. Unabhängig davon bleibt über alle Familienformen hinweg das Fernsehen eine der häufigsten gemeinsamen Freizeitaktivitäten und die Unterschiede zwischen den Familiengruppen folgen nicht dem sozialen Status der Familien.

Für die Altersgruppen der 6- bis unter 12-Jährigen sowie der 12- bis unter 18-Jährigen finden sich die Ergebnisse zu dieser Frage im Kommentierten Tabellenband (vgl. Tabelle 36 im Kommentierten Tabellenband: 77). Insgesamt sinkt die durchschnittliche Zahl der genannten Aktivitäten, die mehrmals oder mindestens einmal pro Woche unternommen werden, mit dem Alter der Kinder. Dies trifft besonders für die älteste Gruppe der 12- bis unter 18-Jährigen zu. In dieser Altersgruppe werden die gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit den Eltern zur Ausnahme. Das liegt aber auch daran, dass mit steigendem Alter die Freizeit zunehmend mit Gleichaltrigen und seltener mit den eigenen Eltern verbracht wird.

Im Folgenden sollen daher Freizeitaktivitäten in den Blick genommen werden, die Kinder und Jugendliche auch alleine unternehmen. Hierzu betrachten wir auch besondere Freizeitaktivitäten, wie den Besuch von Freizeit- und Erlebnisparks, die nicht unbedingt zum alltäglichen Leben gehören, aber das Leben von Kindern bereichern. Den Eltern wurden verschiedene Aktivitäten vorgelegt und danach gefragt, welche der genannten Aktivitäten mindestens eines ihrer Kinder alleine oder gemeinsam mit ihnen in den letzten zwölf Monaten unternommen hat (vgl. Tabelle 9.2).⁵⁶

Zoo-/Tierparkbesuche, Kinobesuche und der Besuch einer Kirmes oder eines Volksfestes werden von den Familien am häufigsten genannt. Jeweils etwa vier von fünf Familien geben an, dass diese Besuche mindestens einmal zu den Freizeitaktivitäten im vergangenen Jahr gehört haben. Auch auf den Besuch eines Freizeit-/Erlebnisparks oder einer Sportveranstaltung können etwa 70 Prozent der Kinder in den Familien zurückschauen. Besuche von Museen und Ausstellungen, Musikveranstaltungen

und Theater sind im Leben der Hildener Kinder und Jugendlichen schon deutlich seltener. Ferienprogramme, wie beispielsweise der Abenteuersommer der Stadt, wurden lediglich von einem Drittel der Kinder und Jugendlichen wahrgenommen. Im Durchschnitt wurden von den Hildener Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in den zwölf Monaten vor der Befragung 5,2 der neun aufgeführten Aktivitäten mindestens einmal unternommen.

Betrachtet man die genannten Aktivitäten für unterschiedliche Familienformen, fallen die Unterschiede sowohl hinsichtlich der präferierten Aktivitäten als auch hinsichtlich der Häufigkeiten der Nennungen vergleichsweise gering aus. Auffällig ist jedoch, dass Alleinerziehende – mit Ausnahme des Kinobesuchs – alle Aktivitäten etwas seltener nennen als Familien insgesamt. Auch Familien mit Migrationshintergrund benennen

⁵⁶ Weitere Analysen zu dieser Frage finden sich in Abbildung 23 im Kommentierten Tabellenband: 78.

Tabelle 9.2: : Freizeitaktivitäten der Hildener Kinder und Jugendlichen in den letzten zwölf Monaten

	Familien insgesamt	Familien mit Migrations- hintergrund	Kinderreiche Familien	Alleinerziehende
	Angaben in Prozent			
Zoo/Tierpark	81	79	78	65
Kino	79	74	83	80
Kirmes/Volksfest	78	80	80	76
Freizeit-/Erlebnispark	71	77	76	61
Sportveranstaltung	70	67	77	62
Museum/Ausstellung	55	46	54	47
Musikveranstaltung	55	45	59	47
Theater	44	38	37	36
Ferienprogramm	33	33	38	29
	Mittelwert			
Anzahl genannte Aktivitäten	5,2	4,7	5,4	4,7

Freizeitaktivität wurde in den letzten 12 Monaten ein- oder mehrmals von mindestens einem Kind alleine oder gemeinsam mit den Eltern unternommen.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

einige der angeführten Freizeitaktivitäten seltener. Betrachtet man die durchschnittliche Zahl der Aktivitäten, dann erreichen Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund mit jeweils 4,7 Aktivitäten etwas unterdurchschnittliche Werte, wohingegen kinderreiche Familien (also Familien mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren im Haushalt) mit 5,7 überdurchschnittlich häufig solche Freizeitangebote genutzt haben.

Die recht unterschiedlichen Freizeitaktivitäten können auch durch die unterschiedlichen Einkommensressourcen der Familien mitbestimmt sein. In Kapitel 5 wurde bereits deutlich, dass die Einkommenssituation der unterschiedlichen Familienformen in Hilden differenziert ausfällt. Entsprechend differenziert sind auch die finanziellen Ressourcen, die in den Familien für Freizeit-, Bildungs- und kulturelle Aktivitäten ausgegeben werden (können). So gaben zwischen fünf und 15 Prozent der Hildener Familien für die in Tabelle 9.2 angeführten Aktivitäten an, sich diese Aktivitäten nicht leisten zu können (vgl. auch Abbildung 23 im Kommentierten Tabellenband: 78). Die vier am häufigsten genannten Aktivitäten, für die das Geld nach Aussagen der Eltern in den Familien fehlte, werden in Tabelle 9.3 noch einmal etwas genauer analysiert.

Hier fallen die Unterschiede zwischen den Familienformen deutlicher aus, als für die vorangegangene Betrachtung der Häufigkeiten der Freizeitaktivitäten. Insbesondere gilt dies für Alleinerziehende: Hier ist der Anteil der Kinder, die aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen auf bestimmte Freizeitaktivitäten verzichten müssen, jeweils etwa doppelt so hoch wie bei den Familien insgesamt. Aber auch Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund müssen aus finanziellen Gründen überdurchschnittlich häufig auf die genannten Freizeitaktivitäten verzichten. Bei kinderreichen Familien sind diese Anteile zwar ebenfalls überdurchschnittlich, die Unterschiede zu den Familien insgesamt sind aber geringer. Die Einschränkungen im Freizeitbereich werden aber noch viel deutlicher durch den sozialen Status der Familien beeinflusst: So haben Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigen Einkommen und mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation der Eltern ausgesprochen häufig Einschränkungen hinsichtlich der Freizeitaktivitäten hinzunehmen, weil die Eltern nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen.

Tabelle 9.3: Freizeitaktivitäten der Hildener Kinder und Jugendlichen in den letzten zwölf Monaten

	Freizeit-/ Erlebnispark	Ferienprogramm	Musikver- anstaltung	Theater
	» Nie, weil wir es uns nicht leisten können « (Angaben in Prozent)			
Familienform				
Familien mit Migrationshintergrund	15	21	20	16
Kinderreiche	15	20	17	14
Alleinerziehende	31	26	21	22
Bildungsstatus				
niedrige Qualifikation	28	38	37	31
höchste Qualifikation	6	3	3	3
Äquivalenzeinkommen				
unter 750€	32	38	32	32
1.500€ und mehr	3	1	1	1
Familien insgesamt	15	14	10	10

Freizeitaktivität wurde in den letzten 12 Monaten nie unternommen, weil es sich die Familien nicht leisten konnten.

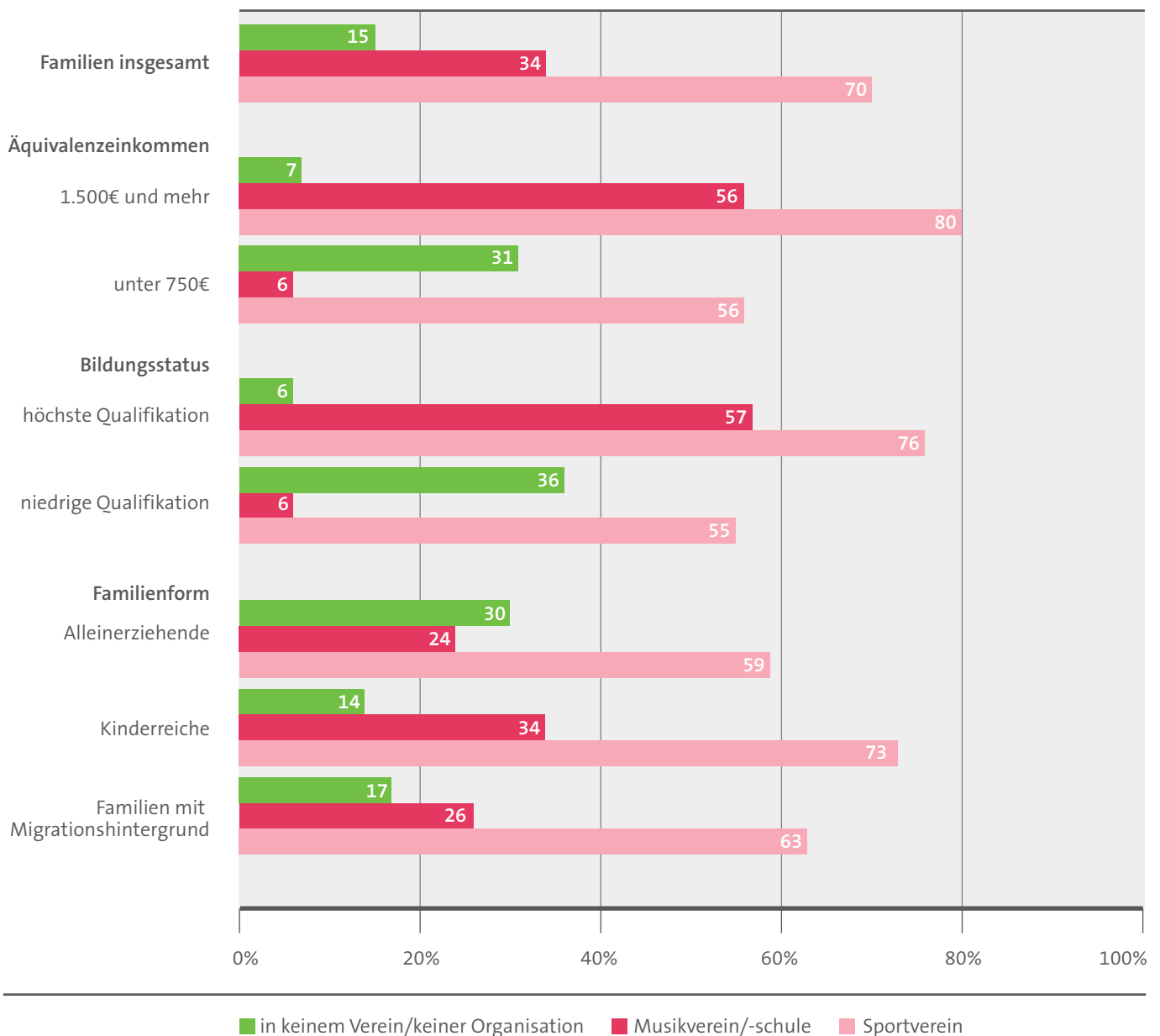
Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Neben den angeführten Freizeitaktivitäten ist die große Mehrheit der Hildener Kinder und Jugendlichen in Vereinen bzw. Organisationen aktiv.⁵⁷ Dies gilt vor allem für Kinder im Alter von sechs bis unter 14 Jahren. Lediglich 15 Prozent der Kinder zwischen sechs und unter 14 Jahren sind in den letzten drei Monaten nicht in einem Verein oder einer Organisation aktiv gewesen (vgl. Abbildung 9.6). Insgesamt stehen Sportvereine an erster Stelle (70 Prozent), gefolgt von Musikvereinen bzw. der

Musikschule (34 Prozent). Alle anderen Vereine und Organisationen erreichen deutlich niedrigere Nennungen unterhalb 16 Prozent in den jeweiligen Altersklassen (vgl. hierzu auch Tabelle 37 im Kommentierten Tabellenband: 79).

57 Die Anteile der einzelnen Vereine und Organisationen nach unterschiedlichen Altersklassen des ältesten Kindes finden sich in Tabelle 37 im Kommentierten Tabellenband: 79.

Abbildung 9.6: Aktivitäten im Verein und sozioökonomischer Status der Familien



Angaben in Prozent der Kinder in der Altersgruppe 6 bis unter 14 Jahren.

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009 (Kinderdatensatz)

Aber auch hier zeigt sich der Einfluss unterschiedlicher Familienformen und des sozialen Status der Familien: Kinder aus Familien von Alleinerziehenden und aus Familien mit Migrationshintergrund sind deutlich seltener im Sportverein oder im Musikverein bzw. der Musikschule aktiv als Kinder im Alter von 6 bis unter 14 Jahren in Hilden insgesamt. Für Kinder aus kinderreichen Familien lässt sich diese Beobachtung nicht bestätigen. Im Gegenteil, Kinder aus diesen Familien sind sogar häufiger in Vereinen aktiv als Kinder in der Stadt insgesamt. Bedeutsamer als die Familienform ist aber wiederum der Bildungs- und Einkommensstatus der Eltern. Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und niedriger Bildung sind zu jeweils etwa einem Drittel in keinem Verein/keiner Organisation aktiv, bei den Familien insgesamt erreicht dieser Anteil lediglich einen Wert von 15 Prozent. Gehören die Eltern der höchsten Qualifikationsgruppe bzw. der höchsten Einkommensgruppe an, sind es nur noch sechs bzw. sieben Prozent der Kinder der betrachteten Altersgruppe, die in keinem Verein oder keiner Organisation aktiv sind.

Übergreifend zeigt sich, dass die Freizeitaktivitäten der Kinder und Jugendlichen sehr stark durch die Familienform und den sozialen Status der Familien beeinflusst sind. Insbesondere die Freizeitaktivitäten von Kindern Alleinerziehender und aus Familien mit Migrationshintergrund gestalten sich etwas weniger vielfältig als die Freizeitmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen der Stadt Hilden insgesamt. Die Disparitäten zwischen den Familienformen fallen aber nicht so stark aus, dass man von einer durchgehenden Benachteiligung dieser Familienformen sprechen könnte. Dennoch müssen Kinder und Jugendliche aus diesen Familien zum Teil auf Freizeitaktivitäten aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen verzichten. Über alle Analysen hinweg zeigt sich aber auch, dass die Freizeitaktivitäten in Familien mit geringem Einkommen und geringer Qualifikation deutlich eingeschränkter ausfallen als in Familien mit höherem Einkommen und höherer Qualifikation.

Abschließend zum Thema Freizeitaktivitäten möchten wir noch einmal einen Blick auf die subjektive Bewertung der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche werfen. Uns interessieren hier noch einmal Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Familienformen. Betrachtet werden jeweils die Familien mit Kindern bzw. Jugendlichen in der entsprechenden Altersgruppe, um ein möglichst realistisches Bild der Zufriedenheit der Familien mit den Angeboten vor Ort zu erhalten. Die Familien sollten hierzu die beiden Aussagen »In Hilden gibt es ausreichend geeignete Freizeitangebote für Kinder« und »In Hilden gibt es ausreichend geeignete Freizeitangebote für Jugendliche« auf einer Fünferskala von »stimme voll und ganz zu« bis »stimme überhaupt nicht zu« bewerten. Bereits bei einem ersten Blick auf Abbildung 9.7 zeigt sich, dass die vorhandenen

Angebote für Jugendliche übergreifend schlechter bewertet werden als die Angebote für Kinder.⁵⁸ Besonders kritisch fällt die Bewertung der Freizeitangebote für Jugendliche durch Alleinerziehende aus. Vergleichsweise positiv hingegen schätzen kinderreiche Familien mit Kindern im Alter von zwölf bis unter 18 Jahren das Freizeitangebot für Jugendliche ein. Auch Eltern mit Migrationshintergrund geben im Vergleich mit den Familien in Hilden insgesamt noch ein positives Urteil ab. In der besseren Bewertung der Freizeitangebote für Kinder sind sich die Familien mit Kindern unter 12 Jahren im Haushalt über alle Familienformen hinweg relativ einig. Lediglich Alleinerziehende sind auch in diesem Punkt etwas kritischer als der Durchschnitt der Familien mit Kindern unter 12 Jahren.

9.3 Subjektive Bewertungen der Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt Hilden

Abschließend wird in diesem Kapitel anhand subjektiver Bewertungen der Familien noch einmal das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit aufgegriffen. Sind die Familien über familienspezifische Angebote informiert? Wird ihnen auf Ämtern bei Familienangelegenheiten unbürokratisch geholfen? Werden die Bedürfnisse von Familien bei Planungsprozessen der Kommune berücksichtigt? Und wie schätzen Familien übergreifend die Kinderfreundlichkeit ihrer Stadt ein? Auch bei diesen Aussagen wurden die Familien darum gebeten, die Aussagen auf einer Fünferskala von 1 »stimme voll und ganz zu« bis 5 »stimme überhaupt nicht zu« zu bewerten. In Tabelle 9.3 haben wir die Mittelwerte der Bewertungen durch die Familien für diese Fragestellungen nach Familienformen zusammengestellt.

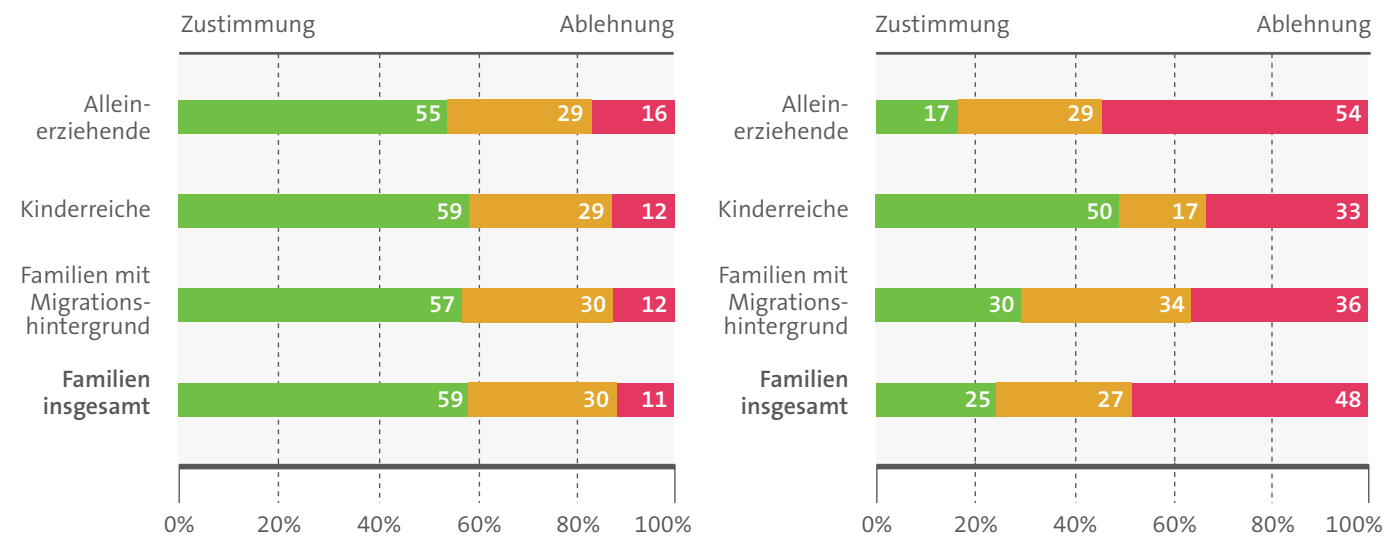
Insgesamt ergibt sich ein recht einheitliches Bild. Die Bewertungen der unterschiedlichen Familienformen folgen übergreifend einer positiven Tendenz zur Einschätzung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Stadt Hilden. Die konkreteren Items zur Familienfreundlichkeit der Verwaltung (Informationen über familienspezifische Angebote, unbürokratische Hilfe auf Ämtern bei Familienangelegenheiten und Berücksichtigung von Bedürfnissen der Familien in der Stadtplanung) werden dabei übergreifend leicht schlechter bewertet als das Item zur Bilanzierung der Kinderfreundlichkeit der Stadt insgesamt. Die Bewertungen für die unterschiedlichen Dimensionen weichen zwischen den Familienformen nur minimal voneinander ab. Übergreifend sind Alleinerziehende etwas kritischer als Familien insgesamt und kinderreiche Familien werten etwas positiver. Insgesamt belegen aber auch diese Ergebnisse, dass die Familien in Hilden ihre Stadt weitgehend als kinder- und familienfreundlich wahrnehmen.

58 Dennoch werden diese beiden Punkte von den Hildener Familien besser bewertet als in den übrigen Projektkommunen.

Abbildung 9.7: Einschätzung der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in der Stadt Hilden

Freizeitangebote für Kinder*

Freizeitangebote für Jugendliche**



Anmerkung: »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu« = Zustimmung; »unentschieden«;
 »stimme eher nicht zu« und »stimme überhaupt nicht zu« = Ablehnung.

* Nur Familien mit mindestens einem Kind unter zwölf Jahren im Haushalt

** Nur Familien mit mindestens einem Kind im Alter von zwölf bis unter 18 Jahren im Haushalt

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

Tabelle 9.4: Subjektive Bewertung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in Hilden nach Familienformen

	Familien insgesamt	Familien mit Migrationshintergrund	Kinderreiche	Alleinerziehende
Durchschnitt (1 = »stimme voll und ganz zu« bis 5 = »stimme überhaupt nicht zu«)				
Familien sind über familienspezifische Angebote informiert	2,5	2,5	2,3	2,6
Bei Familienangelegenheiten wird unbürokratisch geholfen	2,8	2,8	2,7	2,9
Bedürfnisse von Familien werden bei Planungsprozessen berücksichtigt	2,7	2,6	2,6	2,7
Hilden ist eine kinderfreundliche Stadt	2,1	2,0	2,0	2,2

Datenbasis: Familienbefragung Hilden 2009

10 Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung der Familienpolitik in Hilden

In diesem abschließenden Kapitel werden aus den in den Kapiteln 3 bis 9 dargestellten detaillierten Ergebnissen zur »Ist-Situation« der Lebensbedingungen und der Zufriedenheit von Hildener Familien Handlungsempfehlungen zur strategischen Ausrichtung der kommunalen Familienpolitik in Hilden abgeleitet. Diese Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, Möglichkeiten und Wege für die weitere familienpolitische Orientierung und die Gestaltung der Familienpolitik in Hilden aufzuzeigen sowie Schwerpunktsetzungen der familienpolitischen Diskussion zu unterstützen. Diese Handlungsempfehlungen können aber nur einen ersten Schritt im Prozess der weiteren Ausgestaltung der örtlichen Familienpolitik in Hilden darstellen. Die Aufgabe der Stadt wird es sein, die hoffentlich mit diesem Bericht angestoßenen Diskussionen zu moderieren, zu bündeln und eine familienpolitische Strategie für mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit auszugestalten, um die Lebensbedingungen für Familien in der Stadt zu verbessern und die Lebensqualität nachhaltig zu unterstützen.

10.1 Lebenssituation der Familien und familienrelevante Rahmenbedingungen des Familienlebens in Hilden – eine Zusammenfassung

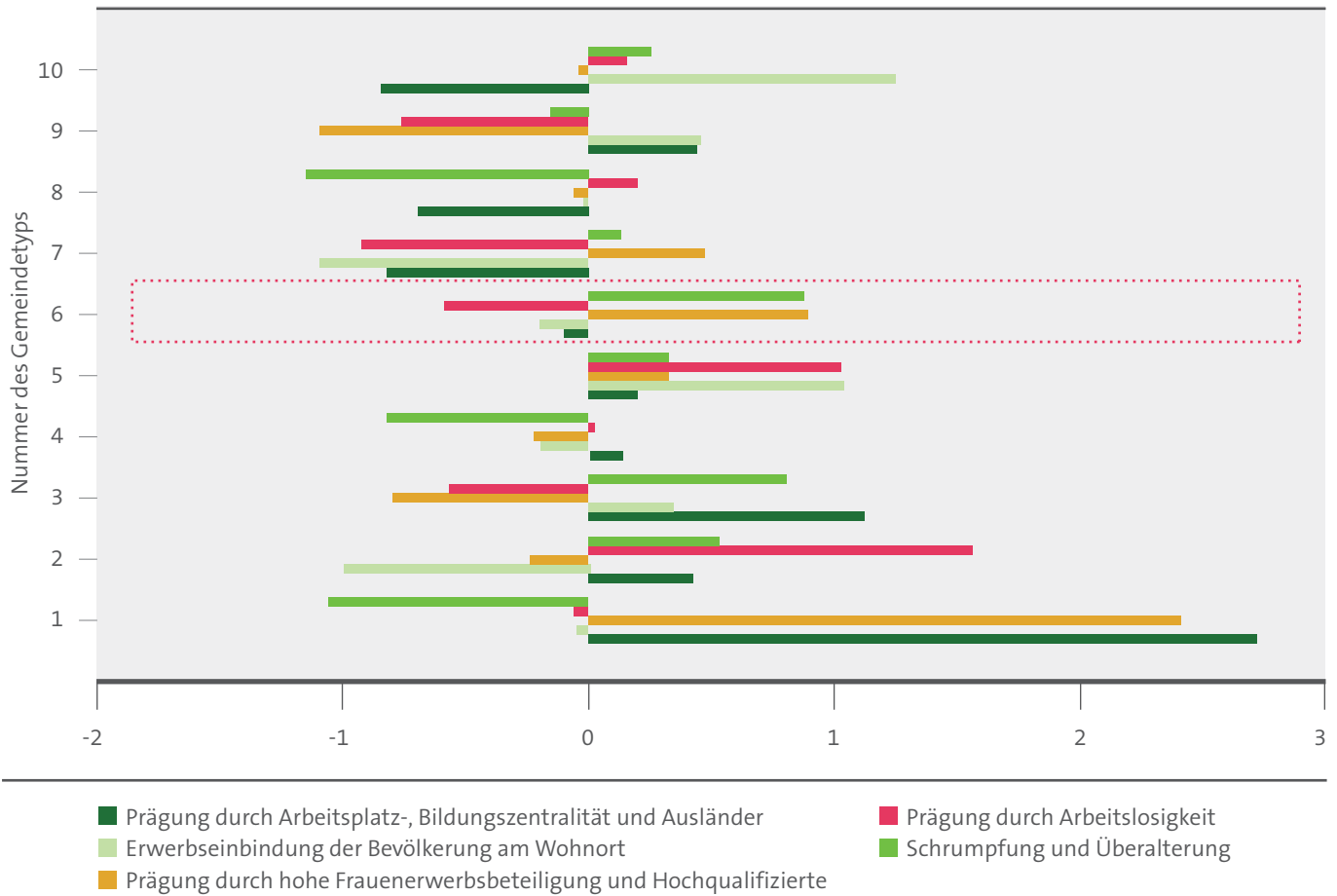
Der vorliegende Familienbericht hat in den vorangegangenen Kapiteln nicht nur innerstädtische Unterschiede in den Lebensbedingungen und Zufriedenheiten der Familien aufgedeckt, sondern zugleich an den verschiedensten Stellen auf Besonderheiten gegenüber anderen Projektkommunen aber auch auf vergleichbare Entwicklungen in den Projektkommunen hingewiesen, um eine interkommunale Einordnung der Ergebnisse der Lebenssituation von Familien zu ermöglichen. Um diese interkommunalen Vergleiche zusätzlich zu untermauern, werden im Kapitel 10.1.1 auf Basis der Daten des Wegweisers Kommune der Bertelsmann Stiftung wesentliche Indikatoren zu familienrelevanten Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene noch einmal über alle Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen hinweg betrachtet und eine Einordnung der Rahmenbedingungen für Familien in Hilden vorgenommen. Im Anschluss erfolgt in Kapitel 10.1.2 eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des Familienberichtes, um Besonderheiten und kleinräumige Unterschiede der Lebenssituation der Hildener Familien insgesamt und in den Hildener Stadtteilen noch einmal herauszustellen. Nach der Gesamtschau auf die Lebensbedingungen der Familien folgt in Kapitel 10.1.3 ein Blick auf die subjektive Bilanz, die Familien zum Familienleben in Hilden ziehen. In der Familienbefragung wurde hierzu eine ganze Reihe von Bewertungen erhoben, die noch einmal übergreifend in den Blick genommen werden.

10.1.1 Hilden im interkommunalen Vergleich

Um die interkommunalen Vergleiche der vorangegangenen Kapitel zusätzlich zu untermauern, sollen an dieser Stelle noch einmal die familienrelevanten Rahmenbedingungen der Lebenslage und der Familienentwicklung auf kommunaler Ebene über alle Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen hinweg betrachtet werden. Ein möglicher Weg, um ungleiche Rahmenbedingungen über eine Vielzahl von Kommunen hinweg vergleichbar zu machen, ist die Bildung kommunaler Gemeindegruppen bzw. Cluster, d.h. die Zusammenfassung von Kommunen mit ähnlicher wirtschaftlicher bzw. sozialer Ausgangslage zu Typen. Eine solche Typisierung haben wir im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des »Audit familiengerechte Kommune« erarbeitet (vgl. Schultz/Strohmeier/Lersch 2009). Basis waren Daten des Wegweisers Kommune für die 393 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 5.000 Einwohnern aus dem Jahr 2006. Diese Gemeindetypisierung ermöglicht auch für die Stadt Hilden eine übergreifende Einordnung der exogenen Einflussfaktoren für die örtliche und kommunale Familienpolitik.

Vorangestellt sei, dass solche Typisierungen und Clusteranalysen nie die Gesamtheit der Unterschiedlichkeit von Städten und Gemeinden erfassen können. Sie sind vielmehr ein methodisches Instrument, um Ähnlichkeiten zwischen den Gemeinden und Städten hinsichtlich der betrachteten Merkmale zusammenfassend betrachten zu können und eine erste Einordnung vorzunehmen. Es wurden über alle Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens (mit mehr als 5.000 Einwohnern) hinweg vergleichsweise wenige Gemeindegruppen gebildet, so dass auch innerhalb dieser Gruppen noch größere Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden und Städten zu finden sind. Gemeindetypisierungen können daher auch nicht eine detaillierte Analyse der Lebensbedingungen von Familien vor Ort ersetzen. Dennoch ergeben solche Typisierungen Hinweise auf Städte und Gemeinden mit vergleichbaren Herausforderungen bzw. Rahmenbedingungen für familienpolitische Aktivitäten, die eine erste Orientierung für die Gestaltung einer flexiblen Familienpolitik liefern und zudem Städte und Gemeinden mit vergleichbaren Rahmenbedingungen explizieren.

Für die vorliegende Typenbildung wurden 16 Indikatoren berücksichtigt, die für die Familienentwicklung, die Lebenslage von Familien vor Ort und als Rahmenbedingungen der örtlichen Familienpolitik von Bedeutung sind. Mittels statistischer Verfahren (Faktoranalyse mit anschließender Clusteranalyse) wurden zuerst Einflussdimensionen bestimmt und danach die Städte und Gemeinden zehn Typen bzw. Gemeindegruppen zugeordnet. Im ersten Schritt ergaben sich übergreifend fünf we-

Abbildung 10.1: Merkmalsprofile der Gemeindetypen im Überblick ⁶¹

Datenquelle: Schultz/Strohmeier/Lersch (2009): a.a.O., Datenbasis: Wegweiser Kommune 2006, Bertelsmann Stiftung.

sentliche Einflussfaktoren (Dimensionen)⁵⁹ auf die Rahmenbedingungen der Lebenslage von Familien in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens:

- die Prägung der Gemeinde als Arbeitsplatz- und Bildungsstandort sowie der damit einhergehenden Prägung durch ausländische Bevölkerung
- die Erwerbseinbindung der Bevölkerung am Wohnort⁶⁰
- die Prägung durch Hochqualifizierte, die mit einer hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen im Verhältnis zu Männern verbunden ist
- die Prägung durch Arbeitslosigkeit und
- die Prägung durch demografische Entwicklungen wie Schrumpfung und Überalterung.

Abbildung 10.1 gibt einen Überblick über die Merkmalsprofile der zehn insgesamt gefundenen Gemeindetypen. Die Stadt Hilden wurde bei dieser Typisierung in den Gemeindetyp 6 eingeordnet, der in den Einzeldimensionen – mit Ausnahme der Prägung durch Alterung und Schrumpfung – nicht durch Extremabweichungen von den Mittelwerten aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen auffällt. Dennoch lässt sich ein deutlich von den anderen Gemeindegruppen abweichendes Merkmalsprofil erkennen.

⁵⁹ Durch welche der 16 zugrunde gelegten Indikatoren diese Dimensionen beeinflusst werden, lässt sich aus Tabelle 12.1 im Anhang erkennen.

⁶⁰ Der erste Einflussfaktor berücksichtigt die Gemeinde als »Arbeitsort«, d.h. auch die Bedeutung für außerhalb wohnende Pendler, während es in der zweiten Dimension um die Erwerbseinbindung der Bevölkerung am Wohnort geht, die auch in Nachbargemeinden erwerbstätig sein können.

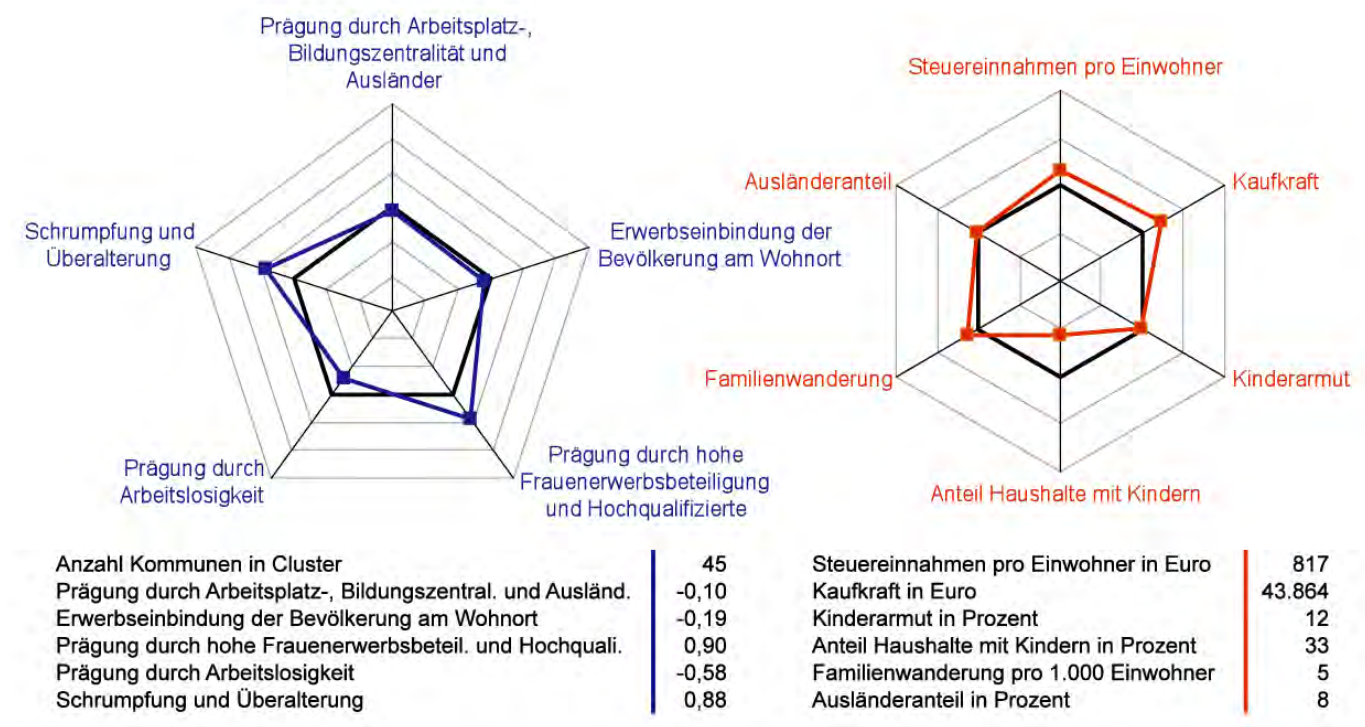
⁶¹ In der Abbildung kennzeichnet der Wert 0 auf der X-Achse den Durchschnitt der jeweiligen Dimension über alle typisierten Gemeinden in NRW insgesamt. Jeweils fünf Balken beschreiben das Merkmalsprofil des jeweiligen Gemeindetyps. Haben die Balken einen positiven Wert (Balken nach rechts), erreicht diese Dimension innerhalb der Gemeindegruppe einen überdurchschnittlichen Wert. Sind negative Werte (Balken nach links) abgetragen, ist die Gruppe unterdurchschnittlich durch diese Dimension geprägt.

Tabelle 12.2 im Anhang führt alle Gemeinden auf, die neben der Stadt Hilden zum Typ 6 gehören. In der Tabelle sind auch die individuellen Abweichungen vom durchschnittlichen Profil des Typs erkennbar. Zum Typ 6 gehören danach aus dem Kreis Mettmann auch die Städte Erkrath, Wülfrath, Mettmann, Ratingen, Haan und Langenfeld. Aus unseren Projektkommunen der Familienberichterstattung gehört die Stadt Mülheim an der Ruhr zum Gemeindetyp 6. Berücksichtigt man neben der Typenzuordnung auch die Ausprägung der einzelnen Dimensionen, so lassen sich die meisten Ähnlichkeiten der familienrelevanten Rahmenbedingungen in der Stadt Hilden mit der Stadt Ratingen, aber auch mit Frechen im Rhein-Erft-Kreis erkennen.

Das Merkmalsprofil der Gemeinden des Typs 6 sollen anhand der Einflussdimensionen und einiger ausgewählter zusätzlicher Einzelindikatoren im Folgenden in Abbildung 10.2 kurz beschrieben werden.

- 62 Die Profile zeigen die Abweichungen der jeweiligen Gemeindegruppe vom Durchschnitt aller Kommunen an. Die fette gedruckte, schwarze Linie in der Netzgrafik stellt den Durchschnitt über alle Kommunen dar. Die blaue bzw. rote Linie kennzeichnet die Gemeindegruppe. Liegt der Wert innerhalb eines Clusters über diesem Durchschnitt, so liegt der entsprechende Datenpunkt außerhalb der fett gedruckten Linie. Je weiter außen der Datenpunkt liegt, umso stärker weicht der Wert vom allgemeinen Durchschnitt nach oben ab. Umkehrt verhält es sich mit den Werten, die unter dem Durchschnitt aller Kommunen liegen.

Abbildung 10.2: Merkmalsprofil der Gemeinden des Typs 6 in NRW ⁶²



Datenquelle: Schultz/Strohmeier/Lersch (2009): a.a.O., Datenbasis: Wegweiser Kommune 2006, Bertelsmann Stiftung.

Die Gemeindegruppe erreicht im Vergleich mit den anderen Gruppen den höchsten Durchschnittswert hinsichtlich des Faktors »Alterung und Schrumpfung«. Darauf verweisen auch die Ergebnisse der Kapitel 3 und 4 in diesem Familienbericht. Da eine zunehmende Alterung der Bevölkerung charakteristisch für diese Gemeinden ist, sollte die örtliche Familienpolitik auch einen Schwerpunkt auf das Thema »Generationen miteinander« legen. Eine vergleichsweise hohe Kaufkraft der Bevölkerung ermöglicht hier ein sehr breites Spektrum an Angeboten, die nicht nur durch die Kommunen selbst finanziert werden müssen. Der vorliegende Familienbericht fokussiert aber auf Familien in engerem Sinne, d.h. auf Haushalte mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren. Daher wird diese Dimension im Kapitel 10.2 zu den Handlungsempfehlungen nicht berücksichtigt.

Der Anteil Nichtdeutscher unter der Bevölkerung erreicht demgegenüber mittlere Werte, was gleichzeitig bedeutet, dass Familien mit Migrationshintergrund nicht prägend für die Wohnbevölkerung sind (vgl. auch Kapitel 4).

Das Profil des Gemeindetyps 6 zeigt zudem an, dass die Gemeinden auch durch ausgesprochen niedrige Anteile an Familien mit Kindern gekennzeichnet sind. In den Gemeinden handelt es sich dabei deutlich häufiger um Mittelschichtfamilien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, als in anderen Gemeindegruppen. Dies lässt sich auch für die beiden zugehörigen Gemeinden der »Projektfamilie Familienberichterstattung« Hilden und Mülheim an der Ruhr bestätigen. Bei mittlerer Arbeitsplatz- und Bildungszentralität und mittlerer Erwerbseinbindung der Bevölkerung zeigt sich eine ausgesprochen hohe Prägung durch den Faktor 3, der auf ein stärker ausgeglichenes Verhältnis der Erwerbsbeteiligung der Geschlechter und auf hohe Anteile an Hochqualifizierten unter der Wohnbevölkerung hinweist. Familienpolitische Ansätze sollten daher Zweiverdienerhaushalte mit höheren bis höchsten Bildungsabschlüssen als wichtige Zielgruppe betrachten. Wichtig für diese Zielgruppe sind beispielsweise eine offensive Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch qualitativ gute Betreuungsangebote, die Zusammenarbeit mit ansässigen Unternehmen oder flexible Verwaltungsangebote, um auch Eltern mit höherer zeitlicher Arbeitsbelastung erreichen zu können.

Im Gemeindetyp 6 sind eher wohlhabende Kommunen zusammengefasst, was sich insbesondere durch überdurchschnittliche Steuereinnahmen pro Einwohner bei gleichzeitig überdurchschnittlicher Kaufkraft der ansässigen Bevölkerung ausdrückt. Das unterdurchschnittliche Niveau sozialer Problemlagen, wie Arbeitslosigkeit, aber auch eine nur durchschnittliche Kinderarmut bestätigen noch einmal das Bild der wohlhabenden Gemeinden. Das heißt, soziale Problemlagen sind unter der Be-

völkerung der Gemeinden des Typs 6 eher selten. Die mittleren Werte für den Indikator Kinderarmut verweisen aber darauf, dass trotz insgesamt positiver Rahmenbedingungen ein Teil der Familien aktuell in einer sozialen Problemlage ist und spezielle Unterstützungsangebote benötigt.

Die angeführten Charakteristika der Rahmenbedingungen für Familien können durch die detaillierten Ergebnisse der Familienberichterstattung für die Stadt Hilden empirisch umfassend bestätigt werden. Das nachfolgende Kapitel fasst hierzu wesentliche Ergebnisse zusammen. Dabei wird die Lebenssituation von Familien und Kindern in einer umfassenden sozialräumlichen Perspektive in den Blick genommen, da insbesondere das Wissen über kleinräumige Disparitäten innerhalb der Stadt eine Grundvoraussetzung für effektives politisches Handeln für Familien ist.

10.1.2 Ausgewählte Ergebnisse des Familienberichtes Hilden

Aus unserer Sicht sollte Familienpolitik in erster Linie dazu beitragen, die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Familien, die *heute* in der Stadt leben, zu verbessern. Zu den wichtigsten Bereichen der Familienpolitik zählen hier sicherlich die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (auch durch einen Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung), die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von Familien und besonders die Bekämpfung von Familienarmut, aber auch die Verbesserung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche und die Ausgestaltung des Wohnumfeldes.

Bevölkerung, Bevölkerungsentwicklung und -prognose

Die Bevölkerung der Stadt Hilden hat sich – im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen – in den vergangenen drei Jahrzehnten von 1975 bis noch 2002 überdurchschnittlich positiv entwickelt, so dass Hilden im Jahr 2002 einen Bevölkerungsstand erreichte, der mehr als acht Prozent über dem Bevölkerungsstand des Jahres 1975 lag. Für Nordrhein-Westfalen ergab sich in diesem Zeitraum im Durchschnitt lediglich ein Zuwachs um etwa fünf Prozent. Ab dem Jahr 2002, in dem Hilden eine Bevölkerungszahl von 56.753 Einwohnern zu verzeichnen hatte, schrumpfte die Bevölkerungszahl, so dass im Jahr 2008 in Hilden noch 55.961 Einwohner leben. War bis zum Jahr 2002 das Bevölkerungswachstum der Stadt Hilden fast ausschließlich durch positive Wanderungssalden zu erklären, ist seit 2001 die sinkende Bevölkerungszahl auf den stetig wachsenden negativen Saldo aus Geburten und Sterbefällen in Kombination mit einem relativ niedrigen bzw. ausgeglichenen Wanderungssaldo zurückzuführen. Für die zukünftige Entwicklung bis zum Jahr 2025 wird nach einer Prognose der Planer-

societät Dortmund ein weiterer Bevölkerungsrückgang von vier Prozent für die Stadt vorausgesagt.

Neben der rein quantitativen Entwicklung der Bevölkerung ist auch die Veränderung in der Alterstruktur eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Für die Stadt Hilden ist diesbezüglich festzuhalten, dass die Bevölkerung in den vergangenen 23 Jahren seit 1975 im Durchschnitt immer älter geworden ist und sich diese Entwicklung laut Prognose der Planersocietät Dortmund auch in der Zukunft fortsetzen wird. Im interkommunalen Vergleich hat Hilden eine Bevölkerung mit recht hohem Durchschnittsalter, was auch in einem hohen Altenquotienten von 36 Einwohnern im Rentenalter von 65 Jahren und älter auf 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahren (im Jahr 2008) zum Ausdruck kommt. Bis zum Jahr 2025 wird der Altenquotient laut Prognose weiter ansteigen, auf dann 43 je 100 Erwerbsfähige. Der Jugendquotient beträgt im Jahr 2008 25 Einwohner unter 18 Jahren je 100 Erwerbsfähige im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Er fällt damit im Kommunalvergleich vergleichsweise niedrig aus.

Soziodemografische Unterschiede zwischen den Stadtteilen

Die Bevölkerungs-, Familien- und sozialen Strukturen variieren zwischen den Hildener Stadtteilen nur wenig. Insbesondere hinsichtlich der Altersstruktur in den Stadtteilen lassen sich nur geringe Unterschiede verzeichnen. Lediglich der hohe Anteil über 64-Jähriger im Stadtteil Hilden-West stellt eine Ausnahme dar. Da in diesem Stadtteil aber lediglich fünf Prozent der Einwohner der Gesamtstadt leben, betrifft diese Aussage absolut gesehen »nur« etwas mehr als 900 Personen. Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Bevölkerung unterscheiden sich die Stadtteile etwas stärker, aber auch hier bleiben die innerstädtischen Unterschiede im Vergleich mit anderen Projektkommunen gering. So liegt der Anteil der Doppelstaatler und Nichtdeutschen in Hilden stadtweit bei 16,5 Prozent. Überdurchschnittlich ist der Anteil der Doppelstaatler und Nichtdeutschen in den Stadtteilen Hilden-Mitte (19,8 Prozent) und Hilden-Nord (17,3 Prozent). Demgegenüber ist der Anteil von Einwohnern ohne deutschen Pass oder mit doppelter Staatsangehörigkeit in Hilden-Ost mit 13,2 Prozent kleiner.

Innerhalb der Stadt sind zwischen den Stadtteilen aber zum Teil größere Unterschiede bei den Anteilen der einzelnen Familienformen festzustellen, wobei die Unterschiede bei den Alleinerziehenden am deutlichsten sind: Gegenüber dem stadtweiten Anteil von 17 Prozent der Alleinerziehenden an allen Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im Haushalt, wird der mit Abstand höchste Anteil im Stadtteil Hilden-Ost (28 Prozent) erreicht. Auch im Stadtteil Hilden-Mitte sind fast ein Vier-

tel (23 Prozent) der Familien alleinerziehend. Deutlich seltener leben Alleinerziehende demgegenüber in Hilden-West (acht Prozent).

Betrachtet man den Anteil der Familien mit Migrationshintergrund an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren, fällt die Streuung zwischen den Stadtteilen ebenfalls recht deutlich aus. Insbesondere im Stadtteil Hilden-Nord leben viele Familien mit Migrationshintergrund (30 Prozent). Auffällig sind jedoch auch Unterschiede im Vergleich der Projektkommunen. So fällt der Anteil der kinderreichen Familien (drei und mehr Kinder unter 18 Jahren im Haushalt) mit einem stadtweiten Anteil von neun Prozent ausgesprochen niedrig aus. In den Projektkommunen werden Anteile von durchschnittlich 15 Prozent erreicht. Dagegen liegt der Anteil der Alleinerziehenden in Hilden mit 17 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Projektkommunen von 14 Prozent.

Zwischen den Stadtteilen lassen sich in Hilden aber keine ausgeprägten Disparitäten im Hinblick auf demografische, ethnische oder sozioökonomische Merkmale der Bevölkerung erkennen, wie sich diese in vielen größeren Städten in Deutschland (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008) aber auch in mittleren Städten wie Kreuztal oder Wesseling (vgl. ZEFIR/Stadt Kreuztal 2007; Wunderlich 2010) nachweisen lassen.

Die wirtschaftliche Lage der Familien und Familienarmut in Hilden

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Hildener Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren beträgt – einschließlich aller Sozialtransfers – 3.166 Euro im Monat. Verglichen mit den übrigen Kommunen der Projektfamilie kann in Hilden eine sehr starke Besetzung der oberen Einkommensklassen über 4.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen sowie eine nur geringe Besetzung der unteren Einkommensklassen unter 2.000 bzw. unter 1.000 Euro festgestellt werden. Legt man ein bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen – also ein auf die Haushaltsgröße und -zusammensetzung bezogenes Einkommen – zugrunde, verschiebt sich die Einkommensverteilung der Familien nach unten. Dennoch müssen lediglich vier Prozent der Familien in Hilden mit einem sehr niedrigen Äquivalenzeinkommen unter 500 Euro haushalten, während einem sehr großen Anteil von 28 Prozent der Familien ein (recht) hohes Äquivalenzeinkommen von 1.500 Euro und mehr zur Verfügung steht. Insgesamt ergibt sich hieraus für das Jahr 2009 ein ausgesprochen hohes durchschnittliches Äquivalenzeinkommen der Familien mit Kindern unter 18 Jahren von 1.267 Euro. In keiner anderen Projektkommune wurde ein ähnlich hohes Äquivalenzeinkommen erreicht.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich für Hilden eine im Vergleich mit anderen Kommunen ausgesprochen geringe Armutsbetroffenheit. Der Sozialbericht des Landes NRW weist für 2007 die Armutsschwelle in Nordrhein-Westfalen mit 50 Prozent des bedarfsgewichteten Äquivalenzeinkommens bei 637 Euro aus (vgl. MAGS 2009). Die 60-Prozent-Schwelle, die als »armutsnah« bzw. »armutsgefährdet« bezeichnet wird, liegt bei 765 Euro. In Hilden leben vier von fünf Hildener Familien mit Kindern unter 18 Jahren und damit die überwiegende Mehrheit in Einkommensverhältnissen, die als nicht arm eingestuft werden können. Von den 20 Prozent armen und armutsnahen Familien in Hilden ist die Hälfte (zehn Prozent) arm nach dem strengerem Kriterium der 50-Prozent-Schwelle und die andere Hälfte (zehn Prozent) armutsgefährdet bzw. armutsnah. Die Armutsbetroffenheit der verschiedenen Familienformen in Hilden ist ähnlich strukturiert wie unter Familien in Nordrhein-Westfalen insgesamt: Das geringste Armutsrisiko tragen Familien mit nur einem Kind, ein deutlich höheres Armutsrisiko ist für Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 18 Jahren und kinderreichen Familien festzustellen. So müssen in Hilden 38 Prozent aller Alleinerziehenden als arm bzw. armutsnah eingestuft werden.

Allerdings erreichen die Armutsquoten von Familien und Kindern in sämtlichen anderen Kommunen der Projektfamilie (zum Teil sehr viel) höhere Anteilswerte. Auch der Vergleich dieser Zahlen mit den Armutsquoten im Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens zeigt über alle Familien- und Haushaltsformen hinweg in Hilden ein deutlich niedrigeres Armutsrisiko. Nicht nur die Familien insgesamt, sondern auch Alleinerziehende und kinderreiche Familien sind in Hilden viel seltener von Einkommensarmut betroffen als im Landesdurchschnitt.

Betrachtet man die Einkommenszusammensetzung der Familien in Hilden in Abhängigkeit von der Armutsbetroffenheit der Familien, liegt in armen Familien der Anteil mit hauptberuflichen Arbeitseinkommen lediglich bei 61 Prozent der Familien, in nicht armen Familien aber bei 98 Prozent. Fehlende Erwerbseinkommen sind demnach der Hauptgrund der Armutsbetroffenheit. Dennoch sind auch unter Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil in Hilden etwa 13 Prozent in einer solchen Einkommenssituation (»arbeitende Arme« bzw. »working poor«). »Working-poor Familien« sind aber häufiger armutsgefährdet als arm. Vor allem qualifikationsbedingt niedrige Erwerbseinkommen sind ausschlaggebend für die Armutslagen der »working poor«. So ist unter den Eltern mit niedriger Qualifikation der Anteil der »arbeitenden Armen« mit 37 Prozent fast drei Mal so hoch wie bei den Familien insgesamt, während unter den Eltern mit höchster Qualifikation lediglich vier Prozent der Familien dieser Gruppe zuzuordnen sind. Darüber hinaus zählt jede/r vierte erwerbstätige

Alleinerziehende zur Gruppe der »working poor«. Zwischen den Hildener Stadtteilen unterscheiden sich die Anteile der »arbeitenden Armen« nur wenig voneinander.

Nicht nur die Einkommens-, sondern auch die Ausgabensituation ermöglicht Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage von Familien. So stellen Mietkosten und monatliche Ausgaben für Lebensmittel und täglichen Bedarf mit 637 bzw. 555 Euro die mit Abstand höchsten absoluten Ausgabenposten der Familien in Hilden dar. Auch relativ betrachtet werden für diese beiden Bereiche sehr viel größere Anteile am Haushaltsnettoeinkommen als für die übrigen Ausgabenposten aufgebracht (29 bzw. 19 Prozent). Damit zahlen die Familien in Hilden eine im Vergleich der Projektkommunen sehr hohe (relative) Monatsmiete. In Hilden sind auch abzuzahlende Kredite und Schulden ein hoher Kostenpunkt der Familien. So müssen die Hildener Familien mit Kreditverpflichtungen insgesamt durchschnittlich 13 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Kredit- und Schuldenabzahlung aufbringen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und institutionelle Kinderbetreuung

Ein Aspekt, der Hildener Eltern deutlich von anderen Projektkommunen aber auch vielen anderen Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen unterscheidet, ist eine insgesamt sehr hohe Erwerbseinbindung der Mütter. So ist im Gegensatz zu den übrigen Projektkommunen in Hilden unter Paarfamilien nicht das »klassische Ernährermodell« mit dem alleine erwerbstätigen Vater die am stärksten vertretene Erwerbskonstellation, sondern Familien mit Vollzeit erwerbstätigem Vater und Teilzeit erwerbstätiger Mutter. Der Anteil der Familien, in denen nur der Vater erwerbstätig ist, beträgt 38 Prozent, gegenüber einem Anteil von 42 Prozent der Familien mit Vollzeit erwerbstätigem Vater und Teilzeit erwerbstätiger Mutter. Auch der Anteil der Paarfamilien, in denen beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind, ist mit zehn Prozent überdurchschnittlich hoch. Sehr niedrig ist dagegen der Anteil der Paarfamilien, in denen beide Elternteile nicht erwerbstätig sind (drei Prozent). Auch die Erwerbseinbindung der Hildener Alleinerziehenden ist im Vergleich der Projektkommunen ausgesprochen hoch: Vier von fünf Alleinerziehenden sind erwerbstätig, fast die Hälfte der Alleinerziehenden arbeitet in Teilzeit, jede dritte in Vollzeit. Mit 19 Prozent ist der Anteil der nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden im Vergleich zu den anderen Kommunen der Projektfamilie überaus niedrig. Allerdings haben insbesondere das Alter und die Anzahl der Kinder – wie in den anderen Projektkommunen – einen deutlichen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Mütter.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt daher in den Hildener Familien eine besondere Rolle. Dennoch gibt die Mehrheit der Familien in Hilden (59 Prozent) an, dass sich Familie und Beruf mit viel Energie und Geschick vereinbaren lassen. Fast jede dritte Familie gibt sogar an, dass sich Familie und Beruf »gut vereinbaren« lassen und nur neun Prozent der Familien sagen, dass Erwerbstätigkeit und Familie »kaum oder gar nicht« zu vereinbaren sind. Allerdings werden Vereinbarkeitsprobleme häufiger von nichterwerbstätigen Alleinerziehenden (33 Prozent) und Familien mit nur einem erwerbstätigen Elternteil (17 Prozent) geäußert, unter den Paaren mit zwei erwerbstätigen Elternteilen hingegen äußern lediglich drei Prozent, Familie und Beruf seien kaum oder gar nicht vereinbar. Es ist also davon auszugehen, dass die Mütter in diesen Familien – ebenso wie nicht erwerbstätige Alleinerziehende – häufig gerade aus Vereinbarkeitsgründen nicht erwerbstätig sind.

Um diese Belastungen abzubauen, ist auch die Verbesserung der institutionellen Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bedeutsam. Zum Stichtag 01.08.2010 werden in den Hildener Kindertageseinrichtungen 1.327 Plätze für Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren zur Verfügung stehen. Dem bestehenden Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Kinder in dieser Altersklasse kann mit dem bereitgestellten Angebot in Hilden damit voll entsprochen werden. Dabei werden Betreuungszeiten von 45 und 35 Stunden pro Woche deutlich häufiger in Anspruch genommen (44,5 bzw. 43,5 Prozent) als Betreuungszeiten von 25 Stunden (12,0 Prozent). Zwischen den Hildener Stadtteilen sind hinsichtlich der Versorgungsquoten für Kinder von drei bis unter sechs Jahren sehr deutliche Unterschiede erkennbar: In Hilden-Ost und Hilden-Mitte stehen deutlich mehr Betreuungsplätze zur Verfügung, als Kinder im entsprechenden Alter in den Stadtteilen leben. In Hilden-Nord, Hilden-Süd und Hilden-West stehen dagegen bezogen auf die dort lebenden Kinder der Altersgruppe weniger Betreuungsplätze zur Verfügung. Allerdings wird der Versorgungsbedarf für Kinder aus diesen drei Stadtteilen durch Kindertageseinrichtungen im zentral gelegenen Stadtteil Hilden-Mitte sowie in Hilden-Ost abgedeckt. Die Betreuungsplätze für unter Dreijährige wurden in Hilden in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut. Bereits im Jahr 2003 standen stadtweit 66 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zur Verfügung, was einer Versorgungsquote von 6,1 Prozent entsprach. Innerhalb von sieben Jahren konnte das Angebot an Betreuungsplätzen auf aktuell 324 Plätze (davon 259 in Kindertageseinrichtungen und 65 in Tagespflege) ausgebaut werden. Dementsprechend wird die Versorgungsquote der unter Dreijährigen zum Stichtag 01.08.2010 bei 33 Prozent liegen – und damit bereits heute nur wenig unterhalb der für das Jahr 2013 gesetzlich vereinbarten Quote von 35 Prozent. Trotz dieser

überdurchschnittlichen Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren stellt die Stadt Hilden fest, dass die Nachfrage der Familien nach Betreuungsplätzen (vor allem für die Kinder ab zwei Jahren) sogar noch über dem derzeitigen Betreuungsangebot liegt. Mit dem Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren hat die Nachfrage für diese Altersgruppe erheblich zugenommen. Auch die Ergebnisse der Familienbefragung zeigen ein großes Interesse der Hildener Familien mit Kindern unter drei Jahren an einer institutionellen Betreuung ihrer Kinder. Stadtweit geben die Hildener Eltern nur für gut jedes dritte Kind unter drei Jahren an, innerhalb der nächsten zwölf Monate keinen Betreuungsplatz zu benötigen.

In Hilden wird zudem im Schuljahr 2009/2010 an allen zehn Grundschulen in der Stadt eine über die Unterrichtszeit hinausgehende Betreuung angeboten. Die Betreuungsquote der Verlässlichen Grundschule beträgt stadtweit 22 Prozent, die der Offenen Ganztagsgrundschule 32 Prozent. Damit wird in Hilden mehr als jede/r zweite Grundschüler/in über die Unterrichtszeit hinausgehend betreut.

Alltagsbewältigung von Familien in Hilden

Zu den Leistungen, die von Familien erbracht werden, gehören die Erziehung und Betreuung der Kinder, die gegenseitige Unterstützung und Stärkung der Erwachsenenpersönlichkeit, die Sorge um ältere Familienmitglieder aber auch die alltägliche Organisation des Haushalts. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist aber eine der größten Herausforderungen des Familienalltags! In ganz besonderem Maße gilt das für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind sowie für erwerbstätige Alleinerziehende. Bei der Arbeitsteilung im Haushalt zeigt sich in Hilden (wie auch in den anderen Projektkommunen) eine deutlich geschlechtsspezifisch und traditionell geprägte Arbeitsteilung zwischen Vätern und Müttern. Vor allem Hausarbeiten wie Wäsche waschen, Putzen und Kochen werden mehrheitlich überwiegend von der Mutter durchgeführt. Väter sind in diese Hausarbeiten nur selten einbezogen und fühlen sich offenbar auch nicht verantwortlich. Diese Arbeitsteilung ändert sich auch bei einer stärkeren Erwerbseinbindung der Mütter in ihren Grundtendenzen kaum. Aufgrund der im Vergleich der Projektkommunen ausgesprochen hohen Müttererwerbstätigkeit betrifft diese stärkere Doppelbelastung aber auch einen größeren Anteil der Hildener Mütter als in anderen Projektkommunen.

Auch bei der Betreuung der Kinder außerhalb von Kindertageseinrichtungen und Schule spielen in Hilden (wie in allen bisherigen Projektkommunen) die Mütter die wichtigste Rolle: Vier von fünf Hildener Kinder unter zehn Jahren werden außerhalb der Schule bzw. der Kita von den Müttern betreut. Mit größte-

rem Abstand folgen dann die Väter und die Großeltern der Kinder. Sonstige verwandte und nicht verwandte Personen sind sehr viel seltener für die Betreuung der Kinder verantwortlich. Mit zunehmender Erwerbseinbindung der Mütter spielen nicht nur die Väter, sondern auch die Großeltern der Kinder eine größere Rolle. In Paarfamilien, in denen die Mütter (in Teilzeit oder in Vollzeit) erwerbstätig sind, aber vor allem bei erwerbstätigen alleinerziehenden Müttern sind familiäre Unterstützungsnetzwerke durch die Großeltern bei der Kinderbetreuung von großer Bedeutung und erleichtern (bzw. ermöglichen) damit die Müttererwerbstätigkeit.

Mehr noch als bei der Kinderbetreuung zeigt sich bei Hilfeleistungen im Alltag eine sehr breite Einbindung der Hildener Familien in Verwandtschafts-, Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen. Durch diese privaten Netzwerke können die Familien auf praktische Unterstützung bei der Alltagsbewältigung zurückgreifen, sie bieten den Familien aber auch emotionale Hilfe und Unterstützung in den vielen Situationen des Alltags, in denen es durch das Zusammenleben mit Kindern zu kleineren (und größeren) Problemen und Belastungen kommen kann. Insbesondere bei Alleinerziehenden, die überdurchschnittlich häufig erwerbstätig sind, ist die Alltagsbewältigung in hohem Maße von einem funktionierenden informellen Hilfenetzwerk getragen. Alleinerziehende berichten aber auch deutlich häufiger Problemen im Alltag, was auch zu einem höheren Beratungs- und Hilfebedarf führt, der sich in einer überdurchschnittlichen Inanspruchnahme institutioneller Unterstützungsangebote äußert.

Wohnsituation und Ausgestaltung des Wohnumfeldes

Insgesamt ist die Zufriedenheit der Familien mit ihrer aktuellen Wohnung in Hilden hoch: 81 Prozent der Familien sind damit zufrieden (davon 42 Prozent sogar sehr zufrieden). Unzufrieden oder gar sehr unzufrieden mit ihrer aktuellen Wohnung sind lediglich drei Prozent der Hildener Familien. Zwischen den Stadtteilen unterscheidet sich die Beurteilung der Wohnsituation nur wenig. Die allgemeine Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld ist – anders als in den meisten anderen Kommunen der Projektfamilie – fast ebenso hoch wie die Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnung. Allerdings sind bei der Wohnumfeldzufriedenheit deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen zu erkennen: In Hilden-Süd ist vor allem der Anteil der Familien, die mit ihrem Wohnumfeld sehr zufrieden sind, mit 46 Prozent deutlich höher als in den anderen Stadtteilen. Die allgemeine Wohnumfeldzufriedenheit der Familien in Hilden-West ist dagegen deutlich schlechter.

In Bezug auf das Wohnumfeld ist für Familien mit Kindern vor

allem eine kindgerechte Ausgestaltung wichtig. Betrachten wir die diesbezüglichen Einschätzungen der Hildener Familien, dann werden fehlende Aufenthaltsmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche sowie mangelnde Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder (über fast alle Stadtteile hinweg) am häufigsten genannt. Stadtweit kritisieren 47 bzw. 37 Prozent der Familien entsprechende Angebote im Wohnumfeld als fehlend bzw. unzureichend. Dennoch werden diese beiden Punkte von den Hildener Familien deutlich besser bewertet als in allen anderen Projektkommunen. Ein zu hohes Verkehrsaufkommen im eigenen Wohnumfeld kritisiert in Hilden fast jede dritte Familie, wobei die Spanne von 22 Prozent in Hilden-Süd bis 41 Prozent in Hilden-Mitte reicht. Weniger Unterschiede zwischen den Stadtteilen zeigen sich in Bezug auf die Einschätzung der im Wohnumfeld vorhandenen Spielplätze für kleinere Kinder (stadtweit sind hier nur 13 Prozent der Familien unzufrieden). Insgesamt sehr zufrieden sind die Hildener Familien auch mit den vorhandenen Grünflächen in ihrer näheren Umgebung (zwölf Prozent).

Neben der kindgerechten Ausgestaltung ihres Wohnumfeldes ist es für Familien aber auch wichtig, dass die Infrastruktur der Wohngegend ihren Alltagsbedürfnissen entspricht. Mit 35 Prozent werden die Freizeitangebote für Erwachsene stadtweit sehr viel häufiger als die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, der Ruf der Wohngegend oder die ÖPNV-Anbindung kritisiert – wobei sie dennoch deutlich besser bewertet werden als in allen anderen Projektkommunen. Ein sehr differenziertes Bild zeigt sich zwischen den Stadtteilen bei der Einschätzung der vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und beim Ruf der Wohngegend. Ausgesprochen positiv werden die Einkaufsmöglichkeiten in Hilden-Mitte und Hilden-Ost eingeschätzt, während sie in Hilden-Nord von fast jeder dritten Familie und in Hilden-West von gut jeder zweiten Familie bemängelt werden. Auch das Image der Wohngegend wird in Hilden-Nord (22 Prozent) und vor allem in Hilden-West (36 Prozent) deutlich schlechter beurteilt als in den übrigen Stadtteilen. In Hilden-Süd und Hilden-Ost schätzen dagegen nur jeweils fünf Prozent der Familien den Ruf ihrer Wohngegend als schlecht ein. Die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird in allen Hildener Stadtteilen als überaus gut eingeschätzt.

Lebenssituation von Kindern und Verbesserung von Bildungschancen

In der Stadt Hilden ist, wie in Deutschland insgesamt, eine starke Beziehung zwischen Familienformen, sozialem Status der Familien und Lebens- und Bildungschancen der Kinder zu beobachten. Sowohl die Daten der amtlichen Schulstatistik als auch unsere Befragungsergebnisse zeigen beispielsweise,

dass der Bildungserfolg und die Bildungsbeteiligung der Kinder stark vom Status der Herkunftsfamilie und der Familienform abhängen. Da die Familien in der Stadt Hilden über ein durchschnittlich höheres Bildungsniveau verfügen, führen diesbezügliche Einflüsse für Kinder und Jugendliche in der Stadt aber seltener zu Benachteiligungen als in anderen Projektkommunen. Dennoch ist auch für Hilden eine Schlechterstellung von Kindern aus nichtdeutschen Familien sowohl beim Zugang zu höheren Schulabschlüssen als auch beim Schulerfolg nachzuweisen. Während ein Drittel aller deutschen Schüler/innen die weiterführende Schule mit einer Fach- oder allgemeinen Hochschulreife beenden, ist dies bei den nichtdeutschen Schüler/innen nicht ganz jede/r fünfte/r. Besonders groß sind die Unterschiede aber zwischen den Anteilen der deutschen (16 Prozent) und nichtdeutschen Schulabgänger/innen (32 Prozent), die die Schule ohne Abschluss bzw. lediglich mit einem Hauptschulabschluss verlassen. Die Schlechterstellung der nichtdeutschen Schüler/innen wird bereits beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen sichtbar: Während von den deutschen Schüler/innen gerade einmal sieben Prozent auf eine Hauptschule und 48 Prozent auf ein Gymnasium wechseln, sind es bei den nichtdeutschen Schüler/innen 19 Prozent, die auf eine Hauptschule, und 24 Prozent, die auf ein Gymnasium wechseln.

Auf die Bildungsbeteiligung von Schüler/innen wirken neben der Staatsangehörigkeit noch weitere soziale Faktoren und Einflüsse der Familiensituation ein, was sich mit Ergebnissen der Familienbefragung belegen lässt. So sind für Kinder aus Familien mit höheren Einkommen und höhere Bildungsabschlüssen der Eltern deutliche positive Effekte für höhere Übergangsquoten auf das Gymnasium zu erkennen. Insbesondere der Schulabschluss der Eltern wird demnach auch in Hilden sehr häufig von der Elterngeneration an die Kinder »vererbt«. Andere Merkmale der Familiensituation wirken sich in Hilden weniger deutlich auf die Bildungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen aus.

Der Status der Herkunftsfamilie und der Familienformen beeinflussen in Hilden, wie in Deutschland insgesamt, aber nicht nur die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Zugleich lässt sich deren Einfluss auf das Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen aber auch auf die gemeinsam mit den Eltern unternommenen Freizeitaktivitäten erkennen. Auch hier zeigt sich insbesondere der Einfluss der sozialen Herkunft, wohingegen die Familienform, d.h. ob es sich beispielsweise um Alleinerziehende oder Familien mit Migrationshintergrund handelt, einen geringeren Einfluss hat. Die Freizeitaktivitäten der Kinder und Jugendlichen sind stärker durch soziale Unterschiede und insbesondere durch mangelnde finanzielle Ressourcen der El-

tern beeinflusst, als durch die vorhandenen oder nicht vorhandenen Zeitressourcen der Eltern. So haben Hildener Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigen Einkommen und mit niedriger schulischer und beruflicher Qualifikation der Eltern deutlich häufiger Einschränkungen hinsichtlich der Freizeitaktivitäten hinzunehmen, weil die Eltern nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen. Ganz ähnliche Einflüsse zeigen sich für Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen in Vereinen und Organisationen: Kinder aus Familien von Alleinerziehenden und aus Familien mit Migrationshintergrund sind deutlich seltener im Sportverein oder im Musikverein bzw. der Musikschule aktiv als Kinder im Alter von 6 bis unter 14 Jahren in Hilden insgesamt.

Um den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen aufzubrechen, gilt es demnach nicht nur, den gleichberechtigten Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu höheren Schulabschlüssen gezielter zu fördern. Zugleich sollten sich familienpolitische Bemühungen im Freizeitbereich verstärkt darauf orientieren, auch hier soziale Benachteiligungen auszugleichen. Durch die Initiierung des Bildungsnetzwerkes im Jahr 2009 wurden gute Voraussetzungen geschaffen, um familienpolitische Aktivitäten für bessere Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in der Stadt Hilden effektiver zu gestalten.

10.1.3 Subjektive Bewertung der Rahmenbedingungen des Alltagslebens für Familien in Hilden

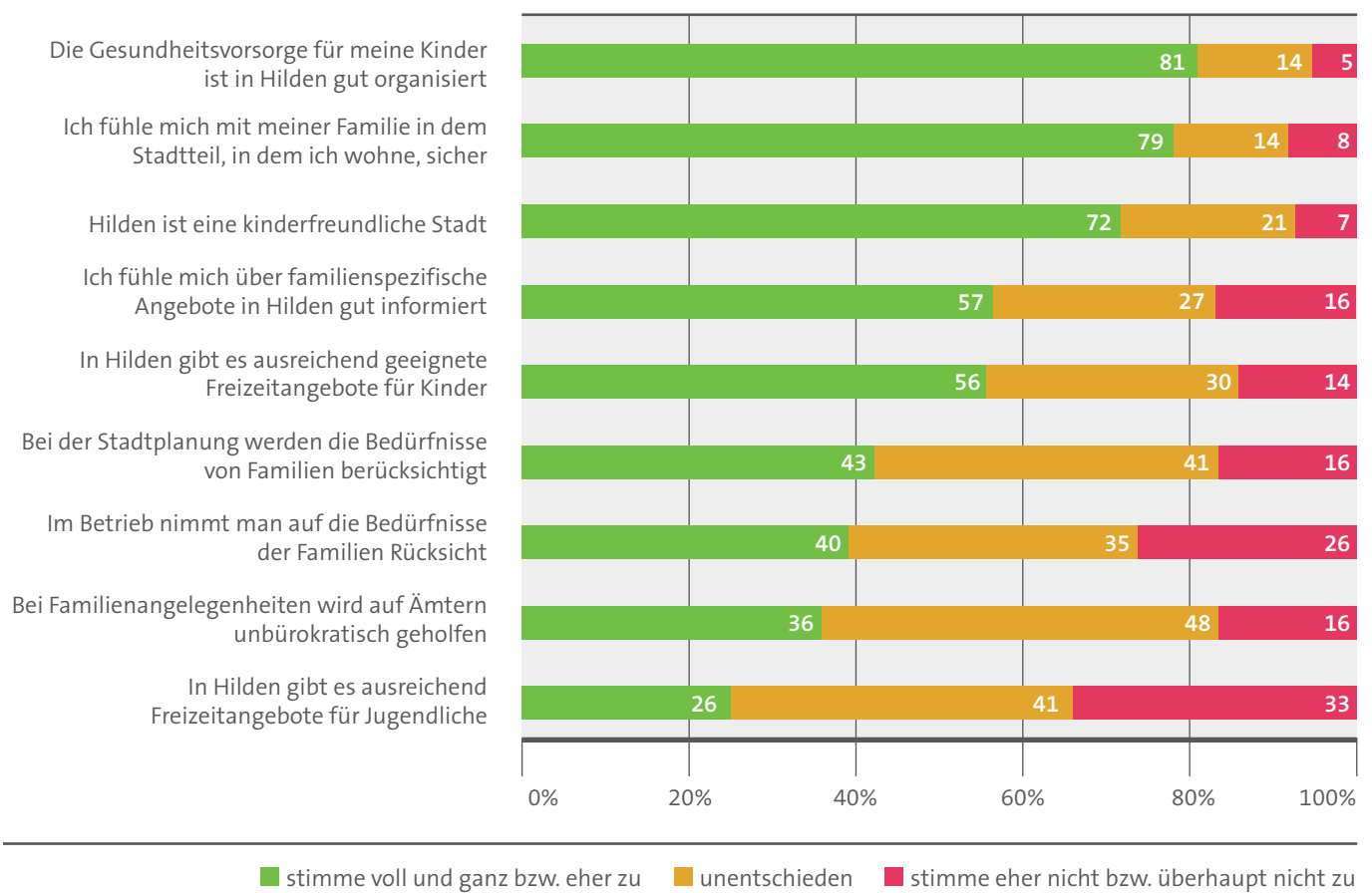
Den themenbezogenen Zusammenfassungen nachgestellt sei hier eine übergreifende Bewertung der Lebensbedingungen für Familien in der Stadt Hilden. Im Rahmen der Familienbefragung wurden die Familien in Hilden dazu befragt, wie sie verschiedene Rahmenbedingungen des Alltagslebens von Familien in der Stadt bewerten. Die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, das Sicherheitsgefühl im Ort oder die Organisation der Gesundheitsvorsorge für Kinder wurden durch die Familien ebenso bewertet, wie die Kinderfreundlichkeit der Stadt Hilden insgesamt. Auf einige dieser Bewertungen und Einschätzungen wurde in den vorangegangenen Kapiteln bereits eingegangen und es zeigte sich, dass die verschiedenen Dimensionen durch die Familien recht unterschiedlich bewertet werden.

Abbildung 10.3 zieht über alle subjektiven Dimensionen, die durch die Familien bewertet wurden, noch einmal übergreifend Bilanz. Vergleicht man die einzelnen Dimensionen untereinander, fällt die vergleichsweise kritische Bewertung der Freizeitangebote für Jugendliche auf, aber auch die Hilfe bei Familienangelegenheiten auf Ämtern wird kritischer gesehen. Vor dem Hintergrund des sehr breiten Angebotes für Kinder und

Jugendliche in der Stadt Hilden (vgl. Übersicht 10.1 in Kapitel 10.2) überrascht diese kritische Bewertung. Dies hängt aber sicher damit zusammen, dass nicht nur die durch die Stadt unterstützten bzw. finanzierten Angebote für Kinder und Jugendliche bewertet werden, sondern Familien in der Regel die Freizeitmöglichkeiten in der Stadt insgesamt einschätzen, also auch Angebote kommerzieller Anbieter. Zudem zeigt sich über alle Projektkommunen hinweg, dass Familien diesen Angebotsbereich übergreifend recht kritisch sehen.

Hinsichtlich der Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse von Familien im Betrieb zeigen sich ambivalente Wertungen. Gut ein Viertel der Familien gibt diesbezüglich eine kritische Bewertung ab und zwei Fünftel liegen mit ihren Bewertungen im positiven Bereich. Ausgesprochen positiv hingegen fallen die Einschätzungen der Familien im Hinblick auf Gesundheitsvorsorge und das Sicherheitsgefühl am Wohnort aus. Auch die Kinderfreundlichkeit der Stadt Hilden wird mit einer Zustimmungsrate von 72 Prozent sehr positiv bewertet.

Abbildung 10.3: Einschätzung der Rahmenbedingungen für Familien in Hilden 2009



Datenbasis: Familienbefragung Stadt Hilden 2009

An dieser Stelle interessiert insbesondere eine übergreifende Bewertung aller Dimensionen durch die Familien in der Stadt Hilden. Wir haben daher über alle Bewertungen hinweg einen Index gebildet. Für die Indexbildung in Abbildung 10.4 haben wir die Familien gezählt, die für mindestens fünf der neun genannten Statements (also bei mehr als der Hälfte) eine positive Bewertung (stimme voll und ganz bzw. eher zu) angeben und zum anderen die Familien, die für mindestens fünf der neun genannten Statements eine negative Bewertung (stimme eher nicht bzw. überhaupt nicht zu) angeben. Danach geben die Fa-

milien in Hilden ein für die Stadt und die Lebensbedingungen in der Stadt ausgesprochen positives Urteil ab. Mehr als die Hälfte der Familien (54 Prozent) kommt zu einer überwiegend positiven Einschätzung. Das ist im Vergleich der Projektkommunen der bisher höchste Wert an positiven Bewertungen, während der Anteil der Familien mit überwiegend negativen Bewertungen mit sechs Prozent ausgesprochen niedrig ausfällt. Die Bewertungen sind aber in hohem Maße auch davon abhängig, welche Familien in der Stadt leben und wie sich deren Lebenslage darstellt.

Abbildung 10.4: Index der Einschätzung der Lebensbedingungen von Familien in Hilden 2009



Datenbasis: Familienbefragung Stadt Hilden 2009

Wie die Analysen zu konkreten Alltagsproblemen und der Lebenssituation der Familien in Hilden gezeigt haben, bedeutet dieses Ergebnis aber nicht, dass in der Stadt Hilden bezüglich Familien- oder Kinderfreundlichkeit nichts mehr verbessert werden könnte. Schon die sehr differenzierten Bewertungen der Einzelitems in Abbildung 10.3 verweisen auf Ansatzpunkte für familienpolitische Akteure. Das gilt sicherlich besonders für die etwas kritischere Wertung der Familienfreundlichkeit von Unternehmen vor Ort und hinsichtlich der Einschätzung zur unbürokratischen Hilfe bei Familienangelegenheiten auf Ämtern.

10.2 Familienförderung in Hilden als örtliche Familienpolitik gestalten – Handlungsempfehlungen

Im Folgenden sollen aufbauend auf der »Ist-Analyse« der Lebensbedingungen und der Zufriedenheit von Familien in der Stadt Hilden Kriterien und Handlungsfelder zur strategischen Ausrichtung der kommunalen Familienpolitik abgeleitet werden. Diese Handlungsempfehlungen sollen dazu beitragen, Möglichkeiten und Wege für die weitere familienpolitische Orientierung und die Gestaltung der Familienpolitik in Hilden aufzuzeigen. Einen »Königsweg« für die konkrete Ausgestaltung kommunaler Familienpolitik gibt es dabei nicht. Die bisher vorliegenden Familienberichte der Projektfamilie, aber auch die vorangegangenen Analysen zur Lebenssituation von Familien in der Stadt Hilden und im interkommunalen Vergleich haben gezeigt, dass sich die Lebensbedingungen von Familien in den Städten erheblich unterscheiden. Familienfreundlichkeit und Familienpolitik muss sich deshalb an den Familien orientieren, die sie vor Ort erreichen will. Als übergreifendes Ziel kann jedoch formuliert werden, dass örtliche Familienpolitik die Familien durch öffentliche Leistungen und Angebote unterstützen sollte, um die Lebensqualität von Familien zu sichern und damit sie auch in Zukunft »Leistungen« für das örtliche Gemeinwohl, wie diese in Kapitel 1.1.1 formuliert wurden, erbringen können.

10.2.1 Örtliche Familienpolitik in Hilden

Basis der folgenden Ausführungen ist neben den Ergebnissen der »Ist-Analyse« des vorliegenden Familienberichtes, die Sichtung der von der Stadt Hilden zusammengestellten Materialien zur örtlichen Familienpolitik. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Erstellung des Familienberichts in Hilden erstmals zwei Expertenrunden mit insgesamt 13 Mitarbeiter/innen verschiedener Verwaltungsämter zur Ausrichtung und den Arbeitsfeldern der örtlichen Familienpolitik geführt. Neben dem Sozialdezernenten und drei Amtsleiter/innen (Amt für Jugend, Schule und Sport, Amt für Soziales und Integration sowie Amt für Planung und Vermessung) nahmen neun weitere Sachgebietsleiter/innen und Mitarbeiter/innen aus dem Amt für Jugend, Schule und Sport (Jugendhilfeplanung, Bildungskoordination, Jugendförderung, Soziale Dienste, Kindertagesstätten- und Schulverwaltung, Sportbüro) an den Expertenrunden teil.⁶³ Gegenstand der Expertenrunden waren drei übergreifende inhaltliche Diskussionspunkte:

- A) Motivation und Erwartungen an die Familienberichterstattung,
- B) Aktuelle Arbeitsfelder und Gestaltung der örtlichen Familienpolitik in Hilden,

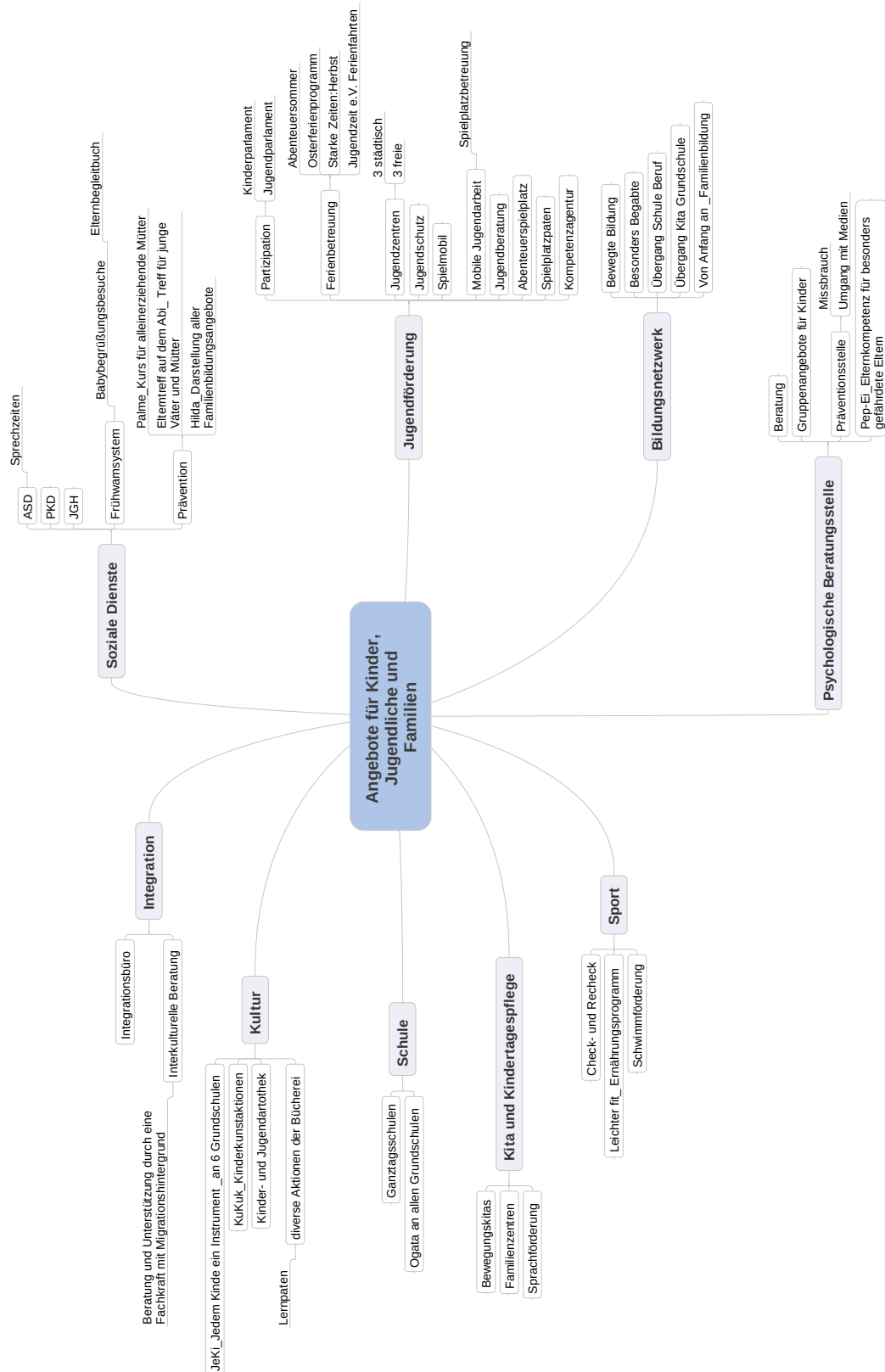
- C) Vorstellungen der Expertinnen und Experten dazu, wie die Ergebnisse der Familienberichterstattung in Hilden diskutiert und in die örtliche Familienpolitik eingebunden werden sollen.

Das Expertenwissen zur Situation der Familien und zur örtlichen Familienpolitik in Hilden aus diesen Expertenrunden ist in die folgenden Kapitel als zusätzliche Informationsbasis eingeflossen. Einige übergreifende Ergebnisse sollen den Handlungsempfehlungen aber vorangestellt werden. Sowohl die Expertenrunden als auch die Sichtung der vorhandenen Materialien haben gezeigt, dass die Stadt Hilden für Kinder, Jugendliche und Familien ein ausgesprochen breites Spektrum an Angeboten bereitstellt, um ihrem Anspruch der Schaffung von kinder- und familienfreundlichen Rahmenbedingungen und von Chancengerechtigkeit für Familien in der Stadt Hilden gerecht zu werden (vgl. Übersicht 10.1). Dieses breite Angebotsspektrum ist sicher auch dadurch begründet, dass in der Stadt Hilden ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Angebote reichen dabei in vielen Punkten auch über die pflichtigen Aufgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch im Bereich Soziales hinaus. Die Expertenrunde ergab darüber hinaus, dass es die Stadt als ihre Aufgabe versteht, durch umfassende Informationen für Familien Transparenz zu den Angeboten von Trägern in der Stadt und der Kommune zu erreichen. Angebote zu bündeln und darüber zu informieren, wird als Serviceleistung der Stadt für Familien verstanden.

Als wesentlicher Bereich der aktuellen Aktivitäten der Stadt sind in Übersicht 10.1 das Bildungsnetzwerk zu erkennen. Das Bildungsnetzwerk ist eine neue Aktivität, die im Jahr 2009 auf den Weg gebracht wurde. Das ambitionierte Ziel dabei ist: »Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen in dieser Stadt«. Das heißt, die Angebote wollen auch die Kinder und Jugendlichen erreichen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Die unterschiedlichen Module des Bildungsnetzwerkes fokussieren aber nicht nur auf Problemlagen. So geht es beispielsweise um die optimale Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule, wovon alle Kinder profitieren können, aber auch um die Förderung von besonders Begabten. Auch bei den Angeboten des Bereichs Jugendförderung zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen, aber auch aller sozialen Schichten erreicht werden sollen. Nach Aussagen der Expertenrunde gehört hierzu auch eine Reihe von spezifischen Angeboten, die Familien unterstützen, die sich bestimmte Angebote finanziell nicht leisten können.

63 Die Teilnehmerlisten der Expertenrunden können der Übersicht 12.1. im Anhang entnommen werden.

Übersicht 10.1: Übersicht ausgewählter Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien in der Stadt Hilden



Datenquelle: Stadt Hilden, Amt für Jugend, Schule und Sport (Stand: 27.01.2010)

Seit etwa fünf Jahren legt die Stadt darüber hinaus besonderen Wert auf die präventive Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familie, um sozialen Problemlagen und Krisensituationen in den Familien vorzubeugen. In diesem Zusammenhang geht es zwar in erster Linie darum, den Familien Hilfe und Unterstützung anzubieten, zugleich dient die präventive Arbeit aber auch dazu, Kosten im Bereich der Jugendhilfe einzusparen.

Vor dem Hintergrund der umfassenden Erwerbseinbindung der Hildener Eltern, die in Kapitel 6.1 dargestellt wurde, überrascht es nicht, dass die Stadt Hilden ein breit ausgestaltetes Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen vorhält. Die Ausgestaltung dieses Betreuungsangebotes ist aktuell ebenfalls ein wichtiges Arbeitsfeld der Hildener Familienpolitik.

Ein übergreifendes Ergebnis der Expertenrunden war, dass in der Stadt Hilden trotz des breiten Angebots für Kinder, Jugendliche und Familien verwaltungsweit keine explizit definierten Ziele und Strategien für die örtliche Familienpolitik existieren. Familienpolitische Aktivitäten sind bislang überwiegend ressortbezogen und nicht als Querschnittspolitik organisiert. Die Hauptverantwortung liegt beim Amt für Jugend, Schule und Sport. Die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts erfolgt zumeist projekt- bzw. themenbezogen, insbesondere bei sozialpolitischen Themen, aber auch bei Kinderfreundlichkeitsprüfungen in der Stadt- und Verkehrsplanung. Im Feld Bildungsnetzwerk werden aber erstmals auch stärker ressortübergreifende Ansätze erprobt.

Zudem hat das Thema örtliche Familienpolitik bzw. Familienfreundlichkeit vor Ort in der öffentlichen und politischen Diskussion keine herausragende Bedeutung erlangt, auch wenn in Projekten der Stadt die Verbesserung der Situation von Familien und der Lebensqualität von Familien an verschiedenen Stellen mitgedacht wird. Auch die Entscheidung für eine Familienberichterstattung ist nicht explizit vor dem Hintergrund einer familienpolitischen Diskussion gefallen, sondern im Kontext sozialpolitischer Diskussionen zur Armut und zu den besonderen Armutsrisiken von Familien in Deutschland. Vor dem Hintergrund der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung insgesamt und der Familien in Hilden, wurde mit der Familienberichterstattung ein breiterer Ansatz gewählt, der nicht nur die Lebenssituation von armen Familien in den Blick nimmt, sondern zugleich verlässliche und kleinräumige Informationen zu den Lebensbedingungen der Familien insgesamt und zur Zufriedenheit der Hildener Familien liefert. Mit dieser Entscheidung war auch die Hoffnung verbunden, belastbare Zahlen zur Lebenssituation von Familien in der Stadt und in den Stadtteilen zu erhalten. In diesem Zusammenhang interessiert insbesondere der Blick auf die Stadtteilebene.

Der vorliegende Bericht kann aus unserer Sicht dieser Erwartung gerecht werden. Die konsequente Darstellung der Ergebnisse der Familienberichterstattung auf der Ebene der fünf Stadtteile ermöglicht außerdem über verschiedene Planungsstrukturen der Stadt Hilden hinweg inhaltliche Bezüge, die bisher nicht oder nur ansatzweise möglich waren. Zudem gehen wir davon aus, dass die vorliegende umfassende Familienberichterstattung für die Stadt Hilden einen wichtigen Beitrag bei einer (Neu-)Strukturierung der örtlichen und kommunalen Sozial- und Familienpolitik in Hilden leisten kann (Wunderlich 2007).

Man kann örtliche Familienpolitik recht eng definieren, also von den Intentionen und institutionellen Zuständigkeiten der Politiker ausgehen, die mit Familienpolitik die Beeinflussung der Lebenslage von Familien, ihrer Lebensformen, des Lebensalltags und der Leistungen der Familien anstreben. Hierbei handelt es sich um »explizite« Familienpolitik, wobei die Frage der faktischen Wirkungen zunächst offen bleibt. Eine auf Nachhaltigkeit orientierte Familienpolitik erfordert aber aus unserer Sicht eine umfassendere, von den faktischen Wirkungen der Politik ausgehende Definition. In diesem Fall sollte jede Politik, die faktisch Einfluss auf die Lebenslage oder die Leistungen von Familien nimmt oder die den Familienalltag beeinflusst, als »implizite« Familienpolitik gelten. Eine so verstandene Familienpolitik erfordert im politischen Raum auch eine Problematisierung und Reflexion impliziter Familienpolitik, das heißt der Wirkungen anderer, nicht explizit auf Familie gerichteter Politikbereiche auf die Lebenslagen der Familien (vgl. Schultz/Strohmeier/Wunderlich 2009b). In diesem wirkungsanalytischen Politikverständnis ist Familienpolitik Querschnittspolitik, die viele Politikbereiche betrifft: Bildung, Sozialpolitik, Integration, Stadtentwicklung und -planung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und vieles mehr.

Aus unserer Sicht kann man die Situation in Hilden aktuell so zusammenfassen, dass es eine sehr breite und vielfältige Familienförderung gibt, dass diese aber (noch) nicht als nachhaltige örtliche Familienpolitik, d.h. als ressortübergreifende Querschnittspolitik mit strategischen Zielen gestaltet ist. Familienpolitische Schwerpunktsetzungen ergaben sich in der Vergangenheit überwiegend prozessual durch politische Beschlüsse und im Rahmen des Verwaltungshandelns. Wir empfehlen daher ein solches »familienpolitisches Gesamtkonzept« zu entwickeln. Eine Integration der vorhandenen Angebotsstruktur in ein familienpolitisches gesamtstädtisches Konzept bietet aus unserer Sicht umfangreiche Potenziale sowohl im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit familienpolitischen Akteuren außerhalb der Verwaltung, der Wirksamkeit und Akzeptanz von sozialräumlichen Prioritätssetzungen aber auch im Hinblick auf die Kooperationen und Vernetzungen innerhalb der Angebotsstrukturen und der Verwaltung.

10.2.2 Kriterien einer nachhaltigen örtlichen Familienpolitik

Den in Kapitel 10.2.3 dargestellten Empfehlungen für ein kommunales Management für Familien und den abgeleiteten Handlungsfeldern voranstellen möchten wir einige übergreifende Kriterien, die nach unserer Auffassung eine nachhaltige örtliche Familienpolitik heute leiten sollten. Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, dass Familienpolitik im regionalen und im kleinräumigen Vergleich unterschiedliche Ziele setzen und zu unterschiedlichen Mitteln greifen muss. So vielfältig wie die Familienformen, Familienmilieus und Lebenssituationen von Familien sind, so vielfältig ist auch das, was für Familien Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort ausmacht. Ein einheitliches und allgemeingültiges «Themen-Raster» für Familienfreundlichkeit und Familienpolitik ist angesichts der heute vorzufindenden Vielfalt von Familien kontraproduktiv, das gilt auch für die Stadt Hilden.

Eine nachhaltige örtliche Familienpolitik sollte sich nach unserer Auffassung dabei insbesondere an den folgenden vier übergreifenden Kriterien orientieren (vgl. Schultz/Strohmeier/Wunderlich 2009b):

1. Örtliche Familienpolitik benötigt Wissen über die Familien vor Ort
2. Örtliche Familienpolitik braucht Integration und klare und verlässliche Strukturen
3. Örtliche Familienpolitik gründet sich auf breite Akteursbündnisse
4. Örtliche Familienpolitik muss als beteiligungsorientierter Prozess organisiert sein

Mit dem Attribut »örtlich« wollen wir dabei explizit zum Ausdruck bringen, dass nicht allein die politische Gemeinde, d.h. die Kommune zuständig ist, sondern dass örtliche Familienpolitik auch andere Akteure der Ortsgesellschaft, zum Beispiel Unternehmen, Kirchen, Vereine und Verbände, betrifft. Örtliche Familienpolitik ist und kann insofern nicht ausschließlich Sache der Kommune sein und nicht nur die Kommunalverwaltung sollte eine Rolle spielen, sondern es gilt alle freien Träger und familienpolitisch relevanten Akteure einzubinden. Ziel ist es aus unserer Sicht, örtliche Familienpolitik als prozessorientierte Querschnittspolitik zu etablieren und nachhaltig zu sichern.

Örtliche Familienpolitik benötigt Wissen über die Familien vor Ort

Eine nachhaltige und passgenaue örtliche Familienpolitik wird sich konsequenterweise an den (kleinräumigen) Differenzierungen der Lebenslagen von Familie orientieren, die sie erreichen will. Ein wirkungsvolles Instrument eines solchen spezifischen

familienpolitischen Handelns ist die kommunale Familienberichterstattung. Der vorliegende Familienbericht für die Stadt Hilden stellt diesbezüglich eine detaillierte und umfassende Analyse zur aktuellen Lebenssituation, den Problemlagen und der Zufriedenheit der Familien in der Stadt zur Verfügung. Damit ist aus unserer Sicht eine wesentliche Voraussetzung für eine weitere Ausgestaltung der örtlichen Familienpolitik gegeben. Die Familienberichterstattung kann aber nur ein Schritt im familienpolitischen Prozess darstellen. Um das Wissen über Familien vor Ort für die Gestaltung der Familienpolitik und Familienförderung in der Stadt Hilden nutzbar zu machen, ist aus unserer Sicht eine breite Diskussion der Ergebnisse im politischen aber auch öffentlichen Raum notwendig. Nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der zuständigen Verwaltungseinheiten sowie der entsprechenden politischen Gremien gilt es daher Wege zu finden, die Ergebnisse der Familienberichterstattung allen relevanten Akteuren zugänglich zu machen. Hierzu zählen selbstverständlich in erster Linie die Akteure in der Kommunalverwaltung und der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik. Darüber hinaus sollten auch Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung einbezogen werden, um eine breite Öffentlichkeit für die familienpolitische Diskussion zu erreichen. Hier geht es um Akteure, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit Familien zu tun haben, beispielsweise in den Kindertagesstätten, Schulen und bei freien Trägern.

Örtliche Familienpolitik braucht Integration und klare und verlässliche Strukturen

Auch in Hilden sind für «Familienfragen» auf der kommunalen Ebene mehrere Ausschüsse und Ämter zuständig. Deshalb gilt es, Transparenz im Hinblick auf die unterschiedlichen Akteure, ihre Aktivitäten und Strategien sowie über erwünschte und unerwünschte Effekte herzustellen. Das gilt besonders, wenn Familienpolitik als implizite Familienpolitik vorangebracht werden soll, d.h. auch Wirkungen anderer Politikbereiche, wie Wirtschaft, Arbeitsmarkt oder Stadtentwicklung auf die Lebenslage von Familien berücksichtigen will. Aus unserer Sicht stellen Abstimmung und Verknüpfung der einzelnen Teilleistungen der Verwaltung bereits ein entscheidendes und wirkungsvolles Element kommunaler Familienpolitik dar. Denn erst eine solche Verknüpfung generiert Rahmenbedingungen für die Familien in der Kommune, die ihnen erleichtern, ihren Alltag unter möglichst wenigen Belastungen zu organisieren. Dafür müssen aber effektive Strukturen geschaffen werden. Zudem ist familienpolitisches Handeln der Kommunen immer auch eine Frage der politischen Prioritäten und entsprechend der Prioritäten bindet örtliche Familienpolitik in den Kommunen andere Akteure (Wirtschaft, Verbände, Zivilgesellschaft) wirkungsvoll mit ein.

Örtliche Familienpolitik gründet sich auf breite Akteursbündnisse

Ein wichtiges Element örtlicher Familienpolitik – und hier ist ganz klar die Kommune gefragt – ist die Vernetzung und Koordination aller auf örtlicher Ebene familienpolitisch bedeutsamen Akteure. Kommunale Familienpolitik ist also nichts anderes als Familienpolitik in der Kompetenz der Kommune. Um alle auf kommunaler Ebene vorhandenen Potenziale erschließen zu können, müssen sich die Kommunen als Moderatoren kommunaler Familienförderung verstehen. Unsere Erfahrungen im Feld örtlicher Familienpolitik haben gezeigt, dass ein Funktionieren solcher Netzwerke vor Ort davon abhängt, wie die Kommunen ihre Moderatorenrolle wahrnehmen. Sowohl eine zu defensive und als auch eine zu offensive Rolle der Kommune kann hier Probleme aufwerfen. Erfahrungen im Bereich der vom Bundesfamilienministerium geförderten »Lokalen Bündnisse für Familie« zeigen, dass die Bündnisse besonders erfolgreich sind, in denen die Kommune einerseits keine zu exponierte Rolle spielt und tatsächlich stärker moderierend aktiv ist, und in denen es andererseits verbindliche Formen der Mitwirkung der anderen beteiligten Akteure gibt, in denen »Nachhaltigkeit durch Zuständigkeit« geschaffen wird (Strohmeier/Amonn/Wunderlich 2005).

Örtliche Familienpolitik muss als beteiligungsorientierter Prozess organisiert sein

Die Akteure der örtlichen Familienpolitik sind nicht nur organisierte Akteure. Vielmehr ist es erforderlich, nicht nur Politik *für* Familien zu machen, sondern auch Politik *mit* Familien. Nur durch eine kontinuierliche Beteiligung von Familien und in einem andauernden Abgleich von sich im Zeitverlauf verändernden Bedarfen mit den vorhandenen Angeboten ist es möglich, passgenaue Lösungen zu finden. In Anlehnung an Bogumil (1999: 51) sollten in der örtlichen Familienpolitik daher drei Rollen der Familien(-mitglieder) berücksichtigt werden:

- Familien(-mitglieder) als Adressaten der Leistungserstellung (Kunden, Klienten, Hilfeempfänger)
- Familien(-mitglieder) als politische Auftraggeber, das betrifft insbesondere die Beteiligung von Bürger/innen in Planungs- und Entscheidungsprozessen (beispielsweise im Rahmen von Zukunftskonferenzen, Beiräten, Familienforen oder ähnlichem) und
- Familien(-mitglieder) als Mitgestalter des Gemeinwesens, also als Koproduzenten bei der Leistungserstellung, z.B. im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, im Ehrenamt, bei der Selbstverwaltung von Einrichtungen oder in Selbsthilfeorganisationen.

10.2.3 Ein kommunales Management für Familien mit strategischen familienpolitischen Zielen für die Stadt Hilden entwickeln

Es wurde bereits darauf verwiesen, dass wir für die Stadt Hilden die Entwicklung eines »familienpolitischen Gesamtkonzepts« empfehlen, das örtliche Familienpolitik als ressortübergreifende Querschnittspolitik begreift. Das Ziel einer als Querschnittspolitik verstandenen Familienpolitik sind integrierte Handlungsansätze, die bislang »isoliert« betriebene Felder wie Sozial-, Integrations-, Jugend- und Stadtentwicklungspolitik miteinander verbinden. Um die örtliche Familienpolitik in Hilden in dieser Form in ihren Zielsetzungen auszuweiten und zu gestalten, empfehlen wir die Implementierung eines Managements für Familien in der Stadt. »Der Begriff »Kommunales Management für Familien« steht für eine zeitgemäße Ausrichtung kommunaler Familienpolitik, die zielorientiert vorgeht und hierbei strategische Instrumente einsetzt. Weniger das Einzelprojekt zählt, sondern die kommunale Gesamtstrategie beim Querschnittsthema Familie« (Engelbert 2009: 1). Die Übertragung des betriebswirtschaftlichen Begriffs »Management« auf die kommunale Verwaltung will dabei auf die Notwendigkeit einer stärkeren Ziel- und Wirkungsorientierung verweisen, die mit einer Gestaltung der örtlichen Familienpolitik als ressortübergreifende prozessorientierte Querschnittspolitik erforderlich wird. Zudem ist örtliche Familienpolitik erst vor dem Hintergrund einer kommunalen Gesamtstrategie für Familien als explizite Familienpolitik unter Einbezug der vielfältigen in der Kommune agierenden familienpolitischen Akteure möglich.

Die Idee des kommunalen Managements für Familien bezieht sich auf Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Landesprojekt »Kommunales Management für Familien« in Nordrhein-Westfalen. Neben dem Konzept der kommunalen Familienberichterstattung (das dem vorliegenden Familienbericht zugrunde liegt) wurden im Rahmen des Projektes Strategien für ein kommunales Management für Familien als experimentelle Verwaltungsform entwickelt, die – wie die kommunale Familienberichterstattung – mittlerweile in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens zur Anwendung gekommen sind. Durch die Einrichtung des Informations- und Qualifizierungszentrums für Kommunen (IQZ) unterstützt das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration die Kommunen bei der strategischen Implementierung eines kommunalen Managements für Familien.

Grundsätzlich werden drei Dimensionen des Managements unterschieden:

- Auf der Ebene des **normativen Managements** geht es um die Formulierung von Zielen zum Thema Familie und Familienfreundlichkeit, also um die Entwicklung von Visionen und um die Herstellung einer auf solche Ziele ausgerichteten Organisationskultur.
- Beim **strategischen Management** liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung von Programmen und Strategien unter Einsatz von vorhandenen Ressourcen.
- **Operatives Management** wird als Umsetzung von normativen und strategischen Vorgaben in konkrete Leistungsziele und Aktivitäten verstanden.

Für das kommunale Management für Familien steht mittlerweile ein recht umfassendes Repertoire strategischer Instrumente zur Verfügung. Das Internetportal www.familie-in-nrw.de hält hierzu umfangreiche Informationen, Handlungsempfehlungen, Erfahrungsberichte aus Kommunen und Beispiele guter Praxis bereit. So ist ein häufig genanntes Beispiel für das **normative Management** in Kommunen die **Entwicklung eines familienpolitischen Leitbildes**. Hierbei kann es um inhaltliche Ziele gehen, aber auch um die Formulierung eines generellen Verständnisses der Bedeutung und der Unterstützungsbedarfe von Familien (vgl. Engelbert/Neumann 2009). Soll ein Leitbild Wirksamkeit entfalten, so muss es mit den betroffenen Menschen, d.h. sowohl den Familien in der Stadt als auch den relevanten familienpolitischen Akteuren, entwickelt werden. Es bedarf also einer umfassenden Beteiligung. Für ein effektives und effizientes kommunales Management für Familien bedarf es darüber hinaus einer strategischen Orientierung in Bezug auf die zu gestaltende Lebenssituation von Familien, die am familienpolitischen Leitbild orientiert werden sollten.

In Hilden könnte eine Leitbildentwicklung daher zugleich mit einem differenzierten **Handlungskonzept zur strategischen Orientierung der örtlichen Familienpolitik** verbunden werden. Die vorliegenden Handlungsfelder können aus unserer Sicht einen ersten Schritt für eine solche strategische Diskussion zur Ausgestaltung der Familienpolitik in Hilden darstellen. Nach Bogumil (2007) gibt es im Bereich der örtlichen Familienpolitik ganz unterschiedliche Möglichkeiten, um ressortübergreifende Kooperationen zur strategischen Ausrichtung in der Kommunalverwaltung zu gestalten. Er führt als Möglichkeiten der Kooperation in der Verwaltung beispielsweise die Einführung eines Amtes für kommunale Familienpolitik als »größtmögliche Stärkung« kommunaler Familienpolitik an. Als weitere Möglichkeiten werden Stabsstellen oder das Konzept der Federführung durch eine Verwaltungseinheit, beispielsweise das Jugendamt, genannt. Eine Definition als Querschnittsaufgabe

stellt nach Bogumil eine Organisationsform dar, »... die eine horizontale Zentralisierung beschreibt. Aus den Facheinheiten werden einzelne Aufgaben und Kompetenzen herausgelöst, die dann bereichsübergreifend von einer neuen Querschnittseinheit wahrgenommen werden.« (vgl. ebd.)

Auf der Ebene des **operativen Managements** geht es um die konkrete Maßnahmeplanung vor Ort. Gerade die Abstimmung und Koordination der unterschiedlichen, thematisch weit gefächerten Angebote für Familien durch unterschiedlichste Akteure stellen eine eigenständige Aufgabe örtlicher Familienpolitik dar. Die Angebote erfordern zudem eine beständige Ausrichtung an den Erfordernissen der sich ändernden Lebensbedingungen von Familien. Nur dann kann örtliche Familienpolitik nahe am Bedarf der Familien agieren. Eine sozialräumliche Sicht bei der Planung und beim Angebot von familienpolitischen Leistungen ist dabei grundsätzlich wichtig. Dies sollte aber nicht als Forderung nach einer generell sozialräumlich und dezentral organisierten Angebotsstruktur missverstanden werden. Die Entscheidung darüber, welche Angebote in Hilden mit seiner eher homogenen Bevölkerungs- und Familienstruktur sinnvoller Weise zentral angeboten werden sollten, kann jedoch nicht alleine vor dem Hintergrund der empirischen Analysen des vorliegenden Berichtes getroffen werden. Solche Entscheidungen sollten vor dem Hintergrund einer familienpolitischen Gesamtstrategie der Stadt und familienpolitischer Zielsetzungen für die Stadtteile gemeinsam mit den Familien in den Stadtteilen und den Anbietern familienrelevanter Leistungen vor Ort diskutiert werden.

Eine Möglichkeit der Verknüpfung der familienpolitischen Aktivitäten innerhalb der Verwaltung ist beispielsweise die **Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle** (Koordination nach innen), die idealerweise möglichst auch als zentrale Anlaufstelle für Familien und als Vermittlungsstelle zur Politik (Koordination nach außen) fungiert. Eine solche Koordinierungsstelle ermöglicht klare Zuständigkeiten und feste Ansprechpersonen mit klar definierten Kompetenzen. Ansätze solcher Strukturen können – so zeigen unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunen – äußerst wirkungsvoll sein, um die Effektivität der örtlichen Verwaltung zu verbessern (vgl. Schultz/Strohmeier/Wunderlich 2009b).

Strukturelle Überlegungen für eine familienpolitische Gesamtstrategie der Stadt Hilden sollten aus unserer Sicht an das neu initiierte Bildungsnetzwerk der Stadt Hilden als ressortübergreifende Initiative zur Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen der Stadt anknüpfen. Für einen wichtigen Teilbereich der örtlichen Familienpolitik werden hier aktuell bereits Strukturen geschaffen und praktisch erprobt, die den eingangs formulierten Kriterien einer

örtlichen Familienpolitik als Querschnittspolitik entgegenkommen. Die Strukturen des Bildungsnetzwerkes sind insbesondere geeignet, um Maßnahmen der Stadt Hilden im Interesse einer ganzheitlichen sozialen Prävention für Kinder, Jugendliche und Familien zu integrieren (vgl. Handlungsfeld 5).

10.2.4 Empfehlungen für Handlungsfelder in Hilden

Die »Ist-Analyse« des vorliegenden Familienberichtes für die Stadt Hilden sowie die inter- und intrakommunalen Vergleiche haben einige Besonderheiten der Lebenslage von Familien in Hilden verdeutlicht. Neben diesen Besonderheiten gibt es aber auch eine ganze Reihe von Bereichen, die nicht nur in der Stadt Hilden auf der familienpolitischen Agenda stehen, sondern ebenso in anderen Kommunen diskutiert und angegangen werden. Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus unserer Sicht zusammenfassend **fünf Handlungsfelder**, die orientierend für die Familienpolitik in der Stadt Hilden sein können:

- Beteiligung von Familien ausweiten
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfassender stärken
- Kinder- und familienfreundliches Wohnumfeld gestalten
- Eigenarten von Familienformen und Lebenslagen berücksichtigen
- Präventive familienpolitische Ansätze durch Vernetzung stärken

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Familienbefragung und der vorliegende Familienbericht nicht alle Lebensbereiche und Alltagsprobleme von Familien abdecken können. D.h. im weiteren Verlauf der Diskussionen vor Ort geht es darum, die Handlungsfelder unter Einbezug der Kenntnisse der Akteure vor Ort und ggf. anderer Analysen weiter zu spezifizieren. Zudem betreffen die Ausführungen »nur« Familien in engerem Sinne (mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt), so dass auch weitere Handlungsfelder integriert werden sollten. Dies betrifft beispielsweise das Thema »Generationen miteinander«, das aufgrund der eng gefassten Zielgruppe des Familienberichtes keine Rolle spielt, aber im Rahmen eines kommunalen Managements für Familien in der Stadt Hilden mit seiner vergleichsweise älteren Bevölkerungsstruktur mitgedacht werden sollte.

Handlungsfeld 1: Beteiligung von Familien ausweiten

In Hilden sollte es im Rahmen des empfohlenen kommunalen Managements für Familien auch darum gehen, die **Familien selbst in die familienpolitischen Diskussionen** – aber besonders in die sie betreffenden Entscheidungen – **einzubeziehen**. In Hilden geschieht dies beispielsweise durch die Beteiligung von Elternvertretern im Bildungsbeirat der Stadt im Rahmen

des Bildungsnetzwerkes. Übergreifend sollten sich Diskussionen über ein familienfreundliches Hilden und die Ausrichtung der örtlichen Familienpolitik nicht darauf beschränken, *über Familien zu reden*. *Mit Familien zu reden*, ist mindestens genau so wichtig – denn Familien sind die »echten« Experten für Familienfragen. Im Rahmen der örtlichen Familienpolitik gibt es eine ganze Reihe von **Beteiligungsformen, die Familien als politische Auftraggeber in Gestaltungsprozesse einbeziehen, wie Familienforen, Familientische, Familienbeiräte oder Planungsworkstätten** (vgl. u.a. FaFo 2007; Schwarze 2009). Die Kreise Gütersloh und Warendorf beispielsweise wenden im Prozess der Ausgestaltung ihrer örtlichen Familienpolitik bereits seit mehreren Jahren das Instrument der Familienforen an. In den Kommunen in Baden-Württemberg haben sich hingegen Familientische bewährt. Solche Formen der Beteiligung von Familien könnten in der Stadt Hilden die bereits sehr **breit etablierten Beteiligungsformen in der Kinder- und Jugendpolitik sinnvoll ergänzen**. Dabei sollten Doppelstrukturen aber möglichst vermieden werden.

Zur Beteiligung von Familien gehört aus unserer Sicht auch, die **Familien über die Ergebnisse der Familienberichterstattung zu informieren**. Zum einen haben 1.118 Familien in Hilden an der Entstehung dieses Berichts mitgewirkt, indem sie an der Familienbefragung teilgenommen haben. Schon deshalb haben sie ein »Recht«, in Form von Ergebnissen auch etwas zurück zu bekommen. Zum anderen stellt dies sicher, dass die vorgelegten Analysen und Interpretationen von denjenigen, die sie betreffen, beurteilt werden.

Eine Möglichkeit, um die Anerkennungskultur für Familien in der Stadt zu unterstützen und auch »familienferne« Bevölkerungsgruppen auf das Thema hinzuweisen, können aber auch **Familientage oder Familienfeste** sein. Dabei geht es nicht nur um symbolische Politik für Familien. **Familientage** können vielfältige **Möglichkeiten des Austauschs mit Familien und der »Öffentlichkeitsarbeit« für Familien** ermöglichen. So kann beispielsweise ein so genannter Markt der Möglichkeiten über familienrelevante Angebote in der Stadt informieren oder Diskussionsforen über familienpolitische Ziele den Austausch zwischen Familien und politischen Verantwortlichen in der Stadt fördern.

Handlungsfeld 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf umfassender stärken

Auf die ausgesprochen hohe Erwerbsbindung der Hildener Eltern, besonders der Hildener Mütter, wurde bereits mehrfach verwiesen. Diese Tatsache sollte aus unserer Sicht für die örtliche Familienpolitik der Stadt Hilden einen herausgehobenen

Stellenwert des Themas »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« begründen. Zwar wird von den Familien in Hilden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits vergleichsweise positiv bewertet – und dies besonders von Vollzeit erwerbstätigen Eltern. Dennoch gibt es aus unserer Sicht Ansatzpunkte, um die Vereinbarkeit noch weiter zu verbessern.

Die Stadt Hilden hat in den letzten Jahren die Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten aber auch die Betreuung unter Dreijähriger umfassend ausgebaut. Bereits zum Stichtag 01.08.2010 wird die Versorgungsquote der unter Dreijährigen bei 33 Prozent liegen – und damit bereits heute nur wenig unterhalb der für das Jahr 2013 gesetzlich vereinbarten Quote von 35 Prozent. Trotz dieser überdurchschnittlichen Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren stellt die Stadt Hilden fest, dass die Nachfrage der Familien nach Betreuungsplätzen (vor allem für die Kinder ab zwei Jahren) sogar noch über dem derzeitigen Betreuungsangebot liegt. **Mit dem Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren hat die Nachfrage für diese Altersgruppe erheblich zugenommen** (vgl. Stadt Hilden 2010). Vor dem Hintergrund der hohen Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter und des hohen Anteils an Hochqualifizierten unter der gesamten Wohnbevölkerung in Hilden (vgl. Abbildung 10.2 in Kapitel 10.1.1), ist **auch für zukünftige Eltern eine weiter wachsende Nachfrage** zu erwarten. Zudem werden die heutigen Eltern der unter sechsjährigen Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit auch später, wenn die Kinder in der Grundschule sind, umfassender Betreuungsangebote über die Unterrichtszeit hinaus nachfragen. Zum **weiteren Ausbau der Betreuungsangebote in der Stadt Hilden für alle Altersgruppen** sehen wir vor diesem Hintergrund keine Alternative.

Ein **Ausbau der Kinderbetreuungsangebote** sollte aus unserer Sicht aber **zusätzlich stärker inhaltlichen Zielstellungen** folgen, da diese für Eltern immer wichtiger bei der Wahl der Betreuungseinrichtungen werden. So kann insbesondere die inhaltliche Profilierung der Angebote, beispielsweise über unterschiedliche Konzepte der Betreuungseinrichtungen (Natur-Kita, Kita mit spezieller Sprachförderung o.Ä.) unterstützt werden. Auch in der über die Unterrichtszeit hinausgehenden **Grundschulbetreuung** stellt sich zunehmend die Frage einer **weiteren inhaltlichen Ausgestaltung des Angebots**. Die Implementierung eines kommunalen Managements für Familien kann auch hier Möglichkeiten eröffnen, um sowohl mit den Familien als auch mit den Trägern der Betreuungseinrichtungen bzw. -angebote (beispielsweise in Form einer themenbezogenen Planungswerkstatt) **über Qualitätskriterien, inhaltliche Profilierung, aber auch über Flexibilisierungsmöglichkeiten der Betreuungsstruktur zu diskutieren**. Darüber hinaus gilt auch hier,

dass Familienpolitik nicht nur Sache der Kommune sein kann. Das gilt insbesondere im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule. Eine **weitere Intensivierung der Kooperation mit sozialen, kulturellen oder kirchlichen Einrichtungen oder mit Vereinen vor Ort** kann die inhaltliche Ausgestaltung des Angebotes zusätzlich befördern.

Eine quantitativ und qualitativ gut aufgestellte Betreuungsstruktur sollte aber nicht der einzige Ansatzpunkt für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hilden sein. Wichtig in diesem Zusammenhang ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur als »Frauenthema« zu diskutieren. Vielmehr müssen **Mütter und Väter** gleichermaßen in ihrer **Eltern- und Familienverantwortung** wahrgenommen werden. So sind es insbesondere die hohen Flexibilitätsanforderungen am Arbeitsmarkt, die für die Familien Vereinbarkeitsprobleme aufwerfen und dies gilt sowohl für Mütter als auch für Väter. Es geht also insgesamt um eine **bessere Balance zwischen Familie und Arbeitswelt**. Wir empfehlen daher, **familienfreundliche Unternehmen in der Stadt gezielt zu stärken** und zwar nicht nur als Anbieter von familienfreundlichen Produkten für Familien, wie dies bereits durch die Hildener Familienkarte geschieht, sondern auch **als familienfreundliche Arbeitgeber**. Andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben hier bereits umfassende Erfahrungen sammeln können. So gibt es in einer ganzen Reihe von Kommunen, wie beispielsweise Oberhausen, Mülheim an der Ruhr oder Aachen, stadtinterne Wettbewerbe um den Titel »Familienfreundliches Unternehmen der Stadt«. Zudem binden viele Kommunen über Lokale Bündnisse für Familien Unternehmen vor Ort in die familienpolitische Diskussion bzw. das kommunale Management für Familien ein.

Handlungsfeld 3: Kinder- und familienfreundliches Wohnumfeld gestalten

Hier handelt es sich um ein klassisches Arbeitsfeld der örtlichen Familienpolitik, das sich in allen Kommunen stellt. Für die Stadt insgesamt geht es aus Sicht der Familien um eine möglichst große Vielfalt im kulturellen Bereich, im Freizeitangebot für alle Altersgruppen, hinsichtlich der Angebote an Erholungsgebieten, Grün- und Freiflächen aber auch hinsichtlich der Angebote des Wohnungsmarktes oder der wohnortnahen Erwerbsmöglichkeiten. All dies sind Komponenten, die die Lebensqualität von Familien im Wohnumfeld beeinflussen. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Familienformen und Lebensstile von Familien wird das Angebot jeder Stadt diesen Wünschen von Familien aber nicht umfassend entsprechen können. Dennoch sollte die Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Wohnumfeldes ein wichtiger Bestandteil eines kommunalen

Managements für Familien sein. Übergreifend ist besonders die **Ausgestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Infra- und Verkehrsstruktur** wichtig sowie **ausreichend Spielmöglichkeiten für Kinder bzw. Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche**. So sollte ein kinderfreundliches Wohnumfeld den Einfluss des Verkehrsgeschehens auf den Alltag von Kindern soweit wie möglich begrenzen.

Die Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensqualität für Familien in der Stadt Hilden durch die **Ausgestaltung des Wohnumfeldes** sollten dabei an den unterschiedlichen Bedarfen **in den einzelnen Stadtteilen ansetzen**, die sich aus den Ergebnissen der Familienbefragung ergeben. Gerade für diesen Bereich lassen sich aber nur schwer allgemeine Handlungsempfehlungen formulieren. Vielmehr kommt es darauf an, **mit den Familien vor Ort die in der Familienbefragung aufgeworfenen Probleme und Defizite**, beispielsweise im Rahmen von Sozialraumgesprächen, **stadtteilbezogen zu diskutieren**.

Handlungsfeld 4: Eigenarten von Familienformen und Lebenslagen berücksichtigen

Hier handelt es sich im Grunde um den Ausbau der traditionellen Handlungsfelder örtlicher Familienpolitik zur Unterstützung der Alltagsbewältigung und der Erziehungsaufgaben von Familien. Aus unserer Sicht geht es in Hilden vor dem Hintergrund der dargestellten Ergebnisse insbesondere darum, die **Alltagsbewältigung und das Zeitmanagement von Familien zu unterstützen**, um den Familien zusätzliche Freiräume im Alltag (sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in zeitlicher Hinsicht) zu ermöglichen. Dabei sollte insbesondere die breite Erwerbseinbindung der Hildener Eltern Berücksichtigung finden. Das vorhandene breite Angebot zur Unterstützung der Hildener Familien, das die Familien durch ihre ausgesprochen positiven Wertungen zu Kinderfreundlichkeit der Stadt (vgl. Abbildung 10.3 in Kapitel 10.1.3) durchaus honorieren, sollte weiter ausgestaltet werden. Die Unterstützungs- und Dienstleistungsangebote für Familien sollten aber nicht einfach nur fortgeschrieben werden, sondern im Rahmen des kommunalen Managements für Familien mit Blick auf die strategischen Ziele der örtlichen Familienpolitik überprüft werden. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung der Angebote, sondern auch im Hinblick auf ihre sozialräumliche Verortung. In diesem Handlungsfeld könnte die in Kapitel 10.2.3 vorgeschlagene Einrichtung einer **zentralen Koordinierungsstelle als zentrale Anlaufstelle für Familien Kompetenzen und Informationen koordinieren und vermitteln**. Solche Koordinierungsstellen existieren ebenfalls bereits in vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in Form von Familienbüros (bspw. in Dortmund, Wuppertal oder Oberhausen).

Zudem sollte die örtliche Familienpolitik **auf die besondere Lebenslage von Alleinerziehenden stärker eingehen**. In der Stadt leben im Vergleich der Projektkommunen anteilig besonders viele Alleinerziehende: Etwa in jeder sechsten Familie mit Kindern unter 18 Jahren in Hilden ist nur ein Elternteil für die Erziehung und Betreuung der Kinder, aber auch für die Familien- und Hausarbeit zuständig. Es sind in der übergroßen Mehrzahl (95 Prozent) alleinerziehende Mütter. Alleinerziehende sind durch ihre Familienform **besonderen Risiken** ausgesetzt und haben aufgrund ihrer Familien- und Lebenssituation **besondere Anforderungen und Belastungen im Familienalltag** zu bewältigen. Insbesondere die Tatsache, dass sie bei der Familien- und Erziehungsarbeit nicht auf Unterstützung durch einen Partner oder eine Partnerin bauen können, macht die Familienform anfälliger für Krisensituationen. **Alleinerziehende** in Hilden stellen aber **eine sehr heterogene Gruppe** dar. So sind die Hildener Alleinerziehenden im Vergleich der Projektkommunen überdurchschnittlich gebildet und besonders häufig erwerbstätig, so dass ihre wirtschaftliche Lage nicht durchweg als prekär eingeschätzt werden muss.

Trotzdem finden sich unter den Alleinerziehenden in Hilden aber – wie in anderen Projektkommunen – besonders viele arme und armutsnahe Familien und sie gehören anteilig häufiger der Gruppe der »working poor« an. Darüber hinaus berichten Alleinerziehende auch deutlich häufiger von Problemen im Alltag, was auch zu einem höheren Beratungs- und Hilfebedarf führt, der sich in einer überdurchschnittlichen Inanspruchnahme institutioneller Unterstützungsangebote äußert. Damit gestalten sich die Unterstützungsbedarfe von Alleinerziehenden sehr vielfältig. Mögliche Alltagsprobleme der Alleinerziehenden reichen von stärkeren Belastungen durch die Flexibilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes, Alltags- und Zeitstress, unzureichenden bzw. unflexiblen Kinderbetreuungsarrangements bis zu Problemen durch fehlende Unterhaltszahlungen. Auch wenn die Ergebnisse der Familienbefragung gezeigt haben, dass Alleinerziehende in Hilden in vielfältige private Netzwerke eingebunden sind, bleiben besondere Überlastungsrisiken bestehen. Um Alleinerziehende vom alltäglichen Erziehungsdruck, den sozial bedingten Überlastungsrisiken und von Alltags- und Zeitstress zu entlasten, wäre **ein zentrales Beratungsangebot, das ganz speziell auf die Situation von Alleinerziehenden eingeht**, eine gute Möglichkeit, um diese Familienform effektiv zu unterstützen.

Handlungsfeld 5: Präventive familienpolitische Ansätze durch Vernetzung stärken

Einkommensarmut und prekäre Lebenslagen sind für Familien in Hilden kein übergreifendes Problem. Dennoch gibt es auch in Hilden Familien, die nach den Maßstäben der Landessozialberichterstattung als arm bzw. armutsnah eingestuft werden müssen. Die Armutsquote unter Familien in Hilden ist aber auch im interkommunalen Vergleich unterdurchschnittlich, so dass arme und armutsnahe Familien innerhalb der Stadt eine vergleichsweise kleine Gruppe ausmachen. Im Unterschied zu vielen anderen Städten leben diese Familien in Hilden darüber hinaus nicht sozial segregiert in bestimmten Wohnlagen der Stadt. Dies macht es zum Teil schwieriger, diese Familien mit speziellen Unterstützungsangeboten zu erreichen, da sozialräumlich konzentrierte Angebotsstrukturen nicht als Lösungsansatz dienen können.

Dennoch können **Konzepte zur »kindbezogenen Armutsprävention«** (vgl. Holz 2008b), wie sie in Städten mit größeren sozialräumlichen Problemkumulationen entwickelt wurden, auch für die Stadt Hilden Orientierung geben. Kindbezogene Armutsprävention stellt einen »theoretischen und praktischen Handlungsansatz dar, der aus der Kinderperspektive heraus, auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder [...] hinwirkt. Leitorientierung ist die Sicherung eines »Aufwachsens im Wohlergehen« für alle Kinder und speziell für arme. Hauptziel ist es, kindspezifische Armutsfolgen zu vermeiden resp. zu begrenzen, aber auch ursächliche Gründe auf Seiten der Eltern/Familie und des Umfelds positiv zu beeinflussen« (ebd.: 1f.). Neben der Armutsprävention verfolgen solche integrierten kommunalen Handlungskonzepte zur Armutsprävention auch das Ziel, Kindeswohlgefährdungen zu verhindern oder möglichst früh wahrzunehmen. Ein wesentliches Strukturelement dieser Handlungsansätze sind die so genannten Präventionsketten. Die **Präventionskette** ist biographisch angelegt und darauf ausgerichtet, jedem Kind eine fördernde Begleitung von Geburt bis zum Berufseinstieg zu ermöglichen. Die Handlungsorte sind die Lern- und Bildungsorte der Kinder: Familie/ Krippe, Kita, Grundschule, weiterführende Schule, Berufsausbildung (vgl. Holz 2008b: 2). Die Handlungsansätze fokussieren demnach nicht speziell auf die Gruppe der von Armut betroffenen Kinder, sondern beziehen letztlich alle Kinder und Jugendlichen der Stadt ein.

Das in der Stadt Hilden begonnene **Projekt der Bildungsnetzwerke** würde sich insofern **sehr gut eignen**, um auch armutspräventive Maßnahmen und die Präventionsprojekte der Sozialen Dienste sowie Elemente des Frühwarnsystems **im Interesse einer ganzheitlichen sozialen Prävention für Kinder, Jugendliche und Familien zu integrieren**. Wir empfehlen daher eine stärkere Vernetzung dieser familienpolitischen Ansätze, um durch ein ganzheitliches Vorgehen möglichst viele Kinder, Jugendliche und Familien zu erreichen. Ein solcher Ansatz erfordert aber die Vernetzung aller relevanten Akteure der betroffenen Bereiche, die durch **verlässliche Kooperationen** abgesichert werden müssen.

Fazit

Ganz unabhängig von den genannten Handlungsfeldern sollte es im familienpolitischen Prozess in Hilden auch darum gehen, in der Öffentlichkeit und bei allen familienrelevanten Akteuren eine **allgemeine Anerkennungskultur für Familien zu schaffen**. Das heißt in erster Linie, dass das **Image von Familien in der Öffentlichkeit** gestärkt werden sollte. Dabei geht es in erster Linie darum darauf hinzuwirken, dass strukturelle Rücksichtslosigkeiten gegenüber Familien abgebaut werden. Die Begrifflichkeit der »strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber familialen Lebenszusammenhängen« geht auf Franz-Xaver Kaufmann (vgl. u.a. 1995; 1997; 2003) zurück, der kritisiert, dass sich modernisierte und individualisierte Gesellschaften fast ausschließlich am erwachsenen Individuum und an Individuen ohne Familienverantwortung orientieren. »Das eigentliche Problem scheint nicht die Ablehnung von Kindern, sondern eine weitgehende Indifferenz gegenüber Kindern und ihren spezifischen Bedürfnissen sowie eine ungenügende Anerkennung der Elternleistungen in weiten Bereichen der Gesellschaft« zu sein (Kaufmann 1995: 175). Das betrifft sowohl die Wirtschaft, das Rechts- und Bildungssystem als auch die Institutionen des Staates. Um strukturelle Rücksichtslosigkeiten abzubauen geht es letztlich darum, **Elternverantwortung, aber auch Verantwortung von Familien für betreuungs- und pflegebedürftige Familienmitglieder, in Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen**. Die Belange von Familien dürfen kein Thema sein, das mal mehr und mal weniger Konjunktur hat. Das Ziel muss es vielmehr sein, bei allen Entscheidungen und Aktivitäten von Politik und Verwaltung die **besonderen Bedürfnisse und Bedarfe von Familien(-mitgliedern) ständig mitzudenken**. Auch eine **offensive Öffentlichkeitsarbeit für Familien und ihre Interessen** kann hier ein Ansatzpunkt für die Stadt Hilden sein.

- Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer (Hg.) (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- BBSR (2009): Fallstudien familienfreundlicher Städte. BBSR-Online-Publikation Nr. 12/2009.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2005): Demographie konkret. Handlungsansätze für die kommunale Praxis. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): Demographie konkret – Soziale Segregation in deutschen Großstädten. Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Bogumil, Jörg (1999): Auf dem Weg zur Bürgerkommune? Der Bürger als Auftraggeber, Mitgestalter und Kunde. In: Kubicek, Herbert et al. (Hg.): Multimedia@Verwaltung. Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999. Heidelberg, S. 51-61.
- Bogumil, Jörg (2007): Strategische Ausrichtung der Kommunalverwaltung. Vertiefungstext. Online unter: <http://www.familie-in-nrw.de/index.php?id=1744>
- Braun, Rainer/Pfeiffer, Ulrich (2004): So wohnen Familien. In: Online-Familienhandbuch.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2001): Gerechtigkeit für Familien – Zur Begründung und Weiterentwicklung des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005): Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Online unter: www.bmfsfj.de
- Butterwegge, Christoph/Kluntz, Michael/Belke-Zeng, Matthias (2008): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Diefenbach, Heike (2008): Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Engelbert, Angelika (2009): Kommunales Management für Familien im Kreis. Vertiefungstext. Online unter: <http://www.familie-in-nrw.de/gemeinden.0.html>
- Engelbert, Angelika/Neumann, Dennis (2009): Familienpolitische Leitbilder in Nordrhein-Westfalen. Vertiefungstext. Online unter: <http://www.familie-in-nrw.de/leitbilder.98.html>
- FaFo (2007): Wege zu mehr Familienfreundlichkeit. Handreichung „Familienfreundliche Kommune“. FamilienForschung Baden-Württemberg.
- Faktor Familie/Kreis Wesel (2009): Familienbericht Kreis Wesel 2009. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.
- Faktor Familie/Stadt Gütersloh (2008): Familienbericht Gütersloh 2008. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.
- Faktor Familie/Stadt Rheinberg (2009): Familienbericht Rheinberg 2009. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.
- Faktor Familie/Stadt Rheine (2008): Familienbericht Rheine 2008. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.
- Feith, Norbert (ohne Angabe): Wege zu einer kinder- und familienfreundlichen Gemeinde. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Materialien für die Arbeit vor Ort, Nr. 14. Online unter: http://www.kas.de/upload/kommunalpolitik/materialien_vor_ort/14.pdf
- Hanesch, Walter (1994): Armut in Deutschland. Rowohlt aktuell. Hamburg
- Hollstein, Betina (2008): Der Anteil der Lehrer an der Reproduktion sozialer Ungleichheit. Grundschulempfehlungen und soziale Selektion in verschiedenen Berliner Sozialräumen. In: Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Campus Verlag. Frankfurt am Main.
- Holz, Gerda (2008a): Armut verhindert Bildung – Lebenslagen und Zukunftschancen von Kindern. In: Sanders, Karin/Weth, Hans-Ulrich (Hg.): Armut und Teilhabe: Analyse und Impulse zum aktuellen Diskurs um Armut und Gerechtigkeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden, S. 69-95.
- Holz, Gerda (2008b): Theorie und Praxis kindbezogener Armutsprävention. Internetpublikation. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), Frankfurt a.M.
- ILS/ZEFIR (2006): Sozialraumanalyse - Soziale, ethnische und demografische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten. ILS-NRW Schriften Bd. 201. Dortmund.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (IES) im Auftrag des BMFSFJ (Hg.) (1996): Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.

- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt/Main.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Suhrkamp.
- Klein, Stefanie/Schultz, Annett/Wunderlich, Holger (2009): Familienpolitik im Kreis Siegen-Wittgenstein – Konzeptionelle Elemente und Handlungsschwerpunkte einer nachhaltigen örtlichen Politik. Online unter: <http://www.siegen-wittgenstein.de>
- Kreis Mettmann (2006): Demographische Entwicklung im Kreis Mettmann. Kreisentwicklungsbericht Nr. 1. 16.05.2006. Online unter: <http://www.kreis-mettmann.de>
- Kutzner, Christian (2009): Die demographische Entwicklung in Deutschland. In: Hausmann, Andrea/Körner, Jana (Hg.): Demografischer Wandel und Kultur. Veränderungen im Kulturangebot und der Kulturnachfrage. Wiesbaden, S. 15-33.
- Maier, Maja S. (2008): Familien, Freundschaften, Netzwerke. Zur Zukunft persönlicher Unterstützungsbeziehungen. In: Buchen, Sylvia/Maier, Maja S. (Hg.): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden, S. 219-235.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) (2009): Sozialberichte NRW online. Online unter: <http://www.mags.nrw.de>
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2007): Sozialbericht NRW 2007. Düsseldorf.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) (2007a): Frauen zwischen Beruf und Familie. Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen 1997-2005. Düsseldorf.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) (2007b): Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Plätzen für Kinder unter drei Jahren. Online unter: <http://www.mgffi.nrw.de>
- Naßmacher, Hiltrud/Naßmacher, Karl-Heinz (2007): Kommunalpolitik in Deutschland, VS-Verlag für Sozialwissenschaft.
- Neubauer, Jennifer/Strohmeier, Klaus Peter (1998): Kommunale Sozialpolitik. In: Andersen, Uwe (Hg.) (1998): Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen im Umbruch. Köln/Stuttgart/Berlin.
- OECD (2007): Bildung auf einen Blick 2007: OECD-Indikatoren.
- Scheuer, Angelika/Dittmann, Jörg (2007): Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers. Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren. Ausgabe 38. Juli 2007, S. 1-5.
- Schultz, Annett (2008): Familien mit Zuwanderungsgeschichte – Wohnsituation, Wohnumfeld und Segregation. Vertiefungstext. Online unter: <http://www.familie-in-nrw.de/1877.html>
- Schultz, Annett/Strohmeier, Klaus Peter/Wunderlich, Holger (2009a): Familien im industriellen Ballungsraum – Lebensformen, Lebenslagen und stadträumliche Differenzierungen im Ruhrgebiet. In: von der Leyen, Ursula/Špidla, Vladimír (Hg.), Voneinander lernen – miteinander handeln. Aufgaben und Perspektiven der Europäischen Allianz für Familien. Baden-Baden.
- Schultz, Annett/Strohmeier, Klaus Peter/Wunderlich, Holger (2009b): Örtliche Familienpolitik – warum und wie? In: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Heft 1/2009, S. 185-206.
- Schwarze, Beatrix (2009): Methoden der Beteiligung von Familien. Vertiefungstext. Online unter: <http://www.familie-in-nrw.de/methoden.0.html>
- Stadt Hilden (2010): Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Zeitraum 2010-2013. Öffentliche Beschlussvorlage für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.02.2010.
- Statistisches Bundesamt (2009): 2009: Jedes fünfte Kind unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung. Online Pressemitteilung. Online unter: <http://destatis.de>
- Strohmeier, Klaus Peter/Amonn, Jan/Wunderlich, Holger (2005): Lokale Bündnisse für Familien und die örtliche Familienpolitik. In: Lokale Bündnisse für Familie – Stationen, Erfolge, Impulse. Innovation in Deutschland, Berlin, S. 88-101.
- Strohmeier, Klaus Peter/Bader, Silvia (2004): Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung im altindustriellen Ballungsraum. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 43. Jahrgang. 2004/ I, Berlin, S. 51-68.
- Strohmeier, Klaus Peter/Kersting, Volker (2000): Armut von Kindern im regionalen Kontext. In: Herlth, Alois/Engelbert, Angelika/Mansel, Jürgen/Palentien, Christian (Hrsg.): Spannungsfeld Familienkindheit: neue Anforderungen, Risiken und Chancen. Opladen, S. 274-282.
- Strohmeier, Klaus Peter/Schultz, Annett (2005): Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderung. Expertise im Auftrag des MGSFF NRW.

Strohmeier, Klaus Peter/Wunderlich, Holger/Lersch, Philipp (2009): Kindheiten in Stadt(teil) und Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 17/2009, S. 25-32.

Wingen, Max (1997): Familienpolitik: Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart.

Wunderlich, Holger (2007): Kommunale Familienberichterstattung in Theorie und Praxis – Eine Bestandsaufnahme. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 4/2007, S. 4-11.

Wunderlich, Holger (2010): Unterschiedliche Kindheiten in Familien und Städten. Ergebnisse der kommunalen Familienberichterstattung in Nordrhein-Westfalen. In: beziehungsweise. Informationsdienst des österreichischen Instituts für Familienforschung. Wien, S. 1-5.

ZEFIR (2003): Modellprojekt „Kommunale Familienberichterstattung: familienpolitische Informationssysteme für Kreise und kreisfreie Städte“. Abschlussbericht Projektphase 1.

ZEFIR/Kreis Siegen-Wittgenstein (2007): Familienbericht Kreis Siegen-Wittgenstein 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.

ZEFIR/Stadt Kreuztal (2007): Familienbericht Kreuztal 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.

ZEFIR/Stadt Mülheim an der Ruhr (2007): Familienbericht Mülheim an der Ruhr 2007. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.

ZEFIR/Stadt Neuss (2006): Familien in Neuss 2006. Befragung von Neusser Familien über ihre Lebenslage und Zufriedenheit. Kommentierter Tabellenband.

ZEFIR/Stadt Wesseling (2006): Familienbericht Wesseling 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien.

Zenz, Winfried/Bächer, Korinna/Blum-Maurice, Renate (2002): Die vergessenen Kinder. Vernachlässigung, Armut und Unterversorgung in Deutschland. PapyRossa Verlag. Köln.

Tabelle 12.1: Einflussfaktoren des Familienlebens vor Ort und kommunaler Familienpolitik (Faktorladungen)⁶⁴

Variablen	Einflussfaktoren				
	Prägung durch Arbeitsplatz-, Bildungs-zentralität und Ausländer	Erwerbs-einbindung der Bevölkerung am Wohnort	Prägung durch hohe Frauen-erwerbs-beteiligung und Hochqualifizierte	Prägung durch Arbeitslosigkeit	Schrumpfung und Überalterung
Anteil Ausländer-Haushalte	0,84	-0,02	-0,02	0,20	0,26
Bedeutung als Arbeitsort	0,79	0,23	0,06	0,10	0,08
Anteil ausländische Bevölkerung am Wohnort	0,78	-0,37	-0,01	0,09	0,16
Bildungswanderung	0,73	-0,09	0,37	0,23	-0,15
Anteil Hochqualifizierte am Arbeitsort	0,61	0,08	0,50	0,12	0,12
Frauenerwerbstätigenquote am Wohnort	-0,11	0,92	0,28	-0,08	0,07
Erwerbstätigenquote am Wohnort	-0,13	0,89	-0,25	-0,23	0,00
Erwerbstätige 55 bis 64-Jährige am Wohnort	0,19	0,88	0,00	-0,23	-0,01
Anteil Hochqualifizierte am Wohnort	0,14	-0,12	0,85	-0,13	0,09
Verhältnis Erwerbsquote von Frauen und Männern am Wohnort	0,04	0,18	0,84	0,19	0,07
Arbeitslosenquote - Ausländer	0,07	-0,11	0,05	0,90	0,03
Jugendarbeitslosigkeit	0,35	-0,29	0,06	0,75	0,19
Arbeitslosenquote - insgesamt	0,44	-0,38	0,00	0,72	0,26
Anteil der 60- bis 79-Jährigen	0,10	-0,04	0,28	0,05	0,89
Bevölkerungsentwicklung der vergangenen 7 Jahre	-0,09	-0,22	0,29	-0,25	-0,78
Anteil der unter 18-Jährigen	-0,33	0,19	-0,49	-0,07	-0,69

Hauptkomponentenanalyse, Varimaxrotation mit Kaiser-Normalisierung, Ladungsmatrix.
 Datenbasis: Wegweiser Kommune 2006. Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Bertelsmann Stiftung.
 Eigene Berechnungen.

64 Faktorladungen (Werte zwischen 0 und 1) geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Faktor mit dem jeweiligen Indikator ist. Faktorladungen größer 0,5 werden in der Literatur als ausreichend bezeichnet, um von einer hohen Ladung, d.h. einem starken Zusammenhang zwischen Indikator und Faktor, zu sprechen. Indikatoren, die eine solch hohe Ladung auf einem Faktor aufweisen, sind daher bestimmend für diesen und werden deshalb zur Interpretation der Einflussfaktoren bzw. Merkmalsdimension genutzt. Das Vorzeichen der Ladungen kennzeichnet die Richtung des Zusammenhangs: Ein positives Vorzeichen bedeutet danach, dass hohe Werte der Indikatoren mit hohen Faktorwerten einhergehen. Negative Vorzeichen verweisen darauf, dass niedrige Werte des Indikators mit hohen Werten des Faktors im Zusammenhang stehen.

Tabelle 12.2: Gemeinden in Nordrhein-Westfalen im Typ 6
(Gemeindetypisierung im Rahmen des Audit familiengerechte Kommune in Nordrhein-Westfalen)

Kommunen	Prägung durch Arbeitsplatz-, Bildungs- zentralität und Ausländer	Erwerbs- einbindung der Bevölkerung am Wohnort	Prägung durch hohe Frauen- erwerbs- beteiligung und Hochqualifizierte	Prägung durch Arbeitslosigkeit	Schrumpfung und Überalterung
Bad Driburg	0	+	-	++	-
Bad Honnef	+	0	++	0	0
Bergisch Gladbach	0	++	++	++	+
Brühl	++	0	0	++	-
Engelskirchen	+	++	--	0	-
Erft	--	--	0	0	0
Erkrath	+	+	0	-	++
Frechen	++	+	+	++	--
Gevelsberg	+	+	--	+	+
Haan	+	++	+	--	++
Haltern am See	--	--	+	+	--
Herdecke	-	0	++	0	++
Herzogenrath	++	-	+	++	--
Hilden	++	++	+	-	0
Höxter	0	--	--	+	0
Kaarst	-	-	+	--	++
Kempen	0	0	-	-	-
Königswinter	0	0	++	+	--
Korschenbroich	--	+	0	--	0
Langenfeld (Rhld.)	+	++	0	-	-
Leichlingen (Rhld.)	--	+	+	+	0
Lohmar	-	-	++	--	-
Meerbusch	0	0	++	--	++
Mettmann	++	-	0	--	-
Moers	++	--	--	0	+
Monschau	--	-	--	0	-
Mülheim an der Ruhr	++	0	0	++	++
Neukirchen-Vluyn	0	-	-	-	0
Pulheim	-	--	+	--	+
Ratingen	++	++	++	--	+
Rheinbach	--	-	++	++	--
Sankt Augustin	+	+	++	+	--
Schleiden	-	0	--	0	-
Schwerte	+	-	-	++	++
Sprockhövel	--	++	+	--	+
Tönisvorst	-	+	-	-	0
Voerde (Niederrhein)	-	--	--	+	0
Waltrop	--	--	-	++	+
Warstein	0	++	--	-	+
Wegberg	-	--	-	0	--
Wetter (Ruhr)	++	+	0	0	+
Willich	0	0	0	-	--
Winterberg	--	-	--	+	++
Wülfrath	+	++	-	+	++
Xanten	-	--	-	-	--

Datenbasis: Wegweiser Kommune 2006. Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Bertelsmann Stiftung.
 Eigene Berechnungen.

Übersicht 12.1: Teilnehmerliste der Expertenrunden

Gruppe 1

15.03.2010

Reinhard Gatzke	(Beigeordneter Sozialdezernent)
Noosha Aubel	(Amtsleiterin, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Monika Klemz	(Amtsleiterin, Amt für Soziales und Integration)
Roman Kaltenpoth	(Sachgebietsleiter Jugendförderung, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Dirk Schatte	(Sachgebietsleiter Soziale Dienste, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Stefanie Walder	(Jugendhilfeplanerin, Amt für Jugend, Schule und Sport)

Gruppe 2

22.03.2010

Noosha Aubel	(Amtsleiterin, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Peter Stuhlträger	(Amtsleiter, Amt für Planung und Vermessung)
Birgit Schimang	(Abteilungsleiterin Allgemeine Verwaltung, Kinderbetreuung und Schule, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Ulrich Brakemeier	(Bildungskordinator, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Catharina Giesler	(Mitarbeiterin der Jugendförderung, Amt für Jugend, Schule und Sport)
Lutz Groll	(Sachgebietsleiter Planung, Amt für Planung und Vermessung)
Monika Ortmanns	(Gleichstellungsbeauftragte)
Kirsten Marx	(Team Bürgermeisterbüro, Familienmanagerin)

